Donnerstag, 26. Januar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 22 - 4.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 135 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bundeswehr: Kanzleramtschef Schreckenberger hat auf „ausdrückliche Bitte" des Verteidigungsministers an dem Gespräch Wörners mit einem angeblichen Belastungszeugen gegen General Kießling teilgenommen und nicht auf Weisung des Kanzlers gehandelt. (WELT-Gespräch S. 1)

Demonstration: Die Berliner Polizei sei bei der Auflösung einer Versammlung gegen die Räumung besetzter Häuser in Berlin im September 1981 rechtswidrig vorgegangen, befindet ein Verwaltungsgericht. Ein Demonstrant kam damals ums Leben. (S. 10)

Genscher in Italien: Im Gespräch mit Verteidigungsminister Spadolini stand die Zusammenarbeit der europäischen NATO-Mitglieder bei Modernisierung und Rationalisierung der Rüstungsprogramme im Vordergrund. (S. 10)

Reagan optimistisch: Vor Republikanern im Senat versichert der Präsident, in Libanon würden „wirkliche Fortschritte" in Richtung auf eine friedliche Lösung gemacht.

Kohl-Besuch: In Israel hat überrascht, daß der Bundeskanzler eine Reihe von Israel längst energisch abgelehnter Lösungsvorschläge für das Palästinenser-Problem wiederbelebt hat: so den Venedig-Plan der EG von 1980 und den Reagan-Plan von 1982.

Andropow: Der sowjetische Staats- und Parteichef hält in einem „Prawda"-Interview an der alten Forderung des Kreml fest, daß zunächst die Aufstellung von Mittelstreckenflugkörpern in der NATO rückgängig gemacht werden müsse, bevor erneut Verhandlungen über diese Waffen mit den USA möglich würden. (S. 1)

Stationierung: Eine Dislozierung von Marschflugkörpern (Cruise Missiles) in den Niederlanden wäre nach Ansicht des Staatsrats keinesfalls verfassungswidrig. Für einen Stationierungsbeschluß genügt damit die einfache Parlamentsmehrheit.

Heute: Verteidigungsausschuß beginnt seine Arbeit als Untersuchungsausschuß im Fall Kießling. – Frankreichs Außenminister Cheysson besucht die „DDR".

Das politische Buch

Künftig stellt die WELT auf zusätzlichen Sonderseiten wichtige Neuerscheinungen aus dem politischen Bereich vor. Heute u. a.: Andreas Hillgruber über die beiden jüngsten Bände der „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" und H. Joachim Maitre über Peter Merseburgers Amerika-Buch.

S. 6

WIRTSCHAFT

Stahl: Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff ist zuversichtlich, daß die deutsche Stahlindustrie nach Auslaufen des EG-Subventionskodex Ende 1985 ohne Beihilfen im Wettbewerb bestehen kann. (S. 10)

Risikokapital: Die Rahmenbedingungen sollen mit einem Antrag von CDU/CSU und FDP im Bundestag noch in diesem Jahr verbessert werden. (S. 11)

Chemieindustrie: Nach der unerwartet hohen Wachstumsrate von sieben Prozent 1983 erwartet der Verband der Chemischen Industrie für 1984 zwei bis drei Prozent plus. (S. 11)

Stahl-Beschwerde: Die Bethlehem Steel Corp. und die US-Stahlarbeitergewerkschaft USW haben eine Stahlimport-Beschwerde gegen alle ausländischen Massenstahlhersteller in Washington eingereicht. (S. 12)

Börse: Nach einer kurzen Atempause haben die deutschen Aktien gestern ihre Aufwärtsbewegung auf breiter Front fortgesetzt. Der WELT-Aktienindex erreichte einen neuen Höchststand. Auf dem Rentenmarkt war das Geschäft schleppend. WELT-Aktienindex 157,3 (155,9); Dollarmittelkurs 2,8253 (2,8274) Mark, Goldpreis je Feinunze 366,52 (365,20) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Pauschale Angriffe gegen den MAD haben keinen Sinn «

Kanzleramtschef Waldemar Schreckenberger zur Diskussion um Fehlleistungen des Militärischen Abschirmdienstes im Gespräch mit der WELT. (S 1)
FOTO: POLY-PRESS

KULTUR

Oper in der Schweiz: In Genf wurde mit Verdis „Maskenball" die mit den Züricher Donizetti-Wochen schon belegte Wandlung der Schweiz zum lohnenden Ziel jener Opernfreunde untermauert, denen die Besetzungen in Deutschland zu fad geworden sind. (S. 17)

Bergman: Als bester ausländischer Film wurde Ingmar Bergmans „Fanny und Alexander" in der französischen Hauptstadt Paris mit dem „ Prix Moussinac" ausgezeichnet. Beste französische Produktion 1983 nach Ansicht der Filmkritiker: „Pauile a la Plage" von Eric Rohmer.

SPORT

Olympia: Die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC kaufte die Übertragungsrechte für die Winterspiele 1988 in Calgary für 309 Millionen Dollar. Für Sarajevo kam ABC noch mit 91,5 Millionen Dollar aus.

Ski nordisch: Jochen Behle (23), einziger Weltklasseläufer aus Mitteleuropa, gewann in Willingen (Sauerland) die deutsche Meisterschaft im Langlauf über 30 km. Karin Jäger holte sich den Titel im Lauf über 15 km. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Nicht seetüchtig: Der Hamburger Frachter „Kampen", bei dessen Untergang im November 1983 sieben Seeleute ums Leben kamen, war für seine letzte Reise nicht seetüchtig genug. Das hat das Hamburger Seeamt in zweitägiger Verhandlung festgestellt. (S. 18)

Reagan-Fieber: In Ballyporeen laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren; Präsident Reagan, dessen Familie aus dem irischen Dorf stammt, will im Juni nach Irland kommen. (S. 18)

Wetter: Von Westen her zunehmende Bewölkung.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

Gespräch mit „Zeugen" bringt Wörner in neue Bedrängnis

Gerüchte um Rücktritt / Schreckenberger äußert sich zu Zieglers Angaben

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Bundeskanzleramt „kann für organisatorische Mängel oder persönliches Fehlverhalten" beim Militärischen Abschirmdienst (MAD) im Zusammenhang mit der Affäre um den entlassenen Vier-Sterne-General Kießling „nicht in Anspruch genommen werden". Der Chef des Kanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, sagte gestern in einem WELT-Gespräch, er sei der „Koordinator", nicht aber der „Kontrolleur" der Nachrichtendienste. Schreckenberger: „Ich habe weder eine Dienst- noch eine Fachaufsicht über den MAD und den Verfassungsschutz." Diese liege, was den MAD betreffe, „ausschließlich beim Bundesverteidigungsministerium".

Schreckenberger äußerte sich auch zu der Frage, warum er an der Begegnung zwischen Minister Wörner und dem homosexuellen Schweizer Schauspieler und Autor Alexander Ziegler am vergangenen Freitag auf der Hardthöhe teilgenommen habe. Schreckenberger sagte, er habe damit „einer ausdrücklichen Bitte" von Minister Wörner entsprochen und „nicht auf Wunsch oder Weisung von Bundeskanzler Helmut Kohl gehandelt". Ihm sei es als „Beobachter" darum gegangen, sich einen „unmittelbaren Eindruck" auch von der Glaubwürdigkeit des Zeugen zu verschaffen, um dem Bundeskanzler korrekt berichten zu können. Er sei etwa 20 Minuten des insgesamt viereinhalbstündigen Gesprächs zugegen gewesen.

Zu den Aussagen von Ziegler sagte Schreckenberger, dessen Angaben müßten „überprüft" werden. Für sich genommen, seien die Darlegungen Zieglers „nicht sehr beweiskräftig". Nach seinem Gesamteindruck von den bisher angehörten Zeugen des Bundesverteidigungsministeriums befragt, antwortete Schreckenberger: „Kießling ist von ihnen durchweg erheblich belastet worden." Allerdings hätten diese Aussagen „ihre Schwäche in der Glaubwürdigkeit". Man müsse jedoch berücksichtigen, daß man aus diesem Milieu keine „besseren Zeugen" bekommen könne.

Inzwischen wurde bekannt, daß Ziegler skandalumwittert und vorbestraft ist. In früheren Jahren hatte Ziegler dem österreichischen Außenminister und heutigen Botschafter in Bonn, Pahr, homosexuelle Neigungen nachgesagt. Bei Gericht stellten sich dann seine Anschuldigungen als absolut falsch heraus.

SEITE 2:
Großer Zapfenstreich
SEITE 4:
Weitere Beiträge

In Bonn wurde gestern im Zusammenhang des Empfangs von Ziegler durch Wörner von einem schweren Mißgriff des ohnehin angeschlagenen Ministers gesprochen. Es gab gestern Gerüchte, Bundeskanzler Helmut Kohl werde nach seiner Rückkehr aus Israel am Sonntag Wörner den Rücktritt empfehlen.

Für die SPD kündigte deren parlamentarischer Geschäftsführer Gerhard Jahn an, im Untersuchungsausschuß gehe es um eine „vorbehaltlose und rückhaltlose Aufklärung" der Affäre um Kießling. Als Zeuge würde auch Kohl gehört werden, denn an der Entscheidung, Kießling zu entlassen, müsse auch der Kanzler beteiligt gewesen sein. Auf die Frage, ob der Ausschuß auch Ziegler als Zeuge hören werde, antwortete Jahn, Ziegler werde „ein wichtiger Zeuge sein, um Auskunft zu geben über dieses unglaubliche und völlig unvertretbare Verhalten von Herrn Wörner". Das Gremium werde sich jedoch davor hüten müssen, das zu tun, was Wörner fälschlicherweise tue, „nämlich eine nachträgliche Rechtfertigung für sein Verhalten dadurch zu finden, daß er weitere Zeugen, die für seine Entscheidung überhaupt nicht zur Verfügung stehen konnten und nicht zur Verfügung gestanden haben und ganz unerheblich sind, nun plötzlich in das Verfahren hineinzuziehen".

Der Untersuchungsausschuß nimmt heute seine Arbeit auf. Wegen der Anforderung von Akten aus dem Verteidigungsministerium und der Einhaltung von Ladungsfristen für Zeugen wird die erste Einvernahme von Zeugen am 8. Februar stattfinden. Erster Zeuge soll Minister Wörner sein.

Die CDU/CSU, die mit der FDP über die Mehrheit im Ausschuß verfügt, möchte im Anschluß an die Anhörung Wörners die Ermittlungsbeamten von MAD und Polizei hören, die in der Kölner Homo-Szene die Recherchen über Kießling angestellt

● Fortsetzung Seite 4

DER KOMMENTAR

Kohls Unbefangenheit

BERNT CONRAD

Helmut Kohl bemüht sich in Israel um Unbefangenheit. Das kann nützlich sein. Denn Verkrampfung und Hemmungen sind einem gedeihlichen Verhältnis kaum dienlich, weder unter Einzelmenschen noch unter Völkern. Im Fall des jüdischen Staates allerdings darf deutsche Unbefangenheit niemals in eine Haltung der Neutralität oder der Distanz, vielleicht sogar der Gleichgültigkeit umschlagen. Dafür ist die historische Verantwortung unseres Volkes für millionenfachen Mord an den Juden und damit unsere Pflicht zur Solidarität mit den Überlebenden des Holocaust zu groß.

Davon war in der Rede des Kanzlers beim Festbankett mit Ministerpräsident Shamir am Abend des ersten Besuchstages leider nicht genug zu spüren. Gewiß bemühte Kohl sich redlich darum, der Last der Geschichte und dem Leid des jüdischen Volkes Rechnung zu tragen. Auch sein Hinweis darauf, daß die Mehrheit der heute lebenden Deutschen die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht erlebt habe, ist keineswegs zu kritisieren. Aber Kohls gleichgewichtige Betonung der Freundschaft zu Israelis und Arabern, seine Gleichstellung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts mit dem Existenzrecht Israels erweckten den Eindruck, als spreche hier ein ganz Fernstehender mit kühler Distanz über abstrakte Probleme.

Es fehlte die Überzeugungskraft persönlichen Engagements, die Bekräftigung moralisch und historisch unumgänglicher Solidarität mit Israel. Sicher sind gute Beziehungen zu den Arabern sinnvoll. Aber wie können sie mit unseren besonderen Verpflichtungen gegenüber dem jüdischen Staat auf eine Stufe gestellt werden?

Möglicherweise wird der Kanzlerbesuch ungeachtet dieser Zweifel und trotz des israelischen Widerstandes gegen deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien mit beiderseitig positiven Absichtserklärungen enden. Dafür sprechen die Interessen des politisch und vor allem wirtschaftlich hart bedrängten jüdischen Staates und der daraus resultierende Wunsch Shamirs nach enger Kooperation mit der Bundesrepublik. In der historischen Dimension jedoch bliebe ein Manko, wenn Kohl seiner Unbefangenheit nicht noch das dezidierte Bekenntnis zum solidarischen Einstehen für Israel hinzufügen würde.

Kohl bekräftigt Venedig-Resolution

Jerusalem enttäuscht über deutsche Haltung / Bonn will Israel in Agrarfrage helfen

SAD/DW. Jerusalem

Der israelische Premierminister Yitzhak Shamir erhielt gestern von Bundeskanzler Helmut Kohl die Zusage deutscher Unterstützung bei den Bemühungen Jerusalems um israelische Zitrusexporte in EG-Staaten. Kohl war gestern im kleinsten Kreis mit dem israelischen Ministerpräsidenten zusammengekommen, um die am Vortag begonnenen Gespräche fortzusetzen.

Neben der Besorgnis Jerusalems wegen seiner Agrarexporte standen das Nahost-Problem und eventuelle deutsche Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien im Mittelpunkt der Begegnung. In diesen Fragen konnte bislang keine Einigung zwischen der deutschen und der israelischen Delegation erzielt werden. Ein ursprünglich für den Abend vereinbartes weiteres Gespräch wurde abgesagt, weil sich die Debatte des Parlaments über einen Mißtrauensantrag der Opposition gegen die Regierung Shamir in die Länge zog. Der Mißtrauensantrag gegen Shamir wurde abgewiesen.

Falls sich für das abgesagte Treffen kein neuer Termin ergibt, kommen Shamir und Kohl am Sonntag, kurz vor der Abreise der deutschen Delegation, noch einmal zu einem Arbeitsgespräch zusammen.

Bei dem Besuch des Bundeskanzlers in der Knesset war es zu Zwischenfällen gekommen. Drei Abgeordnete, ehemalige KZ-Häftlinge, verließen bei der Ankunft des Kanzlers den Plenarsaal. Ein Mitglied der Opposition forderte vor Debatten-Beginn ein „Nichtvergessen" der Vergangenheit. Parlamentspräsident Savidor begrüßte Kanzler Kohl als politischen Führer eines „neuen Deutschland", das für die „moralischen Werte der freien Welt" einsteht. Kohl hatte zuvor vor dem Knesset-Gebäude einen Kranz für die Toten aller Kriege Israels niedergelegt.

Das Thema deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien ist von Kohl schon am Dienstag angesprochen worden, wobei Shamir entgegnete, deutsche Waffen auf saudischer Seite würden früher oder später direkt oder indirekt gegen Israel eingesetzt; Saudi-Arabien sei kein gemäßigter Staat und befinde sich erklärtermaßen im Kriegszustand mit Israel. Von deutscher Seite heißt es dazu, man wolle die prowestliche Haltung und die gemäßigte Politik des saudischen Königreiches im westlichen Interesse stärken. Die bisherigen Gespräche werden von beiden Seiten als offen und freimütig gekennzeichnet.

SEITE 3:
Nur zurückhaltender Applaus

Auf israelischer Seite hat die Tatsache überrascht, daß der Kanzler am Dienstagabend in seiner Tischrede die amerikanischen, arabischen und europäischen Pläne für eine Lösung des Nahost-Konfliktes bekräftigte, die von Jerusalem abgelehnt worden waren.

Kohl hatte erklärt, eine Friedenslösung in der Region sei nur im Rahmen einer Verhandlungslösung auf Grundlage der EG-Resolution von Venedig vom Juni 1980 möglich. Darin waren ein Gewaltverzicht, gesicherte und anerkannte Grenzen für alle Staaten sowie das palästinensische Volk gefordert und die PLO als einer der Vertreter der Palästinenser bezeichnet worden.

Besonders enttäuscht reagierten die Israelis darauf, daß der Kanzler ohne intime Kenntnis des Nahost-Problems gleich zu Beginn die von ihnen als proarabisch eingeschätzte Linie des Auswärtigen Amtes bestätigt habe, noch ehe die Israelis alle ihre Argumente, Kenntnisse oder auch Vorschläge vortragen konnten.

*

SAD, Jerusalem

Eine Wiedervereinigung Berlins mit friedlichen Mitteln wünschte der Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek Bundeskanzler Kohl. Kollek sagte bei dem Empfang des Bundeskanzlers im Jerusalemer Rathaus gestern nachmittag, daß die Teilung einer Stadt ein großes Unglück für ihre Menschen sei, unter dem in Jerusalem Israelis und Araber gleichermaßen gelitten hätten.

Vom Fenster seines Amtszimmers aus erklärte Kollek dem Kanzler den Ausblick auf die Stadt, danach zeigte Kollek Kohl drei historische Fotos an den Wänden: das geteilte Jersusalem mit Trümmern und Stacheldraht bis 1967, die Sprengung der Mauern im Jahre 1967, schließlich die Mauer und das Brandenburger Tor in Berlin als Hauptstadtsymbol. Jerusalem war von 1948 bis 1967 zwischen Jordanien und Israel geteilt.

Kollek führte daraufhin den Bundeskanzler und dessen Frau Hannelore auf die Terrasse des kleinen Rathauses, in dessen Mauern noch die Einschläge des Krieges von 1967 zu

▲ Fortsetzung Seite 10

Bonn betont Schutz der Stahlindustrie

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die deutsche Stahlindustrie muß dauerhaft vor subventionsbedingten Wettbewerbsverzerrungen durch Anbieter aus anderen EG-Ländern geschützt werden. Diese Forderung hat gestern das Bundeskabinett noch einmal bekräftigt. „Nur eine zufriedenstellende Regelung der Stahlproblematik versetzt uns in die Lage, unseren Beitrag für die künftige EG-Finanzierung zu leisten", betonte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in Bonn. Daher erwartet die Bundesregierung, daß die Verlängerung der europäischen Stahlquoten bis Ende 1985 heute auf dem Stahl-Ministerrat der EG in Brüssel beschlossen wird.

Wegen der italienischen Forderung nach einer zusätzlichen Quote von 1,2 Millionen Jahrestonnen schließt Lambsdorff Schwierigkeiten auf der heutigen Sitzung nicht aus. Zusammen mit den anderen Mitgliedstaaten will er diesem Anspruch entschieden entgegentreten. Nach dem Vorschlag der EG-Kommission soll der deutsche Anteil an der europäischen Stahlproduktion unter Einbeziehung von Klöckner bei knapp über 31 Prozent liegen. Lambsdorff begrüßte ausdrücklich, daß Klöckner in die Quotendisziplin der EG zurückkehren wolle.

Die Konzepte der Stahlunternehmen zur Umstrukturierung und ihre finanzielle Förderung durch Bund und Länder würden fristgemäß bis Ende Januar der EG-Kommission mitgeteilt werden. Es bleibe bei dem beschlossenen Förderungsvolumen.

Seite 10: Stahlkonzept

Moskau drängte auf Ausreise der Flüchtlinge

WERNER KAHL, Berlin

Die zügige Übereinkunft über die Ausreise der sechs „DDR"-Bewohner aus ihrem Asyl in der Ostberliner US-Botschaft nach West-Berlin ist auf Drängen der Sowjets erfolgt. Das wurde gestern aus informierten Kreisen bekannt. In Moskau war man anscheinend bestrebt, die inzwischen von Staats- und Parteichef Juri Andropow betonte Dialogbereitschaft des Kreml mit den USA in internationalen Fragen nicht durch einen Streit um „DDR"-Flüchtlinge zu belasten. Politische Beobachter hatten ursprünglich damit gerechnet, der Fall werde zunächst dem SED-Politbüro in dessen regelmäßiger Sitzung am Dienstag zur Entscheidung vorgelegt. Aus Gesprächen zwischen „DDR"-Staatssekretär Joachim Herrmann, Staatssicherheitsminister Erich Mielke und dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker mit sowjetischen Stellen ergab sich jedoch die rasche Klärung des Falles. Sonntag erhielt der aus dem österreichischen Wintersport vorzeitig zurückgekehrte „DDR"-Unterhändler Wolfgang Vogel grünes Licht für den Transport der Asylsuchenden in den Westen. Das Politbüro bestand darauf, daß Vogel nach der Sitzung Spekulationen in der Öffentlichkeit, die „DDR"-Führung habe sich die Genehmigung zur Ausreise extra honorieren lassen, mit einer Erklärung im Sender Freies Berlin (SFB) zurückwies (s. WELT v. 25. 1. 84). Der Auftritt des Anwaltes unterstrich die politische Ebene des Falles, bei dem die Bundesregierung und die Regierung in Ost-Berlin zur Lösung beitrugen.

Andropow signalisiert neue Bereitschaft zum Dialog

In „Prawda" beharrt Kremlchef auf Stationierungsstopp

FRIED H. NEUMANN/DW. Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow hat in einem gestern vom Parteiorgan „Prawda" veröffentlichten Interview dem Westen vorgeschlagen, die zum Stillstand gekommenen Ost-West-Verhandlungen über die Abrüstung mit der „praktischen Lösung" von Fragen wieder zu beginnen, „die Gegenstand der Wiener Verhandlungen über eine Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa sind". Zugleich lehnte Andropow aber einen „Dialog um des Dialogs willen" ab und verlangte von Washington, die eingeleitete Stationierung von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa rückgängig zu machen.

Andropow nannte keinen Termin für eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Wiener MBFR-Verhandlungen. Den USA schlug er erneut Gespräche über einen Stationierungsstopp für Atomwaffen, ein Abkommen über den Verzicht auf Ersteinsatz dieser Waffen, einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt und einen Vertrag über das Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum vor.

Zu der Äußerung des US-Präsidenten Reagan, die Welt sei seit dessen Amtsantritt sicherer geworden, meinte Andropow, diese Schlußfolgerung entbehre „jeder Grundlage". Die Hauptursachen für die gefährlichen Spannungen in der Welt seien nicht beseitigt worden, sondern die Stationierung der neuen US-Raketen habe „nicht nur militärische, sondern auch politische Spannungen" verstärkt.

Jurij Andropow, der seit dem 18. August 1983 nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen wurde und dessen Gesundheitszustand seit langem Anlaß zu Spekulationen gibt, sagte auf Fragen der „Prawda": „Es ist nicht notwendig, uns von der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit eines Dialogs zu überzeugen. Das ist unsere Politik. Aber der Dialog sollte auf gleichberechtigter Ebene und nicht aus einer Position der Stärke geführt werden, wie es Reagan vorschlägt."

Nach Andropows Worten „weisen alle Zeichen" darauf hin, daß die US-Führung ihre Absichten nicht aufgegeben habe, „mit uns Gespräche aus

■ Fortsetzung Seite 10

Polen: Prozeß um Schüler-Tod wird verschoben

AFP/AP, Warschau

Der Prozeß um den mysteriösen Tod des polnischen Schülers Grzegorz Przemyk, der am 4. Februar beginnen sollte, wird verschoben. Nach einer Meldung der polnischen Nachrichtenagentur PAP hat jetzt einer der beiden in den Fall verwickelten Sanitäter gestanden, dem 19 Jahre alten Schüler „einen Schlag versetzt" zu haben, der zu dessen Tode geführt haben könne.

Doch die Behutsamkeit der polnischen Behörden in diesem Fall ändert nichts an der grundsätzlichen Verfolgung von Regimekritikern. Dem verhafteten Rechtsanwalt Mariej Bednarkiewicz, der die Mutter des ums Leben gekommenen Schülers, Barbara Sadowska, ebenso vertritt wie Anhänger der verbotenen „Solidarität", warfen sie jetzt vor, einen desertierten Milizbeamten gegen Zahlung von 200 000 Zloty (5600 Mark) zum Diebstahl und zu anderen ernsten Verbrechen angestiftet zu haben. Außerdem habe der Deserteur nach dem Tod Przemyks Zeugen beibringen sollen, die für Falschaussagen bezahlt werden sollten. Przemyk im 12. Mai 1983 in Warschau verhaftet worden und starb zwei Tage später.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neuer Anlauf

Von Manfred Neuber

Im südlichen Afrika kommt Bewegung in die starren Fronten. Washington schickt seinen ranghöchsten Experten in diplomatischer Mission nach Pretoria und in die feindlichen Nachbarstaaten. Die USA wollen einen neuen Anstoß zu einer Namibia-Lösung geben.

Kein geringerer als Roelof Botha, der Außenminister Südafrikas, kündigte für morgen Unterredungen mit dem amerikanischen Abgesandten Chester Crocker in Kapstadt an. Die USA werden auf eine dauerhafte Waffenruhe im Grenzgebiet zwischen Angola und Namibia dringen.

Hinsichtlich des Geheimtreffens mit Angolanern auf den Kapverdischen Inseln bleibt die südafrikanische Informationspolitik einsilbig. Dort hielt sich auch ein Diplomat aus Pretoria auf, als der zuständige Abteilungsleiter im US-Außenministerium am Wochenende mit Vertretern des marxistischen Regimes in Luanda verhandelte.

Auf den Kapverden kam es schon im vorigen Jahr zu – ergebnislosen – Kontakten zwischen Angola und Südafrika. Bei der Anbahnung solcher Gespräche, wie sie auch zwischen Moçambique und Südafrika stattfanden, leistet Portugal gute Dienste – offenbar in enger Abstimmung mit den USA.

Südafrika läuft in einem amerikanischen Wahljahr nicht Gefahr, von der Reagan-Administration zu übermäßigen Konzessionen genötigt zu werden. Ohne den Abzug der Kubaner aus Angola ist ein unabhängiges Namibia nicht zu haben. Da stehen Pretoria und Washington auf demselben Standpunkt.

Die USA können es andererseits aber nicht zulassen, daß ihre gesamte Afrika-Politik blockiert wird, weil Schwarzafrika die intransingente Haltung Südafrikas den Amerikanern anlastet. Chester Crocker muß also auf beiden Seiten abtasten, wo eine Annäherung möglich ist, die als Fortschritt ausgegeben werden kann.

Vermutungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und Angola sind voreilig, solange dort 30 000 Kubaner stehen. Der neue US-Vorstoß im südlichen Afrika setzt Pretoria freilich unter Entscheidungszwang: Soll das Militär mit Präventivschlägen weiter den Kurs bestimmen, oder haben die Diplomaten eine Chance für wirkliche Verhandlungen?

Wache Kontrolle

Von Eberhard Nitschke

Mit dem Satz: „Wir leben zwar im Orwell-Jahr, aber nicht in einem Überwachungsstaat" hat der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Reinhold Baumann, eine Kurzfassung seines neuen umfangreichen Tätigkeitsberichtes 1983 geliefert, die jetzt, wo das Papier auf dem Markt ist, in vielen Fällen zur Diskussionsverkürzung beitragen kann.

Welche Fülle von rechtlichen Hindernissen einem Überwachungsstaat in der Bundesrepublik Deutschland im Wege stünden, hat schon Baumanns Vorgänger im Amt, Hans-Peter Bull, eingehend aufgelistet. Da sind Verfassung und Grundrechte, das Rechtsstaatsprinzip und das Verhältnismäßigkeitsgebot, ferner eine Vielzahl von gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz auch außerhalb des Bundesdatenschutzgesetzes. Gerade diese Hindernisse sind es ja, die eine Aufzählung von Regelverstößen, wie sie der Tätigkeitsbericht – neben viel Lob für Behörden – präsentiert, erst möglich machen.

Die Kontrolle durch besondere staatliche Organe, die Mißstände bei der Datenverarbeitung überhaupt an den Tag bringt, gilt zwar als „Kernstück" der deutschen Datenschutzgesetzgebung, ist aber bisher nur im Bundesland Nordrhein-Westfalen in der Verfassung verankert. Baumann sieht den „enormen Machtzuwachs", den die stetig fortschreitende Informationstechnik den staatlichen Organen beschert, und möchte „fortlaufende Beobachtungen und Kritik dieser Vorgänge" durch besondere Instanzen gewährleistet sehen. Dies gelte in besonderem Maße für „diejenigen Zonen staatlicher Tätigkeit, die dem Blick der Öffentlichkeit ... entzogen bleiben".

Wenn er damit den Militärischen Abschirmdienst (MAD) meinen sollte, wäre ein Vergleich angebracht. Nicht nur Baumann spricht 1984 von dieser Behörde als von einer dem Datenschutz gegenüber ungewöhnlich aufgeschlossenen, sondern auch sein Amtsvorgänger Bull schon vor einem Jahr. Er bemerkte, daß die hier gespeicherten und heute so umstrittenen „Altfälle" aus der seinerzeit ungenauen Abgrenzung der Zuständigkeit des Verfassungsschutzes herrühren. Mit seinen Beanstandungen habe er „offene Türen eingerannt". Platz also für Hoffnungsschimmer.

Frauen-Forum

Von Detlev Ahlers

Sie geben vor, einer benachteiligten Bevölkerungsgruppe zu ihrem Recht zu verhelfen, bislang aber haben sie nur Arroganz und eine zweifelhafte Einstellung zum Grundgesetz erkennen lassen. Der Hamburger Senat unterstützt sie dabei nach Kräften. Die Rede ist vom Feminismus, jener Minderheitenbewegung, die sich um eine Mehrheit kümmert.

Zur Zeit laufen die Vorbereitungen für eine Hamburger Frauenwoche, die aus Steuermitteln mit 50 000 Mark gefördert wird. Sie soll ein Forum bieten, das neue Selbstbewußtsein der Frau zu predigen; und das muß ja auch nicht schaden. Allerdings läßt man dort auch extreme Feministinnen zu Wort kommen, deren Ausführungen dem friedlichen Miteinander der Geschlechter nicht eben dienen. Außerdem: Nur Frauen dürfen an der staatlich geförderten Veranstaltung teilnehmen.

Die Organisatorinnen sind dabei so streng, daß sie selbst auf vorbereitenden Pressekonferenzen, wo es um die Verwendung von Steuergeldern geht, männliche Redakteure rauswerfen. Stolz verweisen sie auf ihren Erfolg, daß nämlich der NDR deswegen nur noch rein weibliche Teams schickt. Für die Mehrzahl der Redaktionen heißt das, daß sie ihren Dienstplan nach sachfrenden, nämlich geschlechtsspezifischen Kriterien aufstellen müssen. Andernfalls würden sie keinen Zugang zu Informationen über das betreffende Projekt bekommen. Der Senat hat bisher die Frage, ob er grundgesetzwidrige Veranstaltungen fördert, nicht beantwortet.

Ähnlich restriktiv verhalten sich auch die Verantwortlichen der Frauenhäuser, die in Hamburg mit 1,9 Millionen Mark jährlich gefördert werden. Ob all das notwendig ist, mag dahingestellt bleiben, eine zureichende Überprüfung jedenfalls findet kaum statt. Sogar der Hamburger Rechnungshof klagt, daß er, nur männliche Prüfer beschäftigend, kaum Einblick erhält.

Alle vier Hamburger Frauenhäuser weigern sich, mit einem männlichen Redakteur zu sprechen: „Wenn wir was zu sagen haben, drucken wir es in der 'taz'".



„Ich komme zum Ende, meine Herren!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Großer Zapfenstreich

Von Herbert Kremp

Wollte der Bundesverteidigungsminister am vergangenen Montag tatsächlich mit dem Schweizer Homosexuellen-Publizisten Ziegler vor die Pressekonferenz in Bonn treten? Wenn das stimmte, wäre es unfaßbar. Aber auch ohne dies: Der ganze Fall Kießling ist nicht mehr faßbar. Er geht einem buchstäblich gegen den Strich. Der Minister, persönlich untadelig und tadellos im Amte, hat sich in seiner politischen Not auf ein Gleis begeben, das ihn nur noch zu einem Ziel führen kann: zum Rücktritt.

Um was geht es eigentlich? Einer der höchsten deutschen Generale wird von irgendeiner Seite als homosexuell bezeichnet. Homosexualität ist nach dem Recht dieses Staates nicht strafbar. Im Rahmen des 4. Strafrechtsreformgesetzes von 1973 wurde der Paragraph 175 dahingehend geändert, daß er Minderjährige (also Bürger unter 18 Jahren) schützt. Damit sind Erwachsene entlastet. Das bedeutet aber keine Zulassungsbescheinigung. Gesellschaftlich – oder auf deutsch: im Volke – trifft Homosexualität auf Ächtung und Verdächtigung. Der Gesetzgeber braucht sich der Volksmeinung, die bei jedem Mord an einem Taxichauffeur mehrheitlich für die Todesstrafe plädiert, nicht zu fügen. Dennoch muß eine verbreitete Meinung als Tatsache betrachtet und berücksichtigt werden, vor allem in der Armee, die eine Schule der Nation ist für viele junge Menschen.

Ein Zweites: Bevor der Paragraph 175 geändert wurde, fuhren Homophile nach Amsterdam. Heute brauchen sie nicht mehr über die Grenze auszuweichen. Aber angesichts des gesellschaftlichen Vor-Urteils blieb die Struktur des Milieus erhalten. Sie ist eine elende und hat sich als solche petrifiziert. Das Milieu reicht von der untersten Stufe der Bahnhöfe über das einschlägige Lokal bis zur persönlichen, verständigen und oft beständigen Freundschaft. Aber die Gefahr des Ausgetragenwerdens, mithin auch der Erpressung, lastet als gesellschaftliche Hypothek auf dem ganzen Bereich. Wer will, kann das beklagen. Aber ein Träger politischer und militärischer Geheimnisse und ein Führer von Menschen in einer Institution, also auch der Lehrer in der Schule, hat sich zu enthalten. Oder er tritt ab.

Es geht also im Falle des Generals Kießling, sofern eine begründete Vermutung besteht, nicht um eine Kleinigkeit. Der Minister hat richtig gehandelt, als er sich von dem General unter Berufung auf Paragraph 50 des Soldatengesetzes trennte. Er kann dies ohne Angaben von Gründen tun. Der Vertrauensentzug als solcher unterliegt nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nicht der gerichtlichen Kontrolle. Der Minister ist zu diesem Handeln legitimiert, weil in unserem Staat der Primat der Politik über die Armee gesetzt ist. Aus dieser Macht resultiert andererseits Fürsorgepflicht. Ein General wäre nicht ehrlos, wäre er praktizierender Homosexueller. Er hätte nur den Beruf zu wechseln. Auf keinen Fall aber darf er in der Weise, wie es der Minister zuließ, bloßgestellt werden. Denn nicht nur Kießling steht im Regen. Der gesellschaftliche Nachschrei, der hinter der Änderung des Paragraph 175 herschallt, brachte die Armee in eine unziemliche Diskussion. Die Armee aber hat sich mit ihrer Verteidigungsbereitschaft zu beschäftigen, mit nichts sonst.

Die Lebenserfahrung müßte einem Minister sagen, daß es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich ist, im erotischen Milieu zu recherchieren und Tatsachen festzustellen. Dieses Milieu läßt sich nicht als Bekanntmachung an die Wand nageln. Die Unwahrheit ist besonders im gesellschaftlich geächteten und verdächtigten Umfeld der Homosexualität eine Art Schutz, wie sie auch Methode der Erpressung ist. Wenn also ein Minister sich in einer solchen Sache in einen ermittelnden Staatsanwalt verwandelt, handelt er entweder verzweifelt oder ahnungslos. Er verliert zwangsläufig den Boden unter dem Stiefel. Politische Beweisnot ist kein Grund dafür, das fundamental Falsche zu tun. Indem Wörner mit eigenen Händen nach Beweisen für die Homosexualität seines Generals wühlte, begab er sich selbst in die Gesetze eines Milieus, das er nicht beherrscht, weil es grundsätzlich nicht beherrschbar ist.



Ein Minister kann nicht selbst in der Homo-Szene recherchieren: Manfred Wörner FOTO: SVEN SIMON

Der Minister machte sich insofern unmöglich - womöglich in bester, aber doch recht grüner Absicht. Der Staat, den er repräsentiert, bietet ein merkwürdiges, zu jeder Satire verwendbares Bild, wenn der Oberbefehlshaber der Bundeswehr in Friedenszeiten, von Beweislast gebeugt, einen Schweizer Herold der Homosexualität empfängt, mit ihm zu Tisch geht und ihn bei erbetener Anwesenheit eines Kanzleramts-Staatssekretärs artig befragt, ob er zur Vermutung über den bekannten General etwas Handfestes beizutragen habe. Der Informant (der nichts brachte), ein sogenannter Herr Ziegler, als Desinformant berüchtigt und vorbestraft, goß seinen Triumph sofort in die Spalten eines schweizerischen Boulevardblattes - was sollte man von ihm auch sonst erwarten. Eine gewisse Krönung besteht in der Tatsache, daß Bundeskanzler Kohl in Israel stante pede über den bedeutenden Minister-Kontakt unterrichtet wurde.

So schlitterte der Minister. Tödlich ist das Lächerliche. Ein führender Politiker muß über sichere Milieuvorstellungen verfügen. Ein Oberbefehlshaber kann nicht persönlich in der homosexuellen Szene recherchieren, um einen seiner Soldaten zu überführen. Da könnte er genauso, mit Bart verkleidet, nach Köln fahren und im „Tom-Tom" mal nachfragen. Daß sich das Kanzleramt in der Person Schreckenbergers für 20 Minuten an der Frankenstein-Sitzung mit dem Schweizer Reisläufer beteiligte, gehört zur Algebra der Kohl-Entourage. Man tue das alles nur, um Straußens Heraufkunft zu verhindern, ertönt es hinter der Hecke. Ach, seufzt da mancher Zeitgenosse im Angesichte des nicht endenwollenden Laienspiels, wäre er nur schon da.

IM GESPRÄCH Karl Kerschgens

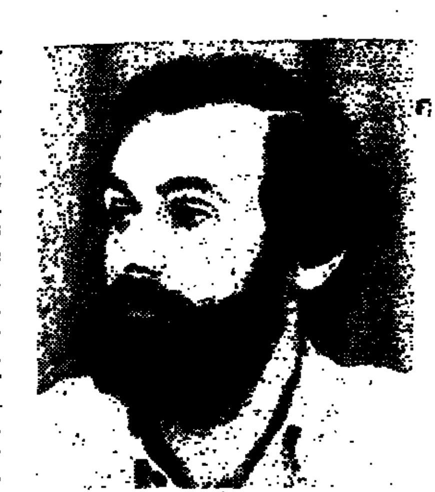
Ein Hauch von Pastoralem

Von Dankwart Guratzsch

Innerhalb von zwei Jahren hat der radikalste von allen grünen Landesverbänden, der Landesverband Hessen, sein Gesicht so vollkommen gewandelt, daß er wegen seines „gemäßigten Kurses" ständig in Konflikt mit den Bundesgremien der Grünen gerät. Einer der Wegbereiter dieses Wandels ist der Landtagsabgeordnete Karl Kerschgens. Aber die Neigung, bei der Annäherung an die SPD zu veralteten sozialistischen oder sozialdemokratischen Lösungsvorschlägen Zuflucht zu nehmen, wird ihm weder von den „Radöks" noch den „freiheitlichen Ökologen" in seiner Partei unterstellt. Der 45jährige, fast schon der älteste in seiner Fraktion, hat keine einzige rötliche Schattierung in seinem Werdegang.

Ursprünglich wollte der geborene Rheinländer und Sohn eines Schuhmachers katholischer Priester werden. Nach drei Jahren Tätigkeit als Kaplan in Aachen kam es dann jedoch über Fragen der katholischen Schulpolitik und Sexualethik zum Bruch. Nach einem Romanistikstudium in München wurde Kerschgens Berufsberater in Darmstadt und Dozent in Speyer – etwas Pastorales hat sich der schlanke, schwarzbärtige Mann mit der ruhigen, sonoren Sprechweise jedoch in Auftreten und Gestus durchaus bewahrt.

Die ökologischen Zusammenhänge seien ihm zum erstenmal durch Herbert Gruhls Buch „Ein Planet wird geplündert" klargeworden, sagt er heute. Über eine Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke und die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD), deren Landesvorsitzender er zuletzt war, kam er 1979 zu den Gründungskongressen der Grünen – und dann ging alles sehr schnell. Zwei Jahre Mitarbeit in Bundesgremien der Partei, Wahlkampf in Hessen, Einzug in den Landtag.



Mehr Lebensschutz und soziale Gerechtigkeit: Karl Kerschgens FOTO: DPA

Er fühlt sich trotz des sich anbahnenden Bündnisses mit Holger Börner nicht an die SPD gekettet. „Wenn es eine andere CDU gäbe, könnte ich auch mit ihr zusammenarbeiten", meint er. Seine Hauptmotive seien ein „umfassender Lebensschutz" und soziale Gerechtigkeit. Als er im Landtag einmal eine ziemlich harsche Kapitalismuskritik vorgetragen hatte und ein CDU-Abgeordneter erwiderte, eine solche Sprache habe er zuletzt 1953 in der „DDR" gehört, konterte Kerschgens, er habe nur die päpstliche Sozialenzyklika zitiert.

Sorge bereiten Kerschgens die „Zentralisten" in seiner Partei, die auch im wirtschaftlichen Breich „zentralistische Staatsmodelle" verfolgen. Es sind dieselben, die auch den erbittersten Widerstand gegen die Wendung der hessischen Grünen zur „Politikfähigkeit" leisten. Kerschgens hält ihnen das Bild von der ökologischen Apokalypse entgegen: „Die, die meinen, die Zeit würde für uns arbeiten, sollen im Frühjahr in den Wald gehen und nachschauen, ob das stimmt."

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Das Kölner Boulevardblatt schreibt zu Wörner:

Ein Vier-Sterne-General muß wie ein Hund vor der Tür warten, ob Minister Wörner geruht, ihn zu empfangen. Ein Schweizer Homosexueller, der neuen Schmutz gegen Günter Kießling präsentiert, plaudert zweieinhalb Stunden mit Wörner im Ministerium. Natürlich wurde er standesgemäß von einem Oberst mit Dienstwagen vom Flughafen abgeholt. Wer geglaubt hat, im Fall Wörner wäre kein neuer Höhepunkt der Unappetitlichkeit mehr möglich, hat sich getäuscht. Die Kette der Fehlleistungen ist noch nicht zu Ende. Starfighter-Pilot Wörner kurz vor dem Absturz, schon zu spät für den Schleudersitz. Keine technische Panne. Die Ursache ist menschliches Versagen.

NEUE RUHR ZEITUNG

Hier heißt es zur Affäre Wörner/Kießling:

Man mag es nun drehen und wenden wie man will, mag abwägen und eine Menge menschliches Verständnis für Wörner und eine durchaus differenzierte Meinung zu Kießling haben, es bleiben vier erkennbare Tatsachen: Der Minister, der eine 'elegante' Lösung haben wollte, damit aber voll auf den Bauch gefallen ist, hat eine schwerwiegende politische Führungsschwäche und einen Mangel an Führungsqualität erkennen lassen. Bis zum heutigen Tag hat die politische Führung kein wirklich überzeugendes Material gegen Kießling auf den Tisch legen können. Wörner, nicht Kießling, steht in Beweispflicht. Manfred Wörner und niemand anders hat sich selbst in die jetzige Situation gebracht. Die Bundeswehr ist durch ihn und sein Verhalten öffentlich ins Gerede gekommen.

TAGESANZEIGER

Die Zeitung aus Zürich stellt die Beweiskraft Zieglers in Frage:

Zieglers Beweise sind angebliche Abschriften von nicht mehr vorhandenen Tonbandaufnahmen, die ein Gespräch mit einem Düsseldorfer Strichjungen festhalten sollen... Mit diesen wenig aussagekräftigen Tonbandaufzeichnungen reitet Ziegler seit Montag einen publizistischen Feldzug mehr. Im Jahr 1979 wählte Ziegler den Weg des offenen Briefs, um die angebliche Homosexualität des damaligen österreichischen Außenministers Willibald Pahr und sich selbst als Kronzeugen dafür ins Gespräch zu bringen.

JERUSALEM POST

Der frühere israelische Außenminister Abba Eban kommentiert in der Jerusalemer Zeitung:

Der Dialog mit der Bundesrepublik geht auf allen Ebenen voran. Von den USA einmal abgesehen kann man sich kaum ein Land denken, mit dem Israel so enge und vielseitige Beziehungen unterhält. Und dies nicht, weil wir das tragische Geschehen aus den Augen verloren hätten. Im Gegenteil, eben weil wir das ganze Gewicht und die Bürde der Vergangenheit anerkennen, können wir mit Herz und Hand für die Zukunft arbeiten. Es ist klar, daß der Verkauf deutscher Waffen an Saudi-Arabien Israel im Protest vereinen wird, während er die Deutschen spaltet. Regierungen pflegen ihre Entscheidungen meist aus Interessengründen zu treffen und sie dann moralisch begründen. Aber die Dominanz der Interessen über die Moral kann in einer freien Gesellschaft nicht absolut sein.

Paris, Bonn und die Überwindung von Jalta

Französische Gedanken zur zukünftigen Gestalt Europas / Von Jürgen Liminski

Es gibt zwischen Franzosen und Amerikanern gemeinsame Nenner des politischen Denkens, die nicht unbedingt erst bei Lafayette oder Toqueville zu suchen sind. Bemerkenswert deutlich hat in den letzten Monaten ein Begriffspaar jüngeren Datums die weltpolitischen Überlegungen an Potomac und Seine bereichert: Jalta und Mitteleuropa. Der amerikanische Vizepräsident Bush sprach bei seiner Osteuropareise im Herbst von den historischen Wurzeln und der Bestimmung des gesamten alten Kontinents, die außerhalb des Sowjetimperiums lägen; US-Außenminister Shultz stimmte erst neulich in Stockholm ähnliche Töne an.

Stärker noch als die amerikanische Außenpolitik ist die französische gefangen im Netzwerk der Jalta-Folgen. De Gaulle hatte die widernatürliche Aufteilung in Hegemonialsphären zu durchbrechen versucht, Mitterrand hat dieses Anliegen fast zu seiner persönlichen Sache erhoben. „Wir müssen die Teilung Jaltas überwinden", sagte er im vergangenen Jahr öfter vor den Fernsehkameras. Das ist sein Credo. In seinem programmatischen Buch („Ici et maintenant", Fayard, 1980) heißt der Kernsatz: „Jeder Westeuropäer, Patriot in seinem Land, darf nur einen Gedanken haben: Jalta zerstören. Viele Zeichen kündigen es ab. Aber wir werden Jalta nicht ohne Krise überwinden. In dieser Krise stecken wir."

Zu den Zeichen zählt man in Paris heute die polnische Verfassungsbewegung, den Mißmut in osteuropäischen Ländern gegenüber der forcierten sowjetischen Rüstungspolitik, das geistig-ideologische Ringen um die Zukunft des deutschen Nachbarn (Stichwort: Nationalneutralismus) und nicht zuletzt Reden wie die der amerikanischen Politiker Bush und Shultz oder auch des Papstes in Polen, der, vatikangemäß, in anderen Zeiträumen denkt als die Tagespolitiker der westeuropäischen Wohlstandsgesellschaft.

Mitterrand hat bisher versucht, das Ziel „jenseits von Jalta" mit kleinen Schritten zunächst einmal wieder bewußt und politisch sichtbar zu machen. Auch hier hält er sich an de Gaulle. In der berühmten Straßburger Rede vom 23. November 1959 hatte der General nicht nur die Ural-Vision verkündet, sondern auch den Weg aufgezeigt: „Um Europa den Frieden zu bringen, bedarf es des Gleichgewichts Europas. Es gibt keinen anderen Frieden. Da sich aber eine erhebliche Anzahl der Europäer auf der anderen Seite findet, unter einem Regime, das wir kennen, muß auf dieser Seite Europa bestehen, muß es widerstehen und sich zusammenfinden."

Für das Zusammenstehen hat man in Paris konkret in der Krisensituation von heute die Formel vom „europäischen Verteidigungsraum" gefunden. Mitterrand, Hernu, Cheysson, Chirac, Barre und Giscard haben in den Wochen vor und nach der Nachrüstung in seltener Einmütigkeit, ja in edlem Wettstreit, zu diesem Thema Stellung genommen. Europäische Verteidigung gehört heute in Frankreich zu den am meisten diskutierten Themen.

Es ist für eine anerkannte Atommacht freilich leicht, über die Aufteilung der Welt und globale Antwortmöglichkeiten gegenüber den Sowjets zu reden. Leichter jedenfalls als für eine atomwaffengesperrte und geteilte Nation. Dennoch sieht man in Paris aus geographischen und historischen Gründen gerade in Bonn den Partner von morgen.

Den Schreibtisch Adenauers in Rhöndorf schmückt ein Foto, das den Alten mit seinem Freund de Gaulle zeigt. Darunter, handgeschrieben, die Widmung des Generals: „Es lebe die deutsch-französische Union." Dies war das weitgesteckte Ziel des Elysee-Vertrags, dieses Ziel peilen, mit einigen Abstrichen, auch die Sozialisten um Mitterrand an. In der Regierung des Enkels Adenauers hoffen sie, den geeigneten Ansprechpartner zu haben.

Seit einiger Zeit jedoch, insbesondere aber seit der Affäre Kießling/Wörner, ist man in Paris sehr beunruhigt. Aufmerksam hat man im Elysee registriert, daß in den Europa-Debatten des Bundestages oder bei den deutsch-französischen Treffen kaum jemand die bukolische Landschaft zwischen Rhein, Elbe, Seine, Themse und Po verläßt. Nur der CSU-Abgeordnete Huyn, so kann man im Elysee hören, habe einmal Adenauer zitierend den Blick nach Osten gerichtet und die Wertegemeinschaft des ganzen, ungeteilten Europa gegenüber der Sowjetunion als „Königsgedanken der Union" erläutert. Ist der historische Instinkt der deutschen Meisterdenker verkümmert, fragt man auch in den französischen Oppositionsparteien.

Vor dem Treffen der beiden Regierungschefs am 2. Februar hegen die Franzosen keine allzu hoch gespannten Erwartungen. Im Gegenteil. Überlegungen sind im Gang, es wieder intensiver mit den Amerikanern zu versuchen. Das mag geflüsterte Propaganda sein. Sicher ist: Man fürchtet wieder Andropows gesammeltes Schweigen zum Thema Deutschland und daß den gespitzten Ohren in Paris etwas entgehen könnte. Freundschaftliche Treffen ohne konkrete Ergebnisse, das macht die politisch hochsensiblen Gemüter der Franzosen fast mißtrauisch.

Die Einsamkeit der Großen von gestern oder Die Sorge um das Geschichtsbild

Sie alle sind als Regierungschefs in London gescheitert. Heute sind sie lebende Denkmäler, die sehr unterschiedlich mit dem Leben nach ihrem politischen Tod fertig werden: Macmillan, Lord Home, Lord Wilson, Heath und Callaghan.

Von FRITZ WIRTH

Wie er denn sein Verhältnis zu Margaret Thatcher beschreiben würde, wurde Edward Heath gefragt. Seine Antwort: „Höflicher Nihilismus." Als man ihm vorhielt, daß das nicht viel sage, entgegnete er, daß da ja auch nicht viel zu beschreiben sei. „Es ist kein Verhältnis vorhanden."

Dieses nicht vorhandene Verhältnis, dieser höfliche Nihilismus zwischen zwei Premierministern und zwei Leuten, die in den letzten 19 Jahren die Partei führten, ist für die britischen Tories zu einem immer peinlicheren und ärgerlicheren Ereignis geworden. Und da dieses Verhältnis in den letzten Tagen zu offenen parlamentarischen Kampfhandlungen entartete und Edward Heath als erster ehemaliger konservativer Premierminister dieses Jahrhunderts im Unterhaus gegen die eigene Partei stimmte, ist aus diesem höflichen Nihilismus in den Augen vieler Tories eine offene Rebellion und nach Ansicht besonders verärgerter Parteimitglieder ein „Verrat" geworden.

„Er ist einer unserer größten Komiker geworden"

Der konservative „Daily Telegraph", der vor elf Jahren, als Heath die Briten in die EG führte, dem Staatsmann Heath geschichtlichen Rang zuordnete, sah sich deshalb in der letzten Woche veranlaßt, in einem Leitartikel die Partei zu beruhigen, daß Heath heute wirklich keinen ernsthaften Schaden mehr anrichten könne. Wörtlich: „Er ist heute einer unserer größten Komiker geworden."

Der Streit zwischen Heath und Frau Thatcher ist alt und total. Heath hielt schon vor 12 Jahren die von ihm ins Kabinett berufene Margaret Thatcher für eine zweitklassige Erziehungsministerin, sie hielt ihn für einen zweitklassigen Premier. Die erste Chance, ihn das wissen zu lassen, war im Mai 1979, als sie ihr erstes Kabinett bildete und für Heath, der auf das Amt des Außenministers hoffte, keinen Platz hatte. Sie beauftragte ihren „Chief Whip" Humphrey Atkins, Heath zu informieren, daß Lord Carrington Außenminister werde.

Atkins rief den Heath-Vertrauten Timothy Kitson an mit der Bitte, seinen Herrn und Meister darüber zu informieren. Der zornige Kitson erwiderte: „Erledigt doch eure Dreckarbeit allein", und so fuhr denn am nächsten Morgen ein Dienstwagen von Downing-Street ins Land hinaus nach Wiltshire, wo Heath das Wochende verbrachte, mit nichts anderem an Bord als einem Chauffeur und einem Brief, der ohne ein Wort des Bedauerns die Nachricht von der Ernennung *Lord Carringtons* als Außenminister enthielt.

So begann es. Die Gegner des Edward Heath behaupten, dies sei das Schlüsselereignis dieser Feindschaft. Heath sei damals tief in seinem Stolz getroffen worden und handele seither wie eine beleidigte Primadonna.

Heath sieht die Sache anders. Für ihn ist das kein persönlicher, sondern ein sachlicher Konflikt. Er versteht sich nicht als ein Gegner Frau Thatchers, sondern als ein Gegner des „Thatcherismus", der rigorosen monetaristischen Finanzpolitik, die er für eine Gefahr und für ein Übel hält. Nach seiner Ansicht zerstört diese Politik mit Massenarbeitslosigkeit und Bankrotten nicht nur die Strukturen der britischen Industrie, sondern der gesamten Gesellschaft. Und er wird nicht müde, darauf hinzuweisen, daß die Zerstörung der gesellschaftlichen Strukturen in den zwanziger und dreißiger Jahren in Europa die Voraussetzung zur Machtergreifung der Diktatoren war.

Das sind die politischen Ängste, die diesen sonst eher scheuen und *lethargischen Mann zum Rebellen* gemacht haben. Er sieht das Konzept der „one nation" in Gefahr und fürchtet, daß die Partei unter Frau Thatcher jene politische Mitte verlassen hat, auf der diese gesellschaftlich zerrissene Nation zu einer Einheit zusammengefügt und zusammengeführt werden könnte.

Es sind diese Sorgen, die ihm über alle parteipolitischen Interessen hinweg die Rechtfertigung zu seiner „Rebellion" geben. Seine Tragik: Er ist ein mehr oder minder einsamer Rebell geblieben. Seine Botschaft kommt bei der Masse der Briten nicht an. Sie motiviert sein Rebellentum eher mit verletztem Stolz. Diese Nation hat kein Herz für schlechte Verlierer. Und so nannte ihn der „Observer" einen „Elefanten, der nicht vergessen kann" und der „Daily Telegraph" entfremdete ihn zu einem „Monument wie die Concorde", was in Reinschrift heißt: ein schöner, teurer, aber höchst überflüssiger politischer Luxus.

Es gibt in der westlichen Welt nicht viele Staatsmänner, die nach ihrer Abwahl so vehement vom Sockel gefallen sind wie Edward Heath. Das wirft die Frage auf: Gibt es noch ein Leben für Staatsmänner nach ihrem politischen Tode? Was sollen Männer tun, die Geschichte geworden sind? Ihr Geschichtsbild korrigieren, oder ergeben und in Würde sich dem Urteil ihrer Zeitgenossen ausliefern?

In Großbritannien ist es ein akutes Problem, denn es gibt noch fünf solche lebende Denkmäler: Harold Macmillan, der in diesem Jahr neunzig wird, Lord Home (80), Lord Wilson (68), James Callaghan (71) und den 67jährigen Edward Heath. Alle fünf haben eins gemeinsam: Sie haben keine Chancen, als die glanzvollsten Premiers dieses Jahrhunderts in die britische Geschichte einzugehen. Sie sind im Grunde allesamt in ihrem Amt gescheitert.

Am besten ist mit diesem Makel ohne Zweifel der greise und inzwischen fast erblindete Harold Macmillan fertig geworden. Er genießt nach wie vor das Flair des Staatsmanns und lebt gedeihlich von der „Supermac"-Legende, die er selbst schuf, und kein Premierminister nach ihm, ob Tory oder Labour, vergaß bisher, darauf hinzuweisen, daß sie regelmäßig seinen politischen Rat suchten.

Noch ein „Comeback" als Außenminister

Macmillan ist souverän mit dem Vorwurf fertig geworden, nach seinem Rücktritt durch *Manipulationen* und *Intrigen* seinen designierten Nachfolger „Rab" Butler kaltgestellt und Lord Home zur Macht und den Tories damit im Jahre 1964 zur Wahlniederlage verholfen zu haben.

Dieser Lord Home ist der einzige, der nach seiner Abwahl als Premier ein politisches Comeback als Außenminister hatte, das ihm die Chance gab, sich nach seinem Fiasko in Downing-Street politisch zu rehabilitieren. Keiner der fünf Alt-Premiers hat danach jedoch den Abgang aus der *Politik so fair, so endgültig und gentlemenlike* vollzogen wie er. Der „Lord of the Hirsel" lebt wie ein Landedelmann auf seinem riesigen schottischen Besitz, angelt, liest, schießt und schweigt, obwohl er mit manchen Entscheidungen der Regierung Thatcher nicht einverstanden ist.

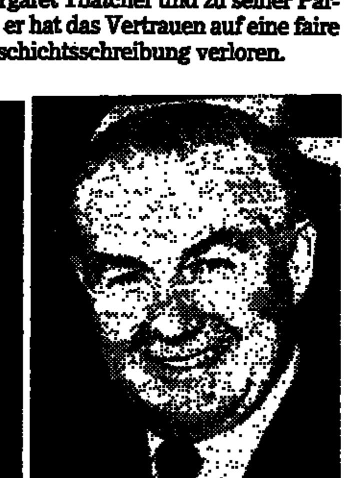
Einen erstaunlich problemfreien Abgang dagegen hatte Harold Wilson. Der Mann, der schon zu seinen Amtszeiten so fieberhaft an seinem Nachruf strickte, ist bemerkenswert ruhig, gelassen und weise geworden. Er schrieb nach seinem Rücktritt ein belangloses Buch, das eher eine Rechtfertigungsschrift war, und verbrachte die nächsten sechs Jahre fast schweigend im Unterhaus. Von Zeit zu Zeit läßt er schulmeisterliche Tiraden über den ungehörigen Tony Benn vernehmen, doch sonst ist er ein eher scheuer Mann geworden, entschlossen, das bisher immer noch nicht entschlüsselte Geheimnis mit ins Grab zu nehmen, warum er 1976 vorzeitig und unerwartet die Macht quittierte.

Die „problem boys" unter diesen fünf Männern sind fraglos James Callaghan und Edward Heath für ihre Parteien geworden. Sie sind es aus gleichen Gründen, denn beide fürchten, daß ihre Parteien dabei sind, ihre geschichtlichen Rollen umzuschreiben. Das veranlaßte James Callaghan auf dem letzten Parteitag, sein Schweigen zu brechen und der Partei die Leviten zu lesen.

Der Grund: Die Labour-Linke hatte ihn zum „Saboteur" erklärt. Sie lastete ihm an, bei der letzten Unterhauswahl mit seiner offenen Kritik am verteidigungspolitischen Kurs Labours und seiner klaren Absage an der unilateralen nuklearen Abrüstung der Partei in den Rücken gefallen zu sein. Er wurde, wie vor ihm Harold Macmillan, zum Sündenbock einer Wahlniederlage gemacht. Sein provozierter Auftritt auf dem Parteitag war bitter und scharf. Seither jedoch ist von James Callaghan öffentlich kein Wort mehr zur Labour-Politik vernommen worden. Er schweigt beleidigt und betroffen.

Das Problem des Edward Heath: Er vermag nicht zu schweigen. Er ist davon überzeugt, daß es Kräfte in der Parteiführung gibt, die versuchen, die Geschichte seiner Amtszeit umzuschreiben. „Sie versuchen, die Periode von 1970 bis 1974 auszulöschen, als habe es sie nie gegeben. Sie klammern mich als Parteichef und als Premierminister aus", beklagte er sich in einem Interview mit dem „Guardian". Anlaß zu dieser Klage gab ihm ein von der Parteiführung produzierter Wahlfilm, in dem die Verdienste der Konservativen um den britischen EG-Beitritt dargestellt wurden, ohne auch nur mit einem Wort Edward Heath zu erwähnen.

Ein „Elefant, der nicht vergessen kann"? Kaum. Der „Rebell" Edward Heath hat nicht das Vertrauen zu Margaret Thatcher und zu seiner Partei, er hat das Vertrauen auf eine faire Geschichtsschreibung verloren.



Die Riege der Gescheiterten: Harold Macmillan, Lord Home (Sir Alec Douglas Home), Lord (Harold) Wilson, Edward Heath, James Callaghan FOTOS: CAMERA PRESS (3), DPA, RUDI MEISEL



Bundeskanzler Kohl in Yad Vashem, der Gedenkstätte für die Opfer des Nazismus in Jerusalem FOTO: AP

Der Kanzler findet in Israel nur zurückhaltenden Applaus

Helmut Kohl trifft in Israel auf Freundlichkeit und Kritik. Sein geplantes Waffengeschäft mit Saudi-Arabien gefällt hier niemandem. Aber Regierungschef Shamir möchte die für sein Land wichtige Bundesrepublik nicht verprellen. Darum bemühte er sich um Ausgleich und Freundschaft.

Von BERNT CONRAD

Zwei Stunden nach seiner Ankunft in Israel sah sich Helmut Kohl schroff mit der Vergangenheit konfrontiert. Auf dem Ben-Gurion-Flughafen war alles noch sehr freundlich-routiniert verlaufen: Warmes Sonnenwetter, ein tadellos funktionierendes Zeremoniell mit Ehrenkompanie und Nationalhymnen, liebenswürdige Begrüßungsworte Yitzak Shamirs. Es schien, als sei hier ein ganz normaler gerngesehener Gast aus einem befreundeten Land ohne besondere Probleme eingetroffen.

In Yad Vashem auf den Bergen oberhalb Jerusalems aber wehte ein schärferer Wind. Der Kanzler hatte sich entschlossen, unmittelbar nach der Landung die Gedenkstätte für die sechs Millionen von deutscher Hand ermordeten Juden aufzusuchen. Es störte ihn kaum, daß rund 50 Demonstranten am Eingang lautstark gegen eine „Legalisierung" der Waffen-SS in der Bundesrepublik (gemeint war die Hilfsorganisation Haig) protestierten. Demonstrationen dieser Art hatte es immer gegeben; früher waren sie sogar erheblich umfangreicher gewesen.

Doch Kohls Gesichtszüge wurden starr, als Yitzak Arad, Vorsitzender des Yad-Vashem-Direktoriums, ohne Umschweife zur Sache kam: „Herr Bundeskanzler, ich selbst habe den Holocaust miterlebt und überlebt. Meine Eltern wurden im Vernichtungslager Treblinka ermordet. Es wäre eine Tragödie des deutschen und des jüdischen Volkes und ein furchtbares Unrecht für alle Zeiten meinem Volke gegenüber, müßte mein Sohn, der jetzt in unserem Militär dient, an einem Verteidigungskampf gegen einen Feind teilnehmen, der mit deutschen Waffen gerüstet ist." Mit ernster Stimme fuhr er fort: „Ich konnte mich retten vor den Einsatztruppen, als sie alle 3000 Juden meiner Stadt in Litauen ermordeten. Sie können sich meine Gefühle vorstellen, als ich über die Legitimierung der Waffen-SS erfuhr."

Das wirkte wie ein Hammerschlag. Der Kanzler nahm ihn schweigend hin. Mit verschlossener Miene ließ er sich dann durch das Holocaust-Museum führen. Ein israelischer Begleiter wollte ihm Bilder aus der deutschen Vergangenheit erläutern. Doch der Pfälzer schnitt ihm das Wort ab: „Ich kenne die deutsche Geschichte", erklärte er knapp. Später erläuterte er: „Wir haben ein neues Deutschland, ein erneuertes Deutschland." War es Unsicherheit an diesem Erinnerungsort grausamen Unheils oder Ärger über die brüsken Begrüßungsworte?

Unter gleißenden Scheinwerfern und Blitzlichtern wurde dann ein Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife vor das ewige Feuer gelegt. Der Kanzler trat heran, hockte sich nieder, stoppte kurz vor dem Boden und ordnete die Schleife. Es war kein Kniefall wie jener des Willy Brandt am Denkmal des Warschauer Gettos, aber die Geste kam ihm nahe. „Ich kann Ihnen versichern, so etwas wird sich in Deutschland nicht wiederholen", beteuerte Kohl beim Abschied gegenüber seinen israelischen Begleitern. Ins Gästebuch schrieb er den alttestamentarischen Satz aus dem Buch Hiob: „Er reißt dich aus dem Rachen der Angst in einen weiten Raum, wo keine Bedrängnis mehr ist."

Im ersten Gespräch mit Regierungschef Shamir ging es verbindlicher zu. Gewiß, auch der drahtige kleine Israeli betonte Bonns historische Verantwortung und warnte mit allem Nachdruck vor Rüstungsgeschäften mit den Saudis. Hätte er das nicht getan, wäre er von der öffentlichen Meinung bestürmt worden. Aber Shamir – umgänglich und nüchterner als sein Vorgänger Menachem Begin – wollte nichts verschütten. Gerade angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage Israels braucht er die Unterstützung Bonns innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. „Wenn nach dem EG-Beitritt Spaniens und Portugals die israelischen Agrarexporte in die EG eingeschränkt werden, kann unsere ganze Landwirtschaft zusammenbrechen", erläuterte er dem Kanzler gestern im zweiten Gespräch.

Kohls Rede beim abendlichen Festbankett im Hilton-Hotel spiegelte den Wunsch wider, bei aller Bejahung geschichtlicher Verantwortung die Unbefangenheit eines Deutschen zu demonstrieren, der die Schrecken des NS-Staates nur als Kind und Jugendlicher erlebt, also selbst keinerlei Schuld auf sich geladen haben konnte. Seine Gleichsetzung der Freundschaft zu Israelis und Arabern, seine Empfehlung der hier äußerst unpopulären Venedig-Entschließung der EG und des Araber-Gipfels von Fez, lösten bei vielen jüdischen Teilnehmern – darunter prominenten Abgeordneten der Regierungsparteien und der sozialdemokratischen Opposition – fast einen Schock aus. „Schrecklich" kommentierte ein früheres Regierungsmitglied. Entsprechend dünn war der Applaus. Ein israelischer Minister allerdings meinte zum Bonner Regierungssprecher: „Das war eine sehr mutige offene Rede, die man so nur unter Freunden halten kann."

Kohl konnte gestern morgen befriedigt feststellen, daß Shamir ihn noch ebenso freundlich behandelte wie am Vortage. Auch beim Besuch in der Knesset, dem israelischen Parlament, hörte er Angenehmes. Präsident Menachem Savidor rühmte – nur von wenigen bitteren Zwischenrufen unterbrochen – des Kanzlers „hervorragende Eigenschaften" und nannte ihn einen „authentischen Führer des neuen Nachkriegsdeutschlands".

„Es läuft alles sehr gut", verkündete einer von Kohls Mitarbeitern später. Unter der Oberfläche aber spürte man ein gewisses Unbehagen über einen Kanzler, von dem viele meinen, er treibe seine Unbefangenheit zu weit.

Im „Fall Kießling" gerät der Verteidigungsminister zunehmend in die Defensive

Will Strauß die Affäre für eine Rückkehr nach Bonn nutzen?

Von MANFRED SCHELL

In der Affäre um Bundesverteidigungsminister Wörner und den entlassenen Vier-Sterne-General Kießling entwickeln sich Merkwürdigkeiten, die zwar mit dem eigentlichen Sachverhalt wenig zu tun haben, die aber dennoch hochpolitisch sind. Dazu gehört in erster Linie die Rolle, die der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in dieser Diskussion einnimmt, in der es um den Kopf des Ministers geht.

Strauß hat bisher kein gutes Wort für Wörner eingelegt, während Bundeskanzler Helmut Kohl und der Fraktionsvorsitzende der Union, Alfred Dregger, ihm „pflichtgemäßes Handeln" attestiert haben. Statt dessen fordert Strauß den bedrängten Minister auf, den „Beweis" für die Notwendigkeit der Entlassung des Generals zu erbringen. Strauß tut dies, obwohl er weiß, daß genau hier die Schwachstelle Wörners liegt. Fragen, ob Wörner bei ausbleibendem Beweismaterial zurücktreten müsse, weist Strauß nicht zurück. Er läßt sie wirken und verweist auf die Kompetenz von Helmut Kohl: *„Ich bin doch nicht der Bundeskanzler."*

Keine Entlassung auf Druck der Opposition

Im Bundeskanzleramt in Bonn beobachtet man diese Entwicklung in der CSU-Spitze nicht ohne Sorgen. Die Frage, die hier gestellt wird, lautet einfach: Will Strauß nach einem erzwungenen Rücktritt des Verteidigungsministers eine breitere Kabinettsumbildung anstreben, die ihn wieder ins Spiel bringt? Der Bundeskanzler, der auf Staatsbesuch in Israel ist, unterschätzt jedenfalls die Entwicklung nicht.

Um einen ständigen zuverlässigen Informationsstand über die Affäre und deren allgemeinpolitische Begleiterscheinungen zu haben, hat er seinen Vertrauten, Ministerialdirektor Eduard Ackermann, in Bonn gelassen. Kohl selbst hat sich zu der Frage, ob er Wörner halten will, ob Wörner zu halten ist, nicht öffentlich geäußert. Seine Erklärung gegenüber Oppositionsführer Vogel, er sehe keinen Anlaß für einen Rücktritt, gibt sicherlich keine endgültige Antwort auf die tatsächlichen Absichten des Regierungschefs.

Einsichtig ist, und dies hätte Vogel wissen müssen, daß der Kanzler einen Minister jedenfalls nicht auf Druck der parlamentarischen Opposition hin entlassen kann. Die SPD hat zudem mit ihrem Antrag, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, gewollt oder nicht, Wörner zumindest für befristete Zeit den Rettungsring zugeworfen. Wörner hat jetzt Gelegenheit, sich vor diesem Gremium zu rechtfertigen. Ob er am Ende, wenn alles auf dem Tisch liegt und politisch bewertet ist, *tatsächlich noch als tragbar gilt, ist* aus heutiger Sicht zumindest ungewiß.

Der Bundeskanzler jedenfalls hat sich auf dieses Zeitspiel eingelassen. Seinen Überlegungen kommt es sogar entgegen. Die Bundesregierung sähe schlecht aus, wenn heute Wörner und in einigen Monaten vielleicht auch Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff den Hut nehmen müßten. *Jetzt hat Kohl Zeit,* abzuwarten und, wenn es erforderlich werden sollte, beide Minister in einem Zug zu ersetzen. Die CSU wäre davon nicht berührt. Die CDU würde, wahrscheinlich in der Person von Alfred Dregger, den neuen Verteidigungsminister stellen. Auch Staatsminister Alois Mertes ist genannt worden. Ebenso käme der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Volker Rühe, zuständig für Außen- und Sicherheitspolitik, in Betracht. Kohl ist ein Förderer von Rühe.

Die FDP würde aus ihrer Interessenlage heraus das Amt des Bundeswirtschaftsministers besetzen. Kohl hat kürzlich vor dem CDU-Präsidium gesagt, bei einem Ausscheiden von Graf Lambsdorff würde keine Kabinettsumbildung erforderlich. Damit hat er signalisiert, daß die Wiederbesetzung dieses Ministeramtes Sache der FDP ist. Ob sich der Koalitionspartner CSU damit zufrieden geben würde, ist nicht sicher. Jedenfalls sieht es zur Zeit so aus, daß Strauß – um beim Schachspiel zu bleiben – den „König" Kohl mit seiner Kritik und seiner auch bei anderen Anlässen geäußerten Unzufriedenheit an der Regierungsarbeit in Bonn nicht erreichen kann. Dafür werden jetzt die „Bauern", also Minister, und hier speziell Wörner, kritisch angegangen.

Die zweite Merkwürdigkeit ist die Art und Weise, wie die Bundesregierung mit ihrem Instrument Militärischer Abschirmdienst (MAD) umspringt. Richtig ist, daß der MAD im Fall Kießling schwerwiegende Fehler begangen hat. Der für Innen und Recht zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Karl Miltner (CDU) hatte gemeint, in dieser Situation sei der MAD kaum noch zu verteidigen. Dies ist gewiß eine richtige Einschätzung, aber die Bundesregierung mit ihrem Sprecher Peter Boenisch ist hier einen großen Schritt weitergegangen. Boenisch hat sich in abwertender Form über das Regierungsinstrument *MAD* geäußert, so, als wolle er die Mafia anprangern.

Der MAD hat nicht nur Pannen produziert

Sachliche *Aufklärung,* zum Beispiel der vertiefte Hinweis, daß die Zustände im MAD in der Amtszeit der sozialdemokratischen Verteidigungsminister Schmidt, Leber und Apel entstanden sind, wäre wohl hilfreicher gewesen. Außerdem hat der MAD nicht nur Pannen produziert. Die Aufdeckung des schwerwiegenden Spionagefalls Lutze/Wiegel auf der Hardthöhe wäre ohne die Arbeit des MAD nicht gelungen.

Die Absicht, die hinter der Attacke Boenischs stand, ist natürlich zu durchschauen. Er wollte damit dem *in Not geratenen Bundesverteidigungsminister* beispringen. Die „Öffentlichkeitsarbeit" des Verteidigungsministeriums und der Bundesregierung in dieser Angelegenheit ist ohnehin ein Kapitel für sich. Kießling, im Krankenzimmer nur mit einem Telefonapparat ausgestattet, hat das, was er zur Verteidigung zu sagen hatte, effektvoll über die Fernsehschirme transportiert. Die Regierungsseite hingegen hat eine Ungeschicklichkeit an die andere gereiht.

Auf „Tatsachen" hätte Wörner verzichten können

Von BRUNO WALTERT

Was mag Manfred Wörner veranlaßt haben, persönlich mit dem umstrittenen Schweizer Journalisten Ziegler, zusammenzutreffen?

Jene, die es gut meinen mit dem in den Fall Kießling verstrickten Verteidigungsminister, beantworten die Frage so: Wörner ging es darum, *nach* „weiterem Beweismaterial" zu forschen, mit dem sich die Behauptung untermauern läßt, Kießling habe sich im Homosexuellen-Milieu bewegt und *sei deshalb* zum Sicherheitsrisiko geworden.

Daß Wörner solches aus politischen Gründen für angebracht hielt, ist immerhin denkbar – wiewohl der Minister sich fragen lassen muß, ob er sich dieses Treffen aus Stilgründen *nicht* hätte versagen müssen. Rechtlich gesehen war das Zusammentreffen Wörners mit Ziegler jedenfalls überflüssig. Und zwar aus folgendem Grund:

Wörner hat veranlaßt, daß General Kießling im Dezember vom Bundespräsidenten nach Paragraph 50 des Soldatengesetzes in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Diese Vorschrift hat *folgenden* Wortlaut: „Der Bundespräsident kann die Berufsoffiziere vom Brigadegeneral an aufwärts jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzen." Gestützt auf die Intensionen des Gesetzgebers und insbesondere auf das Wort „jederzeit" in Paragraph 50 hat die höchstrichterliche Rechtsprechung den Grundsatz entwickelt, daß zur Versetzung von Generalen in den einstweiligen Ruhestand eine „Begründung durch Anführung von Tatsachen" nicht notwendig ist. Wörner konnte Kießling also in den einstweiligen Ruhestand versetzen, ohne irgendwelche „Tatsachen" *anzuführen.* Erst dann, wenn die Versetzung in den Ruhestand angefochten wird, müssen Gründe genannt werden.

Aber selbst hier hat das Bundesverwaltungsgericht Grenzen gezogen. Eine Entscheidung dieses Gerichts vom 12. April 1978 geht beispielsweise davon aus, daß dann, wenn zur Begründung geltend gemacht wird, der Minister sehe dem hohen Offizier gegenüber keine Vertrauensbasis mehr, diese Feststellung allein zur Begründung genügt. Wörtlich heißt es in der Entscheidung: „Der Vertrauensentzug als solcher unterliegt *nicht* der gerichtlichen Kontrolle." Er darf lediglich nicht willkürlich sein.

Zwar beziehen sich diese Feststellungen auf Paragraph 22 des Soldatengesetzes, der das Verbot der Dienstausübung behandelt. Aber unter Juristen ist unstrittig, daß diese Grundsätze im Fall des Paragraphen 50 ebenso gelten.

Zumindest rechtlich gesehen stünde Minister Wörner also jetzt, aber auch später in einem Streit vor dem Verwaltungsgericht, ganz gut da, wenn er sich darauf beschränkt hätte, als Grund für die Versetzung Kießlings in den einstweiligen Ruhe*stand allein* den Vertrauensverlust zu nennen. Weshalb er sich in einem Brief an Kießlings Anwalt Redeker auch auf die Homosexualitäts-Argumentation eingelassen hat, bleibt rätselhaft. Waren dafür als „politisch" verstandene Gründe maßgebend?

Wenn aber dieses Argument schon eingebracht ist: Unter rechtlichen Gesichtspunkten ist es höchst pro*blematisch, den Vorwurf der Homo*sexualität, aus dem das Sicherheitsrisiko abgeleitet wird, mit Zeugen zu untermauern, die erst nach der Entscheidung gefunden wurden – falls diese Zeugen überhaupt glaubwürdig wären. Es ist zumindest höchst zweifelhaft, daß derartige nachträgliche „Beweise" im Rechtsstreit relevant sein könnten. Das wäre allenfalls dann denkbar, wenn sie gerichtsverwertbare, ausreichende Beweise, die schon zum Zeitpunkt der Entscheidung existierten, nur noch zusätzlich untermauerten.

Juristen fragen sich im übrigen, *weshalb Wörner im Dezember nicht* von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, General Kießling, der ohnehin zum 30. März 1984 in den Ruhestand treten wollte, nach Paragraph 22 des Soldatengesetzes die Dienstausübung zu verbieten. Alle Voraussetzungen dafür waren gegeben. Und alles, was Wörner mit der Zurruhesetzung Kießlings hat erreichen wollen, hätte er auch auf diesem Weg erreichen können. Und – vermutlich – ohne allen politischen Ärger.

Die Generale wußten nichts von dem Treffen des Ministers mit Ziegler

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die Nachricht vom Zusammentreffen von Bundesverteidigungsminister Wörner mit dem Schweizer Schriftsteller Alexander Ziegler, der sich öffentlich zu seiner homosexuellen Neigung bekennt und Wörner angebliche Beweise über General a. D. Kießlings behaupteten Umgang mit einem Düsseldorfer „Strichjungen" vorlegte, hat auf die höchsten Offiziere der Bundeswehr offensichtlich fast wie ein Schock gewirkt. Dieser Eindruck herrschte 24 Stunden nach dem Zusammentreffen des Ministers mit der Runde der Inspekteure der Teilstreitkräfte, deren Stellvertretern, den Amtschefs, Kommandierenden Generalen und Schulkommandeuren sowie den hohen Offizieren in integrierten Stäben im Generalsrang vor. Zu dieser Besprechung hatte der Generalinspekteur, General Altenburg, geladen. Sie hatte das Ziel, die Offiziere über die Vorgänge zu unterrichten, die den Minister zur vorzeitigen Entlassung von Kießling bewogen hatten.

Als Wörner die Runde rund eine Dreiviertel Stunde lang über die Geschehnisse unterrichtete, wußten die Offiziere noch nichts vom Zusammentreffen des Ministers mit Ziegler. Dies wurde erst nachträglich bekannt. Die Nachricht wirkte so ungünstig auf die Teilnehmer, daß nachträglich, wie es scheint, der gute Eindruck, den Wörner mit seinen Ausführungen bei den Generalen und Admiralen hinterließ, sich äußerst negativ verändert hat. Gesagt wurde gestern, es entspreche kaum einem allseits akzeptierten Rechtsverständnis, wenn der Minister, der für Kießling auch nach dessen Pensionierung die Pflicht zur Fürsorge habe, auf diese „höchst merkwürdige" Weise Belastungsmaterial gegen den zu erhalten hoffe, für den er gerade die Pflicht zur Fürsorge habe. Deshalb hinterließ Wörner bei den Teilnehmern der Runde nachträglich ein „ungutes Gefühl".

Ursprünglich hatte die Runde dem Minister für sein Handeln in der „Affäre Kießling", wie es hieß, sympathisches Verständnis entgegengebracht, obwohl die meisten wohl nicht alles an seinem Handeln verstanden hätten. Einer der Teilnehmer sei in die Besprechung mit Altenburg und Wörner mit der Einstellung gegangen, der Minister werde sich kaum rechtfertigen können. Derselbe habe *sie nach mehr als vier Stunden mit* den Worten verlassen, der Minister habe nicht anders handeln können.

Von verschiedenen Seiten wurde die Atmosphäre der Begegnung mit „überraschend loyal und voller Verständnis" für die politisch und militärisch verantwortliche Führung der Streitkräfte geschildert. Wörner und Altenburg verzeichneten viele kritische Fragen zur Schlüssigkeit der Erkenntnisse über den angeblichen Umgang Kießlings in Kölner Lokalen. Überdies war ein Teilnehmer sogar so kritisch anzumerken, es wäre besser gewesen, noch wirksamere Mittel der Recherche zur Erhärtung oder Entkräftung der Vorwürfe gegen Kießling anzuwenden. Solchen Einlassungen der Offiziere waren, wie zu hören war, keine Bekundungen der Loyalität für den *Minister* und den Generalinspekteur vorausgegangen.

Außerdem wurde berichtet, daß die nach der Besprechung von Altenburg abgegebene Erklärung ausführlich von den Generalen und Admiralen beraten worden war. In ihr hatte es geheißen, daß im Zusammenhang mit der Affäre von der Bundeswehr Schaden abgewendet werden müsse und die Person von Kießling zu schützen sei. Auch habe die Runde übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß der entlassene General zu rehabilitieren sei, wenn durch die *jetzt laufenden* Untersuchungen entsprechende Erkenntnisse gewonnen werden sollten. Darüber hinaus hatte es in der Erklärung geheißen, die Kommandierenden Generale hätten erkannt, daß Wörner am 8. Dezember 1983 aufgrund der vorliegenden Unterlagen „entscheiden mußte". Im Entwurf für die Erklärung war von „handeln mußte" die Rede.

Gespräch mit „Zeugen" bringt Wörner in neue Bedrängnis

● Fortsetzung von Seite 1

haben. Danach sollen Generalinspekteur Altenburg und weitere verantwortliche Offiziere geladen werden. Als Minderheit hat die SPD allerdings die Möglichkeit, Gegenstände der Untersuchung zu verlagern oder den Kreis der Zeugen zu verändern. Die SPD will das Vorgehen bei der Sicherheitsüberprüfung Kießlings von Juli bis September 1983, bei der *Wiederaufnahme* der *Überprüfung* im November 1983 sowie die Tatsachen und Erkenntnisse überprüfen, die Wörner im Januar 1984 – also nach der Entlassung von Kießling – bekanntgeworden sind.

Nachdem Staatssekretär Hiehle vom Verteidigungsministerium aus Gesundheitsgründen seinen Dienst nicht mehr versehen kann, hat die Affäre gestern ein *zweites* „Opfer" in der Umgebung Wörners gefordert: Der Leiter des Ministerbüros, Regierungsdirektor Trebsch, ist aufgrund der Überlastung „dienstunfähig" geworden. Er wurde nach Hause geschickt, um sich auszuschlafen.

Deutliche Kritik an Wörner wurde gestern im CSU-Organ „Bayernkurier" geübt. Die Diskussion, so hieß es dort, „gehe durchaus nicht nur zu Lasten Kießlings". Auf der einen Seite gebe es eine von der SPD mitgeschürte Stimmungsmache gegen Wörner, „auf der anderen eine mit widerlichen Einzelheiten – wenn auch keineswegs *solchen, die* bewiesen wären – betriebene Vorabverurteilung des Generals". Dem MAD warf das Organ „Blamage" vor. Schon jetzt sei durch den Fall Kießling „und seine quälende Behandlung" erheblicher Schaden „innerhalb und außerhalb der Bundeswehr" angerichtet worden.

Staatssekretär Schreckenberger sagte in dem WELT-Gespräch, „pauschale Angriffe gegen den MAD haben keinen Sinn". Nach seiner Einschätzung lägen Fehler nicht im organisatorischen Bereich des MAD. Vielmehr habe sich eine „Verkettung *unglücklicher* Umstände" ergeben. Die Hinweise, Kießling nach Paragraph 50 Soldatengesetz zu entlassen, hätten ausgereicht. Wörner habe inzwischen eine Kommission eingesetzt, *die sich mit dem MAD befasse.* Ein Beamter des Kanzleramtes sei als „Beobachter" dabei. Der Kommission gehören der frühere Innenminister Höcherl, der ehemalige Verfassungsrichter Rottmann und der frühere Konteradmiral Ahrendt an.

Schreckenberger lag an der Klarstellung, daß er nicht dafür zuständig sei, was in den Diensten wie des MAD gemacht werde. Durch Erklärungen von Regierungssprecher Boenisch war fälschlicherweise der Eindruck entstanden, das Kanzleramt sei dafür zuständig.

Wörners neuer Zeuge ist kein unbeschriebenes Blatt

WERNER KAHL, ***Bonn/Zürich***

Schweizer Fernsehzuschauer verfolgten Dienstag abend mit wachsender Spannung einen Bericht aus Bonn. Der homosexuelle Züricher Schriftsteller und *Theaterautor* Alexander Ziegler trat auf der Hardthöhe, dem Sitz des Bundesverteidigungsministeriums, als Schlüsselfigur im Fall des deutschen Generals Günter Kießling auf. Was hatte den deutschen Verteidigungsminister veranlaßt, so gestern der Schweizer Nationalrat Ernst Cincera zur WELT, den skandalumwitterten Politkünstler zu empfangen?

Der Empfang des heute 40jährigen Ziegler auf der Hardthöhe hat eine Parallele. Im Jahre 1979 war der damalige österreichische Außenminister Willibald Pahr unversehens Op*fer eines Rufmordes.* Nach einem Raubüberfall auf den Minister in Straßburg benutzte ein 18jähriger Franzose die öffentliche Verhandlung nicht zu einem reuigen Geständnis, sondern zum großen Auftritt: Der Minister, so behauptete er, habe ihm *in der Nähe des Justizpalastes,* einem Treffpunkt Straßburger Strichjungen, Feuer für seine Zigarette gegeben. Daraus habe sich eine Liebesstunde entwickelt. Pahr bezeichnete die Anschuldigungen als „ungeheuer und *lächerlich*".

In Zürich blies daraufhin Alexander Ziegler nach Feststellungen der eidgenössischen Sicherheitsbehörden in die glimmende Glut und sah sich zu seiner Genugtuung zu einem Gespräch beim österreichischen Generalkonsul eingeladen. Der Fall entpuppte sich jedoch als Phantasieprodukt des Täters, der eine Schutzbehauptung für den Raubüberfall gesucht hatte. Pahr selbst („Ziegler lügt") wurde voll rehabilitiert.

Als Chefredakteur des Homosexuellen-Magazins „Du und ich" brachte Ziegler das Milieu bei jeder sich bietenden Gelegenheit ins Gerede. *Schweizer Bürger, die sich für* seine Vergangenheit interessierten, wurden darauf aufmerksam gemacht, daß die Erwähnung eines gerichtlichen Verfahrens gegen Ziegler wegen der Anschuldigung der Unzucht mit Minderjährigen nicht mehr statthaft sei. Das Verfahren aus dem Jahre 1967 ist inzwischen im Strafregister gelöscht worden.

Die Gerichte hatten dennoch erneut Grund, den Buchautor vorzuladen. In einem Buch („Eines Mannes *Liebe*") beschrieb *Ziegler* in Romanform Abenteuer eines hohen Justizbeamten auf Auslandsreisen. Auf dem Bildschirm behauptete er dann, es handele sich um einen existenten Regierungsbeamten. Die Beschreibung glich der Person des inzwischen verstorbenen Regierungsrates Arthur Bachmann, Justizchef des Kantons Zürich. Bachmann verklagte den Autor. Wegen fortgesetzter übler Nachrede wurde Ziegler zu sieben Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Schützenhilfe für Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) erklärte Ziegler gegenüber dem Schweizer Boulevardblatt „Blick" damit, die Fälle Kießling *und* die Ungewißheit über den Ausgang des Verfahrens in der Parteispendenaffäre hätten die Bundesregierung ins Wackeln gebracht. Wenn sie stürze, gäbe es einen Rechtsrutsch in der Bundesrepublik mit Franz Josef Strauß als neuem Mann.

Von dem Tonband mit dem angeblichen Bezug auf den Fall Kießling veröffentlichte das Massenblatt gestern Auszüge („exclusiv"). Es handelt sich um ein 1979 geführtes Gespräch zwischen Alexander Ziegler, damals Chefredakteur von „Du und Ich" und dem Strichjungen Achim M. aus Düsseldorf. M. wollte nach Angaben Zieglers der Zeitschrift Informationen über seine Beziehungen zu einem hohen Bundeswehr-Offizier „verkaufen". Der Strichjunge behauptet unter anderem, sein angeblicher Offiziersfreund sei Kießling gewesen und habe sich bei einem Treffen im Frankfurter Hotel Sheraton als „Dr. Brack oder so ähnlich" ins Gästebuch eingetragen. Auf die Frage, wie er, der Strichjunge, an den wahren Namen gekommen sei, erklärte dieser, im Sheraton habe „ihn mal einer *gegrüßt:* Grüß Gott, *Doktor* Kießling". Auf den Vorhalt des Jungen, warum er sich ihm gegenüber nicht zu erkennen gegeben habe, sei ihm vom General geantwortet worden, er sei tatsächlich „der Dr. Günter Kießling von der Bundeswehr", aber das solle der *junge* Freund „gleich wieder vergessen".

„Blick" veröffentlicht zugleich mit dem Ziegler-Interview eine Reproduktion eines „Dokuments auf offiziellem Briefpapier von Dr. Manfred Wörner, Bundesminister der Verteidigung. Der Brief ist unterzeichnet: Wörner". Laut Zeitungsbericht heißt es darin: „Herr Alexander Ziegler, Tödlstraße 12, 8712 Stäfe am Zürichsee/Schweiz, ist bereit, heute eine eidesstattliche Erklärung im Fall des General Dr. Kießling abzugeben. Solange er auf Wahrung seiner Anonymität besteht, sichere ich ihm diese zu." (Folgt Unterschrift angeblich von Wörner – die Red.) In Zürich erklärte inzwischen Zeuge Ziegler, befriedigt über den Empfang im Bundesverteidigungsministerium, in der Affäre könne man mit dem Minister „von Mann zu Mann" reden.

DIE WELT (uspa 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Reagan nimmt „definitiv" Stellung zu Libanon

Brief an Abgeordnete erwähnt Zeitplan für Truppenabzug

TH. KIELINGER, Washington

In einem Brief an zwei Kongreßabgeordnete hat Präsident Reagan eine, wie das Weiße Haus es nennt, „definitive" Darstellung der Libanon-Politik gegeben. Der Brief an die Abgeordneten Hamilton und Aspin ist vom 19. Januar datiert, wurde jedoch erst jetzt in Washington publik gemacht.

In seinem Schreiben hebt Reagan hervor, daß „unsere Friedenstruppen in Libanon nicht ewig dort bleiben sollten und auch nicht bleiben werden. Aber wir können nicht einfach einseitig abziehen, ohne Fragen aufzuwerfen über die amerikanischen Verpflichtungen, im Nahen Osten eine Mäßigungs- und Verhandlungsrolle zu spielen."

Reagan hebt offen hervor, daß die Vereinigten Staaten „Präsident Gemayel und die verschiedenen Gruppen in Libanon bedrängt haben, sich in Fragen gemeinsamer Politik und Sicherheitsvorkehrungen zu einigen". In diesem Zusammenhang weist er auf die jüngste Reise des US-Nahost-Unterhändlers Rumsfeld hin, der zur Zeit in Washington Bericht erstattet über seine Bemühungen, den politischen Einigungsprozeß in Libanon voranzubringen.

Rumsfeld ist aber vorerst mit leeren Händen zurückgekommen, was Außenminister Shultz vor wenigen Tagen veranlaßte, öffentlich Kritik an der Obstruktionspolitik Syriens und Moskaus zu üben. Unter anderem muß Syriens Außenminister – laut Shultz – Botschafter Rumsfeld gegenüber bedeutet haben, die USA seien im Nahen Osten „kurzatmig" und würden ihre Truppen eher aus Libanon zurückziehen müssen als Damaskus die syrischen.

Feinde kritisiert

Reagan erläutert, wie als Antwort auf die syrische Position, in seinem Brief an die beiden Kongreßabgeordneten seine Vorstellungen von der „Zeit, die benötigt wird", damit die Gruppenanimositäten in Libanon überwunden werden können. „Gerade deshalb", so fährt er fort, „habe ich um Unterstützung im Kongreß für die 18-Monate-Frist nachgesucht, die wir unserer Friedenstruppe in Libanon geben müssen. Diese Dauer dürfte der Regierung Libanons jenen Atemraum geben, den sie braucht, um ihre Autorität zu erweitern."

Wie vor ihm Shultz kritisiert auch der Präsident erneut die Feinde einer Einigung in Libanon. Wörtlich nennt er die Sowjetunion, Syrien und Iran. Die Präsenz der internationalen Friedenstruppe trage „wesentlich dazu bei, daß Präsident Gemayel einen Versöhnungsprozeß in Gang bringt, der mehr libanesisch als syrisch ist. Hastiger Abzug unserer Truppen könnte also nur gefährlicherweise genau jenen politischen Prozeß unterminieren, den Sie und ich uns als Nahziel gesetzt haben."

Die Äußerungen Reagans zur sowjetischen Rolle im Libanon-Konflikt schwanken zur Zeit stark. Noch am 16. Januar hatte er in einer auch nach Europa übertragenen Fernsehansprache einen deutlichen Wink in Richtung Moskau erteilt, daß die USA und die Sowjetunion bei der Lösung der Libanon-Krise zusammenarbeiten sollten. „Das würde uns in Washington bestimmt dabei helfen, auch andere Aspekte unserer Beziehungen zu Moskau positiver anzugehen", sagte der Präsident damals.

Kreml antwortete nicht

Dieses Signal scheint aber vom Kreml nicht mit konkreten Schritten beantwortet worden zu sein. Im Gegenteil, die amerikanische Aufklärung in Libanon ermittelt täglich neue Zahlen eines rasch fließenden militärischen Nachschubs aus Moskau für Syrien und die mit Syrien verbundenen Drusen unter Walid Dschumblatt, die am heftigsten Gemayels Regierung bekämpfen. Entsprechend dieser Erkenntnisse verschärft sich der Ton wieder, mit dem die Amerikaner Syriens und Moskaus Rolle beschreiben.

Inzwischen hofft man in Washington, daß Gemayel mit einigen der verfeindeten Gruppen in Libanon einen Modus der Einigung findet. Im Gespräch ist nach wie vor der Plan, den der libanesische Präsident selber den westlichen Regierungen vorgeschlagen hat und der von diesen stark unterstützt wird. Demnach soll Beirut das Ziel einer nationalen Einigung vorerst zurückstecken und statt dessen versuchen, schrittweise einen Burgfrieden mit einzelnen Gegnern der Zentralregierung herzustellen. Und zwar vor allem mit Nabib Berri, dem Vertreter der Schiiten, mit Rashid Karami, einem Sunniten-Anführer aus Tripoli, und mit Suleiman Frandschieh, dem ehemaligen Staatspräsidenten und Chef der christlichen Gemeinden im Nordosten Libanons.

Wien hilft Jugoslawiens Wirtschaft

100-Millionen-Dollar-Kredit / Interesse an politischer Kooperation / Sinowatz in Belgrad

CARL G. STRÖHM, Belgrad

Der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz hält sich in Begleitung seines Finanzministers Herbert Salcher und einer Delegation prominenter Bankiers und Wirtschaftsmanager zu einem offiziellen Besuch in Jugoslawien auf. Den Gästen aus Wien geht es vor allem darum, den mit einer schweren wirtschaftlichen Krise ringenden Nachbarn unter die Arme zu greifen.

Die Chefin der jugoslawischen Bundesregierung, Milka Planinc, sagte gegenüber Sinowatz, Jugoslawien habe im Verlauf des „Stabilisierungsprozesses" die „Talsohle" erreicht. Es zeigten sich erste Erfolge – so etwa sei die Handelsbilanz im abgelaufenen Jahr erstmals wieder positiv gewesen. Allerdings mußten die Jugoslawen zugeben, daß das Realeinkommen der Bevölkerung nach offiziellen Angaben um 25 Prozent gesunken sei. Im abgelaufenen Jahr habe Jugoslawien seine Exporte um 14 Prozent steigern können, aber seine Importe um elf Prozent reduziert.

Österreich spielt im Rahmen der internationalen Hilfe für Jugoslawien eine wesentliche Rolle. Wie Sinowatz mehrfach betonte, ist Wien an stabilen Verhältnissen im Nachbarland interessiert. Von den 1,4 Milliarden Dollar, die Jugoslawien im Rahmen des Berner Abkommens bisher erhalten hat, haben die Österreicher einen Anteil von 100 Millionen Dollar übernommen. Weitere Kredite kann Österreich allerdings – wie von Wiener Regierungsseite angedeutet wurde – schon aus Gründen seiner eigenen wirtschaftlichen Situation nicht übernehmen. Finanzminister Salcher sagte, es werde „keinen einzigen Schilling zusätzlicher Kredite für Jugoslawien geben". Bei den Wirtschaftsgesprächen geht es also darum, österreichische Lieferungen an Jugoslawien aus jenem Teil des Wiener 100-Millionen-Dollar-Kredits zu vereinbaren, der gebunden ist – das heißt: für den die Jugoslawen nur in Österreich einkaufen dürfen. Insgesamt belaufen sich die jugoslawischen Schulden gegenüber Österreich auf umgerechnet rund 1,5 Milliarden Mark.

Die Jugoslawen wollen unter allen Umständen vermeiden, in eine Umschuldung hineinzuschlittern. Zur Zeit wird mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über einen Stand-by-Kredit verhandelt. Danach wird es, so Salcher, eine „Umstrukturierung" der jugoslawischen Schulden geben. Offenbar geht es darum, durch zusätzliche ausländische Finanzspritzen und durch eine Prolongierung laufender Kredite den Jugoslawen zu ermöglichen, ihren bisher aufgelaufenen Verpflichtungen nachzukommen. Die Verpflichtungen Jugoslawiens aus dem Jahr 1983 werden, wie Belgrad versichert, noch im Laufe des Jahres 1984 erfüllt werden.

Wien ist auch an einer engen politischen Kooperation interessiert, zieht aber eine klare Grenze zwischen der eigenen Neutralität und der jugoslawischen Blockfreiheit. Der einzige Schatten, der auf den Sinowatz-Besuch fiel, war das Problem der slowenischen Minderheit in Kärnten. Die Österreicher zeigten sich befremdet, daß ausgerechnet einen Tag vor dem Besuch des österreichischen Kanzlers der jugoslawische Außenminister Lazar Mojsov in Belgrad eine Delegation österreichischer Slowenen empfing, wobei davon die Rede war, daß Jugoslawien den „Kampf" der Kärntner Slowenen um ihre Minderheitenrechte unterstützen werde.

Wie verlautet, hat Sinowatz der jugoslawischen Regierung eine Liste von humanitären Fällen vorgelegt. Die österreichische Seite weigerte sich, darüber nähere Angaben zu machen, doch ist bekannt, daß Angehörige politischer Häftlinge vor allem aus Kroatien Sinowatz gebeten haben, für politisch verurteilte Jugoslawen eine Amnestie oder eine Milderung der Strafen zu erwirken.

Namibia: USA ergreifen Initiative

Washingtons Emissäre verhandeln mit Südafrika und Angola / Kubaner ziehen noch nicht ab

rtr/AP, Washington/Kapstadt

Die Vereinigten Staaten setzen ihre Bemühungen um eine Lösung des Namibia-Konflikts auf höherer Ebene fort. Der für Afrika zuständige stellvertretende US-Außenminister Chester Crocker will auf einer gestern angetretenen zweiwöchigen Afrika- und Europareise zunächst mit südafrikanischen Politikern zusammentreffen und anschließend Sambia, Moçambique, Tansania und möglicherweise auch Angola besuchen.

Südafrikas Außenminister Roelof Botha bestätigte in Kapstadt, daß er sich morgen mit Crocker treffen werde. Dessen Stellvertreter Frank Wisner hatte am Wochenende auf den Kapverdischen Inseln mit Vertretern Angolas verhandelt. In Lissabon, wo er mit Portugals Außenminister Jaime Gama sprach, wollte sich Wisner nicht dazu äußern, ob Washington die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Angola plane.

Ein hochrangiges Mitglied der US-Regierung dementierte gestern, daß eine Verhandlungslösung bevorstehe, die auch den Abzug der 25 000 kubanischen Soldaten aus Angola vorsehe. Bescheidenere Ziele stünden im Vordergrund, sagte der Regierungsvertreter. Der von Südafrika in Aussicht gestellte Waffenstillstand an der Grenze zwischen Namibia und Angola sollte über die vorgesehene Periode von 30 Tagen hinaus verlängert werden, „um ein Klima zu schaffen, in dem Angola und Südafrika die Arbeit an den großen Problemen für lohnend halten", meinte er.

Nach den südafrikanisch-angolanischen Gesprächen von voriger Woche hofft Crocker, wie aus dem State Department verlautete, ein südafrikanischer Rückzug aus Angola könnte den Friedensbemühungen Auftrieb geben. Die für die Unabhängigkeit Namibias kämpfenden Buschkrieger könnten den Schritt damit honorieren, daß sie ihre Vorstöße einstellten. Südafrika würde dann sein Angebot des Abzugs innerhalb von 30 Tagen zeitlich weiter verlängern, was Angola dazu bewegen könnte, auf Angriffe gegen die im Land operierenden südafrikanischen Truppen zu verzichten.

Dies wiederum könnte Südafrika veranlassen, dem ehemaligen Deutsch-Südwest-Afrika die Unabhängigkeit zu gewähren und zuzulassen, daß der künftige Staat Namibia von der schwarzen Bevölkerungsmehrheit regiert wird. Eine weitere Voraussetzung für eine solche Lösung würde nach Meinung der Gewährsleute allerdings auch darin bestehen, daß die prowestlichen Guerrillakämpfer in Angola die Waffen niederlegen und mit der kommunistischen Regierung des Landes verhandeln. Eine solche Lösung betrachtet man im US-Außenministerium allerdings als das „optimistischste Szenario".

Seite 2: Neuer Anfang

KGB schleuste Spione in Londons Geheimdienst ein

Als Mitglieder der Freimaurer / Buch veröffentlicht

SIEGFRIED HELM, London

Dem sowjetischen Geheimdienst KGB ist es gelungen, durch Infiltration der britischen Freimaurerbewegung bis in die höchsten Dienststellen Großbritanniens einzudringen. Neu angeworbene KGB-Mitarbeiter werden ausdrücklich angewiesen, Freimaurer zu werden, um sich so deren 750 000 Logenbrüder umfassendes Netz zu bedienen, das alle wichtigen Institutionen des Landes umfaßt. So konnte das KGB Spione sogar bis in die Geheimdienste Mi 5 und Mi 6 einschleusen. Das erklärt der britische Autor Stephen Knight in seinem soeben veröffentlichten, auf langjährigen Recherchen beruhenden Buch mit dem Titel „The Brotherhood: The Secret World of the Freemasons" (Die Bruderschaft, die geheime Welt der Freimaurer).

Als wichtigsten Beweis für seine Behauptung der KGB-Infiltration zitiert der Exjournalist und Historiker Knight aus einem ihm zugespielten geheimen Memorandum, in dem ein britischer Diplomat, der fast 20 Jahre lang für Mi 6 gearbeitet hat, ausdrücklich vor den Gefahren einer solchen von Moskau gesteuerten Unterwanderung warnt. In dem 1981 geschriebenen Dokument wird zwar betont, es sei undenkbar, daß das Freimaurertum sich für die Interessen der Sowjets einspannen ließe. Es sei aber in hohem Maße geeignet, auf verschiedenste Weise hinter dem Deckmantel der Respektabilität für geheime Zwecke mißbraucht zu werden.

Ausdrücklich wird außerdem festgestellt, daß das KGB jeden Agenten anweise, Freimaurer zu werden, wenn davon Nutzen zu erwarten sei. So könne ein vom KGB eingeschleuster Logenbruder Einfluß bei der Ernennung seines Nachfolgers ausüben. Bei Gesprächen mit Logenbrüdern könne er Informationen beschaffen, die für Erpressungszwecke geeignet seien. Außerdem biete die Freimaurerbewegung gute Möglichkeiten, Kontakte zu knüpfen.

Maßnahmen gefordert

In dem Memorandum wurden folgende Maßnahmen zur Abwehr der Unterwanderungsgefahr gefordert:

- Die Leiter des Geheimdienstes und der Nachrichtendienste dürfen keine Freimaurer sein.
- Jeder Beamte dieser Dienststellen und des politischen Dezernats von Scotland Yard muß Angaben darüber machen, ob er Freimaurer ist.
- Die Leiter der Personalabteilungen von Regierungsdienststellen dürfen keine Freimaurer sein.

Autor Knight bemerkt, daß er dieses Memorandum mehreren ehemaligen Kabinettsministern vorgelegt habe, übereinstimmend hätten sie versichert, daß es die Einleitung einer amtlichen Untersuchung gerechtfertigt hätte. Wie KGB-Agenten ganz ohne Wissen ihrer Brüder in den 10 000 Freimaurerlogen Englands arbeiten, erläuterte Knight mit dem Beispiel eines Fahrstuhles: „Der KGB-Mann benutzt einfach den Fahrstuhl des Freimaurertums, über den Mitglieder rascher und unter weniger Kraftaufwand in höhere Etagen gelangen können als jene, die vielleicht besser qualifiziert sind, aber die Treppe hinaufhasten müssen." Er fügte hinzu: „Bei der Fahrt im Fahrstuhl sieht er sich die Mitfahrenden an und knüpft in zwangloser Atmosphäre Kontakte."

„Besondere Aktionen"

In dem Memorandum des Geheimdienstlers werde ausdrücklich hervorgehoben, daß das KGB ganz ohne Wissen der Freimaurer deren Bewegungen auch für „besondere politische Aktionen" nutzt. Beispiele dafür sind: einen Skandal zu inszenieren, in den Freimaurer verwickelt sind. Belastendes Material zu sammeln, das dann im politisch brisantesten Augenblick in die Öffentlichkeit gebracht wird, um eine möglichst große Wirkung zu erzielen und prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bloßzustellen.

Als größten Erfolg des KGB auf dem Umweg über Englands Freimaurerbewegung nennt Stephen Knight die Ernennung von Sir Roger Hollis zum Direktor des Geheimdienstes Mi 5. Hollis war von 1956–1965 in diesem Amt. Knight zufolge war Hollis, der in den dreißiger Jahren als Angestellter einer Tabakfirma in Shanghai Freimaurer wurde, ein denkbar ungeeigneter Kandidat für den britischen Geheimdienst, sowohl wegen seiner Gesundheit als auch wegen mangelnder Intelligenz. Zunächst abgewiesen, schaffte er den Einstieg dank eines Logenbruders dennoch. Dann stieg er im „Fahrstuhl" der Beförderungen rasch auf.

Die von offizieller britischer Seite bereits dementierte Behauptung, der inzwischen verstorbene Geheimdienstchef habe im Dienst des KGB gestanden, hat jetzt neue Nahrung erhalten. (SAD)

Rückblick auf eine Epoche des Übergangs

Zwei neue Bände der „Geschichte der Bundesrepublik"

Das Erscheinen eines ersten Bandes der auf fünf Bände angelegten, sowohl im Blick auf die renommierten Namen von Herausgebern und Autoren als auch auf die bei der Vorbereitung des Werkes möglich gewordene Auswertung eines breiten, bislang der Forschung nicht zur *Verfügung stehenden Quellenmaterials und* auf die großzügige Ausstattung und Aufmachung mit Fotos, Graphiken, Faksimiles und Tabellen als repräsentativ anzusehenden „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" – des von Hans-Peter Schwarz verfaßten Bandes II „Die Ära Adenauer 1949–1957" – im Sommer 1981 wurde als wissenschaftliches Ereignis und zugleich als Politikum ersten Ranges gewürdigt. Jetzt erschienen im Fortgang des *wissenschaftlichen und publizistischen „Großunternehmens"* kurz hintereinander der die Reihe eröffnende Band von Theodor Eschenburg und Band III, wieder aus der Feder von Hans-Peter Schwarz. Für dieses Jahr ist auch bereits Band IV „Von Erhard zur Großen Koalition" von Klaus Hildebrand, für 1985 dann der die Reihe – vorerst – abschließende V. Band von Karl Dietrich Bracher „Republik im Wandel 1969–1980" angekündigt.

Theodor Eschenburg stand mit seiner Aufgabe, die Vorgeschichte der Gründung der Bundesrepublik in den Jahren der Besatzungsherrschaft seit der Kapitulation des Hitler-Reiches darzustellen, von allen Autoren vor der zweifellos schwierigsten Situation, obwohl oder gerade weil die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung seit einiger Zeit ihren Schwerpunkt *eindeutig von der* Weimarer Republik und dem „Dritten

Theodor Eschenburg:
Jahre der Besatzung 1945–1949
Mit einem einleitenden Essay von Eberhard Jäckel.
Hans-Peter Schwarz:
Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963
Mit einem einleitenden Essay von Johannes Gross. Bd. I u. III der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, und F.A. Brockhaus, Wiesbaden. Bd. I 627 S., Subskriptionspreis Halbleder 198 Mark, Leinen 148 Mark. Bd. III 462 S., Halbleder 220 Mark, Leinen 168 Mark.

Reich" fort auf die frühe Nachkriegszeit verlagert hat und der Fluß der Neuerscheinungen zu – oftmals regional, auch lokal sehr eingegrenzten – Themen aus den Jahren 1945 bis 1949 ununterbrochen anhält, es daher nicht leicht war, die Spreu vom Weizen zu trennen und die Ergebnisse der wichtigsten Studien in die beabsichtigte Gesamtdarstellung einzuarbeiten. Hinzu kam, daß Eschenburg infolge einer Erkrankung einen Teil der Einzelthemen seines Bandes an Hermann Graml und Wolfgang Benz übertrug, so daß Überschneidungen, vor allem bei der Darlegung der internationalen Rahmenbedingungen und der Problematik der „*deutschen Frage*", nicht vermieden wurden.

Doch da Eschenburgs Stärke ohnehin im Bereich der verfassungsgeschichtlichen Entwicklung, der regionalen Vorgänge und der Porträtierung der wichtigsten Persönlichkeiten liegt, hatte die Aufteilung der Arbeit auch ihre Vorteile. Der von Graml verfaßte Abschnitt über „Die deutsche Frage" etwa gehört zu den eindrucksvollsten des Bandes, scheut sich der Autor doch nicht, deutliche Akzente zu setzen und mit seinen Urteilen nicht hinter dem Berge zu halten (z. B. S. 323, wenn er über die Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 schreibt: „Hier wurden Verbrechen mit Verbrechen vergolten, *NS-Methoden mit NS-Methoden*" – im Blick auf die Grenzfrage und vor allem die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa). Anregend ist auch Gramls These, daß die westlichen Alliierten im Zeitraum zwischen der Konferenz von Jalta (Februar 1945) und dem Sommer 1946 noch am ehesten das versuchten, was später (1953) nur als *ideologisch-propagandistische Formel* von der Administration Eisenhower – Dulles ausgegeben wurde: eine Zurückdrängung der Sowjetunion aus den eroberten Gebieten Ostmittel- und Südosteuropas, ein „Roll back" (S. 365).

Eschenburg, der trotz der erwähnten Einschränkungen als Autor des größten Teils *des Bandes verantwortlich zeichnet*, geht von der Rechtslage Deutschlands nach der Kapitulation aus und schildert sodann ausführlich die Situation der Deutschen unter dem „Kondominium der Alliierten", die höchst unterschiedlichen Lebensbedingungen in den einzelnen Zonen „im Sog der Systeme", die Verhältnisse bei den Anfängen von Parteien und Verbänden, von Rundfunk und Presse, die Verabschiedung der Länderverfassung und die Ergebnisse der *ersten Kommunal- und Länderparlaments-Wahlen* bis zur „Einleitung der Wende" 1947, wobei er die amerikanische Initiative *hervorhebt, die zur Gründung der Bi-Zone* führte. Die Geschichte dieser „Vorform des ‚Weststaats'" selbst wird von W. Benz erzählt, der – zusammen mit Eschenburg – auch den „Weg zum Grundgesetz" *nachzeichnet* und als *alleiniger Autor, den* Band abschließend, „Das Ende der Besatzung" bis zum Wahlkampf für den ersten Deutschen Bundestag *1949* beschreibt.

In seinem „Einleitenden Essay" „Geschichtliche *Grundlagen der Bundesrepublik* Deutschland" geht E. Jäckel auf die Grenzen der Bundesrepublik, vor allem die Vereinbarungen der Alliierten über die Ost-West-Demarkationslinie, ein und verweist auf den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel, der sich in der Bevölkerung Westdeutschlands in den Nachkriegsjahren vollzogen hat: *Es entstand unter „beschleunigter* Fortsetzung und Verstärkung" der schon vor 1945 einsetzenden „Einebnung der Klassenunterschiede" eine „neuartige Gesellschaft" (S. 161).

Liegt der Wert des Bandes von Eschenburg vor allem in der Reichhaltigkeit der Informationen über die verschiedensten Aspekte der Jahre der Besatzungsherrschaft, so ist der Band von Hans-Peter Schwarz über die letzten Jahre der Ära Adenauer ein großer Wurf, ein Werk aus einem Guß, trotz Einbeziehung der innenpolitischen Probleme, der sozialen Entwicklung und der atmosphärischen Veränderungen in der Bundesrepublik in den Jahren *1957* (d. h. von der Bildung des dritten Kabinetts Adenauer nach Erringung der absoluten Mehrheit für die CDU/CSU in den Bundestagswahlen dieses Jahres) bis 1963 (bis zum Rücktritt Adenauers als Bundeskanzler), im wesentlichen konzentriert auf die außenpolitischen „Turbulenzen" und die großen deutschlandpolitischen Weichenstellungen dieser Jahre. Es enthält dieser Band vor allem auch gleichsam das „letzte Wort" des Autors zur „Ära Adenauer" und zur „Bedeutung Adenauers" – so die Überschriften der Schlußabschnitte –, zu einem Thema, das Schwarz über zwei *Jahrzehnte* intensiv erforscht und reflektiert hat.

Der Autor rühmt den – von den Zeitgenossen nicht richtig erfaßten und auch in den rückschauenden Betrachtungen nicht zutreffend gewürdigten – Abwehrsieg Adenauers in der über zweieinhalbjährigen Berlin-Krise von November 1958 bis Mitte 1962, wobei *er auch Glück* hatte und mehrfach



Schon unter Adenauer brodelte der Streit um eine „flexiblere" Ostpolitik: Der Kanzler wird Anfang 1960 von Willy Brandt in Berlin begrüßt FOTO: UPI

eine politische Kapitulation vor der auf „Appeasement"-Kurs gegenüber der Sowjetunion liegenden Regierung Kennedy in der *West-Berlin-Frage nur mit Mühe vermieden* werden konnte. Die Tendenz der Kennedy-Administration, sich auf Kosten der Deutschen mit der Sowjetunion von „Weltmacht" zu „Weltmacht" zu arrangieren, tritt in der quellennahen Darstellung nur allzu deutlich zutage. Trotz des schließlich erreichten Abwehrerfolgs – „im Sommer 1963, als sich die Ära Adenauer dem Ende zuneigte, war West-Berlin noch ebenso frei, prosperierend und mit der Bundesrepublik verbunden *wie im Herbst 1958*" (S. *249*) – *stellte* die „durch Berlin bedingte Abhängigkeit vom bösen Willen der Sowjetunion und vom guten Willen der Westmächte eine Dauerbelastung dar, die jede eigenständige außenpolitische Entfaltung *verhinderte*" (S. 250).

Indirekt hängt damit auch das Scheitern des von de Gaulle zeitweilig forciert angestrebten „*deutsch-französischen* Zweibundes" zusammen, der eine zu starke einseitige Verbindung mit Frankreich zur Folge gehabt hätte und daher in der Sicht der meisten deutschen Politiker – im Gegensatz zu Adenauers Bereitschaft – im Blick auf die USA nicht akzeptabel war. Der Streit um eine „flexiblere" bundesdeutsche Ostpolitik war – wie Schwarz eingehend *belegt* – schon in den letzten Jahren der Kanzlerschaft Adenauers in vollem Gange. „Wer sich die Stimmungen am Ende der Ära Adenauer rückblickend vor Augen führt, wundert sich auch noch nachträglich, weshalb die neue Ostpolitik erst Anfang der siebziger Jahre voll zum Durchbruch gekommen ist" (S. *306*). *Nicht*, wie vielfach, vor *allem* im westlichen Ausland, erwartet, ein aufbegehrender deutscher Nationalismus entwickelte sich angesichts des Baus der Berliner Mauer und der Hinnahme der Zementierung der Spaltung Deutschlands durch die Westalliierten, sondern es breitete sich weithin Resignation aus.

In seiner Bilanz der „Ära Adenauer" kommt Schwarz zu dem Ergebnis, daß es sich um eine „Epoche des Übergangs", eine „Art Abgesang des alten Deutschlands" gehandelt habe. In der ganzen „Ära Adenauer" durchdrangen *sich „starke Elemente* der Beharrung, die aus der Vorkriegszeit stammten, mit den Kräften des Wandels", wobei sich das Bewußtsein der Menschen langsamer veränderte als die Realfaktoren. Die politische Modernisierung sei diesmal – anders als in der Weimarer Republik – „auf *Anhieb" geglückt. Die Evolution* der westdeutschen Gesellschaft vollzog sich in einem atemberaubenden Tempo, wobei sich Adenauer *in der* „Rolle des Zauberlehrlings" befand, der klar erkannte, daß mit den „Wohlstandsfluten" die „Fundamente der überkommenen Wertordnung" unterspült wurden, die für ihn gültig blieb. „Im *tiefsten Innern spürte er, daß er unzeitgemäß* zu werden begann" (S. 361).

Adenauer hat – so das Fazit von Schwarz – das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands mit seiner vorsichtigen Politik nicht erreicht. *Jedoch wäre es verfehlt – so wie es* oft geschieht –, zu behaupten, er habe die Wiedervereinigung gar nicht angestrebt. Für ihn stellte die Bundesrepublik als „Kernstaat" und „Nachfolgestaat des Deutschen Reiches" keinen Bruch mit der Vergangenheit dar. Da sich faktisch aber „die Geschichte des Deutschen Reiches ... in die *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* und die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik" trennte, wurde Adenauer wider Willen zum „Gründungsvater" der westdeutschen Republik. „Residualer Reichspatriotismus und realpolitische Nüchternheit sind in seiner Person ... eine engere Verbindung eingegangen, als er sich *selbst eingestehen wollte.*"

Begründet hat Adenauer „eine dauerhafte Tradition maßvoller Außenpolitik". Aber „seiner realpolitischen Nüchternheit war ein starkes Element der Empörung über die Not der Landsleute in der DDR *beigemischt*, und in einem Winkel seines Herzens lebte (eben) auch noch der alte Reichspatriotismus. Wenn er den ‚Erinnerungen' das Motto ‚Meinem Vaterland' voranstellte, so dachte er nicht bloß an die Bundesrepublik" – mit diesen Sätzen schließt Hans-Peter Schwarz seine (hier nur in einigen Aspekten wiedergegebene) *umfassend angelegte* Schlußbetrachtung. Von diesem Werk werden noch viele Impulse für weitere Forschungen zur „Ära Adenauer" ausgehen. Sie dürften manches Detail korrigieren und modifizieren. Doch die Leistung des Autors, die er bei dieser ersten Gesamtdarstellung erbracht hat, verdient höchste Anerkennung.

ANDREAS HILLGRUBER

Politische Gefechte an der semantischen Front

Wolfgang Bergsdorfs Studien zu Herrschaft und Sprache

Die politische Semantik ist anscheinend die *Lieblingsbeschäftigung von* Wolfgang Bergsdorf, dem langjährigen Mitarbeiter Helmut Kohls im Konrad-Adenauer-Haus und heutigen Leiter der Abteilung Inland im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Die vorliegende (von der katholischen Görresgesellschaft großzügig protegierte) Arbeit über politische *Terminologie besitzt sogar* die Dignität einer den Verfasser in den akademischen Adelsstand eines Privatdozenten erhebenden Habilitationsschrift, obgleich *sie zu einem* Teil von Bergsdorfs früherer Veröffentlichung „Politik und Sprache" zehrt.

Hier wie dort kann man etwa nachlesen, daß Autoren von Meyers Konversationslexikon im Jahre 1936 ursprünglich negativ bewertete Begriffe im NS-Sinne positiv umdeuteten. Hier wie dort wird die semantische *Revolutionierung* der Sprache durch Herbert Marcuse oder die bewußte Sprachlenkung in der „DDR" analysiert. Und hier wie dort erfährt der *Leser*, welche Emotionalisierung die politische Terminologie eines Willy Brandt bewirkte.

Gewiß, Bergsdorfs neue Schrift von hohem akademischen Anspruch ist weitaus umfangreicher als das vorausgegangene Olzog-Taschenbuch. Die neue Publikation beschäftigt sich auch weitaus intensiver mit der *Programmatik der demokratischen Parteien nach 1945 und* mit ihrem ausgeprägt antitotalitären Politikverständnis. Dabei versucht Bergsdorf einen zeitgeschichtlichen Parforceritt durch die gesamte Nachkriegsgeschichte und entgeht dabei nicht ganz der Gefahr, das eigentliche Thema aus dem Auge zu verlieren.

Warum – so kann man fragen – verzichtet er auf eine eingehende Analyse der Rhetorik von sprachschöpferischen Gestalten der deutschen Politik – wie zum Beispiel Theodor Heuss, Carlo Schmid, Adolf Arndt, Karl Schiller, Gustav Heinemann? Dort, wo eingehend Sprachanalyse betrieben wird, vermißt man eine Ausleuchtung des Hintergrundes. Kein einziges Mal wird etwa erwähnt, daß Willy Brandt zahlreiche griffige Formulierungen dem Publizisten Klaus Harpprecht und – zu einem geringen Ausmaß – Günter Grass verdankt.

Ebenso bleibt die Ghostwriter-Szene der Adenauer- und Erhard-Jahre unterbelichtet. *Felix von Eckardt, Adenauers* langjähriger Pressechef, kommt überhaupt nicht vor. Andere, die Ludwig Erhard Formulierungshilfe leisteten, werden in den Anmerkungsteil verbannt: so etwa Alfred Müller-Armack, der den Begriff „Soziale Marktwirtschaft" prüfte, oder Rüdiger Altmann, der dem Liberalen Erhard die Carl Schmittsche Staats*mystik von der „Formierten Gesellschaft"* unterschob.

Hinzu kommen sprachliche Nachlässigkeiten. SPD-Vorsitzender Kurt Schumacher wird stets ohne Vornamen genannt – ganz im Gegensatz zu jenem Karl Schumacher, dem Bergsdorf die „Computerisierung des Manuskriptes" mitverdankt (anscheinend

Wolfgang Bergsdorf:
Herrschaft und Sprache
Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland. Verlag Günther Neske, Pfullingen. 366 S., 48 Mark.

hat es mit der Elektronik nicht immer geklappt; denn im Register fehlen Namen, die im Text öfters auftauchen).

Aber eins geht aus Bergsdorfs insgesamt lesenswerter Schrift deutlich hervor: Herrschaft über die politische Sprache bedeutet meist auch Herrschaft über Menschen. Die Unionsparteien befanden sich in den 50er Jahren auch semantisch in der Offensive. Ludwig Erhards Parole „Wohlstand für alle" wurde von der SPD plagiiert. Andererseits konnten die Unionsparteien *später dem utopischen* Sprachrausch von „Demokratisierung" und „Reform"- und „Friedenspolitik" nichts Gescheites entgegensetzen.

Auch Helmut Schmidts Machtverlust ging *der Sprachverlust voraus. Er distanzierte* sich deutlich von der Emotional-Rhetorik seines Vorgängers. Doch sein sprachlicher Pragmatismus hatte halt keine massenbewegende und machtstabilisierende Kraft.

GISELHER SCHMIDT

Vorurteile gegen Wahlmänner

Peter Merseburger erzählt aus seiner Zeit in Amerika

Wären Amerikas Wähler im November *1980 mehrheitlich dem* Ratschlag Peter Merseburgers gefolgt, den Vereinigten Staaten wäre ein Präsident Ronald Reagan erspart geblieben, dieser „außenpolitisch unerfahrene Provinzgouverneur außer Diensten", der „alte Herr aus Kalifornien" mit der „linolschnittartigen Schlichtheit seiner außenpolitischen Philosophie" – und wie die Merseburgerklischees sonst noch hießen, mit denen der Kandidat der Republikaner damals auf unseren Bildschirmen öffentlich-rechtlich bedacht wurde.

Merseburger, damals für die deutsche ARD in Washington engagierter Wahlkämpfer, war auf den noch amtierenden Präsidenten abgefahren, denn „Insider von Rang

Peter Merseburger:
Die unberechenbare Vormacht
Wohin steuern die USA? C. Bertelsmann Verlag, München. 283 S., 32 Mark.

bescheinigten Carter Willensstärke, Fleiß und den höchsten Intelligenzquotienten seit Franklin Delano Roosevelt". Was bedeuteten angesichts solcher Qualitäten schon eine *nationale* Inflationsrate von 17 Prozent und ein Hochzins von 21 Prozent, was die Debakel im Iran und anderswo in der amerikanischen *Außenpolitik unter Präsident Carter?*

Der Wahlsieg Reagans stempelte Washington für den Fernsehkorrespondenten Merseburger zur ungastlichen Stätte. Noch in Ost-Berlin, seinem nächsten Posten, kreist sein Grübeln um die eine Frage: Wieso sind die Amerikaner, „diese begabte, hochintelligente Nation, unfähig, sich eine kompetente *politische Führung zu geben*"?

Es ist die alte Klage der amerikanischen und europäischen elitären Linken, wonach das amerikanische Wahlsystem mit seinen Vorwahlen und Wahlmännern in der Regel dem Durchschnitt ins Weiße Haus und ins Parlament verhilft. Prompt polemisiert auch Merseburger gegen Amerikas politische Verfassung, die den Anforderungen einer modernen Weltmacht angeblich nicht mehr entspricht.

Mit seiner Titelwahl nimmt Merseburger das Ergebnis seines Grübelns vorweg. Die USA sind unter ihrer jetzigen Führung angeblich ein Risiko für den Erdball: Amerikas Nachrüstung bedrohe den Weltfrieden. Merseburger bemüht dabei erneut seine „Experten von Rang", diesmal die Herren Marshall Shulman und Paul Warnke aus unglückseligen Carter-Zeiten, diskreditierte Strategen der Beschwichtigung.

Rund 350 SS-20 „Pionier" hält die Sowjetunion inzwischen in ihrem europäischen Bereich einsatzbereit – mobile, nachladbare Raketensysteme, deren nukleare Dreifach*sprengköpfe* jeden Winkel *Europas* erreichen können. Wer nun aus Zahl und Potenz eine akute Bedrohung des Westens herleiten *wollte, der mag sich* von Merseburger beruhigen lassen, denn „da Moskau sich schon schwer damit tut, das eigene Herrschaftsmodell in Warschau zu behaupten, wird seine Lust, sich Westeuropa als zusätzlichen unverdaulichen Brocken einzuverleiben, kaum sonderlich groß sein".

Wozu also Nachrüsten, mit Pershings und Tomahawks? Um die SS-20 auszuschalten, reichen doch „die Gefechtsköpfe von ein oder zwei in der Nordsee kreuzenden Atom-U-Booten des Typs Polaris aus". Die notorische – und allen seegestützten Mittelstreckenraketen systemimmanente – Zielungenauigkeit *der „Polaris" ignoriert* der hier waffentechnisch dilettierende Merseburger freilich ebenso wie die strategisch zentrale Frage, auf *welchem Wege die mobile* SS-20 überhaupt „auszuschalten" ist.

Aber man erwarte keinerlei Kenntnis. Zwar beanstandet Merseburger den „massiven Ausbau der US-Navy", deutet aber nirgendwo auch nur an, daß dem jetzigen Ausbau der amerikanischen Flotte auf insgesamt 612 Schiffe im Planungsjahr 1986 in *den siebziger Jahren einseitiger* westlicher „Entspannung" ein radikaler Abbau voraufgegangen ist, von rund eintausend Schiffen im Jahre 1972 auf ganze vierhundertdreiundfünfzig im Jahre 1980.

Über denselben Zeitraum rüstete die Sowjetunion – die klassische europäische Kontinentalmacht – ihre Kriegsmarine unter Admiral Gorschkow auf über tausend Kampfeinheiten auf, durchweg neue und moderne Schiffe, darunter Waffensysteme wie Raketenkreuzer und U-Boot-Jäger, ohne entsprechende Gegenüber in der amerikanischen Kriegsmarine.

So ist das maritime Rückgrat der amerikanischen nuklearen Abschreckungstriade, die SSBN-Flotte, von 41 Einheiten (1976) auf heute 33 geschrumpft. Um 1990, nach vollzogener Außerdienststellung der Poseidon-Boote, wird die SSBN-Flotte aus nur noch 20 Booten der Trident-Klasse bestehen. Keine Silbe davon bei Merseburger, *keine einzige* Zahl zum „massiven Ausbau der US-Navy". Statt Fakten: Polemik gegen den erst



Peter Merseburger FOTO: TEUTOPRESS

41 Jahre *jungen Minister* der Kriegsmarine, der seit Januar 1981 so kompetent wie zielstrebig mit dem Kongreß um die Mittel für *seine zukünftige* „600 Ship Navy" ringt.

Im Eifer der Attacke gelingt Merseburger das Kunststück, den Namen seines Opfers Lehman kein einzigesmal richtig zu schreiben, nämlich mit nur einem n, und von Joseph Califano, einem Kabinettsmitglied unter Jimmy Carter, wird geplaudert, er sei „ehemaliger Verteidigungsminister". Ist er aber nicht. Auf dem Bildschirm wär's keinem aufgefallen.

Womöglich hätte Peter Merseburger dem Drang zum Buch widerstehen sollen. So indes ist ihm zumindest unbeabsichtigt der Nachweis gelungen, daß selbst das langjährige Schaffen vor *Mikrofon* und Kamera in seinem Fall nicht den Kenner hervorgebracht hat.

Wenn Amerika auch im kommenden November Merseburger zum Trotz wieder Reagan wählen sollte: Es verdient stärkere Bücher, sogar über seine Schwächen.

H. JOACHIM MAITRE

„Kommen Sie aus Überzeugung – oder aus Deutschland?"

Berichte über illegale europäische Einwanderer in Palästina und jüdische Schicksale in einer Kleinstadt

Israel und die Deutschen, Deutschland und die Juden, Deutschland und seine Juden – das sind Themen, die zwar rational zu erfassen, aber kaum emotionslos darzustellen sind. Zugleich machen sie ein Dilemma der Zeitgeschichtsschreibung bewußt. Die Generation der Nachgeborenen, die inzwischen in akademische Würden hineingewachsen ist, verfügt über das Wissen und das Handwerkszeug, die Jahre des „Dritten Reichs" mit derselben sachlichen Distanz zu beschreiben, mit der sie sich Sedan oder Königgrätz zuwenden würde.

Die Zeit- und Leidensgenossen des Nationalsozialismus muß eine solche Betrachtungsweise jedoch verstören. Ihnen fehlt das Verständnis für die – gewiß zutreffende – Verallgemeinerung, weil *für sie noch er*lebte und lebendige Gegenwart ist, was unter den Händen der Wissenschaft zur Geschichte gefriert. Diese Spannung machen die beiden hier anzuzeigenden Bücher bewußt.

Malka Schmuckler:
Gast im eigenen Land
Verlag Wissenschaft und Politik, Köln. 123 S., 14,80 Mark.
Michael Brenner:
Am Beispiel Weiden
Arena Verlag, Würzburg. 173 S., 16,80 Mark.

„Kommen Sie aus Überzeugung – oder aus Deutschland?" so wurden nach 1933 die Einwanderer in Palästina gern gefragt. Deutlicher lassen sich kaum die Schwierigkeiten umreißen, die die meist doppelt Heimatlosen – Deutschland hatten sie verloren, ihr Judentum aber noch nicht gewonnen – *erwarteten. Die Geschichten, die diese Män*ner und Frauen erzählen, gleichen sich immer. Es sind Berichte von einem schweren Anfang (oft in der Lebensmitte), von harten Jahren des Krieges und von der Hoffnung (die sich eigentlich bis heute nicht erfüllt hat), im eigenen Land friedlich leben zu können.

Für die Nachkriegsjahre kommt dann das Erstaunen dazu, daß es den Deutschen als Schuldigen und als Verlierern bald wieder sehr viel besser ging als den Israelis. Diese Geschichten werden oft erzählt, aber aufgeschrieben wurden sie bisher nicht.

Das hat nun Malka Schmuckler getan, die als Siebenjährige mit ihren Eltern nach Palästina kam. In einer einfachen, direkten Sprache erzählt sie von den unendlichen Anpassungsschwierigkeiten, von den Opfern und den Kämpfen, die es besonders assimilierte Juden kostete, in diesem Land heimisch zu werden.

Aber *damit* ist das Buch noch *nicht zu* Ende. Weil ihr Mann Europa nie vergessen konnte – nicht zuletzt, als sich ihm hier bessere *Arbeitsmöglichkeiten boten – kehr*te die Familie nach zermürbenden Diskussionen über das Für und Wider schließlich Ende der sechziger Jahre nach Deutschland zurück. Was das für einen Israeli heißt, kann ein Deutscher schwer nachempfinden. Malka Schmuckler, indem sie nur von sich und ihrer Familie erzählt und sich vor hochtrabenden Verallgemeinerungen hütet, läßt es ein wenig verständlich werden. Ihr Buch ist wie ein *langes Gespräch, sehr persönlich* und darum eindrucksvoll. Es ist Zeitgeschichte, gesehen durch ein Temperament.

Die andere Seite der Medaille, das Schicksal der Juden, die sich nach 1933 nicht zur Emigration entschließen konnten, versucht Michael Brenner „Am Beispiel Weiden" zu erfassen. Das Buch ist schon deshalb bemerkenswert, weil es aus einer Arbeit, die beim Schülerwettbewerb des Bundespräsidenten zur deutschen Geschichte 1981 mit *dem ersten Preis ausgezeichnet* wurde, hervorging, also den bemühten Dilettantismus, der solche Aufsätze normalerweise kennzeichnet, hinter sich gelassen hat.

Der Autor hat viel Mühe und großen Fleiß investiert. Er hat versucht, eine Geschichte der Weidener Juden zu schreiben, eingebettet in die Zeitgeschichte. Doch gelungen ist das nicht ganz. Schon das Einleitungskapitel über den Antisemitismus in Deutschland *vereinfacht viel zu sehr. Auch* war *die* „Judenpolitik" der Nationalsozialisten nicht so geradlinig, wie sie hier geschildert wird. Wie sonst hätten Juden bis *1938/39* noch hoffen können, Hitler zu überstehen? Der schleichenden Entrechtung, der wachsenden Angst nach der „Reichskristallnacht", zuerst der Ahnung, dann dem Wissen um die Vernichtung, werden Statistiken und Verallgemeinerungen nicht gerecht.

Das Buch, trocken und – obwohl von einem Betroffenen geschrieben – seltsam leblos, gewinnt Kraft nur in zwei langen Augenzeugenberichten. Der eine stammt *von der Mutter des Autors und erzählt* aus der Perspektive eines siebzehnjährigen Mädchens von der Zwangsverpflichtung zur Arbeit, den Folgen des Judensterns und der Rettung, weil die Zerstörung Dresdens ein Untertauchen und damit das Überleben ermöglichte. Der andere Bericht stammt von einem Onkel, der das Konzentrationslager überlebte.

Diese beiden Teile beeindrucken, weil ungekünstelt berichtet wird, wie es gewesen ist. Sie sind keine „Literatur", aber sie sollten Lesebuchstücke werden. Denn hier wird Geschichte als persönliches Schicksal lebendig und darum verständlich.

Beide Bücher lehren, daß der Geschichte vergangener Generationen kühle Objektivität gemäß sein kann, daß aber die Zeitgeschichte als unvollendete Geschichte der Subjektivität und des lebendigen Zeugnisses der Zeitgenossen bedarf.

PETER DITTMAR



Nach dem Durchbrechen der Seeblockade vor dem britischen Mandatsgebiet Palästina: Die „Smyrna" läuft in den Hafen von Haifa ein. FOTO: SÜDDEUTSCHER VERLAG

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zum Fall Kießling

Aus dem, was man aus den Reaktionen der Generale über den Stand der „Affäre Kießling" aus Zeitungen und Fernsehen erfahren konnte, war zu entnehmen, daß sie nicht so recht an die Version des Verteidigungsministeriums glauben.

Ich und viele meiner Bekannten – auch aus Bonn – glauben kein Wort Wörners. Wenn Kießling homosexuell ist, dann hätte man das doch sicherlich schon früher – also seit etwa 38 Jahren – bemerken müssen. Er wäre dann mit Sicherheit kein hoher Militär geworden. Er hätte das nicht verheimlichen können, homosexuell zu sein, da er als intelligenter Mensch wissen mußte, daß das früher oder später herauskommen würde. Gleiches gilt für seine angeblichen Besuche in Homosexuellen-Lokalen. Auch das ist erst angeblich in der letzten Zeit in Erfahrung gebracht worden. Und das soll der MAD nicht – wenn überhaupt – schon viel früher herausbekommen haben, falls dem so ist?

Was Kießlings Ehrenwort anbelangt, so ist das genausoviel wert wie das eines jeden anständigen Menschen. Ich glaube nicht einen Augenblick daran, daß NATO-General Rogers sich so unflätig betragen hat, zu erklären, er gebe einem Homosexuellen nicht mehr die Hand. Das wäre ja auch töricht. Denn Rogers, der von einer hohen Militärakademie stammt, ist nicht nur General, sondern auch ein Gentleman.

Was schließlich die Behauptung eines „professionellen Homosexuellen" in der Schweiz angeht, der behauptet, Kießling sei homosexuell, hat dies einem Strichjungen zu verdanken. Wozu wohl das Ganze? Erpressung? Das ist eigentlich die einzige Erklärung dafür.

Wörner hat sich mit aller Wahrscheinlichkeit belügen lassen, oder er ist absichtlich falsch informiert worden. Wörner hat damit nicht nur seine eigene Glaubwürdigkeit, sondern auch sein eigenes Gesicht verloren. Er ist im In- und Ausland zur lächerlichen Figur abgestempelt. Er muß zurücktreten – besser heute als morgen – auch wenn – unbegreiflicherweise – seine eigene Partei hinter ihm steht.

Curt Riess, Zürich

*

Regierung und Parlamente sollten sich damit beschäftigen, ob nicht die Bestimmungen über die Mitgliedschaft aktiver Soldaten in politischen Parteien geändert werden müßten.

Die Gefahr ist nicht zu unterschätzen, daß höhere Offiziere der Bundeswehr, Generale, aus parteipolitischen Gründen in hohe und höchste Kommandostellen befördert werden, die ihr Leistungsvermögen oder ihre Persönlichkeit überfordern.

Korpsgeist, falls noch erwünscht, und Kameradschaft leiden durch Mitgliedschaften von Soldaten in politischen Parteien.

Werner Ranck
Generalleutnant a. D.,
Hamburg 65

*

Die heute weit verbreitete Methode, durch unzutreffende Vergleiche mit Vorkommnissen aus der nazistischen Vergangenheit den Gegner zu diffamieren, ist eine der scheußlichsten Gepflogenheiten in unserer heutigen Öffentlichkeit.

Daß ein bisher als besonnen geltender Mann wie General a. D. Schmückle sich dazu hinreißen läßt, indem auch er die Affäre Kießling mit der Affäre Fritsch vergleicht, hat seinem ins Fernsehen geflüchteten Kameraden nicht geholfen, aber dem Ansehen des Diffamierten und damit dem Ansehen der Bundeswehrgeneralität nicht genützt, sondern geschadet.

General Schmückle hätte allen Grund, sich wegen der in diesem ungeheuerlichen Vergleich enthaltenen Anschuldigung bei Bundesminister Wörner zu entschuldigen.

Heinz-Dietrich Ortlieb,
Hamburg 52

*

Ich warne vorsorglich; denn auch 1933 waren es hochgeputschte Skandale, die dann Hitler die Tore zur Reichskanzlei öffneten. Man kann nur hoffen, daß unsere noch so junge Demokratie alle diese Tiefschläge gut und gefahrlos verdaut.

Mit freundlichen Grüßen
E. von Eckhard,
Hamburg 65

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

weshalb ist in einschlägigen Erlassen (nicht Gesetzen!) festgelegt, daß ein homosexueller Mann ein Sicherheitsrisiko darstelle und erpreßbar sei?

Wird nicht die Erpreßbarkeit und damit das Sicherheitsrisiko erst durch diese törichte Vorschrift geschaffen?

Wo hört außerdem die Erpreßbarkeit aufgrund der in den Berichten erwähnten „sexuellen Abartigkeit" auf? Ist hier nicht ein Ehemann, der einen Seitensprung gemacht hat, noch viel anfälliger?

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dieter Kasatkin,
Fallingbostel

Wort des Tages

„Ein wunderbares Zeichen dafür, daß der Mensch als solcher ursprünglich philosophiert, sind die Fragen der Kinder. Gar nicht selten hört man aus Kindermund, was dem Sinne nach unmittelbar in die Tiefe des Philosophierens geht."

Karl Jaspers, dt. Philosoph (1883–1969)

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Fünf Minister diskutieren heute über das weitere Schicksal der EG im kleinen Gästehaus der Bundesregierung auf dem Bonner Venusberg. In der früheren „Außenministervilla" am Kiefernweg treffen sich Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** und Finanzminister **Gerhard Stoltenberg** mit ihren französischen Kollegen Außenminister **Claude Cheysson**, Europaminister **Roland Dumas** und Wirtschaftsminister **Jacques Delors**. Die Themen: die EG und der nächste Gipfel im Juni in Frankreich, die agrar- und finanzpolitischen Probleme der Gemeinschaft. Außerdem wird das Treffen zwischen Kanzler **Helmut Kohl** und Frankreichs Staatschef **François Mitterrand** am 2. Februar besprochen. Beide Herren setzen sich in der Villa Ludwigshöhe, in der Nähe von Edenkoben, südliche Pfalz, zu Vier-Augen-Beratungen gemeinsam an einen Tisch. Die Villa wurde früher schon von den bayerischen Königen genutzt, als die Pfalz noch zu Bayern gehörte.

*

Ignaz Kiechle erhielt jetzt vom Bund der Steuerzahler „das Faß ohne Boden". Steuerzahlerpräsident **Armin Feit** hatte dieses Mal jedoch nicht nur Tadel, sondern Lob auf Lager. Er würdigte Kiechles Bemühungen, die EG-Agrarausgaben einzudämmen, und dessen Ritt gegen den Plan einer Fettsteuer. Das „Faß ohne Boden" hat in Bonn immer wieder Abnehmer gefunden. Der frühere Verkehrsminister Kurt Gscheidle bekam es für „Verschwendung" in der Bundesbahnpolitik, Bonns Oberbürgermeister **Hans Daniels** für die hohen Ausgaben bei der Bundesgartenschau, der frühere Verteidigungsminister **Hans Apel** für die Beschaffungspannen beim Kampfflugzeug Tornado und der frühere Innenminister **Gerhart Baum** für seine angeblich zu weiche Linie beim Beamtensold.

*

Noch heute zitiert man in der baden-württembergischen Landesvertretung in Bonn gerne den Ausspruch von **Theodor Heuss**: „Der Bundespräsident geht hoim, der Heuss bleibt hocke." Die Vertretung war früher eine Heimstätte für den großen Schwaben und hatte garantiert im Keller dessen Lieblingswein, den Brackenheimer Zweifelsberg. Es war selbstverständlich, daß hier wenige Tage vor dem 100. Heuss-Geburtstag von Ministerin **Annemarie Griesinger** der umfangreiche Schriftenband „Theodor Heuss, Politiker und Publizist" vorgestellt wurde. Die Herausgeber sind **Ralf Dahrendorf**, seit 1974 Direktor der London School of Economics and Political Science, und **Martin Vogt**, Lehrbeauftragter an der Technischen Hochschule Darmstadt und an der Uni Mainz. Das Buch ist im Rainer Wunderlich Verlag erschienen. Es enthält Aufsätze und Reden von Theodor Heuss von seiner Jugendzeit bis zu den späten Jahren nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Bundespräsidenten. An der vielbeachteten Buchpräsentation nahmen der frühere Bundespräsident **Walter Scheel** teil und auch der Leiter des Schiller-Nationalmuseums in Marbach, Professor **Bernhard Zeller**. Annemarie Griesinger erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Theodor Heuss mit zu den Männern gehörte, die sich seinerzeit für die Zusammenlegung von Baden und Württemberg einsetzten, eine Idee, die schon in den „Vorzimmern Napoleons" ausgehandelt worden war. In der Landesvertretung ist bis zum 17. Februar auch eine Ausstellung des Schiller-Nationalmuseums zu sehen. Präsentiert werden unter anderem Erstdrucke oder Gesamtausgaben der schwäbischen Dichterelite von Abraham a Santa Clara über Wieland, Schubart und Schiller, Hölderlin, Uhland und Johann Peter Hebel bis Eduard Mörike, Hermann Hesse und den Philosophen Martin Heidegger.

*

Schloß „Villa Ludwigshöhe" hat 1975 für das Land Rheinland-Pfalz der damalige Ministerpräsident Helmut Kohl erworben, der das Schloß aus dem Wittelsbacher Ausgleichsfond erstand. Heute befindet sich in dem Gebäude auch die Max-Slevogt-Ausstellung, die Kohl und Mitterrand besuchen wollen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

[illegible]

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

[illegible]

Grüne Woche: Weh' dem, der nicht dabeigewesen ist

Heute abend wird die Internationale Grüne Woche eröffnet, von morgen an strömen die Besucher. Bis zum 5. Februar steht Berlin dann im Zeichen dieser Leistungsschau der Land- und der Ernährungswirtschaft, die immerhin zu den wichtigsten Veranstaltungen ihrer Art in Europa zählt. Und dieses liegt nicht nur an der Anziehungskraft auf die Verbraucher. Sie ist für viele Aussteller ein bedeutendes Instrument der Absatzförderung und ein Testmarkt für neue Produkte. Sie ist eine Drehscheibe für Gespräche und Kontakte zwischen Produzenten und Abnehmern, aber auch unter Politikern. Die Landwirtschaftsminister oder ihre Vertreter aus allen EG-Staaten kommen, um auch manches offene Wort über den beklagenswerten Zustand der Gemeinschaft zu wechseln. Und auch der amerikanische Landwirtschaftsminister John R. Block wird schon heute auf die Gefahren hinweisen, die vom Protektionismus der Europäischen Gemeinschaft ausgehen.

Von HANS-J. MAHNKE

Was, Sie waren nicht in Berlin?" Dies klingt unter Eingeweihten wie eine Frage an einen Ausgestoßenen. Denn: Wer nicht zur Internationalen Grünen Woche nach Berlin anreist, muß sich auf unliebsame Fragen gefaßt machen. Unter dem Funkturm trifft sich in diesen Tagen eben alles, was in der Agrar- und Ernährungswirtschaft etwas zu sagen hat. Allein die Verbandsveranstaltungen am Rande der Leistungsschau füllen Seiten, es werden Geburtstagsempfänge nachgeholt, weil in Berlin eben alles vertreten ist.

Allerdings ist man nicht nur unter sich. Die Berliner Messegesellschaft AMK, der Veranstalter, rechnet in den zehn Messetagen mit rund einer halben Million Besucher in den Hallen, die zum Teil so schön gestaltet sind, daß die Frage, *ob die Arrangements wieder abgerissen werden,* schon zum Ritual gehört. Und zwar nicht nur von Besuchern, die sich *durchschlemmen wollen,* sondern selbst von Politikern.

Die Grüne Woche ist inzwischen wirklich international. *In diesem Jahr* werden Aussteller aus 35 Ländern erwartet, zwei mehr als 1983. Hinzu kommen Moçambique und Nepal. Jubilare sind auch darunter: Belgien nimmt zum 30., Italien und die Schweiz *zum 25. Mal teil.*

Geplant war dieses anfangs so nicht. Die Grüne Woche, die ihren *Namen ursprüngich von Journalisten* verpaßt bekam, weil die Lodenmäntel der Bauern das Bild prägten, ist aus zwei Veranstaltungen hervorgegangen.

Die Wintertagung war der Beginn

So betreute die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft DLG, dessen Präsident seit dem 1. Januar der langjährige Landwirtschaftsminister Josef Ertl ist, seit 1887 eine Wanderausstellung im Reich. Zum anderen führte die DLG in ihrem eigenen Haus in Berlin ihre „Große Wintertagung" durch. Die war so attraktiv, daß Bauern und Nahrungsmittelhandwerker *in den Straßen rings um das* Gebäude ihre Stände aufbauten und ihre Produkte anboten. Von Jahr zu Jahr wurden *dies mehr. Daher schlug das* Berliner Verkehrsamt der Messegesellschaft vor, den Anlaß der Wintertagung *für eine landwirtschaftiche* Ausstellung zu nehmen. Am Samstag, den 20. Februar 1926 wurde die erste Messe eröffnet. Neben der Jagdhunde-Schau und dem Reit- und Fahrturnier waren es vor allem die *Hallen, in denen die Landwirtschaft* und die Verarbeiter untergebracht waren, die beim Publikum auf Interesse *stießen. Immerhin wurden 1927* schon 66 262 Besucher gezählt. 1930 gelang dann der Durchbruch zu einer *Großveranstaltung. Der* Kriegsausbruch bedeutete auch für die Grüne Woche das vorläufige Ende.

1948 war es dann wieder so weit. Aber als Veranstalter trat nur der Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e. V. auf. Aber bereits ein Jahr später wurde diese Frage überhaupt nicht mehr gestellt. In den sieben Hallen, die bereits wieder zur Verfügung standen, präsentierten sich 160 Aussteller.

Auch die deutsche Agrarwirtschaft engagierte sich wieder. „Deutschland bietet an" hieß 1963 das Motto des ersten Beitrages. In diesem Jahr steht über der Halle 20, in der die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) ihren Beitrag *präsentiert,* „Essen *aus Deutschland* – Erntefest am Funkturm".

Dort werden auf 4000 Quadratmetern *deutsche Spezialitäten* präsentiert. Die Halle ist in zwei Bereiche gegliedert. Von der Ehrenhalle kommend wurde eine Eingangszone geschaffen, die den Hallentitel optisch unterstreichen soll: Erntewagen mit *Getreide, Kartoffeln und Gemüse* sowie Ernteszenen mit Apfelbäumen und eine Sortenschau bilden zusammen *mit einer Dreschmaschine,* einem Schlepper und anderen Geräten den Schwerpunkt. Dazu kommt noch ein *Backofen,* aus dem täglich frisches Brot kommt.



Der zweite Teil der Halle dient der *Information und der aktiven* Beteiligung der Besucher. Neben einem Informationsstand gibt es dort eine Bühne, auf der sich auch die Bundesländer präsentieren können. Da Bremen als einziges Bundesland nicht an der Grünen Woche in diesem Jahr teilnimmt, wurde in den Reigen der Länderstände ein besonderer CMA-*Gütezeichenstand aufgenommen, auf* dem vor allem über dieses Zeichen informiert werden soll.

Dagegen gibt sich Niedersachsen nicht mit der Gemeinschaftsschau allein zufrieden. Schon zum sechsten *Male hintereinander zeigt die* Marketinggesellschaft für niedersächsische Agrarprodukte in Halle 2 auf einer Sonderschau das, was ihre Landwirte zu bieten haben. Mit der Landmaschinen- und Tierschau sollen vor allem die Fachbesucher angesprochen werden; denn auch um sie geht es auf der Grünen Woche, nicht nur um die Berliner, die sich hier zehn Tage lang durchschlemmen und neue Produkte probieren können.

In der Halle 8 wird den Laubenpiepern unter ihnen noch etwas besonderes geboten. Unter dem Motto „Garten als erweiterter Wohnraum" stellt der Landesverband Berlin der Gartenfreunde e. V. im Rahmen seiner Sonderschau weitere sinnvolle Nutzungsmöglichkeiten von Grünflächen vor. Dort wurden vier Lauben und ein Siedlerhaus aufgestellt.

Die Sonderschau des Berliner Senators für Wirtschaft und Verkehr und der AMK Berlin wird in Halle 3 an verschiedenen landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Pflanzenarten die Bedeutung der Arten- und Sortenvielfalt für den Pflanzenbau und besonders für die Züchtung herausgestellt. Dabei wird auf die Schutz- und Erhaltungsmöglichkei*ten der Wildflora* eingegangen. Auf einer weiteren Veranstaltung dieser beiden Organisatoren geht es um die „*Erhaltung gefährdeter* Nutztierrassen", ein Bereich, der bei anderen landwirtschaftlichen Ausstellungen *in der Regel kaum* berücksichtigt wird.

Landluft will das Bundesministerium für *Ernährung,* Landwirtschaft und Forsten unter dem Funkturm mit der Sonderschau „Kartoffeln und Gemüse aus deutschen *Landen – Qualität,* Frische, Vielfalt" verbreiten. Der Anbau *soll* naturgetreu und praxis*nah dargeboten* werden. Für Gartenbesitzer gibt es Tips und Informationen in Hülle und Fülle.

Vorjahrs-Erfahrung soll genutzt werden

Um Obst und Gemüse geht es auch auf dem 3. Frische-Forum: „Marke oder 'no-name'? – Obst und Gemüse im Verbrauchertrend" *lautet hier das* Diskussionsthema.

Und es gibt auch ein Dorf unter dem Funkturm. An die Erfahrungen der Vorjahre will die Deutsche Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum bei ihrer Sonderschau „Planung im ländlichen Raum" anknüpfen. Rund 30 Gemeinden wollen sich daran beteiligen, zeigen, wie sie mit ihren Sorgen und Problemen fertig werden. An den einzelnen Ländertagen wollen die beteiligten Gemeinden Volkstümliches und Kulinarisches aus ihrer Region bieten. Anziehungspunkt ist der Dorfplatz mit einer Schenke.

Den Berlinern wird in diesen Tagen schon *einiges geboten. Aber was* bedeutet die Grüne Woche für die Stadt? Sie zählt zusammen mit der Internationalen *Funkausstellung und* der Internationalen Tourismus-Börse ITB Berlin zu den wichtigsten Veranstaltungen des *Messeplatzes Berlin.* Dieses betrifft nicht nur die weltweite Ausstrahlung. Immerhin kamen im vergangenen Jahr 1300 Journalisten aus 64 Ländern zur Grünen Woche. Von den 460 000 Besuchern reisten fast 25 Prozent aus dem Bundesgebiet und dem Ausland an, 40 000 Fachbesucher kamen. Von den auswärtigen Fachbesuchern übernachteten 85 Prozent in Berlin. An zusätzlicher Kaufkraft brachte die Grüne Woche nach einer Untersuchung der Messegesellschaft rund 120 Millionen Mark in die Stadt. *Und das kann sich* sehen lassen.

Weniger mittlere Preislagen

In den Jahren der Rezession hat der Handel sein Nahrungsmittelsortiment verändert. Und zwar hat die Bedeutung des mittleren Segmentes ständig abgenommen, dagegen gewannen die Marktführer und Billigprodukte ständig an Boden. Beide vereinigten 1982 rund 59 Prozent der verkauften Mengen auf sich. Gemessen an der Artikelzahl waren dies jedoch nur 40 Prozent.

Der Grund waren die Kosten. Um das Sortiment zu straffen, konzentrierte sich der Handel auf der einen Seite auf wenige große Markenartikel *und andererseits auf eine begrenzte* Zahl von Billigprodukten.

Das breitere Angebot mittlerer Preislagen hatte an Gewicht verloren. Von mittelständischen Herstellern, aber auch vom Lebensmitteleinzelhandel wurde dies mit Sorge betrachtet. Überdies weist der Geschäftsführer der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), Helmut Fahrnschon, auf Un*tersuchungen hin, aus denen* hervorgeht, daß der Verbraucher ein breites Sortiment aus der Mitte sucht. Allerdings scheint der Trend zur Polarisierung seit Anfang 1983 wieder gebrochen zu sein, eine Folge auch der größeren wirtschaftlichen Zuversicht.

Zumindest läßt sich nachweisen, daß der Anteil des Billig-Segments, dargestellt durch die No-name-*Produkte, seit Januar 1983* wieder sinkt. Nach einer repräsentativen Erhebung bei 5000 Haushalten brachten diese Produkte es damals auf einen Marktanteil von 3,1 Prozent. Dieser Anteil ist bis zum Jahresende auf 2,6 Prozent gesunken, also auf das Niveau, das Mitte 1981 bereits erreicht worden war. Dieses dürfte nach Ansicht der CMA auch daran liegen, daß es beim Verbrauch von Nahrungsmitteln immer mehr auf den Geschmack ankommt. 1971 rangierte noch die Gesundheit an erster Stelle. Neun von zehn Hausfrauen meinen zwar, daß beim Einkauf von Nahrungsmitteln auch auf den Preis geachtet werden sollte. Letzten Endes sei aber doch die Qualität entscheidend. Dieses hat sich auch während der Stagnationsphase nicht geändert. Der Verbraucher ist, obwohl kritischer geworden, bereit, für gute Qualität gute Preise zu zahlen.

Nach einer Untersuchung, die im Auftrag der CMA durchgeführt wurde, meinen drei von vier Hausfrauen, das mittlere Sortiment sei das wichtigste. Mit einem schmalen Sortiment assoziiert der Verbraucher eine geringere Leistungsfähigkeit des Handels. Er würde das Geschäft wechseln. Daher könnte eine weitere Sortimentseinengung für den Handel gefährlich werden.

Um den Verbrauchern etwas an die Hand zu geben, wurde das CMA-Gütezeichen entwickelt. Kannten dies 1976 erst 59 Prozent der Befragten, so sind es jetzt bereits 74 Prozent. Mit diesem Zeichen verbinden sie einen deutlichen Hinweis auf ein deutsches Qualitätsprodukt. Darauf hat sich der Handel eingestellt. So führten Ende vergangenen Jahres 69 Prozent der Lebensmitteleinzelhändler Fleischwaren und Wurst mit dem Gütezeichen. Drei Jahre zuvor waren es nur halb so viele Geschäfte. Bei anderen Produkten sieht es ähnlich aus.

H. D.

EXPORT / Für 1984 ein Silberstreif geortet

Die deutsche Stärke: Vielfalt und Qualität

Der Kampf um die Auslandsmärkte *wird für die deutschen Agrar*exporteure schwerer. Manche Experten sprechen davon, daß 1983 das schwierigste Jahr seit langem gewesen sei. Für 1984 haben sie schon wieder einen Silberstreif geortet. Nachdem im abgelaufenen Jahr gerade der bisherige Höchststand aus dem Jahre 1982 gehalten werden konnte, glauben sie jetzt an weitere Zuwächse. Allerdings gibt es auch *erhebliche Unsicherheit. Und dies* liegt an der aktuellen Diskussion in und um die Europäische Gemeinschaft.

Die Partnerstaaten in der Zehner-Gemeinschaft haben den deutschen Grenzausgleich aufs Korn genommen. Sie sagen, der deutsche Währungsausgleich muß weg, und machen dies zum Dollpunkt für die notwendige Reform der Agrarpolitik. Denn nach ihrer Ansicht, und die wird auch von vielen Experten in der Bundesrepublik geteilt, begünstigt er *die deutschen Lieferungen.*

Die Verhandlungen über diesen Punkt laufen noch, es gibt verschiedene Pläne und auch Widerstände, aber geschehen wird etwas. Sonst sind Kompromisse in diesem Bereich einfach nicht möglich, wie der letzte Europa-Gipfel in Athen gezeigt hat.

Hinzu kommt die Auseinandersetzung mit den USA. Die Exportförderung der EG, obwohl sie ursprünglich als Bestandteil des Systems akzeptiert worden war, wolllen die Amerikaner auf den internationalen Prüfstand schieben.

Selbst wenn dabei nichts herauskommen sollte, weil die Erstattungen zu den Grundprinzipien der EG-Ordnung auf dem Acker gehören, wird sich die Gemeinschaft mit der Subventionierung zurückhalten, um den Konflikt nicht weiter anzuheizen.

Der frühere Landwirtschaftsminister Josef Ertl hatte bereits vor mehr als einem Jahr von einer Aufteilung der Märkte gesprochen.

Im Wahljahr sind die Amerikaner sicherlich nicht gnädig gestimmt. Wenn die EG auch noch über die Beschränkung der amerikanischen Lieferungen von Getreidesubstituten sprechen will, dann kann die Szene leicht umkippen.

Verbesserungen im Sog der USA

Wenn die Überschüsse innerhalb der EG weiter wachsen, dann fördert dies auch nicht den deutschen Export. Denn die EG-Staaten sind nun einmal die Hauptliefergebiete. Zwei Drittel der deutschen Agrarexporte gehen in die Staaten der Gemeinschaft. Dieser Anteil ist höher als die Bedeutung der EG am Gesamtexport, der bei 48 Prozent liegt.

Allerdings gibt es auch erhebliche Lichtblicke, jedenfalls für Exporteure. Im Sog der USA hat sich die Verfassung der Weltwirtschaft in den letzten Monaten gebessert. Überdies ist das Preisniveau bei landwirtschaftlichen Produkten auf dem Weltmarkt durch die Dürre in vielen Ländern und durch Einschränkungen in der Pflanzenproduktion aufgrund der niedrigen Preise in den Vorjahren gestiegen. Entscheidend bleibt allerdings die Entwicklung der Kaufkraft in den wichtigsten Abnehmerländern deutscher Produkte.

Die Stärke der deutschen Exporteure von Agrarerzeugnissen ist neben der Vielfalt ihrer Produkte die Spezialisierung auf hochwertige Qualitätserzeugnisse. Die Ausfuhr von Rohstoffen oder Massenwaren spielt eine untergeordnete Rolle. So fließen *in die westlichen Industrieländer* und die Opec-Staaten rund 85 Prozent des deutschen Agrarexports. Der Anteil des Ostblocks liegt bei zehn Prozent. Die Dritte Welt nimmt lediglich rund fünf Prozent auf.

Unabhängig von allem: Seit Gründung des Gemeinsamen Marktes vor etwas mehr als 25 Jahren hat sich der deutsche Agrarexport ungewöhnlich dynamisch entwickelt. Zwischen 1958 und 1983 *ist er auf das 25fache* gestiegen, während die Gesamtausfuhr sich „nur" verelffacht hat. Mit rund 22 Milliarden Mark stieg die Bundesrepublik vom 19. auf den vierten Platz unter den Agrarexporteuren auf – *hinter den USA,* Frankreich und den Niederlanden. In der Bundesrepublik geht es um die fünftgrößte Exportbranche, noch vor Eisen und Stahl. Rund 500 000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt im Agrarexport.

Produktivität ist erheblich gestiegen

Die Ursache liegt zum wesentlichen Teil an der Europäischen Gemeinschaft. Die Agrarpolitik, die hier betrieben wurde, hat zu der steigenden Produktion, zu den heute kaum noch zu bewältigenden Überflüssen beigetragen. Die Produktivität in der Landwirtschaft ist erheblich gestiegen. Es entstanden Großproduktionen, die auch die Vorteile der Massenproduktion nutzen. Und der Absatz innerhalb der Gemeinschaft war leicht.

Allerdings sind die Zuwächse nicht in den Schoß gefallen. Denn zunächst galt Deutschland als Agrarexporteur wenig. Es war vielmehr der größte Importeur landwirtschaftlicher Produkte der Welt. Der vorwiegend mittelständisch strukturierten Ernährungswirtschaft fehlte die Auslandserfahrung. Allerdings ist es zahlreichen Agrarexpoteuren, natürlich nicht ohne Rückschläge, gelungen, Schritt für Schritt ihr Auslandsgeschäft *aufzubauen.*

Sie haben dabei eine große Flexibilität bewiesen. Sie haben spezielle Produkte für die Märkte entwickelt, auf denen sie Fuß fassen wollten. Sie mußten schon Qualitätserzeugnisse bieten, um mit der Konkurrenz mithalten zu können. Jedenfalls können heute deutsche Agrarprodukte mit dem Image mithalten, das auch technischen und gewerblichen Produkten entgegengebracht wird. Die deut*schen Agrarexporteure* warten mit der gleichen Zuverlässigkeit und Vertragstreue auf.

Die größte Abhängigkeit vom Ausland weist die Molkereiwirtschaft mit rund einem Drittel ihrer Produktion auf. Dies ist auch gleichzeitig der bedeutendste Ausfuhrzweig. Bei Zukker, Rindfleisch, Dauerbackwaren, Obstkonserven, Malz und Süßwaren bewegen sich die Exportquoten zwischen 15 und 35 Prozent.

ERNST ROBERT

Zeit der Ratlosigkeit

mk. – Die diesjährige Internationale Grüne Woche in Berlin findet in einer Zeit der Ratlosigkeit statt. So recht weiß niemand mehr, wie es auf den europäischen Äckern weitergehen soll, *wie das Erreichte gesichert* und gleichzeitig die Überschüsse eingegrenzt, vor allem die Milchflut bewältigt werden soll.

Dieses kontrastiert mit der Leistungsschau, zu der sich die Agrar- und Ernährungswirtschaft unter dem Funkturm versammelt hat. Dort werden Fortschritte, neue Produkte, ein verbessertes Sortiment demonstriert. Die Frage nach dem Preis – nicht nur für die Verbraucher, sondern auch für die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinschaft – kann dabei nicht ausgeklammert werden. Und wird es auch nicht, obwohl die Antworten je nach Interessenlage unterschiedlich ausfallen.

Die Grüne Woche ist mehr als eine Ausstellung oder Messe. Sie ist auch eine Drehscheibe für all das, was in der Agrarpolitik gedacht wird und bewegt werden soll. Die Spitzen aus Politik und Wirtschaft sind am Ort. Manche hegen die Hoffnung, in Berlin zu einer Klärung, möglichst sogar zu einer Annäherung der Standpunkte beitragen zu können.

Wie sich die Situation verändert hat, demonstriert allein schon folgender Umstand. In den vergangenen Jahren wurde *auf der Grünen Woche* stets darüber spekuliert, welche Preiserhöhungen die EG-Kommissi*on wohl für das nächste* Wirtschaftsjahr vorschlagen werde. Zwar hieß das Schlagwort seit langem: Vorsich*tige Preispolitik,* woran sich die Minister wenig später nicht gehalten haben.

Diesmal hat die Kommission schon zuvor das auf den Tisch gelegt, was sie für vertretbar hält. Das ist sogar im europäischen Durchschnitt fast nichts, für die deutschen Bauern läuft dies wegen des Abbaus des Währungsausgleichs auf Preissenkungen hinaus. Dies alles setzt überdies noch eine durchgreifende Reform der gesamten Agrarpolitik voraus.

Die Proteste waren programmiert und konnten nicht überraschen. Aber die Gemeinschaft ist nicht mehr in der Lage, die Ansprüche zu bezahlen, Konflikte durch den Einsatz von noch mehr Geld zu schlichten und sich Kompromisse quasi zu erkaufen. Sie muß sich vielmehr nach der Dekke strecken, wenn sie überhaupt über die Runden kommen will.

Trotzdem fehlt manches aufklärende Wort, gerade auch der Berufsvertretung. Sicher, die Bauern haben sich nur an das angepaßt, was die Politiker ihnen vorgegeben haben. Aber haben ihre Vertreter nicht allzu stark in diese Richtung gedrängt?

Der Rückblick, die Schuldzuweisung hilft nichts mehr. Vielmehr muß die Einsicht verbreitet werden, daß sich die Probleme nicht schon wieder von selber lösen, daß es Reformen zum Nulltarif geben kann, möglicherweise durch Ausgleich an anderer Stelle, aus der nationalen Kasse. Dadurch können doch nur Erwartungen geweckt werden, die später zu Enttäuschungen führen müssen.

Die Erkenntnis, daß ein Ausweg nicht über eine weitere Ausdehnung der Produktion gesucht werden kann, hat doch Konsequenzen, über die deutlicher als bisher gesprochen werden muß. So wie bisher geht es nicht mehr.

WELT-Gespräch mit Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle

„Staatliche Garantie kann nicht unbeschränkt gewährt werden"

Ignaz Kiechle, der als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten heute erstmals die Internationale Grüne Woche in Berlin eröffnet, ist zuversichtlich, daß die gemeinsame Agrarpolitik nicht zum Sprengsatz der Gemeinschaft wird. Er setzt darauf, daß die notwendigen Reformen während der französischen Präsidentschaft vorgenommen werden, die am 30. Juni endet. Mit Minister Kiechle sprach Hans-Jürgen Mahnke.

Ich gehe von der normativen Kraft des Faktischen aus", sagte Kiechle eingangs und fuhr fort: „Es widerspricht keiner mehr, wenn der Präsident der EG-Kommission und der zuständige Kommissar erklären, daß sie nicht in der Lage sind, ohne gewisse Korrekturen im Jahre 1984 mit den vorhandenen Finanzmitteln die Marktordnung zu finanzieren." Für Ignaz Kiechle führt dieses „einfach zu Handlungszwang".

Dieser sollte nicht dadurch beseitigt werden, daß jenes Paket, das auf dem EG-Gipfel von Stuttgart im Juni gepackt wurde, wieder aufgeschnürt wird. „Unser Standpunkt, und da sind wir nicht ganz allein, ist die Verbesserung der EG-Finanzen." Für den Minister kann sie erfolgen, wenn „drei Dinge vorab" geregelt sind, nämlich gewisse Korrekturen im Marktordnungsbereich, ein Grundsatzbeschluß über die Aufnahme Spaniens und Portugals in die Gemeinschaft und die Begrenzung der Nettozahlerleistung für alle Länder, wovon gegenwärtig die Deutschen besonders betroffen sind. Dann wäre *die Bundesregierung bereit, einer hö*heren Finanzierungsregel zuzustimmen.

„*Schnüren wir das Paket auf, dann* wird sofort der Versuch gemacht, und das ist ja auch schon geschehen, erstmals die *Finanzierung* zu verbessern." Der Zwang zum Handeln wäre dann, so Kiechle, nicht mehr gegeben. Wie in der Vergangenheit würde dann versucht, mit Geld Fehlentwicklungen zum Beispiel im Bereich der Überproduktion zu heilen.

Dieses Problem gibt es für Kiechle nicht nur bei Milch, sondern auch beim Olivenöl, bei Getreide und Rindfleisch. „Und es kommen weitere hinzu." Bei Milch sei der Handlungsbedarf am größten. „Wir haben zu einem elementaren Punkt unserer Verhandlungsziele gemacht, daß die staatlichen Garantien auf kalkulierbare und damit auch finanzierbare Mengen eingeschränkt werden." Dieses Prinzip will Kiechle auf alle Bereiche angewendet wissen, wo Überschüsse entstehen oder wo die Beihilfen überproportional steigen. Er ist sich darüber im klaren, daß vor allem die südlichen Staaten diese Ausweitung über den Milch-Sektor *hinaus* auf „andere Produkte" gegenwärtig nicht mitmachen wollen.

Sie wollen also auch für andere Produkte eine Lösung wie bei Milch vorschlagen? „Ja, klipp und klar ja. *Staatliche Garantie kann nicht unbe*schränkt gewährt werden", betont Kiechle.

Wegen der *zunehmenden* Unfinanzierbarkeit der überschüssigen Mengen blieben sonst nur die Möglichkeiten, die Mitverantwortungsabgabe drastisch heraufzusetzen, um die Verwertung finanzieren zu können, oder die Garantien würden beseitigt und die Preise dem freien Spiel der Kräfte überlassen, also sinken. „In beiden Fällen geben genau die Landwirte *auf, die wir vermutlich aus* ökologischen oder landschaftspflegerischen Gründen eigentlich brauchen." Überdies *glaubt Kiechle, daß die* Mengen so nicht entscheidend reduziert würden, weil die Betriebe mit günstigen Produktions- und Standortbedingungen weitermachen würden.

Der Vorschlag, den Landwirten, die aus übergeordneten Gründen unbedingt auf ihren Höfen gehalten *werden sollen, durch direkte* Einkommensübertragungen zu helfen, ist für den Minister auch nicht akzeptabel. Zum einen würde dadurch eine absolute Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln entstehen, zum anderen würden aus Bürgern, die arbeiten und ein Gut herstellen, das benötigt wird, Beihilfeempfänger.

Überdies würde das Problem nicht gelöst, sondern nur Geld ausgegeben; *denn die Beihilfen müßten degressiv* gestaffelt und zeitlich begrenzt werden.



Ignaz Kiechle
FOTO: JUPP DARCHINGER

Zum Beispiel müßten sie auf Landwirte beschränkt werden, die älter als 50 Jahre sind. Wenn sie in Rente gehen, würden die Kinder kaum bereit sein, die Betriebe zu übernehmen, sie würden vielmehr schon jetzt von zu Hause wegziehen. Damit wären die benachteiligten Regionen ohne Landwirte. Mehr noch: „Dieses System könnte man außer bei den Briten in keinem Land der EG durchsetzen, auch nicht bei uns."

Aber worauf kann man sich verständigen, da die EG-Kommission in ihrem Haushalt die potentiellen Mittel der Gemeinschaft bereits voll ausgeschöpft hat, für die Verwaltung der Überschüsse eben nicht mehr als die eingeplanten 16,5 Milliarden Ecu oder 37 Milliarden Mark zur Verfügung stehen? Nochmals kann sich die Gemeinschaft nicht wie 1983 mit zwei Nachtragshaushalten über die Runden retten. Für Ignaz Kiechle betreiben jene Regierungen ein gefährliches Spiel, die *immer noch falsche* Hoffnungen hinsichtlich einer Verstärkung der Eigenmittel der Gemeinschaft *wecken. Immerhin müßte* eine Aufstockung der Mittel aus dem Mehrwertsteueraufkommen von den zehn nationalen Parlamenten genehmigt werden, was in diesem Jahr unrealistisch ist. Gegenwärtig versucht die Bundesregierung, über eine Verständigung mit Frankreich einen Kompromiß unter den Zehn zu erreichen. Dabei spiele die Überlegung eine Rolle, so Kiechle, daß eine Einigung zwischen den beiden größten Agrarproduzenten, die zudem noch *ähnliche Betriebsstrukturen haben,* Fortschritte erleichtern würde. Dabei sollten die Interessen der anderen Staaten natürlich nicht „an die Wand gespielt werden".

Wo liegt die Kompromißlinie für die Deutschen? Die Bundesregierung sei, so Kiechle, bereit, die Milchproduktion, wie von der EG-Kommission vorgeschlagen, um acht Prozent auf 97 Millionen Tonnen in der Ge*meinschaft herunterzufahren.* „*Das* spüren die 400 000 Milchproduzenten unter den 760 000 deutschen landwirtschaftlichen Betrieben schon im Portemonnaie."

Neuralgischer ist für Kiechle die Forderung der anderen nach Abbau des deutschen Grenzausgleichs. Der Währungsausgleich schütze die deutschen Bauern vor Preissenkungen, die durch eine Aufwertung der Mark *gegenüber der europäischen* Währungseinheit Ecu eintreten würden. Obwohl der Ausgleich nicht vollständig gewesen sei – nach Angaben Kiechles hätte er sonst 26 und nicht zehn wie jetzt betragen müssen –, hätte er dazu geführt, daß die Einkommenssituation gerade noch etwas besser sei als in Italien und Griechenland.

Auch wenn Kiechle an dem eigentlichen Sinn der Forderung nach Abbau des Grenzausgleichs zweifelt, so ist er sich doch im klaren darüber, daß hier etwas geschehen muß, weil sich die anderen Partner zu sehr darauf kapriziert haben. Den Vorschlag *der EG-Kommission, daß ein künftig* entstehender Währungsausgleich in drei Jahren automatisch beseitigt *werden soll,* hat Kiechle mit eigenen Vorstellungen gekontert. Danach sollte die stärkste Währung in der EG *zur Leitwährung* werden und den Grünen Ecu ablösen. Da dies gegenwärtig die D-Mark ist, würden dadurch ein positiver Grenzausgleich und der Druck auf Preissenkungen in der Bundesrepublik vermieden. Es würden nur noch negative Währungsausgleiche entstehen, um sie zu beseitigen, könnten die anderen Länder die Preise in nationaler Währung heraufsetzen.

Selbst wenn dieses akzeptiert werden sollte, bliebe noch das Problem des bestehenden Grenzausgleichs von zehn Prozent, den die EG-Kommission in zwei Jahren aufheben will. Wenn sich die Bundesregierung hier nicht kompromißbereit gebe, laufe sie Gefahr, in der EG isoliert und zum Schuldigen für ein Scheitern der Reform abgestempelt zu werden. Nach den Vorstellungen der EG-Kommission, die zur Kompensation der Preissenkungen nationale Beihilfen ins Spiel gebracht hat, was von Agrarpolitikern der Union aufgegriffen wurde, würde dies zu einem Problem für den deutschen Finanzminister. Entschieden ist hier noch nichts.

Daher lehnt Kiechle die jüngsten Preisvorschläge der EG-Kommission, die wegen des vorgesehenen Abbaus des Grenzausgleichs auf eine Preissenkung in der Bundesrepublik hinauslaufen, auch entschieden ab. *Dies dürfe* es unter keinen Umständen geben. „Das haben wir unseren Bauern zugesagt."

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Was die Haushalte in Topf und Pfanne haben wollen

Bei Fleisch wird weniger gespart als anderswo

Fleisch steht bei den deutschen Verbrauchern hoch im Kurs. Sieht man einmal von den letzten Jahren ab, als es wirtschaftlich nicht so richtig lief, hat der Konsum fast nur zugenommen. Der Fleisch-Verbrauch korreliert mit dem Einkommen. Dies läßt sich nicht allein aus der Statistik herauslesen, sondern dieses signalisieren auch die Umfragen. Danach würde jeder Dritte wieder mehr Fleisch kaufen, wenn sein verfügbares Einkommen steigen sollte, nachdem es sich 1982/83 zurückgehalten hatte.

Besonders jüngere Familien und Mehrpersonenhaushalte sind große Fleischesser. 40 Prozent der Befragten gaben an, sie würden weniger Fleisch verzehren, wenn die Entwicklung der Einkommen nicht mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten sollte. Auch in den jüngsten Rezessionsjahren haben die Deutschen beim Fleisch weniger gespart als bei anderen Produkten. So stiegen die monatlichen Ausgaben für Fleisch und Wurst in einer Durchschnittsfamilie mit mittlerem Einkommen zwischen 1980 und 1982 von 150 auf 163 Mark, also in Jahren, in denen das Realeinkommen jeweils um ein bis zwei Prozent gesunken ist. 1983 sollen die Ausgaben der Verbraucher für Fleisch weiter gestiegen sein, aber nicht mehr so kräftig wie in den Vorjahren. Dieses hat auch daran gelegen, daß die Schweinepreise gesunken sind und die Verbraucher verstärkt darauf zurückgegriffen haben, statt das teuere Rindfleisch zu ordern.

Erhöhtes Angebot

Nach Ansicht der Experten wird sich diese Tendenz auch im laufenden Jahr fortsetzen, was erhebliche Konsequenzen für die Europäische Gemeinschaft hat. Auch bei Rindfleisch steigen dadurch die Bestände, die von staatlichen Organisationen angelegt worden sind. Bei Schweinefleisch sollen die Erzeugerpreise unter Druck geraten, so daß sich die Mast gegenwärtig nicht lohnen soll. Der Bauernverband hat daher über die Beihilfen zur privaten Lagerhaltung Maßnahmen gefordert, um den Export zu forcieren.

Beim Verband des Deutschen Groß- und Außenhandels mit Vieh und Fleisch stellt man sich in Bonn darauf ein, daß sich 1984 der Konsum von Schweinefleisch leicht beleben wird, jedoch mehr als Folge des erhöhten Angebots als einer steigenden Nachfrage. Im Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft wird wie auch in der Bundesrepublik mit einer Zunahme des Verbrauchs um ein Prozent gerechnet. Nach den Prognosen wird die Schweinefleischproduktion, die 1983 in der EG um zwei Prozent ausgedehnt wurde, in diesem Jahr in der Gemeinschaft nur leicht steigen. Kräftiger dürfte sie in der Bundesrepublik zunehmen.

Volle Lagerhäuser

Unter dem Strich dürfte der Selbstversorgungsgrad der Gemeinschaft, der im vergangenen Jahr bei 102,4 Prozent lag, 1984 allenfalls leicht sinken. Mit 10,5 Millionen Tonnen war die Gemeinschaft 1983 der mit Abstand größte Schweinefleisch-Produzent der Welt. Rund ein Drittel der Welt-Produktion entfällt auf die EG. Die Ausfuhren dürften im laufenden Jahr wieder steigen.

Ungünstig sehen die Prognosen beim Rindfleisch aus. Nicht nur in der EG, sondern auch in den USA und den großen Exportländern in Südamerika und Ozeanien wird mit einem Rückgang des Verbrauchs gerechnet. Mehr konsumieren dürften die Japaner. In der Bundesrepublik dürfte der Verbrauch auf 1,36 Millionen Tonnen sinken, er würde damit um zehn Prozent unter dem Höchststand des Jahres 1979 liegen. Trotzdem steigt die Produktion in der Europäischen Gemeinschaft. Daher soll die Ausfuhr weiter um rund acht Prozent auf 625 000 Tonnen angekurbelt werden, während der Import weiter auf 400 000 Tonnen abnehmen soll, und das bei einem Produkt, für das die Bedingungen in anderen Ländern günstiger sind und das die EG früher in erheblichem Umfang importierte.

Heute produziert die EG rund fünf Prozent mehr als in den zehn Staaten verbraucht wird. Die Interventionskäufe sind 1983 um rund 80 Prozent gestiegen. In den staatlichen Lagerhäusern lag 1983 fast doppelt so viel Rindfleisch wie ein Jahr zuvor.

PETER BENEDIKTLEIN

Käse erobert die deutschen Rezeptbücher

Käse aus deutschen Landen wird nicht nur immer beliebter, sondern die Produktion entwickelte sich außerordentlich dynamisch. Einschließlich Quark und Frischkäse nähert sie sich der Millionen-Tonnen-Marke. Damit steht die Bundesrepublik weltweit an vierter Stelle hinter den USA, die es 1982 mit 2,3 Millionen Tonnen nach Angaben der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO auf rund 20 Prozent der Weltproduktion brachten. Es folgen die Sowjetunion mit 1,5 und Frankreich mit 1,2 Millionen Tonnen, vor der Bundesrepublik mit 851 000, Italien mit 615 000 und die Niederlande mit 482 000 Tonnen.

Erfreulich hat sich auch der deutsche Käse-Export entwickelt. Allein in den vergangenen fünf Jahren stieg er um 85 000 auf etwas mehr als 270 000 Tonnen im vergangenen Jahr. Zugenommen hat aber auch der Import, und zwar zwischen 1979 und 1983 von 233 000 auf rund 270 000. Erstmals führte die Bundesrepublik 1982 mehr Käse aus, als importiert wurde.

Mengenmäßig wurde die Bundesrepublik dadurch hinter den Niederlanden (300 000 Tonnen) noch vor Frankreich zum zweitgrößten Exporteur der Welt. Wertmäßig liegt Frankreich jedoch noch vorn, weil hier die hochpreisigen Weichkäsesorten dominieren.

Allerdings essen die Deutschen auch immer mehr Käse. Von 1966 bis 1983 hat sich der Pro-Kopf-Verbrauch von 8,4 auf 14,5 Kilogramm einschließlich Speisequark fast verdoppelt. Dieses liegt vor allem daran, daß Käse immer beliebter wird. Nach einer Umfrage essen 87 Prozent der Bundesbürger Käse ausgesprochen gern. Gegenüber 1971 sind dies zwölf Punkte mehr.

Die Hausfrauen nehmen Käse schon lange nicht mehr nur als Brotbelag. Vielmehr sind sie bereit, mit Käse in der Küche zu experimentieren. Dabei werden auch Gewohnheiten aus dem Ausland übernommen.

Der Handel hat sich auch auf die Wünsche der Verbraucher eingestellt, die bei Käse eine persönliche Beratung wünschen. Die Einführung der Käsetheken hat sich positiv auf den Verbrauch ausgewirkt. Das deutsche Angebot ist äußerst vielseitig. Es gibt immerhin 650 deutsche Sorten.

HEINRICH BRÜNING

Das Image der Knolle wird poliert

Auf der Grünen Woche in Berlin, also dort, wo Friedrich der Große einst die Kartoffel populär gemacht hatte, wirbt jetzt Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle für das Knollengewächs. Das Image soll aufpoliert werden. Sie sei kein „Dickmacher", vielmehr reich an Mineralstoffen und Vitaminen und vielseitig verwendbar. Und das bald 400 Jahre, nachdem die Kartoffel erstmals auf deutschem Boden angepflanzt wurde. Der Botaniker Clusius hatte sie 1588 nach Frankfurt gebracht, sie in seinem Garten vermehrt und an Freunde weitergegeben.

Den Durchbruch brachte aber erst Friedrich der Große. Um Hungersnöte des Siebenjährigen Krieges durch den Ausfall der Getreideernte künftig zu vermeiden und um die Wirtschaftskraft seiner durch flachgründige Sand- und Moorböden für den Getreidebau wenig geeigneten Ostprovinzen rasch zu steigern, setzte er den Kartoffelanbau planmäßig durch. Mit zunehmender Industrialisierung und der Abwanderung der Bevölkerung in die Städte wurde die Kartoffel dort zum Hauptnahrungsmittel.

Seit Jahren wird die Knolle in der Bundesrepublik immer weniger angebaut, 1983 lag die Anbaufläche mit 223 360 Hektar um 6,2 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Während ihre Bedeutung als Nahrungs- und Futtermittel sinkt, spielt die Veredelung eine immer größere Rolle. Die reduzierte Anbaufläche und die ungewöhnliche Trockenheit haben dazu geführt, daß in der Bundesrepublik 1983 nur noch 5,5 Millionen Tonnen geerntet wurden; ein Jahr zuvor waren es 7,05 Millionen Tonnen. Für die Kartoffel gibt es keine EG-Marktordnung, allerdings nationale und gemeinschaftliche Beihilfen. Probleme gibt es gegenwärtig bei der Qualität. So wirbt der Handel häufig mit Billigangeboten, die nicht das halten, was der Verbraucher erwartet.

Die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft CMA hat daher die Gemeinschaftsmarke „Ackergold" geschaffen, die im gesamten Bundesgebiet zur Zeit von 135 laufend kontrollierten Abpackbetrieben angeboten wird. Damit soll vor allem der Absatz von Speisekartoffeln in Kleinpackungen im Lebensmittelhandel forciert werden.

HANS THEIM

Was Italiener und Franzosen voraus haben

Beim Verbrauch von Frischobst nehmen die Deutschen in Europa – pro Kopf gerechnet – einen Spitzenplatz ein, während sie beim Gemüseverbrauch noch unter dem Durchschnitt liegen. In Frankreich ist er doppelt, in Italien dreimal so hoch. Die Deutschen aßen im Wirtschaftsjahr 1982/83 im Durchschnitt 124,4 Kilogramm Obst, einschließlich Zitrus- und Schalenfrüchten, aber nur 69,0 Kilo Gemüse. Davon entfielen bei Obst 27 Kilo auf Zitrusfrüchte und 3,2 Kilo auf Nüsse.

Bei Obst wird rund die Hälfte des Verbrauchs unmittelbar von den privaten Haushalten für den Eigenbedarf produziert, bei Gemüse rund ein Drittel. Daher richtet sich die Information der Sonderschau auf der Grünen Woche zu diesem Thema auch an die Gartenbesitzer. Immerhin bringt es der Durchschnitts-Bundesbürger pro Tag auf ein dreiviertel Pfund Obst und knapp 200 Gramm Gemüse.

Allerdings schwankt der Konsum von Jahr zu Jahr erheblich. Dieses liegt nach Ansicht von Experten vor allem an den Preisen. Sowohl die Käufer von frischem Obst als auch von Frischgemüse reagieren unmittelbar und mit erheblichen Ausschlägen auf Preisveränderungen. So wurde seit 1977 ständig weniger Frischobst gekauft, während die Preise gestiegen sind.

Von ihren Gesamtausgaben legen die Haushalte 3,5 Prozent für frisches Obst und 2,5 Prozent für Frischgemüse an. Eine bedeutende Möglichkeit zur Ankurbelung des Absatzes wird in der Markteinführung neuer Produkte gesehen, wie Eisbergsalat, Chinakohl, Fenchel, Brokkoli und Avocados beim Gemüse und Clementinen und Kiwis beim Obst gesehen.

Von den Käufen von Frischobst entfielen rund ein Drittel auf Äpfel und Birnen , rund 12 Prozent auf Kirschen und Pflaumen, 17,5 Prozent auf Zitrusfrüchte und 15 Prozent auf Bananen. Wegen des sinkenden Obstverbrauchs wurde die Anbaufläche seit 1977 von 46 000 auf 42 000 Hektar reduziert, ähnlich bei Gemüse. Gleichzeitig stiegen jedoch die Importe , so daß bei Obst bereits die Hälfte des Umsatzes aus dem Ausland kommt. Bei Gemüse wird sogar nur noch ein Viertel aus heimischer Produktion gedeckt. Der Export spielt in diesem Bereich kaum eine Rolle.

LINUS KNORR

Verbraucherwünsche / Experten rechnen mit Wachstum

Essen und Trinken vor Auto, Wohnung, Möbel

All die, die mit dem Absatz von Nahrungs- und Genußmitteln zu tun haben, können in diesem Jahr wieder hoffen. Es spricht alles dafür, daß sich die günstigere wirtschaftliche Entwicklung auch hier positiv auswirken wird. Immerhin wird von den Experten mit einem wirtschaftlichen Wachstum von 2,5 bis drei Prozent gerechnet, nachdem im vergangenen Jahr ein Plus von 1,2 Prozent erreicht werden konnte.

Überdies deutet vieles darauf hin, daß die Preise auch in diesem Jahr für Nahrungsmittel langsamer steigen als die Verbraucherpreise im allgemeinen. 1983 nahm der Preisindex für Nahrungsmittel (ohne Genußmittel) um 1,7 Prozent zu. Im Vorjahr waren es noch 4,7 Prozent. Die Zunahme blieb damit auch unter dem für die Lebenshaltung insgesamt ermittelten Anstieg von drei Prozent.

Und noch etwas: Der Teil des Einkommens, den die Bundesbürger bereit sind, für Nahrungsmittel auszugeben, sinkt nicht mehr.

In einer Untersuchung weist das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung darauf hin, daß die Anteilverluste der Anbieter von Nahrungs- und Genußmitteln, die vor der Energiekrise von 1973 die Verschiebung von der Warenproduktion zu den Dienstleistungen hin wesentlich bestimmt hatten, sich deutlich verringert haben. Im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1964 machte die Nachfrage nach Nahrungsmitteln 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. 1980 waren es nur noch 12,5 Prozent. In den folgenden beiden Jahren ist das Gewicht wieder leicht auf 12,8 Prozent gestiegen.

Kein einheitlicher Trend

Dazu dürfte auch beigetragen haben, daß Anfang der achtziger Jahre, als die Realeinkommen in der Bundesrepublik leicht gesunken sind, sich die Verbraucher „nicht die Butter vom Brot nehmen lassen wollten". Sie sparten zuletzt bei Nahrungsmitteln.

Allerdings schält sich dabei kein einheitlicher Trend heraus. Die Hausfrauen schränkten die Käufe mal hier, mal dort ein. Seit dem Sommer hat sich jedoch das Geschäft wieder belebt.

Übers Jahr gesehen steigerten die Deutschen den Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch noch einmal um 0,7 auf 50,4 Kilogramm im Jahr. Allerdings ging dieses zu Lasten des teureren Rindfleischs. Wenn die gesunkenen Erzeugerpreise bei Schweinen vom Handel voll an die Verbraucher weitergegeben worden wären, dann hätte der Konsum nach Ansicht von Experten im Bauernverband noch mehr gesteigert werden können. Die Wurst-Bilanz ist ausgeglichen. Im ersten Halbjahr war der Absatz zwar noch gesunken, dies konnte in den zweiten sechs Monaten jedoch wieder aufgeholt werden.

Positive Prognosen

Bei Molkerei-Produkten verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. So ging der Verbrauch von Butter zurück, während der von Milch nochmals anzog. Allerdings stieg auch der Butterpreis im Jahresvergleich 1983 um 3,5 Prozent. Bei Milch waren es 2,4 Prozent.

Seit dem Sommer geht der Konsum von Kartoffeln erntebedingt zurück. Bis zum Frühsommer kaufen die Verbraucher erheblich mehr Äpfel. Maßgeblich dafür soll das Wetter der vorangegangenen Saison gewesen sein. Der heiße Sommer trieb den Absatz von Bier und Fruchtsäften nach oben. Der Verbrauch von Brot hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Eier und Geflügel wurden etwas weniger geordert. Der Holzmarkt hat in den vergangenen Jahren unter der schlechten Konjunktur gelitten. Hier hat sich die zunehmende Bautätigkeit noch nicht belebend ausgewirkt.

1984 kann eigentlich nur besser werden. Nach einer Umfrage rangiert „gut Essen und gut Trinken" auf der Wunschliste der Verbraucher mit erheblichem Abstand noch vor dem Auto, der neuen Wohnung und Möbeln. Unter den Produkten wird dabei Fleisch, Gemüse, Obst und Butter die größte Bedeutung beigemessen.

Der Absatz von deutschen Produkten hat aber auch davon profitiert, daß in der Gastronomie wieder verstärkt kräftige Hausmannskost nach deutscher Art gefragt war. A. L.

Redaktion: Hans-J. Mahnke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg



Kohl bekräftigt EG-Resolution

▲ Fortsetzung von Seite 1

sehen sind. Vor den Fernsehkameras und der internationalen Presse sagte Kollek zum Kanzler, er habe ihn nicht nur wegen der schönen Aussicht hier oben auf die Terrasse geführt. Es seien auch noch drei andere Gründe, die ihn bewegten.

Keine 30 Meter vom Rathaus entfernt, begann die jordanische Westbank. Auf der Mauer gegenüber gab es einen jordanischen Militärposten. Kollek schilderte die Teilung der Stadt und wie sie überwunden wurde. „Ich hoffe, eines Tages wird auch Berlin wieder eine Stadt sein, ohne Mauer."

Der Jerusalemer Bürgermeister mußte dem Kanzler genau erklären, wie das Niemandsland zur Zeit der Wiedervereinigung Jerusalems 1967 aussah. Dann erklärte Teddy Kollek, der dritte wichtige Grund für ihn sei, daß er hier oben auf der Terrasse zum erstenmal auch „meinem Freund" Axel Springer begegnet sei und ihm die Lage der damals geteilten Stadt erklärt habe. „Wir haben bewußt kein *neues Rathaus gebaut und sind in* den Jahren der Teilung an der Mauer geblieben, weil wir immer auf eine friedliche Wiedervereinigung hofften", *sagte Kollek*. Mit Freude habe er dann erfahren, meinte Teddy Kollek, daß aus den gleichen Gründen auch Axel Springer sein Verlagshaus an der *Berliner Mauer errichtet habe*. Kollek sprach gegenüber dem Kanzler dann von neuem seinen Wunsch aus, daß auch Berlin friedlich wiedervereinigt werde.

*

kie. Washington

In die Proteste gegen einen möglichen zukünftigen Verkauf deutscher Rüstungsgüter an Saudi-Arabien haben sich jetzt auch amerikanische jüdische Organisationen eingeschaltet. Bonns Botschafter in Washington, Hermes, empfing am Dienstag eine *Abordnung* des „amerikanisch-jüdischen Kongresses". Dabei wurde ihm ein Schreiben überreicht, in dem diese Organisation ihre „Bestürzung" über „Bonner Überlegungen, ... hochmoderne Waffensysteme (an ein Land) zu verkaufen, das mit Israel im ‚Heiligen Krieg' liegt", ausdrückt.

Ähnliche Noten sind auch bei den deutschen Generalkonsulaten in New York, Los Angeles und San Francisco eingegangen. Zahlreiche (wenn auch nicht überwältigend viele) Protestbriefe erreichen in diesen Tagen die Bonner Mission in Wa*shington*.

Vor der Botschaft selber zog am Dienstag eine kleine Demonstration auf. Die Diskussion um den Waffenverkauf wurde in den USA besonders angefacht durch einen Artikel des Kolumnisten William Safire, den die „New York Times" am 8. Januar abdruckte. Safire bezichtigte die Bundesregierung, ihre „moralische Position abzusenken" und „ihren Willen schwächen" zu lassen. „Das Gewissen ist offenbar weniger wichtig als das Geld", schrieb Safire.

USA gegen neue Nahostkonferenz

AP, New York

Die Vereinigten Staaten haben eine Teilnahme an der *geplanten* Nahost-*Friedenskonferenz* der *Vereinten Nationen* strikt abgelehnt. In einem in New York veröffentlichten Schreiben an den Weltsicherheitsrat heißt es, der einzige Weg zum Frieden im Nahen Osten führe über Verhandlungen der Konfliktparteien auf der Grundlage der Resolutionen des Sicherheitsrates von 1967 und 1973. Washington habe versucht, derartige Verhandlungen zum Beispiel durch die Camp-David-Verträge oder den Nahostplan Präsident Ronald Reagans zu ermutigen. Die geplante Friedenskonferenz würde „diesen Prozeß" nur behindern.

Weiter heißt es in dem Brief, es sei vorauszusehen, daß die Nahost-Konferenz zu einem „Forum für propagandistische und extreme Standpunkte werden" würde. Ihr Ergebnis wäre wahrscheinlich für eine oder mehrere der Parteien nicht annehmbar und damit auch nicht anwendbar. Die Konsequenz wäre ein Ansehensverlust für die UNO und eine Verzögerung des Friedensprozesses im Nahen Osten. Die USA würden es bedauern, wenn die Autorität der UNO, ihr Geld oder ihr Personal für diese Konferenz eingesetzt würden.

Hessen-Etat für 1983 verabschiedet

dg. Wiesbaden

Mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und Grünen hat der hessische Landtag gestern abend den Landeshaushalt für das Jahr 1983 verabschiedet. Die SPD-Fraktion (51 Mandate) stimmte geschlossen für den Etat. Von *den sieben Abgeordneten der Grünen* stimmte die Abgeordnete Gertrud Schilling dagegen. Der Abgeordnete Reinhard Brückner, der im Februar sein *Mandat niederlegen* will, beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Die 52 Parlamentarier von CDU und FDP votierten einstimmig mit „Nein". Der Etat konnte nur mit *einer Zusatzklausel* die parlamentarische Hürde nehmen: die frei verfügbaren Ausgabenreste (ca. zwei Prozent des Gesamtvolumens), dürfen nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses in Anspruch genommen werden.

Außenminister erinnern an die ideellen Werte

Treffen von Genscher und Andreotti in Rom

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Mit dem Ziel, den „Schock von Athen" zu überwinden, hat die europäische Diplomatie eine Serie bilateraler Begegnungen eingeleitet. Das erste dieser *Treffen fand am* Dienstag und Mittwoch in Rom zwischen den Außenministern Genscher und Andreotti statt. Neben der Europa-Frage stand *dabei auch* die *Ost-West-Situation* zur Debatte.

Die zwei Außenminister machten nach ihren Gesprächen vor der Presse *deutlich, daß in der grundsätzlichen* Beurteilung beider Fragen weitgehend Übereinstimmung zwischen Italien und der Bundesrepublik Deutschland besteht. In den umstrittenen Detailfragen der EG kamen sie bei ihrem Meinungsaustausch aber offensichtlich nicht über das Bemühen hinaus, jeweils den eigenen Standpunkt – etwa in der Agrarfrage und in der Stahlpolitik – zu verdeutlichen. Die Italiener präzisierten in beiden Fragen ihre Haltung mit den Worten: „Wir können nicht die einzigen sein, die für notwendige Einsparungen bezahlen sollen."

Dem Genscher-Andreotti-Treffen wird am heutigen Donnerstag in Rom eine Aussprache zwischen Ministerpräsident Craxi und der englischen Premierministerin Thatcher folgen. Zur Krise der Europapolitik erklärte Andreotti nach seinem Abschlußgespräch *mit* Genscher: „*Man muß* in der Gemeinschaft die ideellen Werte und den Geist der Anfangszeit wieder aufnehmen." In letzter Zeit habe die EG „*eher den Eindruck* eines Verwaltungsrates einer Firma" als den eines politischen Gremiums gemacht. Genscher fügte hinzu: „Es geht darum, den Schock von Athen zu überwinden. Er könnte sich rückblickend als positiver Impuls erweisen, wenn man die nötigen Konsequenzen zieht." Europa werde international nur dann ernstgenommen werden, „wenn es seine eigenen Probleme meistert".

Beide Minister unterstrichen in diesem Zusammenhang, daß sich Europa auch technologisch vor die Notwendigkeit gestellt sehe, Rückstände aufzuholen. Es habe „keine gute Perspektive", wenn es auf diesem Gebiet gemeinsame Anstrengungen zum Aufholen unterlasse. Es werde gegenüber den USA und Japan nicht konkurrenzfähig sein. Genscher: „Exportieren kann man nur neue Entwicklungen", und vom Exportieren hänge für Europa letztlich auch der Abbau *der Arbeitslosigkeit* ab.

In der Ost-West-Frage beurteilten die Minister übereinstimmend die angekündigte Wiederaufnahme der Wiener *MBFR-Verhandlungen* als positives Zeichen. Sie hoben hervor, daß Italien und die Bundesrepublik durch ihre loyale Bündnispolitik mit die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Ost-West-Dialogs geschaffen hätten. Genscher sagte: „Wir sind die Garanten für die Handlungsfähigkeit des Bündnisses. Wir müssen auch Garanten für die künftige Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses sein."

Auf die Frage, ob man nach dem jüngsten Interview des sowjetischen Parteisekretärs Andropow optimistischer sei als zuvor, antwortete Andreotti: „*Man muß unterscheiden zwischen Taktik und Strategie*. Wir befassen uns mehr mit der Strategie, und ich möchte sagen, daß wir da optimistisch sind." Aus Kreisen der italienischen Delegation war zusätzlich zu hören, daß man im Andropow-Interview zwar keinen Wandel in der Sache, aber doch einen „Wandel im Ton" erkennen zu können glaubt.

Genscher traf außer mit Andreotti auch noch zu kurzen Gesprächen mit Staatspräsident Pertini, Ministerpräsident Craxi und Verteidigungsminister Spadolini zusammen. Dabei wurde – neben der Ost-West-Problematik und EG-Krise – auch die Lage im Nahen Osten erörtert.

SPD will Europas Gewicht stärken

Ehmke legt Programm zur „Selbstbehauptung" vor / Haack stellt Deutschland ins Zentrum

PETER PHILIPPS, Bonn

In der SPD verstärken sich die Bemühungen, die politischen Kräfte, die sie im Zuge der NATO-Nachrüstungsdebatte im vergangenen Herbst geweckt hat, für die SPD zu einer konstruktiven Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik zu *bündeln. In diesem Sinne hat* der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Horst Ehmke, ein umfangreiches Programm zur „Selbstbehauptung Europas" erarbeitet und gestern veröffentlicht.

Nach Angaben aus der Fraktion soll es allerdings bei der Debatte darüber in der zuständigen Arbeitsgruppe zu Differenzen gekommen sein. Daraus ist auch zu erklären, daß der ehemalige Bundesminister Dieter Haack in einem der WELT vorab bekanntgewordenen Beitrag über „Deutschlandpolitik und Sicherheitspolitik" für die Zeitschrift „Deutschland Archiv" teilweise andere Akzente setzt.

Ehmke geht in seinen Überlegungen davon aus, daß es jetzt zentral darum gehe, „operative Ansatzpunkte" zur Verbesserung der Stellung Europas in der Welt zu entwickeln. Die Westeuropäer müßten „auch in Sicherheitsfragen und auch gegenüber den USA mit einer Stimme sprechen". Der SPD-Politiker, in dessen Papier überall das Europawahlprogramm seiner Partei und die grundsätzlichen Aussagen Willy Brandts sichtbar werden, greift folgerichtig auch auf die vom SPD-Vorsitzenden immer wieder in Erinnerung gerufene Idee des verstorbenen US-Präsidenten Kennedy von den „zwei Säulen der NATO" zurück. Auf dieser Basis, so Ehmke, müsse Europa „mehr Verantwortung für die Verteidigung der europäischen Zentralfront" übernehmen. Aus einer solchen Politik Westeuropas, seinen Einfluß im Bündnis zu stärken, „könnte auch eine sinnvolle Arbeitsteilung außerhalb der NATO erwachsen".

In diesem Zusammenhang entwikkelt Ehmke die Vorstellung, daß Westeuropa mit „größerer Selbständigkeit, ohne sich selbst als Welt*macht zu gerieren, sowohl* für Osteuropa als auch für den Mittelmeerraum und für die Dritte Welt insgesamt attraktiver" sein würde. Doch *der stellvertretende Fraktionsvorsitzende* läßt an keiner Stelle seiner Überlegungen einen Zweifel daran, daß alle Eigenständigkeit der Europäer – *und damit auch der Deutschen* – nur auf der Basis der NATO-Mitgliedschaft vorstellbar ist:

„Bei *aller* berechtigten Kritik an der gegenwärtigen amerikanischen Politik kann eine Auflösung des Bündnisses für die Westeuropäer noch weniger in *Betracht* kommen als für die Amerikaner. Für uns Deutsche ist die amerikanische Schutzgarantie für West-Berlin ein gewichtiges zusätzliches Argument." Und in dem „Anhang" zu seinem Papier betont Ehmke – in diesem Punkt deutlich restriktiver als der sozialdemokratische Sicherheits-„Vordenker" Egon Bahr –, daß das Bündnis „an der Strategie der flexiblen Antwort so lange festhalten" müsse, solange „keine neue, bessere Strategie entwickelt worden" sei.

Über die Deutschlandpolitik äußert sich Ehmke in seinem Papier äußerst karg. Die wesentliche Überlegung lautet: Sie müsse „in eine ge*samteuropäische Politik*" eingebettet werden.

Demgegenüber stellt Haack in seinen zehn Thesen *zur* „Deutschlandpolitik und Sicherheitspolitik" die Deutschlandpolitik ins Zentrum seiner Überlegungen und baut die übrigen Elemente der Politik *darum* herum auf.

Vor allem hebt Haack sehr viel deutlicher als Ehmke darauf ab, daß das westliche Bündnis nicht nur die militärische Sicherheit der Partner garantiert, sondern vor allem „eine politische Wertegemeinschaft" ist. Gerade bei den notwendigen Diskussionen über neue Strategien dürfe nicht übersehen werden, „daß auf deutschem Boden nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen Weltmächten ausgetragen wird, sondern auch ein Ringen um die bessere Ordnung für die Menschen". Das Gleichgewicht der Kräfte, „das der Kriegsverhinderung dienen soll", habe für die Deutschen deshalb „nicht nur eine sicherheitspolitische Dimension, sondern dient auch der Bewahrung einer freiheitlichen Lebensordnung".

Wie Ehmke betont auch Haack das Interesse der Europäer, ihr „Mitspracherecht" in der NATO zu erweitern. Und auch *er* verweist darauf, daß diese Mitbestimmungsmöglichkeiten in entscheidendem Maße „vom Grad der Einigkeit untereinander" abhän*gig sind*.

Haack greift auch die Idee von der „Sicherheitspartnerschaft" zwischen Ost und West *auf, die* in den 70er Jahren von Helmut Schmidt in die Diskussion eingebracht worden war und später zu einem wesentlichen Element der Bahrschen Überlegungen wurde. Haack verweist auf die Gefahr des Mißverständnisses, das sich aus dem Begriff ergeben könne: Sicherheitspartnerschaft dürfe nur bedeuten, daß „West und Ost zur Krisenbewältigung verpflichtet" und damit Partner seien. Sie könne allerdings nicht die Gleichgewichtspolitik ersetzen und „auch nicht unvertretbare Vorleistungen rechtfertigen". Wer mit dem Begriff der Sicherheitspartnerschaft Distanz zu den USA verbreiten oder davon ablenken wolle, „daß wir Teil des nordatlantischen Sicherheitssystems sein müssen, würde gefährliches Mißtrauen bei unseren Verbündeten erwecken". Und, so Haack, es könne auch keine „spezielle eigenständige innerdeutsche Sicherheitspartnerschaft" geben.

Apel trat vor Flick-Ausschuß als Zeuge auf

***STEFAN HEYDECK*, Bonn**

Der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Apel (SPD) hat nach eigener Darstellung seine Zustimmung zu dem Antrag des Flick-Konzerns auf Steuervergünstigung nach dem Paragraphen 6 b strikt nach rechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen gegeben. Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der die Affäre um den Konzern aufklären soll, betonte Apel gestern als Zeuge weiter, dem 1976 vom federführenden Bundeswirtschaftsministerium übermittelten Antrag hätten alle Abteilungen seines Hauses nach Überprüfung zugestimmt. Apel dementierte ausdrücklich, jemals von der Firma Flick Zuwendungen erhalten zu haben. *Er habe auch von keinem* Fall erfahren, in dem Mittel geflossen sein sollen. Zu der Aussage des der Bestechlichkeit beschuldigten früheren Bundeswirtschaftsministers Hans Fridrichs (FDP) vor dem Ausschuß, nach der dieser erstmals am 9. Januar 1975 von der Absicht Flicks erfahren habe, das Daimler-Benz-Aktienpaket an die Deutsche Bank zu verkaufen, meinte Apel: „Mich verwundert diese Aussage sehr."

Der ehemalige Minister, der aus dieser Zeit keine Terminkalender oder andere Aufzeichnungen darüber besitzt, betonte bei der Vernehmung wiederholt, er müsse sich auf sein Gedächtnis verlassen oder könne sich nach nunmehr neun Jahren nicht mehr erinnern. Er *meinte* aber, daß es schon Ende 1974 informelle Gespräche über den bevorstehenden Verkauf gegeben haben müsse. Anfang 1975 sei zu befürchten gewesen, daß die Aktien ins Ausland gehen könnten. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt und er seien sich darüber einig gewesen, daß „das Flaggschiff der deutschen Wirtschaft" nicht an ein anderes Land gehen dürfe. Deshalb habe der Kanzler im Januar 1975 auch vor der SPD-Bundestagsfraktion ausdrücklich erklärt, die Deutsche Bank als vorübergehende *Käuferin der Aktien habe* die „moralische Unterstützung" der Bundesregierung.

So sei auch nach einem Gespräch mit dem damaligen Vorstandssprecher des Geldinstituts, Ulrich, die Bank über steuerrechtliche Möglichkeiten beraten worden. Denn, so Apel, sie „schien bereit zu sein, der Bundesregierung zu helfen" und im Sinne der Regierung die Aktien bis zur Weiterveräußerung in der Bundesrepublik zu „parken". Es sei aber zu keinem Zeitpunkt darum gegangen, Steuertatbestände zu umgehen.

Mit Flick selbst ist der Minister nach seiner Aussage erstmals im Juni 1976 am Rande des Dortmunder SPD-Parteitags in dessen Jagdhaus im Sauerland zusammengetroffen: Nachdem dieser Unmut über Apel wegen negativer Äußerungen geäußert gehabt habe, habe ihn der damalige SPD-Schatzmeister Alfred Nau um diese Unterredung gebeten. Dabei sei es jedoch nicht um Fragen des 6 b *gegangen und auch nicht um* Zuwendungen. Später habe es eine weitere Begegnung gegeben. Den früheren Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch habe er dagegen nur auf gesellschaftlichen Veranstaltungen getroffen.

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat sich gestern gegen neue vom „Stern" veröffentlichte Vorwürfe gegen ihn gewehrt. Er wies darauf hin, daß diese von seinem Rechtsanwalt Egon Müller widerlegt worden seien. Deshalb habe sie die Staatsanwaltschaft auch nicht in die Anklageschrift *aufgenommen*. Dies aber verschweige die Illustrierte.

Der Ausschuß legt heute Beschwerde beim Oberlandesgericht Hamm ein, um die Freigabe von Akten, die das Bonner Landgericht zurückhält, zu erreichen.

Lambsdorff vertraut auf Erfolg des Stahl-Konzepts

Entscheidend ist konsequente Umstrukturierung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ist zuversichtlich, *daß die deutsche Stahlindustrie* – eine normale Marktentwicklung vorausgesetzt – nach 1985, wenn der EG-Subventionskodex ausläuft, ohne Beihilfen im Wettbewerb bestehen kann. Er schließt dies aus den Konzepten der Unternehmen zur Umstrukturierung, die jetzt auch von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit geprüft und in den nächsten Tagen der EG-Kommission zur Genehmigung zugeleitet werden. Die Treuarbeit ist zu der Auffassung gekommen – wenn auch in einigen Fällen mit Bedenken –, daß die Unternehmenskonzepte „*plausibel und* tragfähig" sind.

Entscheidend komme es jetzt, wie Lambsdorff gestern noch einmal in Bonn betonte, auf die konsequente Umstrukturierung durch die Unternehmen an, vor allem auf den Abbau der Überkapazitäten. Dies wollen Bund und Länder mit rund drei Milliarden Mark in diesem und im nächsten Jahr unterstützen. Davon würden rund 1,8 Milliarden Mark als Umstrukturierungsbeihilfen von Bund und Ländern im Verhältnis zwei Drittel zu einem Drittel gezahlt. Mit *diesen Beihilfen können Sozialplan*kosten und Teilwertabschreibungen bei Stillegung von Betriebsteilen bezuschußt werden. An Investitionszulagen, die je zur Hälfte aus dem Steueraufkommen von Bund und Ländern aufgebracht werden, sind rund 1,2 Milliarden Mark vorgesehen. Abgesehen von Arbed Saarstahl will der Bund keine Bürgschaften zur Absicherung von Krediten an die Stahlindustrie geben.

Generell, Einzelheiten wollte er nicht preisgeben, charakterisierte Lambsdorff die Unternehmenskonzepte so: Fusionen finden nicht statt, wohl *aber zahlreiche Kooperationen* der Unternehmen mit dem Ziel, Überkapazitäten abzubauen und die Kosten zu senken. Die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Unternehmen wird verbessert. Die Produktion wird auf kostengünstige Anlagen und Verfahren konzentriert. Produktionsüberschneidungen werden beseitigt. Ertragsschwache Produkte werden aufgegeben und ertragsstarke Erzeugnisse bevorzugt angeboten werden.

In der gesamten deutschen Stahlindustrie würden, verglichen mit 1980, *die Kapazitäten bis Ende 1985 um gut* neun Millionen Jahrestonnen oder 17 Prozent abgebaut werden. Die Zahl der Arbeitsplätze würde danach Ende 1985 auf rund 145 000 zurückgehen gegenüber 177 000 Ende 1982 und noch 166 000 im November vergangenen Jahres. Den nach dem Stahlinvestitionszulagengesetz förderbaren Investitionsaufwand der deutschen Stahlindustrie bezifferte Lambsdorff für dieses und das nächste Jahr mit rund sieben Milliarden Mark.

Die deutsche Stahlindustrie steht nach Ansicht Lambsdorffs vor ungewöhnlichen und schwerwiegenden unternehmerischen Anstrengungen. Die Krisenanfälligkeit der Stahlindustrie in Europa und in der Bundesre*publik Deutschland sei gestiegen*. Aber die Bundesregierung sehe mit Genugtuung, daß die Industrie in ihren Umstrukturierungsplänen eine neue und *nachhaltige* Anstrengung macht, mit diesen Schwierigkeiten fertigzuwerden. Die konjunkturelle Situation der Stahlindustrie habe sich etwas gebessert.

Andropow zeigt neue Bereitschaft zum Dialog

■ Fortsetzung von Seite 1

Positionen der Stärke, Positionen der Drohungen und des Drucks zu führen". Die Sowjetunion lehne das kategorisch ab. Versuche, mit der Sowjetunion eine „Machtdiplomatie" zu führen, seien „eine hoffnungslose Sache".

In dem „Prawda"-Interview kommt ein weiteres Mal deutlich die Hoffnung des Kreml zum Ausdruck, die Verteidigungspolitik des westlichen Bündnisses untergraben zu können. Andropow behauptete darin, die Besorgnis der Völker über Washingtons „militaristische Politik" nehme täglich zu, und gegen sie erhebe sich eine Welle zunehmenden Widerstandes. Dieser „Kampf von Millionen Menschen um den Frieden" sei gleichfalls „eine objektive Reali*tät von heute*". Die Menschen hätten begriffen, woher ihnen Gefahr droht.

Offenbar rechnet Moskau damit, daß ständig wiederholte Schuldzuweisungen zu einem fortschreitenden Vertrauensverlust für Washington in Westeuropa führen werden. Darauf zielt auch das sowjetische Verhalten auf der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung. Doch halten es Moskauer Beobachter für möglich, daß sich der Kreml wieder zu Verhandlungen bereitfinden wird,

Zugleich verdüstern sich aber die Perspektiven erfolgversprechender Verhandlungen auf sowjetischer Seite, weil mit einer Rückkehr des „kranken Mannes an der Moskwa" *immer* weniger zu rechnen ist. Die seit Ende September 1983 unter seinem Namen erscheinenden Äußerungen sind kein Indiz für Andropows *Arbeitsfähigkeit*.

Ähnliche Medienkonzepte von SPD und CDU in Hamburg

Für Privatsendungen unter öffentlich-rechtlichem Dach

UWE BAHNSEN, Hamburg

Für die gesetzliche Regelung zur Einführung der neuen Medien haben SPD und CDU in *Hamburg* weitgehend gleichartige Vorstellungen entwickelt. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat dazu am Dienstag im Landesparlament einen Entwurf für ein Landesrundfunkgesetz eingebracht. Er sieht so wie der entsprechende Gesetzentwurf der schleswig-holsteinischen Landesregierung vor, daß unter dem Dach einer öffentlich-rechtlichen Anstalt privaten Veranstaltern der Zugang zum Rundfunk eröffnet wird.

Diese unabhängige Institution, in der alle gesellschaftlich bedeutsamen Gruppen vertreten sind, soll die entsprechenden Lizenzen vergeben und die Programmaufsicht ausüben. Die Sendungen sollen der freien und unabhängigen Meinungsbildung dienen und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet sein.

*Staatliche, einzelne politische, wirt*schaftliche oder gesellschaftliche Kräfte sollen nach den Vorstellungen der Hamburger CDU „auf den privaten Rundfunk in seiner Gesamtheit keinen beherrschenden Einfluß ausüben dürfen". Kerngedanke des Gesetzentwurfes, so erklärte der CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau dazu, sei die Sicherung der Meinungsvielfalt und der Schutz der Familie, vor allem der jungen Menschen.

Die privaten Kommunikationsdienste und Rundfunkprogramme sollen nach den Vorstellungen der CDU aus dem eigenen Finanzaufkommen des Trägers, durch Abonnementsgebühren und Einzelentgelte, durch Spenden und durch Werbung finanziert werden. *Dabei* spricht sich die Union für ein Verbot der Interrupt-Werbung aus. Werbesendungen sollen also nur in Blöcken zulässig sein, die inhaltlich zusammenhängende Programme nicht unterbrechen dürfen.

Ebenfalls am Dienstag hat Bürgermeister *Klaus von Dohnanyi* die Positionen des Senats für ein Mediengesetz erläutert, das allerdings erst im Herbst der Bürgerschaft zugeleitet werden soll. In Abkehr von früheren SPD-Auffassungen meinte Dohnanyi, grundsätzlich sei die Entwicklung in Richtung auf private Rundfunkveranstaltungen nicht mehr aufzuhalten. Es gehe nun darum, den Fortbestand von ARD und ZDF und die bewährten Grundsätze dieses herkömmlichen Rundfunksystems mit den Möglichkeiten privatwirtschaftlicher Betätigung sinnvoll zu *verknüpfen. Hamburg wolle zugleich* versuchen, einen „zerstörerischen Verdrängungswettbewerb" der neuen Medien zu Lasten von Zeitungen und Zeitschriften zu verhindern. Der Anspruch Hamburgs an neue Rundfunkveranstalter laute: „Freiheitlicher, niveauvoller Journalismus, keine unzuträgliche Mischung von Werbung und redaktionellen Beiträgen, keine neuen Machtkonzentrationen". Ebenso wie die CDU plant auch der Senat ein „öffentlich-rechtliches Dach", unter dem die neuen Veranstalter nach festen Regeln und Grundsätzen *tätig werden können*. Dabei sei der Senat gegen einen „einseitig renditeabhängigen Privatfunk". Dohnanyi unterstrich in sachlicher Übereinstimmung mit Perschau das Interesse der Landesregierung an einer möglichst gleichartigen Struktur der neuen Medien im norddeutschen Raum.

Polizeieinsatz für rechtswidrig erklärt

AP, Berlin

Für rechtswidrig hat das Verwaltungsgericht Berlin gestern einen Polizeieinsatz nach der Räumung von acht besetzten Häusern am 22. September 1981 erklärt. Die Räumung hatte zu heftigen politischen Kontroversen geführt, weil bei anschließenden Ausschreitungen der 18jährige Klaus-Jürgen Rattay unter einen Bus geraten und tödlich verletzt worden war. Zur Begründung ihrer Entscheidung erklärten die Verwaltungsrichter, daß die Menschenansammlung vor einem der geräumten Häuser eine „Spontanversammlung" *im Sinne* des Grundgesetzes gewesen sei, die „ungeplant aus aktuellem Anlaß entstanden war".

Schily gegen die Volksbefragung

dpa, Bonn

Gegen die von der Friedensbewegung geplante Volksbefragung zur Nachrüstung am Tage der Europa-Wahl am 17. Juni hat sich der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Otto Schily, ausgesprochen. Gegenüber der „Westfälischen Rundschau" erklärte Schily: „Ich halte nichts davon, so etwas auf eigene Faust zu machen – außerhalb eines gesetzlichen Verfahrens. Das führt zu nichts. Das ist nur eine Wiederholung von Unterschriftenaktionen. Das Ergebnis wird niemanden beeindrucken."

Ältere Grenzschützer wollen nicht „verzollt" werden

BERND HUMMEL, Eschwege

Auf massive Ablehnung bei den Kommandeuren des Bundesgrenzschutzes sind Pläne des Bundesinnenministeriums gestoßen, nach denen der BGS zur Verjüngung der Personalstruktur künftig 700 Beamte jährlich an die Zollverwaltung abgeben soll. Bei einer vertraulichen Anhörung durch Vertreter des Innenministeriums sprach sich die Mehrheit der Kommandeure gegen eine solche Regelung aus, weil diese die grundlegenden Probleme der Personalpolitik beim BGS nicht löse.

Der Hintergrund: Mit dem BGS-*Personalstrukturgesetz vom 3. Juni* 1976 war auch im mittleren Polizeivollzugsdienst das Prinzip der Beamten auf Lebenszeit eingeführt worden. Da die überwiegend verbandsmäßige Organisation des BGS jedoch wegen der körperlichen Anforderungen eine bestimmte Altersstruktur voraussetzt, muß der BGS, um eine Überalterung zu vermeiden, seither ein bestimmtes Kontingent an Beamten jährlich an andere Behörden abgeben.

Bei den Bedarfsberechnungen war man im Innenministerium davon ausgegangen, *daß jährlich etwa 1100* BGS-Beamte an andere Dienste – vornehmlich an die Länderpolizeien – abgegeben werden können. Doch bereits 1982 zeigte sich auf Grund der angespannten Haushaltslage, daß die Polizeien der Länder zur Aufnahme eines solchen Potentials nicht in der Lage waren. In einem Bericht des Innenministeriums und des Finanzministeriums an den Haushaltsausschuß des Bundestages heißt es unter Datum vom 4. November 1983: „Aus heutiger Sicht ist in den Jahren 1984 bis 1990 voraussichtlich nur mit einer *jährlichen Abnahme von ... höchstens* 400 Beamten zu rechnen."

„Kommandeure warnten vor dieser Gesetzgebung"

Auf dieser Grundlage – das rechneten die Vertreter des Innenministeriums Anfang dieser Woche den Teilnehmern der Kommandeur-Anhörung vor – könne eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Funktionieren des Personalstrukturgesetzes bis zum Anfang der neunziger *Jahre nicht gewährleistet* werden. Und diese Voraussetzung lautet: Gesicherte Übernahme von BGS-Beamten nach etwa achtjährigem Dienst in die Polizeien der Länder. Einer der Kommandeure kommentierte diese Rechnung: „Das ist die Bankrotterklärung an das Personalstrukturgesetz. Eine untaugliche Gesetzgebung, vor der die Kommandeure in den siebziger Jahren vergeblich gewarnt hatten".

Die Mängel des Gesetzes will der Innenminister nun durch folgendes Modell ausgleichen: Die Länderpolizeien nehmen künftig 400 BGS-Beamte ab, die Zollverwaltung erklärt sich zur Übernahme weiterer 700 Beamter bereit und verzichtet auf eigenständige Ausbildung.

Im Bericht an den Haushaltsausschuß heißt es dazu: „Da der Zoll im Falle einer Realisierung seinen gesamten Nachwuchs für den mittleren Dienst aus dem BGS rekrutiert, ergäbe sich für den BGS eine kontinuierliche und auf Dauer kalkulierbare Abgabemöglichkeit, die seiner Personalstruktur im mittleren Dienst entspricht".

Die beiden Ministerien haben sich inzwischen darüber verständigt, daß *die angestrebte Abgabegarantie* erstmals 1987 eingelöst werden soll. Dies ermögliche, daß zwischen 1984 und 1986 jährlich 1800 Anwärter eingestellt und damit den Anforderungen des BGS Rechnung getragen werden könne. Die Zollverwaltung sieht es jedoch als problematisch an, daß die

Abgabegarantie erst in drei Jahren

BGS-Beamten vor ihrem Wechsel zum Zoll eine *zusätzliche einjährige* Ausbildung absolvieren müssen, da die Befähigung sowohl zum Grenzzolldienst als auch zum Binnenzolldienst vermittelt werden *müsse*. Zudem müßten die bislang schlechter bezahlten Beamten des mittleren Zolldienstes finanziell angehoben werden. Beim Innenministerium rechnet man – sollte dieses Modell Wirklichkeit werden – für die jährlich neuen Planstellen und die Ausbildung beim Zoll mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 27 Millionen DM.

Die Mehrheit der Kommandeure des BGS will an die Durchführbarkeit dieses Planes nicht glauben. Der Grund: Für den Wechsel vom BGS zum Zoll soll das Prinzip der Freiwilligkeit gelten. Und dies, meint der überwiegende Teil der Kommandeure, sei eine Rechnung mit zu vielen Unbekannten.

Die Vorstellungen zielen auf eine Änderung, wenn nicht gar Aufhebung des Personalstrukturgesetzes ab, durch die Wiedereinführung des einfachen Dienstes und somit Verwendung von Wehrpflichtigen beim BGS sowie die erneute Schaffung des „Beamten auf Widerruf" im mittleren Dienst.

In der nächsten Woche werden die Verhandlungen auf Staatssekretärsebene weitergehen. Ein Tagungsteilnehmer: „Kommt diese Lösung, dann ist das gegen den Willen der Mehrheit der Kommandeure."

Sinnloser Streik

fu (London) – Jeden Montagmorgen spielt sich in einigen Kohlerevieren Großbritanniens die gleiche Szene ab: Tausende von Bergleuten werden für ein, zwei Tage nach Hause geschickt, weil die Schacht- und Förderanlagen ihrer Zechen nicht gewartet wurden. Diese lebenswichtigen Aufgaben, die eigentlich an Wochenenden zwischen den Werktags-Schichten in Überstunden-Arbeit ausgeführt werden, müssen nunmehr während der Schichtzeiten zum Wochenbeginn erledigt werden.

Warum dies alles? Weil die militante Führung der britischen Bergarbeiter-Gewerkschaft das vorliegende Arbeitgeber-Angebot einer Anhebung der Bezüge um 5,2 Prozent als völlig unzureichend zurückweist. Aus Protest wurde ein Überstunden-Streik ausgerufen.

Doch wie es aussieht, ist nicht die staatliche Kohlegesellschaft, die ohnehin auf Halde produziert, die Geschädigte; ins eigene Fleisch schneiden sich vielmehr die Kumpel selbst, die ihre Aktion mit zum Teil erheblichen finanziellen Einbußen bezahlen müssen. So waren unlängst zum Wochenbeginn 17 Kohlegruben geschlossen, 19 000 Bergleute wurden für ein oder zwei Tage wieder nach Hause geschickt. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieser Lohnausfall für viele Bergleute-Familien nicht mehr tragbar sein wird.

Das Schlimme an der Situation ist, daß sich die linke Gewerkschaftsführung strikt weigert, über die Fortsetzung des sinnlosen Überstunden-Streiks eine Urabstimmung abzuhalten. Wird die Protestaktion aber noch länger fortgesetzt, dann wird der an etlichen Zechen entstehende Schaden wie Überflutung oder vernachlässigter Sicherheits-Standard irreparabel sein.

Klug beraten

Wh. – Frohe Kunde aus der Chemie: Produktion plus 7 Prozent, Umsatz plus 8 Prozent, Auslastung fast im Sollbereich. Die Lage habe sich „nachhaltig verbessert", freut sich die Verbandsspitze. Doch wie nachhaltig ist die Erholung wirklich? Der vorsichtige Hinweis auf das starke Nordamerika-Geschäft deutet bereits auf einen wesentlichen Unsicherheitsfaktor: Der Erfolg der Chemie wurde 1983 ganz wesentlich vom starken Dollar bestimmt. Die eindrucksvollen Zuwachsraten von 30 Prozent im US- und von 15 Prozent im Japan-Export weisen darauf hin. Beide Märkte zusammen nahmen danach bereits gut 8 (7) Prozent der deutschen Chemie-Ausfuhren ab. Mit einer (noch nicht absehbaren) Dollarschwäche könnte sich diese Entwicklung wieder umkehren. Unsicher werden die Aussagen über den Aufwärtstrend auch durch eine zweite Einflußgröße, deren Volumen nicht so recht zu bestimmen ist: die Aufstockung der teilweise fast leeren Kundenlager. Die Chemie dürfte mit ihrer vorsichtigen Prognose von weiteren 2 bis 3 Prozent realem Wachstum gut beraten sein.

CHEMISCHE INDUSTRIE / Einbrüche von 1982 wurden wieder wettgemacht

Solide Basis für die Zuversicht, daß der Aufschwung anhalten wird

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die chemische Industrie, mit 549 000 (559 000) Mitarbeitern viertgrößter deutscher Wirtschaftszweig, ist mit Optimismus ins Jahr 1984 gegangen. Die Branche erwartet ein preisbereinigtes Wachstum von zwei bis drei Prozent und hofft, ihre Kostensteigerungen in den Preisen weitergeben zu können, so der neue Chemie-Präsident Heinz-Gerhard Franck.

Die Basis solcher Zuversicht scheint solide, wenngleich Franck auf einige Risiken wie die Diskussion um die 35-Stunden-Woche („Der gesamtwirtschaftliche Aufschwung kann dadurch ernsthaft gefährdet werden") und Unsicherheiten über die Stabilität der hohen Nordamerika-Exporte hinweist.

Immerhin hat die Chemie 1983 die Einbrüche des Vorjahrs wieder wettmachen können. Ihre Produktion, 1982 um fast fünf Prozent gesunken, nahm wieder um 7 Prozent zu. Dabei stieg der Umsatz um acht Prozent auf 127 (118) Milliarden Mark, die Preise blieben also weitgehend stabil. Nachdem im Frühjahr noch das Inland das Wachstumstempo vorgegeben hatte, zog ab Mai das Ausland deutlich nach.

Im Gesamtjahr erreichte der Auslandsumsatz schließlich ein Plus von zehn Prozent und damit einen Umsatzanteil von knapp 60 Prozent, während das Inlandsgeschäft „nur" um sechs Prozent wuchs. Besonders stark wuchs die Nachfrage aus den USA (plus 30 Prozent), aus Japan (plus 15 Prozent), aus den Beneluxstaaten (plus 16 Prozent) und aus der Schweiz (plus 11 Prozent).

Zu bedenken ist, daß in den Branchenzahlen nur die Inlandsunternehmen erfaßt sind – die beträchtlichen Umsätze aus eigener Produktion der Auslandstöchter gehören nicht dazu. Allein die Weltumsätze der „drei Großen" (BASF, Bayer, Hoechst) würden zusammen fast das Gesamtvolumen der Branche mit ihren weit mehr als 1000 Unternehmen erreichen.

Wenn Chemie-Präsident Franck zufrieden feststellen kann, daß sich „die wirtschaftliche Lage der Chemie 1983 nachhaltig verbessert" hat und daß die „konjunkturelle Belebung rascher und stärker als in der Gesamtindustrie" verlief, dann gilt das auch für die Erträge. Die in den Zwischenberichten der Unternehmen bereits sichtbar gewordenen Gewinnsprünge haben die durchschnittliche Netto-Umsatzrendite der Branche, die 1982 auf etwa 1,3 (2) Prozent gefallen war, wieder auf etwa zwei Prozent steigen lassen.

Dazu hat nicht nur die stärkere Kapazitätsauslastung beigetragen, die im Jahresdurchschnitt gut 80 (70) Prozent erreichte. Auch die weitere Rationalisierung und die Umstrukturierung der Produktpalette waren am Ertragszuwachs beteiligt. Mit wieder 6,5 Milliarden Mark hat sich die Chemie bei den Investitionen weiterhin zurückgehalten. Franck begründet dies mit der Konsolidierung nach der kräftigen Expansionsphase der Jahre 1979 bis 1981, in denen jeweils runde sieben Milliarden Mark investiert wurden. Das preisbereinigt sogar zurückgegangene Volumen deutet sich auf ein vorläufiges Ende des stärksten Umstrukturierungsbedarfs hin.

Weniger reserviert zeigt sich die Branche erneut bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Mit 6,4 (6) Mrd. DM lagen sie fast gleichauf mit den Investitionen, „und zwar im wesentlichen ohne staatliche Unterstützung", wie Franck betont. Daß sich die Chemie auf diese Weise ihren Vorsprung erhält, ist wichtig: „Der Handel mit Japan und mit Staaten im südostasiatischen Raum ist kräftig gestiegen. Diese Entwicklung bestätigt die Erkenntnis, daß sich im pazifischen Raum eine dynamische technologische und wirtschaftliche Entwicklung vollzieht, auf die wir uns rechtzeitig einstellen müssen", unterstreicht der Präsident. Noch verzeichnet freilich die Bundesrepublik im Chemiehandel auch mit Japan einen Exportüberschuß.

Auch die deutschen Importe haben indessen 1983 um acht Prozent zugenommen und damit einen Anteil am Inlandsmarkt von 34 (32) Prozent erreicht. Während die Importe aus den USA auf Grund der Dollarstärke um fast zwei Prozent zurückgingen, profitierten die EG-Konkurrenten von den günstigeren Wechselkursen.

ALLEINERZIEHENDE

Steuerfreibetrag soll um 1200 Mark erhöht werden

HEINZ HECK, Bonn

Alleinerziehende sollen für die Betreuung von Kindern bis zum 16. Lebensjahr einen um 1200 Mark erhöhten Steuerfreibetrag erhalten. Mit dieser Gesetzesänderung will der Finanzminister die Auflage des Bundesverfassungsgerichts erfüllen, das am 3. November 1982 eine Neuregelung bis zum 1. Januar 1985 gefordert hatte. Die Bestimmung ist Bestandteil eines Referentenentwurfs des Finanzministeriums für ein „Steuerbereinigungsgesetz 1985", das darüber hinaus mit seinen zahlreichen Änderungen auch der Rechtsbereinigung und der Steuervereinfachung dient. Es enthält unter anderem auch Änderungen der Abgabenordnung, des Gewerbesteuer- und des Umsatzsteuergesetzes.

Alleinerziehende erhalten den neuen Freibetrag ohne Rücksicht auf die Kinderzahl und zusätzlich zu dem Haushaltsfreibetrag von 4212 und dem Kinderfreibetrag von 432 Mark je Kind. Ein Nachweis über Betreuungsaufwendungen ist dem Referentenentwurf zufolge erst dann erforderlich, wenn Aufwendungen von mehr als 1800 Mark geltend gemacht werden. Die Differenz zwischen 1200 und 1800 Mark ist danach vom Alleinerziehenden als zumutbarer „Selbstbehalt" zu tragen.

Obergrenze für die Geltendmachung höherer Aufwendungen ist die Höhe des Splittingeffekts bei Ehepaaren mit etwas mehr als 14 000 Mark (da Alleinerziehende nicht besser gestellt werden sollen als Ehepaare). Konkret bedeutet dies, daß höchstens 22 000 Mark Betreuungsaufwendungen bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 204 786 Mark geltend gemacht werden können. Erst wenn das zu versteuernde Jahreseinkommen über 29 800 Mark liegt, lohnt sich der Einzelnachweis. Denn bei dieser Einkommenshöhe beträgt der Splittingeffekt bei Ehegatten etwa 1800 Mark.

Die durch das Karlsruher Urteil ausgelöste Neuregelung gilt nicht nur für 1984. Sie kann – bis Ende 1985 – auch für 1982 und 1983 beantragt werden. Wenn für frühere Veranlagungszeiträume Einspruch gegen den Steuerbescheid eingelegt worden war, können sogar rückwirkend bis 1971 Ansprüche geltend gemacht werden. Die jährliche Steuerentlastung schätzt das Finanzministerium auf rund 200 Millionen Mark. Für 1985 wird wegen der rückwirkenden Erstattungen mit Einnahmeausfällen von 650 Millionen Mark gerechnet.

Aufwendungen, die auch von anderen Eltern zu leisten sind, wie solche für den Unterricht, die Förderung besonderer Fähigkeiten oder für Sport und Freizeitbetätigung, sind für Alleinerziehende unter dem Gesichtspunkt der Sonderbelastung nicht anrechnungsfähig. Ministerien, Länder und Verbände haben für ihre Stellungnahme zum Gesetzentwurf sechs Wochen Zeit, bevor dieser im März oder April ins Kabinett geht. Die erste Lesung im Bundestag ist für Anfang Juni vorgesehen. Das Gesetz soll am 1. Januar 1985 in Kraft treten.

Zwickmühle für Erben

Von JOACHIM GEHLHOFF

Er ist, mal wieder, nur ein besonders spektakulärer Fall eines allgemeinen Problems. Deutschlands reichster Familienkonzern-Erbe, Friedrich Karl Flick, mit seinem Reinvermögen wohl schon bei sechs Milliarden Mark angelangt, verkündete dieser Tage, daß er die aus Vaters Zeiten stammenden Familienstiftungen als bisherige Miteigentümer des Konzernvermögens auf seine Person teils aufgelöst hat und teils noch auflösen will.

Der wichtigste Grund: Der bald 57jährige Konzernerbe will lieber später als „Bürger Flick" seine Nachfahren mit der alle halbwegs wohlhabenden Bundesbürger treffenden Erbschaftsteuer belastet sehen, als schon in längstens sieben Jahren das bei den Flickschen Familienstiftungen liegende Gros des Konzernvermögens mit dem 35prozentigen Höchstsatz der „Ersatzerbschaftsteuer" treffen zu lassen. Besagte Steuer, die bei Familienstiftungen alle 30 Jahre einen steuerpflichtigen Erbfall simuliert, hatte die sozialliberale Bonner Koalition 1973/74 eingeführt. Die dabei geschaffene zehnjährige Schonfrist für Uralt-Stiftungen dieses Genres ist Ende 1983 abgelaufen.

Kommt nun das Aus für viele deutsche Familienstiftungen? Die Antwort ist noch diffus. Die Finanzbehörden der Bundesländer (denen die Erbschaftsteuer zusteht) beobachten noch keine Auflösungswelle solcher Stiftungen. Deren Zahl dürfte bei 460 liegen, davon ein Drittel schon aus dem letzten und früheren Jahrhunderten. Das ist zwar eine gleich große Zahl wie die aller börsennotierten deutschen Aktiengesellschaften. Im mutmaßlichen Gesamtvermögen aber (Flick noch inbegriffen) von kaum zehn Milliarden Mark ist das nicht mehr, als schon ein bis zwei der größten deutschen Publikumsgesellschaften auf die Waage bringen.

Nennenswerten Einnahmenzufluß aus der erweiterten Erbschaftsteuerquelle, die kaum ein halbes Prozent aller bundesdeutschen Steuern bringt, erwartet der Fiskus nicht. Das war 1973 auch nicht das Motiv der SPD/FDP-Koalition. Man wollte schon, wie es auch coram publico ausgesprochen wurde, ein Stück Wirtschaftsordnung ändern, die großen unternehmensbezogenen Familienstiftungen zerschlagen, auf daß die „Klöckners, Flicks und Grundigs" nicht mehr das Sagen haben.

Flicks Fluchtweg vor diesem Steuerfallbeil ist der eine bekanntgewordene große Fall, dieser fiskalischen Zerschlagung eines großen Familienunternehmens (vorerst) zu entgehen. Den anderen großen Fall bot im letzten Herbst der Klöckner-Familienkonzern, indem er die alte Familienstiftung auf Gemeinnützigkeit umstellte und die Konzernholding von einer Personengesellschaft in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien mit der Stiftung als Hauptaktionär umwandelte. Da die Familienmitglieder bis dahin in 45 Jahren nur ein Promille der Stiftungserträge bekommen hatten und da andererseits die neue KGaA anders als die frühere Personengesellschaft in den Genuß des steuerlichen Schachtelprivilegs kommt, läßt sich hier per Saldo die künftige Ertragsauskehr für gemeinnützige Zwecke sogar aus der Körperschaftsteuerersparnis bestreiten.

Zweifellos ist der Klöckner-Fall ein besonders elegantes Beispiel, wie Gründererben der Zwickmühle Erbersatzsteuer entgehen können. Ebenso zweifellos aber wurde auch hier der Stifterwille des Konzerngründers etwas verbogen. Denn unternehmensbezogene Familienstiftungen hatten ihren wesentlichen Entstehungsgrund immer darin, daß erfolgreiche Unternehmer ihr Lebenswerk möglichst lange sichern, für die Nachkommen sorgen und ihnen zugleich allfälliges Verschleudern des Familienerbes blockieren wollten.

Ohne Not hat die neue Bundesregierung die Chance verpaßt, den Wechselbalg der Erbersatzsteuer wiederaufzuheben und unternehmerischer Gestaltungsfreiheit für das Fortleben von Familienunternehmen ein nützliches Instrument zurückzugeben. Einerseits war die kleine Schar der Betroffenen da offensichtlich politisch nicht relevant genug.

Andererseits aber bleibt festzuhalten, daß für Volkswirtschaft und Fiskus nicht das Fortbestehen von Familienvermögen entscheidend ist, sondern der Bestand der Unternehmen. Dafür gibt es in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft zahlreiche Wege bis hin zur Mitbeteiligung von Publikumsaktionären, ohne den vom Gründer ersehnten „ewigen Familieneinfluß in der Firma" früher zu verlieren, als ihn zum Unternehmer untaugliche Erben von selbst verwirken.

AUF EIN WORT



„Die Politik des letzten Jahrzehnts glaubte, das Individuum vor allem denkbaren Risiken abschirmen zu müssen. Heute ist klar, daß die Probleme bis zur Jahrhundertwende mit diesem Denken nicht zu lösen sind."

Manfred Steidle-Sailer, Geschäftsführender Gesellschafter der Emil Steidle GmbH & Co., Sigmaringen. FOTO: DIE WELT

Preisvorschläge unzumutbar

Mk. Bonn

In der deutschen Landwirtschaft wird das Bruttoeinkommen je Arbeitskraft von 26 200 Mark im Wirtschaftsjahr 1982/83 auf 21 500 im laufenden Wirtschaftsjahr 1983/84 zurückgehen. Diese Angaben von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle decken sich mit den Berechnungen der EG-Kommission, die einen Rückgang der Einkommen der deutschen Landwirte um 20 Prozent erwartet. Vor diesem Hintergrund nannte Kiechle die Vorschläge der EG-Kommission zur Festsetzung der Agrarpreise und zum Abbau des deutschen Währungsausgleichs eine keinesfalls akzeptable Zumutung. Unmittelbar vor der Internationalen Grünen Woche in Berlin, die heute abend eröffnet wird, wies er darauf hin, daß so der europäische Geist nicht gefördert werden könne.

Seite 8: Grüne Woche

HWWA

Welthandel wird dieses Jahr bis fünf Prozent wachsen

JAN BRECH, Hamburg

Der konjunkturelle Aufschwung in den westlichen Industrieländern wird in diesem Jahr zu einer weiteren Belebung des Welthandels führen. Impulse werden dabei sowohl von den USA und Japan als auch von den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften ausgehen. Der starke Importboom in den USA dürfte allerdings abklingen, heißt es in der jüngsten Prognose des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Die zunehmende Nachfrage der Industrieländer und tendenziell steigende Rohstoffpreise werden zudem wieder zu höheren Ausfuhrerlösen bei den meisten Nicht-Industrieländern führen, schreibt das HWWA. Für eine Erhöhung der Einfuhren ließen die außenwirtschaftlichen Konsolidierungszwänge allerdings kaum Spielraum. Immerhin rechnet das HWWA aber mit einer allmählich zu Ende gehenden Kontraktion der Einfuhren in den Entwicklungsländern. Leicht zunehmen werden die Importe der erdölexportierenden Länder.

Das Tempo der Welthandelsexpansion wird nach Meinung des HWWA gleichwohl geringer als 1983 sein. Die besonders expansionswirksamen lagerzyklischen Anstöße in der ersten Phase der Konjunkturbelebung schwächen sich ab, und von der Investitionstätigkeit werden insgesamt nur mäßige Impulse ausgehen. Da, im Gegensatz zum Vorjahr, Anfang 1984 aber bereits ein beachtlicher statistischer Überhang besteht, erwartet das HWWA ein um vier bis fünf Prozent höheres Welthandelsvolumen. Die Zuwachsrate im Welthandel knüpfe damit wieder an den Trend an, der sich zwischen den beiden Ölpreisexplosionen herausgebildet habe, meint das HWWA.

RISIKOKAPITAL

Die Regierungs-Fraktionen legen Forderungskatalog vor

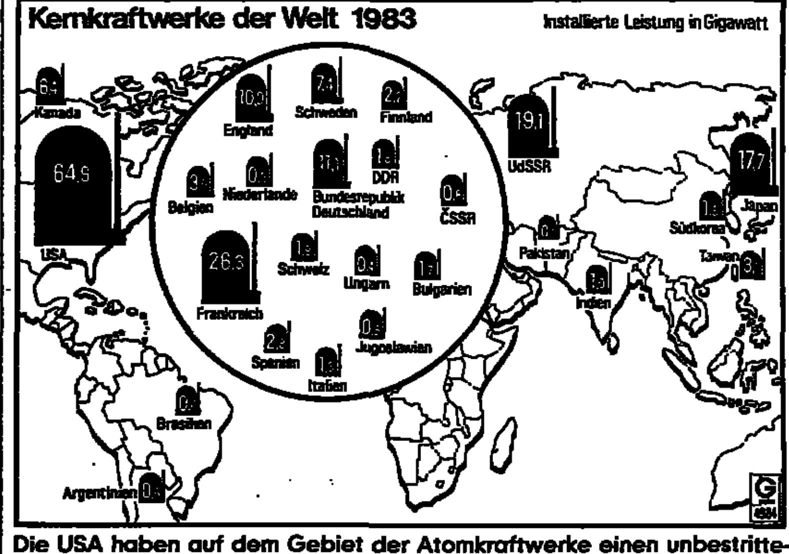
HANS-J. MAHNKE, Bonn

Risikokapital-Beteiligungsgesellschaften, die bei der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen einen Gewinn erzielen und den Veräußerungserlös wieder in Unternehmen im Inland anlegen, ist ein fester Anspruch (ohne Genehmigungsverfahren) auf die Gewährung der Steuervergünstigung des Paragraphen 6 b Einkommensteuergesetz in voller Höhe einzuräumen. Zur Zeit ist die Steuervergünstigung auf 80 Prozent des Veräußerungsgewinnes begrenzt und an die Bestätigung der volkswirtschaftlichen Förderungswürdigkeit durch die verschiedenen Behörden gebunden.

Dieses ist eine Forderung aus dem gemeinsamen Katalog der beiden Regierungsfraktionen, der jetzt der Bundesregierung zur Prüfung zugeleitet wurde. Ziel ist es, die Bildung von Risikokapital zu fördern, weil dadurch der notwendige Strukturwandel erleichtert werden könnte. Vorrang soll die Bildung von Risikokapital in den Unternehmen selbst durch eine nachhaltige Verbesserung der Ertragskraft haben.

Zum einen zielen die Vorschläge auf einen erleichterten Zugang für kleine und mittlere Unternehmen zum Börsenmarkt. Der Einführung eines zweiten Börsenmarktes stehen die Fraktionen dabei skeptisch gegenüber. Sie plädieren für eine grundlegende Verbesserung des geregelten Freiverkehrs. Daneben geht es darum, auch solche Unternehmen, die noch nicht börsenfähig sind, mit Risikokapital zu versorgen. Außerdem sollten die Anlagemöglichkeiten institutioneller Anleger erweitert werden. Dazu bedarf es geänderter Vorschriften des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften und des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die USA haben auf dem Gebiet der Atomkraftwerke einen unbestrittenen Vorsprung. Auf US-Boden stehen Kernkraftwerke mit zusammen 64,9 Gigawatt (ein Gigawatt = 1000 Megawatt) Leistung. Das entspricht einem Drittel der weltweit in Kernkraftwerken installierten Leistung. QUELLE: GLOBUS

„Bankgeheimnis gewahrt"

Bonn (AP) – Die Banken wollen in einem Gespräch mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Reinhold Baumann, „offensichtliche Mißverständnisse" im Streit um das Auskunftsrecht der Geldinstitute ausräumen. Die im Zentralen Kreditausschuß (ZKA) zusammengeschlossenen Spitzenverbände des Kreditgewerbes teilten in einer am Mittwoch in Bonn verbreiteten Erklärung ein entsprechendes Angebot an Baumann mit. Der ZKA erneuerte seine Versicherung, mit den am 1. Januar neu gefaßten Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) habe sich an der Einhaltung des Datenschutzes in den Banken nichts geändert.

Trennung vollzogen

Hannover (dos) – Die zur französischen Thomson-Brandt-Gruppe gehörende Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, Hannover, hat jetzt die angekündigte Trennung zwischen dem Vertrieb und der Produktion vollzogen. Nach Angaben eines Sprechers sind die Produktionsaktivitäten rückwirkend zum 1. Januar 1984 auf die dafür gegründete Neue Elektronik-Werke GmbH (Newek) mit Sitz in Hannover übertragen worden. Geschäftsführer der Newek ist Herbert Leinauer der bisher schon bei Telefunken für den Bereich Produktion verantwortlich zeichnete. Die Newek wird als Tochtergesellschaft der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, der jetzigen Vertriebsgesellschaft, geführt. An Telefunken ist die AEG nach wie vor mit 25 Prozent beteiligt.

Polens Auslandsschulden

Warschau (VWD) – Die polnischen Auslandsschulden werden bis Ende 1984 auf 29,3 Milliarden (gegenwärtig 23,5 Milliarden Dollar) steigen, teilte die offizielle Nachrichtenagentur Pap mit. Nach der Agentur-Meldung begründet der Finanzminister des Landes, Stanislaw Wieckarz, den Anstieg mit neuen Wirtschaftsplänen und den höheren Kosten für den Schuldendienst.

Innerdeutscher Handel

Berlin (dpa/VWD) – Der innerdeutsche Warenverkehr hat 1983 für die bundesdeutsche Seite mit einem Überschuß von 69 Millionen Verrechnungseinheiten (eine VE = eine Mark) abgeschlossen, nach einem Defizit für die Bundesrepublik im Vorjahr von 510 Millionen Verrechnungseinheiten. Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts, Wiesbaden, wird die Bundesrepublik im Dienstleistungsverkehr allerdings einen noch deutlicheren Überschuß erzielen (Vorjahr: Negativsaldo für die „DDR" von 92 Millionen VE). Insgesamt lagen die Lieferungen an die „DDR" 1983 neun Prozent über dem Vorjahr, während die Bezüge um vier Prozent stiegen.

Mehr Zeitungen abonniert

Bonn (dpa/VWD) – Im vierten Quartal 1983 haben mehr Bundesbürger den festen Bezug von Tageszeitungen im Abonnement dem Kauf am Kiosk vorgezogen. Eine ähnliche Entwicklung gab es auch im Bereich der Publikumszeitschriften, geht aus der jüngsten Auflagenerhebung der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) in Bonn hervor. Während der Einzelverkauf der Tageszeitungen im vierten Quartal 1983 insgesamt um rund 270 000 auf durchschnittlich 10,86 Millionen Exemplare pro Ausgabe zurückging, stieg die abbonnierte Auflage um rund 250 000 auf 14,12 Millionen Exemplare.

Goldproduktion steigt

Washington (VWD) – Die weltweite Produktion der Goldbergwerke könnte 1986 49,348 Millionen Feinunzen erreichen, geht aus einer Prognose des Gold Institute hervor. Dieser Prognose steht für 1983 eine Schätzung von 44,524 Millionen Feinunzen und für 1984 von 46,210 Millionen Feinunzen gegenüber. Von der Gesamtmenge, die für 1986 projeziert wird, dürften laut Gold Institute 22,505 Millionen Feinunzen auf Südafrika, 9,6 Millionen auf die UdSSR, 2,886 Millionen auf Kanada entfallen. Für das laufende Jahr wird die südafrikanische Goldproduktion auf 22,184 Millionen Feinunzen und die der UdSSR auf 9,2 Millionen geschätzt, gegenüber etwa 21,863 bzw. 9,1 Millionen Feinunzen im abgelaufenen Jahr.

Aufschub für Tilgung

New York (AP) – Venezuela hat von einem internationalen Bankenkonsortium einen weiteren dreimonatigen Aufschub für die Tilgung seiner Schulden in Höhe von 35 Milliarden Dollar erhalten. Dies teilte ein Sprecher der Chase Manhattan Bank in New York mit. Der venezolanische Finanzminister Arturo Sosa hatte mit Vertretern der 13 in dem Konsortium vereinten Banken über den Zahlungsaufschub verhandelt. Die früher vereinbarte tilgungsfreie Zeit wäre zum 31. Januar ausgelaufen.

NIEDERSACHSEN

Neue Strukturpolitik nicht nach dem Gießkannenprinzip

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Mit einem Bündel neuartiger Aktivitäten will das Land Niedersachsen den Rahmen der bisherigen Strukturpolitik erweitern und sich „im Rennen um die Zukunft einen guten Platz in der Starterreihe sichern". Gleichzeitig müsse über die Berechtigung bisheriger Maßnahmen nachgedacht werden, erklärte die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel.

Die auf die Zukunft ausgerichtete regionale Strukturpolitik der Landesregierung werde sich nicht an einer Art Gießkannenprinzip orientieren. Fest stehe, daß die strukturpolitische Neuorientierung nur unter längerfristiger Perspektive zu den gewünschten Ergebnissen führen könne und dabei Abschied von Förderbereichen zu nehmen sei, deren „Sinngehalt inzwischen fragwürdig geworden ist". Es helfe wenig, wenn Unternehmen oder Kommunen sich vor Ort darauf beschränkten, diesen oder jenen Fördertopf anzuzapfen. Zu den angekündigten neuen Maßnahmen zählt die Einrichtung von Technologieparks, die jungen Wissenschaftlern und Unternehmern den Start in eine eigene Existenz erleichtern sollen. Die Landesregierung will dabei nicht nur finanzielle Hilfe leisten, sondern auch bei der Überwindung bürokratischer Hemmnisse helfen.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sollen die Technologietransferzentren bewirken. Ähnliches gilt für die technisch-wissenschaftliche Akademie in Helmstedt. Nach Arbeitsaufnahme des Instituts für angewandte Mikroelektronik in Braunschweig ist vorgesehen, einen Forschungsverbund zu installieren.

DOLLAR / Guth erwartet anhaltende Stärke und befürchtet US-Protektionismus

Gegen Abkopplung von US-Währung

CLAUS DERTINGER, Luxemburg

Die vom festen Dollar gebeutelte US-Industrie könnte zusätzliche protektionistische Maßnahmen fordern und im Wahljahr 1984 möglicherweise auch durchsetzen. Diese Gefahr sieht Wilfried Guth, Vorstandssprecher der Deutschen Bank. Obwohl, wie die Marktschwankungen zeigten, bei den derzeitigen als ungerechtfertigt hoch empfundenen Kursen eine Umkehr wahrscheinlicher werde, glaubt Guth, daß der Dollar seine starke Stellung behalten werde, und das nicht zuletzt wegen der hohen US-Zinsen, die, wie die Deutsche Bank annimmt, weiterhin hoch bleiben werden. Der Bankier wünscht sich zwar einen weniger starken Dollar als jetzt; aber er warnt vor undurchdachtem Gerede über eine administrative Abkoppelung vom Dollar, die höchstens den Drang in den Dollar noch verstärken würde und einer Art Selbstverstümmelung gleichkäme.

In gewissem Umfang abkoppeln könne sich die D-Mark nur durch konsequente Fortführung der Stabilitätspolitik der Bundesbank und der Haushaltskonsolidierungspolitik der Regierung. Außerdem würde es der D-Mark – und damit dem Handlungsspielraum der Bundesbank in der Zinspolitik sicher guttun, wenn möglichst bald Befürchtungen entkräftet werden könnten, daß es in der Tarifrunde zu schweren Arbeitskämpfen und einer entsprechenden Schädigung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit komme.

Zu viel Geduld mahnte Guth bei den Anstrengungen zur Überwindung der internationalen Schuldenkrise. Die Banken müßten sich noch lange Zeit mit Umschuldungen herumplagen und im Konzert mit internationalen Institutionen und Regierungen neues Geld aufbringen. Als Alternative zur Bereitstellung neuer Kredite kommt nach Guths Meinung auch die Stundung fälliger Zinsen für einen bestimmten Zeitraum in Frage. Die Deutsche Bank hält es für möglich, daß die Regierungen der USA und Europas eines Tages nicht darum herumkommen, ein größeres zusammenhängendes Konzept zur Überwindung oder Erleichterung der Schuldenkrise zu entwickeln, die ein weltwirtschaftliches Wachstumshindernis sei.

Für wichtig hält der Bankier eine weitgehend marktwirtschaftliche Auflösung der Schuldenkrise, die nur durch den Warenhandel und private Kapitalströme denkbar sei. Für die Schuldnerländer bedeute dies vermehrte Exportanstrengungen und überzeugende Stabilisierungspolitik, die Vertrauen schafft und Kapital im Land hält sowie Auslandskapital anzieht. Die Industrieländer müßten das Wachstum sichern und Einfuhrsperren aufheben.

USA / Inflationsrate sinkt auf 3,2 Prozent

Ex-Minister sind besorgt

H.-A. SIEBERT, Washington

Als Ergebnis einer 17monatigen Rezession, die wirtschaftliche Ressourcen in großem Umfang freisetzte – so sank die industrielle Kapazitätsauslastung 1982 auf 69,6 Prozent, während die Arbeitslosenrate auf 10,7 Prozent schnellte –, sind die USA im vergangenen Jahr der Preisstabilität einen großen Schritt nähergekommen. Unterstützt auch durch eine vom Sommer an kräftig gedrosselte Geldversorgung, stiegen die Verbraucherpreise nur um 3,2 Prozent, verglichen mit 6,1 Prozent 1982, 10,5 Prozent 1981 und 13,5 Prozent 1980.

Wegen der freien Ressourcen haben sich die Preisschübe auch zum Ende des ersten Aufschwungjahres, das vor 13 Monaten begann, in Grenzen gehalten. Wie das Arbeitsministerium in Washington weiter mitteilte, erhöhten sich die Verbraucherpreise im Dezember-Vergleich um 3,8 Prozent. Ein deutlicherer Anstieg ist zweifellos durch die in der gleichen Zeitspanne um 0,5 Prozent gesunkenen Energiepreise verhindert worden. So verbilligte sich Heizöl um 10,9 und Benzin um 1,6 Prozent.

Andererseits haben sich in Amerika Ernährungsgüter um 2,6, Bekleidung um 2,9, Wohnung um 3,5, Transport um 3,9 und ärztliche Versorgung um 6,4 Prozent verteuert. Im Dezember nahmen die Verbraucherpreise wie auch im Vormonat um 0,3 Prozent zu, gegenüber 0,4 und 0,5 Prozent im Oktober und September. Der Index erreichte 303,5; für den zugrunde gelegten Warenkorb müssen die US-Bürger mithin 203 Prozent mehr ausgeben als im Basisjahr 1967.

Wegen der Rekordhaushaltsdefizite und der daraus resultierenden enormen Realzinsen rechnet das „Committee to Fight Inflation" in Washington, dem ehemalige Finanzminister, Notenbankchefs und Präsidentenberater angehören, im Laufe dieses Jahres jedoch mit einem scharfen Anziehen der US-Inflationsrate. Je nach dem Ausnutzungsgrad der Ressourcen kann sie im Dezember sieben bis acht Prozent betragen.

NAMEN

Horst Knape, Chefredakteur der Lebensmittelzeitung, ist am 21. Januar im Alter von 61 Jahren gestorben.

Dr. phil. **Rudolf Frank**, Mitglied des Vorstands der Hoechst AG, ist am 16. Januar in den Ruhestand getreten. **Jürgen Dormann** und Prof. Dr. **Hansgeorg Gareis** wurden mit Wirkung vom 1. Januar zu stellvertetenden Vorstandsmitgliedern bestellt.

Gotthelf Dietrich ist neuer Sprecher des Vorstands der Magdeburger Feuerversicherungs-AG, Hannover. Dem Vorstand gehören ferner Dr. **Reinhard Bunselmeyer**, Dr. **Richard Ihm** und Dr. **Eckhardt Wilkens** an.

Wilhelm Arendts, Sprecher des Vorstandes der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Otto Kässbohrer, Mitinhaber und Seniorchef der Karl Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH, Ulm, wird heute 80 Jahre alt.

GROSSBRITANNIEN / Unternehmen veröffentlichten Vorschläge zum Budget

Wirtschaft verlangt Kostenentlastung

WILHELM FURLER, London

Die britischen Unternehmer haben die Regierung Thatcher aufgefordert, alle Anstrengungen auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der *britischen Wirtschaft* gegenüber dem Ausland sowie auf die Beibehaltung des letztjährigen Wirtschaftswachstums in Höhe von drei Prozent zu konzentrieren. Diesen Forderungen müsse das Budget, das von Schatzkanzler Nigel Lawson am 13. März vorgelegt wird, Rechnung tragen.

Nach Ansicht des Unternehmerverbandes CBI besteht die *vordringlichste* Aufgabe darin, die Wettbewerbsfähigkeit der herstellenden und verarbeitenden Wirtschaft zu verbessern. „Unsere Wettbewerbsfähigkeit liegt immer noch um mehr als 20 Prozent unter der unserer wichtigen ausländischen Konkurrenten", heißt es in dem jetzt vom CBI vorgelegten Aufruf an den Schatzkanzler. Der Abstand gegenüber den europäischen Wettbewerbern sei sogar noch größer.

In seinem Dokument mit dem Motto „Keep it going" weist der Industrieverband auf schwerwiegende Folgen für die britische Wirtschaft hin, falls an der Wettbewerbsfront *alles beim alten belassen würde.* Dann würden von einem weiteren Anstieg der Inlandsnachfrage vor allem die ausländischen anstelle der britischen Hersteller profitieren, was eine fortgesetzte Verschlechterung der Zahlungsbilanz-Position Großbritanniens zur Folge hätte.

Entsprechend müsse sich die kom*mende Haushaltsvorlage auf* Maßnahmen konzentrieren, durch welche die von der Regierung auferlegte Kostenlast für die britische Wirtschaft erheblich reduziert würde. Nach Ansicht des CBI zählt hierzu in erster Linie die Abschaffung des Aufschlags auf den Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung in Höhe von einem Prozent der Lohnsumme. Darüber hinaus sollte die gemeindesteuerliche Belastung der britischen Wirtschaft um im Schnitt zehn Prozent gekürzt werden.

Außerdem drängt der Industrieverband die Regierung dazu, die Kapitalinvestitionen in die Infrastruktur des Landes zu erhöhen. Dagegen sollte im Bereich der privaten Steuern in diesem Haushalt noch nichts unternommen werden – abgesehen von *einer Anhebung der Steuereintritts*schwelle und der Freibeträge um den Satz der Inflationsrate. Der CBI vertritt die Ansicht, daß eine darüber hinausgehende Reduzierung der steuerlichen Belastung bereits im kommenden Budget ausgesprochen gefährlich wäre: Zu viel des zusätzlich verfügbaren Einkommens würde für Importwaren ausgegeben, und nichts würde getan, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern helfen.

Nur wenn es gelinge, die gegenwärtige Wachstumsrate beizubehalten, bestünde Aussicht auf eine Kürzung der privaten Steuern in den kommenden Jahren. Bis dahin müßte alles unternommen werden, Investitionen und *Innovationen anzuspornen.* Der CBI beziffert die Jahreskosten für sein Vorschlagspaket auf etwa zehn Milliarden Mark, was in jeder Beziehung inflationsneutral und absolut vertretbar sei. Wie schon in den Jahren zuvor bezeichnet der CBI eine Senkung des „übergebührlich hohen" Zinsniveaus als weitere Priorität.

SWIRE GROUP / Tochter Cathay Pacific Airways ist nur ein kleines Steinchen

Konzern mit Asien-Schwerpunkt

HENNER LAVALL, Bonn

Mit der Eröffnung des direkten Passagier-Linienverkehrs zwischen Hongkong und Frankfurt am 3. April durch die Fluggesellschaft Cathay Pacific Airways kommt ein Unternehmen nach Deutschland, dessen Muttergesellschaft bisher überwiegend in Fernost präsent ist: die Swire Pacific Ltd. Dieses an der Hongkonger Börse notierte Unternehmen ist allerdings ebenfalls nur ein Steinchen im verzweigten Reich der John Swire & Sons Ltd., London, der Holding der gesamten Gruppe.

In der inzwischen fünften Generation steuern die Brüder John und Sir Adrian Swire von London aus 27 verbundene Unternehmen in aller Welt. Mit dem Teeanbau in Kenia und Bangladesch, der Kaffee-Produktion in Papua-Neuguinea, der Wettervorhersage für Schiffe, der Erfrischungsgetränke-Produktion, zahlreichen Versicherungen, *Lager- und Kühlhaus*gesellschaften, Lkw-Transportfirmen, Schiffahrtslinien, Hotels oder *Landentwicklungsunternehmen* werden umgerechnet 7 Mrd. DM Umsatz erzielt. Beschäftigt werden in der Gruppe über 70 000 Menschen.

Die Gründung von John Swire & Sons geht auf das Jahr 1816 zurück. Zusammen mit dem britischen Empire erfolgte die Ausdehnung des Familienunternehmens. Tochtergesellschaften wurden in Australien (1852), in China (1866), in Japan (1867) und in Hongkong (1870) eingerichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die chinesischen Besitzungen verloren, und das Schwergewicht des asiatischen Geschäfts wurde nach Hongkong verlegt.

Swire Pacific gliedert sich in vier Bereiche. Die „Property-Division" mit einem Anlage-Volumen von etwa 195 Mill. DM umfaßt Unternehmungen, die sich mit Landentwicklung, Investitionen und Konstruktion befassen. Im Industrie-Sektor (Umsatz rund 800 Mill. DM) sind die Interessen der Erfrischungsgetränke-Abfüll*anlagen in Hongkong und den USA* zusammengefaßt, aber auch die Produktion von Audio- und Video-Ma*gnetbändern*, Farben und Lacken, Aluminiumdosen, Glasfaserprodukten sowie die Zuckerverarbeitung und der Autohandel. Im dritten Bereich sind Schiffahrt und die damit zusammenhängenden Dienstleistungen erfaßt.

Die Fluggesellschaft Cathay Pacific Airways gehört zum „vierten Bein" der Swire Pacific, in dem zusätzlich noch die verschiedenen Service-Dienste auf dem Hongkonger Flughafen sowie die Hotel-Interessen eingebracht wurden. Die Flotte von Cathay Pacific umfaßt gegenwärtig neun Super Tristar und acht Boeing 747-200 (darunter eine Frachtversion). Mit der Aufnahme des Direktflugs nach Frankfurt drei mal pro Woche soll eine weitere 747 dazukommen. 1982 beförderte die Fluggesellschaft 3,3 Mill. Passagiere. Zurückgelegt wurden dabei 25,3 *Mill.* Meilen. Die Strecke Hongkong–Frankfurt wird im Pool mit der Lufthansa be*dient, das heißt, die Gewinne* werden geteilt. Dafür übernimmt die Lufthansa den Service in Frankfurt und streicht selbst einen Direktflug nach Hongkong.

BIZ / Internationales Bankgeschäft

USA als Kapitalimporteur

dpa/VWD, Basel

Die Vereinigten Staaten sind im zweiten Halbjahr 1983 zu einem Kreditnehmer an den internationalen Kapitalmärkten geworden. In ihrem soeben veröffentlichten Bericht über das „*Internationale Bankgeschäft*" im dritten Quartal 1983 spricht die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, von der „spektakulärsten Veränderung" im internationalen Kreditgeschäft in diesem Zeitraum: Die US-Banken, die im zweiten Quartal 1983 netto 4,3 Milliarden Dollar und im dritten Quartal sogar 10,3 Milliarden Dollar an Krediten aus dem Ausland aufnahmen, kehrten damit „die Entwicklung der vorangegangenen drei Jahre um, als sie im hohen Maße Nettokredite an das Ausland vergaben".

Dabei kommt die BIZ, die vielfach als Zentralbank der Zentralbanken bezeichnet wird, zu dem überraschenden Ergebnis, daß der Einfluß des Zinsgefälles zwischen dem Hochzinsland USA und dem vergleichsweise niedrigen Zinsniveau in Europa und Japan auf die Kapitalströme „nur sekundäre Bedeutung zu haben scheint". So flossen in der Zeit von 1980 bis zum ersten Quartal 1983 umfangreiche Bankmittel aus den USA zum internationalen Markt, „obwohl sich die US-Zinsen auf einem unge*wöhnlich* hohen Niveau befanden und das Zinsgefälle Dollar-Einlagen eindeutig begünstigte". Die BIZ folgert daraus, daß die über die US-Banken laufenden Kapitalströme eine Ausgleichsfunktion zwischen Kapitalaufkommen und Gesamtnachfrage nach internationalen Bankenmitteln – ungeachtet des jeweiligen Zinsniveaus in den USA – ausüben.

Eine weitere *auffallende* Entwicklung im internationalen Bankgeschäft war im vergangenen Jahr die erneute Abschwächung der Kreditvergabe an die Nicht-Opec-Entwicklungsländer. Dieser Trend hatte – so die BIZ – zur Folge, daß sich die „freiwilligen" Kredite, also neue Darlehen außerhalb der Umschuldungsabkommen, an die Nicht-Opec-Entwicklungsländer in den ersten neun Monaten 1983 „auf kaum mehr als ein paar Milliarden Dollar beliefen". Von den Ländern der Dritten Welt (ohne Opec) erhielt lediglich Lateinamerika neue Kredite (drittes Quartal plus 1,7 Milliarden Dollar). *Die übrigen* Entwicklungsländer bekamen insgesamt gesehen keine neuen Kredite.

US-STAHLINDUSTRIE / Klage eingereicht

Streit mit EG programmiert

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Weichen für den bisher heftigsten Stahlstreit zwischen den USA auf der einen und der EG und allen anderen ausländischen Herstellern auf der anderen Seite sind gestellt: Wie die *WELT* in ihrer gestrigen Ausgabe voraussagte, hat die amerikanische Bethlehem Steel Corp. Be*schwerde bei der International Trade* Commission (ITC) in Washington wegen existenzbedrohender Schädigung durch subventionierte und sonst künstlich verbilligte Importe eingelegt.

Der nach der U. S. Steel Corp. und Armco drittgrößte US-Stahlkonzern verlangt zum erstenmal auch für Kohlenstoff- und Legierungsstahl Einfuhrschutz nach Artikel 201 des amerikanischen Außenhandelsgesetzes von 1974. Er bietet die schnellste Möglichkeit, um tarifliche und mengenmäßige Importbarrieren zu errichten, da nur der Nachweis der Schädigung zu erbringen ist. *Das* sollte angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, der immer noch geringen Kapazitätsauslastung *und der enormen* Verluste der US-Branche (1982 und 1983 insgesamt sechs Milliarden Dollar) nicht schwerfallen.

Das Gesetz schreibt die Untersuchung der Vorwürfe durch die ITC innerhalb von sechs Monaten vor, danach muß Präsident Reagan in 60 Tagen, *falls im nationalen Interesse*, Abhilfe schaffen. Im Juli half das Weiße Haus den US-Edelstahlfirmen, *indem es Importquoten und höhere* Zölle verfügte. Erlaubt wurden bilaterale Lösungen. Fällig ist die Entscheidung in acht Monaten.

Laut Bethlehem könnte der im Oktober 1982 mit der EG geschlossene Stahlpakt, der den westeuropäischen Anteil am US-Markt bis 1985 auf 5,4 Prozent insgesamt limitiert, als Vorbild dienen. Tatsächlich ist er jedoch in hohem Maße gefährdet, da Brüssel das Abkommen für null und nichtig erklären kann, wenn die USA getrennte Verfahren gegen die Gemeinschaft eröffnen.

Front machte der Vorstandsvorsit*zende von Bethlehem Steel, Traut*lein, vor allem gegen die Schwellenländer, die den amerikanischen *Markt mit Billigstahl* überschwemmen würden.

SATELLITEN / Bonn beteiligt sich

Kostenanteil von 21 Prozent

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich an dem europäischen Wettersatellitenprogramm MOP (Programm operationeller meteorologischer Satelliten METEOSAT). Das hat das Kabinett in seiner gestrigen Sitzung beschlossen. Bonn ist mit 21 Prozent an den Gesamtkosten des Programms in Höhe von 949 Millionen Mark (Preise von 1982/83) beteiligt. Weitere Teilnehmer sind unter anderem Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien.

Die Bundesregierung sieht in diesem Programm „einen entscheidenden Schritt für den Aufbau eines meteorologischen Satellitensystems in Europa und eine weitere Verknüpfung der europäischen Wetterdienste". MOP sei zugleich der europäische Teil des weltweiten Wettersatellitensystems, an dem die USA und Japan beteiligt sind. Dieses ist auf eine Dauer von 12,5 Jahren angelegt und sieht unter anderem den Start von drei Satelliten des Typs METEOSAT sowie die Nutzung der noch bis 1985/86 aktiven Satelliten des experimentellen Programms vor. Für die Abwicklung des MOP ist die Europäische Weltraumorganisation (EWO) zuständig.

Die am MOP interessierten Staaten schließen sich zu einer Nutzerorganisation (EUMETSAT) zusammen. Um den Sitz dieser Organisation bewerben sich Frankreich und die Bundesrepublik.

Die Bundesrepublik hatte sich im Mai 1983 vorbehaltlich der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zur Teilnahme an der Konvention EUMETSAT, verpflichtet. Diese tritt in Kraft, sobald 85 Prozent der Beiträge zugesagt und die Ratifikationsvorbehalte zurückgenommen sind. Damit wird 1985 gerechnet. Bereits im Bundeshaushalt 1984 sind rund 30 Millionen Mark vorgesehen. In Bonn wird mit einem industriellen Rückfluß von etwa 25 bis 27 Prozent des Investitionsvolumens gerechnet.

DEUTSCHE BANK LUXEMBURG / Mit gutem Geschäft bedingt zufrieden

Ergebnis geht in Risikoabsicherung

C. DERTINGER, Luxemburg

Nur bedingt zufrieden ist die Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg mit dem an sich guten Geschäftsjahr 1982/83 (15 Monate), weil wieder das Gesamtergebnis, das der Verwaltungsratsvorsitzende Robert Ehret auf etwa 400 Mill. DM (ohne 35 Mill. DM Währungsbewertungsscheingewinne) bezifferte, für die Risikoabsicherung benötigt wird. Damit summieren sich die in 13 Jahren angesammelten Wertberichtigungen auf rund 1,2 Mrd. DM. Sie decken drei Achtel der 3,2 Mrd. „Umschuldungskredite" im weitesten Sinne ab, die im Kreditvolumen von 22 Mrd. DM stecken.

In Luxemburg ist übrigens genau die Hälfte der Umschuldungskredite des Deutsche- Bank-Konzerns verbucht. Man kann davon ausgehen, daß die gesamten Risikoreserven des Konzerns ausreichen, selbst einen höchst unwahrscheinlichen Totalausfall aller Umschuldungskredite ohne große Verrenkungen aufzufangen.

Zum Ergebnis in Luxemburg hat der Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Personal- und Sachkosten etwa 320 Mill. DM beigetragen, eine Steigerung um etwa 10 bis 12 Prozent. Dazu kommen 40 Mill. DM aus Devisen- und Effektengeschäften sowie weitere annähernd 50 Mill. DM Effektenerträge aus Altbeständen, obsolet gewordene Rückstellungen und sonstige Erträge.

Trotz enormer Erschütterungen des Euromarktes blieb die Bilanz, wie Ehret sagte, ausgewogen und voll im Gleichgewicht. Das Geschäftsvolumen hat sich nach Angaben von Geschäftsführer Ekkehard Storck um 9,6 Prozent auf umgerechnet 26,5 Mrd. DM ausgeweitet. Von der Expansion der größten deutschen Eurobank waren allerdings 1,3 Mrd. DM unecht; sie resultierten aus höherer Dollarbewertung. Ihr Kreditgeschäft betrieb die Bank nicht zuletzt mit Blick auf die aufsichtsrechtlichen Konzern-Konsolidierungsvorschriften selektiv. Sie beteiligt sich nicht an dem nochmals schärfer gewordenen Wettbewerb um gute Adressen am Euromarkt.

Das Kreditvolumen, dessen Refinanzierung im Rollover-Geschäft durch zinsvariable Langfristmittel voll abgesichert ist, wuchs durch verstärkte Ausleihungen an andere Banken von 19 auf 22 Mrd. DM, wobei die Kundenkredite mit 12,6 Mrd. DM praktisch unverändert blieben. Exportfinanzierungen und „fresh money" für Umschuldungsländer waren etwa je zur Hälfte an den Neuausleihungen beteiligt. Eine gewisse „Vorreiterfunktion", so Storck, nahm die Bank als Konsortialführer bei Ostblockfinanzierungen ein. Insgesamt wurde das Eurokonsortialgeschäft wegen schlechter Margen niedrigtourig gefahren. Im Emissionsgeschäft nahm die Deutsche Bank als Führer und Mitführer bei 48 Anleihen über rund 20 Mrd. DM unter ihren beiden ausländischen „Erzrivalen" den zweiten Platz ein.

DOMOTECHNICA / Hausgerätebranche optimistisch

Erholung bei weißer Ware

WILM HERLYN, Köln

Nach den Rezessionsjahren verzeichnet die Hausgerätebranche eine leichte konjunkturelle Erholung. Diese Einschätzung gab jetzt der Vorsitzende des Fachbeirates der Haushaltsgerätemesse „Domotechnica", Kurt Sallek (Siemens), die vom 8. bis 11. Februar in Köln stattfindet. Nach einer Umsatzsteigerung von real 2 bis 3 Prozent 1983 erwartet die Hausgeräteindustrie in diesem Jahr sogar ein weiteres Plus von 4 Prozent auf 8,5 Mrd. DM.

Die erhoffte Absatzsteigerung liest die Branche an dem erwachten Interesse des Verbrauchers an Elektrohausgeräten ab, vor allem an dem in Gang gesetzten Austausch der „Oldtimer" gegen moderne Gerätetechnik. Dabei setzen die Hersteller vor allem auf Energiespar-Modelle.

Das Produktionsvolumen wird nach Salleks Prognose um zwei Prozent auf 10,1 Mrd. DM steigen. Die Beschäftigungszahlen, die noch 1983 um sieben Prozent auf 64 500 Mitarbeiter gesunken waren, werden leichtzunehmen. Nur geringfügig – bis zu 1,5 Prozentpunkte – würden aufgrund der harten Konkurrenzsituation die Preise steigen. Dabei sorgen sich die deutschen Hersteller vor allem um die zum Teil erheblichen Importzuwächse.

Bisher gelänge es zwar der heimischen Industrie, ihre Kostennachteile durch hohen Qualitätsstandard und optimalen Gebrauchswert auszugleichen, doch stagnieren seit drei Jahren die deutschen Ausfuhren bei knapp 4 Mrd. DM. Damit ist die deutsche Hausgeräte-Industrie der noch größte Exporteur von weißer Ware, doch muß sie um diesen Platz zunehmend kämpfen.

Auf der „Domotechnica" werden 937 Firmen aus 32 Ländern erwartet. Die Gesamtbeteiligung – 61 Prozent der Aussteller kommen aus dem Ausland – stieg damit gegenüber 1983 um 12 Prozent. Besonders stark vertreten sind die italienischen und die französischen Firmen.

ELEKTRONIK-INDUSTRIE / Skandinavien

Drei Firmen fusionieren

J. BRECH, Hamburg

Die drei führenden skandinavischen Unternehmen der Elektronik-Industrie haben sich enger zusammengeschlossen. Im Mittelpunkt der Fusion steht der finnische Mischkonzern Oy Nokia AB, der 70 Prozent des größten schwedischen Elektronik-Herstellers Luxor vom schwedischen Staat übernommen hat, die restlichen 30 Prozent verbleiben beim Staat. Gleichzeitig hat Nokia ihre Beteiligung an dem finnischen Unternehmen für Unterhaltungselektronik Salora von 18,3 auf 58 Prozent erhöht. Im Gegenzug übernimmt Salora von Nokia 19 Prozent des Luxor-Aktienpakets. An dem im Zuge dieser Transaktion erhöhten Salora-Kapital bleibt die finnische Gruppe Hollming Oy mit 34 Prozent beteiligt.

Die Firmen Nokia, Salora und Luxor bleiben, wie es in einer Erklärung heißt, unabhängig und werden ihre Produkte unter den bisherigen Markennamen anbieten. Vorgesehen ist dagegen eine enge Kooperation in der Forschung und Entwicklung. Neue Akzente werde die Gruppe international in den Bereichen Farbfernsehen, Kabel- und Satellitenfernsehen sowie Datenverarbeitungssystem setzen, heißt es. Die Zusammenarbeit ermögliche es, die Mittel der drei Konzerne für eine optimale Produktentwicklung auf diesen Gebieten zu nutzen und die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten zu stärken.

In der Datenverarbeitung zählt der Privatkonzern Nokia zu den führenden Unternehmen in Finnland. Vom Gesamtumsatz, der 1983 rund 4,6 Mrd. DM erreicht haben dürfte, entfielen rund 17 Prozent auf den Elektronik-Bereich. Die Salora-Gruppe hat ihren Schwerpunkt in der Unterhaltungselektronik. Ihr Umsatz liegt bei 325 Mill. DM. In der Bundesrepublik ist sie durch die Salora GmbH, Hamburg, vertreten, die mit Produkten aus der Unterhaltungselektronik rund 35 Mill. DM umsetzt.

Der schwedische Luxor-Konzern ist ebenfalls in der Unterhaltungselektronik tätig sowie der führende Hersteller von Microcomputern in Skandinavien. Der Umsatz im vergangenen Jahr betrug mehr als 275 Mill. DM.

Schokolade soll teurer werden

dpa/VWD, Köln

Schokolade soll bald teurer werden. Keine Firma könne an der „dramatischen Entwicklung auf den Rohstoffmärkten" ohne Preiserhöhungen vorbeigehen, kündigte der Sprecher der Industrie, Bernd Monheim, anläßlich der bevorstehenden Internationalen Süßwarenmesse (30.Januar bis 3.Februar) in Köln an. Allerdings sei ungewiß, wieviel sich bei dem harten Wettbewerb, insbesondere bei der Tafelschokolade, am Markt durchsetzen ließe. Nach Monheim sind die Preise für Rohkakao auf den höchsten Stand seit 1977 geklettert und mittlerweile mit 8,60 DM pro Kilogramm beinahe doppelt so hoch wie im Frühjahr 1983 (4,50 DM).

Im vergangenen Jahr produzierte die Branche in den ersten zehn Monaten mit 1,6 Mill. t etwa 0,7 Prozent mehr als 1982; der Absatz lag mit 11,47 Mrd. DM 1,6 Prozent höher. Am besten entwickelten sich Dauerbackwaren und Knabberartikel. Bei Zukkerwaren sei dagegen das Vorjahresergebnis nicht erreicht worden und die Sparte Schokolade zeigte insgesamt einen Rückgang der abgesetzten Menge um 0,7 Prozent auf 415 000 t.

Wellmann: Plus bei Küchenmöbeln

hdt. Enger

Ausgesprochen gut im Rennen liegt die zu den führenden Küchenmöbelherstellern zählende Gustav Wellmann GmbH & Co, Enger. Das Unternehmen konnte 1983 seinen Gruppenumsatz um gut 32 Prozent auf 351 (265) Mill. DM steigern und damit das Vorjahrsplus von 10,5 Prozent weit übertreffen. In diesem Ergebnis ist allerdings erstmalig der Jahresumsatz der 1982 neugegründeten Tielsa Küchen GmbH enthalten, deren „Eingliederung in die Gruppe positiver als erwartet verlief".

Wellmann investierte 1983 insgesamt 5,5 (6,2) Mill. DM und lag damit über den Abschreibungen von 4,5 (3,5) Mill. DM. Das Unternehmen beschäftigte zum Jahresende 987 (905) Mitarbeiter, der Exportanteil betrug unverändert 18 Prozent. Das Grundkapital wurde inzwischen um 2,1 auf 16,1 Mill. DM aufgestockt, was jedoch zu keiner Veränderung der Besitzverhältnisse führte. Nach wie vor hält Hans-Dieter Wellmann, geschäftsführender Gesellschafter, 70 Prozent,die restlichen 30 Prozentliegen bei der Deutschen Philips, dem Zulieferer der Einbaugeräte.

Shell-Offerte für US-Tochter

dpa/VWD, New York

Die geplante volle Übernahme ihrer US-Tochter Shell Oil Co. durch die niederländisch-britische Royal Dutch Shell-Gruppe könnte nach Ansicht von Wall Street-Experten zu Klagen unzufriedener freier Aktionäre der amerikanischen Shell führen. Nach einem am Dienstag bekanntgegebenen Angebot, will die Royal/Dutch Shell für die 30,5 Prozent Restkapital ihrer US-Tochter 55 Dollar je Aktie oder insgesamt 5,2 Mrd. Dollar zahlen. Experten beziffern jedoch den echten Wert der Shell Oil-Aktien auf etwa 70 Dollar je Stück. Der Kurs der Shell Oil-Aktie ist nach Bekanntgabe der Übernahmeofferte von 44 auf 53,50 Dollar gestiegen.

Die Royal/Dutch Shell will 4 Mrd. Dollar bar bezahlen. Der Rest soll mit Krediten finanziert werden. Der Vorstoß wird durch die riesigen Barreserven der europäischen Gesellschaft ermöglicht. Das Shell-Angebot folgt nur wenige Tage nach dem 10,1-Mrd.-Dollar-Angebot der Texaco Inc. für die Getty Oil. Nach Meinung von Börsenfachleuten wird sich der Übernahmetrend in der US-Mineralölindustrie noch weiter verstärken.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

HEW: Geringerer Absatz

Hamburg (JB.) – Die Hamburgischen Electricitätswerke AG (HEW) haben in den ersten 11 Monaten des vergangenen Jahres rund 1,3 Prozent weniger Energie verkauft. Der Stromabsatz stieg zwar um 0,5 Prozent auf 11,6 Mrd. kWh, doch der Verkauf von Fernwärme ging um 6,4 Prozent auf 3,8 Mrd. kWh zurück. Den Umsatz gibt HEW mit 2,1 Mrd. DM an (plus 4,3 Prozent). Als unbefriedigend wird die Ertragsentwicklung bezeichnet. Die Kostenentwicklung habe es erforderlich gemacht, einen neuen Antrag auf Erhöhung der Stromtarife zu stellen. Rekordhöhe erreichten bei HEW die Investitionen. Im vergangenen Jahr sind rund 700 Mill. DM eingesetzt worden. Die Investitionen dieses Jahres werden auf 800 Mill. DM steigen.

Aus für Mönninghoff?

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Mönninghoff GmbH, Bochum und Hattingen steht vor dem Aus. Dem metallverarbeitenden Unternehmen mit rund 800 Beschäftigten wollen die Banken keine Kredite mehr geben. Am Mittwoch wurde mitgeteilt, nach ausführlicher Erörterung des von Mönninghoff vorgelegten Reorganisationskonzepts bestehe aus Sicht der kreditgebenden Banken, unter denen sich auch die WestLB befindet, „keine reelle Überlebenschance mehr für das Unternehmen". Das Land Nordrhein-Westfalen hatte einen Kreditrahmen für Mönninghoff von 28 Mill. DM zu 75 Prozent verbürgt. Offenbar sahen die Banken die Lage bei Mönninghoff als so prekär an, daß sie dieses Risiko nicht übernehmen wollten. Es sind bisher erst 15 Mill. DM an Mönninghoff als Kredite gegeben worden.

Elektro-Medizin

Frankfurt (Wb.) – Der französische Elektrokonzern Thomson-Brandt ist offensichtlich dabei, seine medizintechnischen Aktivitäten zu verstärken. Das Stammkapital der hier spezialisierten Tochter Thomson-CCR wurde kürzlich auf 615 (100) Mill. Franc (gut 200 Mill. DM) versechsfacht. Zudem nahm Thomson eine Forschungs-Kooperation mit der US-Gesellschaft Diasonics auf.

Neuer Schwung am Aktienmarkt

Kursanstieg unter lebhaften Umsätzen auf breiter Front

DW. – Nach einer kurzen Verschnaufpause haben die deutschen Aktien am Mittwoch ihre Aufwärtsbewegung auf breiter Front fortgesetzt. Die Ausländer nutzten den in ihren Augen hohen Dollarkurs zur Verstärkung der Positionen in den Spitzenpapieren. Dabei erreichten die Titel der Großchemie neue Höchstkurse. Das trifft auch für die Papiere der Deutschen Bank zu. Inländische Anleger traten auf nahezu allen Marktgebieten als Käufer in Erscheinung. Dabei werden zunehmend auch sogenannte Nebenwerte in die Anlageüberlegungen mit einbezogen. Bei ihnen kommt es wegen der dort herrschenden Marktenge zum Teil zu sprunghaft steigenden Notierungen.

Auffällig ist die Zurückhaltung gegenüber den Autoaktien, von denen Daimler sogar leicht zurückgenommen werden mußten. Autoaktien scheinen auch in den Augen der Ausländer vorläufig als ausgereizt zu gelten.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten um 9 DM, Balcke Dürr um 4 DM und Leffers ebenfalls um 4 DM. Stahlw. Bochum stockten um 6 DM auf. Nachgeben mußten Bilfinger um 5 DM, Dt. Texaco um 6 DM und Hochtief um 8 DM. Stöhr verminderten um 3 DM. Zanders schlossen mit 178 DM (Neueinführung). Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 20 DM und Colonia um 5 DM.

Frankfurt: Deutsche Effektenholding notierten 370 DM (plus 15 DM). Seitz-Ensinger 172,50 DM (minus 5,90 DM). Bei Plusankündigung konnten sich Stempel um 12,50 DM auf 168 DM verbessern. Von Bauwerten blieben Huta bei Minusankündigung 95 DM (minus 6 DM), während sich Holzmann um 8 DM auf 447 DM verbessern konnten.

Hamburg: HEW verkehrten zu 108,50 DM bis 110 DM (plus 2 DM) und NWK-Vorz. zu 179,50 DM. Phoenix Gummi lagen bei 159 (plus 4 DM). Beiersdorf blieben bei 359 DM unverändert und Holsten Brauerei gingen zu 281 DM (plus 1 DM) aus dem Markt. Reichelt lagen nach dem Vortagsanstieg mit 129 DM leichter. Vereins- und Westbank wurden mit 314 DM bezahlt.

München: Agrob St. gaben um 2 DM nach und Flachglas auch um 2 DM. Patrizier verminderten um 3 DM. Erhöhen konnten Augsburger Kammgarn um 7,50 DM, Audi NSU um 2,20 DM und Dywidag um 4,20 DM. Gehe AG verbesserten sich um 2 DM und Hacker Pschorr um 120 DM. Süd Chemie stockten um 2 DM auf und Zahnräder Renk um 3,50 DM.

Berlin: Rheinmetall konnten sich um 4 DM, Berthold um 2,50 DM, Kempinski und Schering um je 2 DM, Orenstein um 1,50 DM und Berliner Kindl um 1 DM erholen. Bergmann ermäßigten sich um 5 DM, DeTeWe und Herlitz Stämme um je 2 DM und DUB-Schultheiss um 1 DM.

Nachbörse: freundlicher

WELT-Aktienindex vom 25. 1.: 157,3 (155,9); WELT-Umsatzindex vom 25. 1.: 4476 (3640)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

	25. 1.	24. 1.
Comm. Edison	23,375	23,125
Comm. Satellite	32,25	32,25
Continental Group	51,50	52,50
Control Data	47	46,625
CPC Int.	39,50	39,50
Curtiss Wright	48	48,25
Deere	37,125	37,875
Delta Airlines	40,75	43,50
Digital Equipm.	90	89,625
Dow Chemical	31,875	32,375
Du Pont	50,75	51,125
Eastern Gas-Fuel	22,625	22,75
Eastman Kodak	72,875	73,125
Exxon	39,125	38,75
Fabergé	30,75	30,75
Firestone	19,375	19,75
Fluor	18,375	18,875
Ford	43ex.D	43,875
Foster Wheeler	15,50	15,625
Fruehauf	46	46,50
GAF Corp.	16,375	16,75
General Dynamics	57,50	54,25
General Electric	54,75	55,50
Monsanto	96,625	95,75
National Gypsum	34,375	35,50
Nat. Semiconductor	16,375	17,125
National Steel	34,75	34,75
NCR	121,75	124,875
Newmont	46,75	47,25
PanAm World	8,25	8,75
Pfizer	36,75	37,125
Phibro	30,125	32,25
Phillips Petroleum	38,625	38,50
Philip Morris	73,75	73,375
Pittston	16,375	15,625
Polaroid	30	30,125
Prime Computer	19,625	19,625
Procter & Gamble	52	53,875
RCA	35,125	36,625
Revlon	32,375	32,25
Reynolds Ind.	66,625	65,875
Rockwell Int.	29,75	30,875
Rorer Group	29,625	29,375
Schlumberger	47,625	47,625
Sears, Roebuck	35,375	36,50
Shell Oil	55,875	43,50

Toronto

	25. 1.	24. 1.
Abitibi Price	–	26,50
Alcan Alu.	44,25	45,25
Bk. of Montreal	27,875	28
Bk. of Nova Scotia	14,625	–
Bell Cdn. Enterpr.	31,625	31,50
Bluesky Oil	4,15	4,15
Bow Valley Ind.	23,75	24,125
Brenda Mines	15,75	–
Brunswick M. & Sm.	22,50	23
Cdn. Imperial Bk.	30,375	30,625
Cdn. Pacific Ltd.	51,25	51,875
Cdn. Pacif. Enterpr.	24,75	24,75
Cominco	60,75	60,75
Coseka Res.	5,90	4
Denison Mines	44,50	44,875
Dome Petroleum	4,05	4
Domtar	34,25	34,50
Falconbridge Ltd.	71	71,50
Great Lakes Forest	90	89,50
Gulf Canada	17	17,125
Gulfstream Res.	1,01	1,02

London

	25. 1.	24. 1.
All. Lyons	151	148
Anglo Am. Corp. $	16,25	15,75
Anglo Am. Gold $	102,75	100,75
Babcock Int.	173	169
Barclays Bank	559	549
Beecham	318	316
Bowater	289	289
B. A. T. Industries	198	198
Br. Leyland	68	65
British Petroleum	433	418
Burmah Oil	199	185
Cadbury Schweppes	123	122
Charter Cons.	251	245
Cons. Gold. Fields	509	507
Cons. Murchison	838	–
Courtaulds	148	155
De Beers $	8,07	7,92
Distillers	264	262
Driefontein $	30,62	30,12
Dunlop	45	45

Mailand

	25. 1.	24. 1.
Fiat	3840	3820
Fiat Vz.	3155	3175
Finsider A	47	47
Generali	37850	37840
Gruppo Lepetit	28650	29180
IFI Vz.	5760	5755
Italcementi	44280	43980
Italgas	970	970
Magneti Marelli	995	991
Mediobanca	62500	62300
Mondadori	2600	2700
Montedison	240,5	239
Olivetti Vz.	4250	4250
dgl. St.	4150	4115
Pirelli SpA	1788	1775
Rinascente	430,75	429
RAS	54750	54600
S. A. I.	13499	13430
SIP	1918	1924
Snia Viscosa	1580	1535
STET	1900	1970
Index	220,78	220,81

Amsterdam

	25. 1.	24. 1.
Volker Stevin	41	39,7
Westland Utr. Hyp.	138,5	139,5
Index: ANP/CBS	143,10	142,00

Wien

	25. 1.	24. 1.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	213	210
Gösser-Brauerei	321	320
Länderbank Vz.	213	211
Österr. Brau AG	290	288
Perlmooser	332	329
Reininghaus	371	375
Schwechater Br.	155	158
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	157	157
Universale Hoch Tief	–	215
Veitscher Magnesit	213	216
Index	55,48	55,45

Tokio

	25. 1.	24. 1.
Sharp	1310	1290
Sony	3580	3530
Sumitomo Bank	768	749
Sumitomo Marine	294	291
Takeda Chem.	749	745
Teijin	380	380
Tokio Marine	540	539
Tokyo El. Power	1590	1270
Toray	415	419
Toyota Motor	1360	1380
Index	768,64	760,95

Kopenhagen

	25. 1.	24. 1.
Den Danske Bank	356	370
Jyske Bank	740	765
Kopenh. Handelsbk.	319	332
Novo Industri	2880	2945
Privatbanken	348	366
Ostasiat. Komp.	201	210
Dan. Sukkerfabr.	815	815
For. Bryggerier St.	1225	1210
Kgl. Porc. Fabr.	400	410

Zürich

	25. 1.	24. 1.
dgl. NA	845	837
Winterthur Inh.	3580	3450
Winterthur Part.	3150	3150
Zür. Vers. Inh.	18300	18200
Ind.: Schw. Kred.	317,10	315,10

Brüssel

	25. 1.	24. 1.
Arbed	1430	1540
Brux. Lambert	2785	2690
Cockerill Ougrée	219	200
Ebes	2520	2480
Gevaert	3250	3140
Kreditbank	7020	7000
Pétrofina	6980	6900
Soc. Gén. d. Belg.	1900	1880
Sofina	5700	5690
Solvay	4020	3980
UCB	5200	5170
Index	147,86	145,90

Madrid

Paris

Hongkong

	25. 1.	24. 1.
Hongk. + Sh. Bk.	8,50	8,55
Hongk. Teleph.	39,00	38,75
Hutch. Whampoa	16,50	16,40
Jard. Matheson	13,30	13,30
Swire Pac. + A +	17,60	17,80
Wheelock + A +	3,62	3,60

Singapur

	25. 1.	24. 1.
Cycle + Car.	5,45	5,50
Cold Storage	4,96	5,00
Dev. Bk. of Sing	10,40	10,30
Fraser + Neave	6,60	6,70
Kl. Kepong	3,16	3,18
Mal. Banking	9,35	9,35
Nat. Iron	6,00	5,95
OCBC	11,30	11,40
Sime Darby	2,80	2,79
Singapur Land	5,45	5,45
Un. Overs. Bank	5,85	5,85

Sydney

	25. 1.	24. 1.
ACI	1,87	1,86
Ampol. Explor.	4,25	4,15
Bk. New S. Wales	4,00	4,00
Bridge Oil	3,45	3,50
Brok. Hill. Prop.	13,50	13,60
Coles	3,90	3,90
CRA	5,60	5,66
CSR (Theiss)	4,12	4,20
Metals Expl.	0,64	0,63
MIM-Holdings	3,35	3,55
Myer Emporium	2,05	2,05
North Broken Hill	3,05	3,08
Oakbridge	1,02	1,03
Peko Wallsend	5,50	5,70
Poseidon	4,05	4,10
Thomas Nat. Tr.	2,30	2,40
Waltons Bond	0,64	0,65
Western Mining	4,05	4,08
Woodside Petr.	1,05	1,06
Index	765,80	772,00

Optionshandel

Frankfurt: 25. 1.: 2131 Optionen = 18 650 (78 350) Aktien, davon 394 Verkaufsoptionen = 19 700 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-80/17,1, 4-85/14,8, 4-90/11,7, 4-95/8, 4-100/5,3, 7-80/27, 7-85/18, 7-95/12,8, 7-100/9,5, 7-120/6, 10-85/26, 10-90/20,8, 10-95/15, 10-100/11,9 10-110/10,7. BASF 4-160/20, 4-180/5,6, 7-170/17,2, 7-180/11, 7-190/6,5. Bayer 4-150/36, 4-160/26, 4-170/16,6, 4-180/9,5, 4-190/4,5, 7-180/16, 7-190/11, 7-200/8, 10-180/21, 10-200/8,5, BHF 7-280/36. Bekula 10-100/6,15, BMW 4-440/8, 7-460/26, 10-480/35, Commerzbank 4-170/14, 4-180/7,5, 4-190/4, 4-200/2,1, 4-210/1,9, 7-170/18, 7-180/15, 7-190/8,4, 7-200/5, 10-170/24,2, 10-180/17, 10-190/12,6, 10-200/9,6, Conti 4-130/9, 4-140/3,5, 7-120/20, 7-140/9,9, 10-140/14, 10-160/5,5, Daimler 4-650/18, 4-680/16, 7-670/24, Deutsche Bank 4-330/46, 4-340/38,1, 4-370/15, 4-380/10,1, 7-340/44, 7-350/43, 7-380/20,8, 7-400/10,5, 10-370/36,7, 10-380/29, 10-400/18,4, Dresdner Bank 4-180/7, 4-190/4,1, 7-170/20, 7-180/12,85, 7-190/9,2, 7-200/5,6, 10-170/23,8, 10-180/15,1, 10-190/11, 10-200/10, GHH St 4-180/13,2, 4-170/4, 7-180/14, Harpener 4-260/16,15, Hoechst 4-170/26,2, 4-190/10, 4-200/5,7, 7-190/17, 7-200/12, 10-200/15, 10-210/0,9 10-220/5, Hoesch 4-80/36,6, 4-100/29, 4-120/8,5, 4-130/5, 7-110/20, 7-120/11, 7-130/8,9, 10-120/15,9, 10-130/12, Klöckner 4-40/15,6, 4-45/11,4, 4-50/7,4, 4-55/4,85, 4-60/3,9, 7-40/17,9, 7-45/13, 7-50/9, 7-55/8, 10-50/11,6, 10-55/11, 10-60/6,5. Lufthansa St. 4-140/22, 7-180/10,2, MAN 4-140/10,7-150/8, Mercedes 10-600/17, Mannesmann 4-140/14,2, 4-150/7,85, 4-160/4,4, 7-140/20,5, 7-150/11,6, 7-160/7,8, 7-170/4,4 10-160/11,3, 10-170/7,4 RWE St 4-180/10,6, RWE Vz 4-180/7,1, 7-190/5, Schering 4-300/15,5, Kali + Salz 4-220/4,8, 7-220/17, Siemens 4-370/28,1, 4-380/26, 4-390/15,85, 4-400/10, 4-420/4,1, 7-410/12,5, 7-420/8,9, Thyssen 4-70/24, 4-75/18, 4-80/13,6, 4-85/9,1, 4-90/5,5, 7-75/18,9, 7-80/16, 7-85/13, 7-90/8,6, 10-90/11,4, 10-95/7,9, 10-100/4,6. Varta 4-180/15, 4-190/5, VEBA 4-170/14, 4-180/6,5, 4-190/3,5, 7-170/17,8, 7-180/9,6, 7-190/5,5, 10-180/13,8, 10-190/8,2, VW 4-200/30, 4-210/24,5, 4-240/5, 7-210/34,6, 7-220/24, 7-240/11,4, 7-250/7,5, 7-260/8, 7-270/3, 4, Chrysler 4-80/8,9, 4-85/7,7, 4-90/4,1, 7-85/8,5, 7-90/8, 10-85/13, 10-90/11, EM 10-65/9, IBM 7-330/20, Norsk Hydro 7-200/21, Philips 4-40/6, 4-48/2,4, 7-40/7, 7-45/3,6, 10-45/6, 10-50/3,4, Royal Dutch 4-140/6, 7-130/13, 7-140/7,4, Sperry 4-140/7,5, 7-140/11,5; Verkaufsoptionen: AEG 4-90/1,4, 4-95/3,6, 7-85/1,2, BASF 4-180/3, 10-180/9,6, Bekula 4-96/1, Commerzbank 4-170/1,4, 4-180/5,8, 7-170/2,4, 7-180/6,6, 10-170/3,5, Conti 4-130/3, 4-140/8, 7-120/1,7, 7-130/2,2, 7-140/9,4, 10-120/2,5, 10-130/5,5, 10-140/13,4, Daimler 7-620/13, Dt. Babcock St. 10-180/7,35, Deutsche Bank 4-340/2,3, 10-340/5, Dresdner Bank 4-170/1,85, 7-170/2,6, 7-180/6, 10-170/3,7, 10-180/7,4, GHH St. 4-160/7, Hoechst 4-190/2,9 Hoesch 4-120/2, 7-120/4,4, 10-120/3,1, Klöckner 4-55/3, 7-50/2,5, 7-55/4, Lufthansa St. 7-160/4,5, 10-160/6,5, Lufthansa Vz 4-160/2,15, Linde 4-480/7,2, Mercedes 7-550/14, Mannesmann 4-140/1,4, 4-150/4, 4-160/12, 7-150/6,4, 10-150/8,1. Schering 4-370/2,7, Siemens 4-370/1,85, 4-380/4,5, 4-390/8, 7-390/11,2, 10-380/9,9. Thyssen 4-85/2, 4-90/4, 7-85/3, 10-85/3,6, VEBA 4-170/3, 7-170/3, 10-170/4,4, VW 4-210/1, 8, 4-220/4,8, 4-230/9, 7-210/3,5, 7-220/5,6, 10-210/5, 10-220/8,3, 10-230/10, Chrysler 10-80/6, IBM 4-330/7,7. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 18.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1545,00	1875,20
10 US-Dollar (Indian) **)	1198,00	1410,26
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	638,40
1 £ Sovereign alt	242,00	298,68
1 £ Sovereign Elizabeth II	234,00	289,56
20 belgische Franken	183,00	228,26
10 Rubel Tscherwonez	249,00	311,22
2 südafrikanische Rand	235,00	289,56
Krüger Rand, neu	1053,00	1240,32
Maple Leaf	1053,00	1240,32
Platin Noble Man	1076,00	1266,54
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	259,00	322,62
20 schweiz. Franken „Vreneli“	200,00	251,94
20 franz. Franken „Napoléon“	197,00	249,66
100 österr. Kronen (Neuprägung)	972,00	1171,92
20 österr. Kronen (Neuprägung)	194,00	243,96
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,00	134,52
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	460,00	564,30
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25. 1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½–9¾	5⅝–5⅞	3 –3⅜
3 Monate	9⅝–9⅞	5⅞–6⅛	3½–3¾
6 Monate	9⅞–10⅛	6⅛–6⅜	3⅞–4⅛
12 Monate	10¼–10½	6⅜–6⅝	4 –4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Devisen und Sorten

25. 1. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,8213	2,8293	2,7984	2,78	2,87
London1)	3,949	3,963	3,923	3,89	4,04
Dublin1)	3,092	3,106	3,055	3,03	3,18
Montreal3)	2,2587	2,2667	2,2411	2,22	2,31
Amsterd.	88,785	89,005	88,365	87,75	89,75
Zürich	125,705	125,905	125,805	124,60	127,25
Brüssel	4,888	4,908	4,889	4,71	4,93
Paris	32,620	32,720	32,105	31,85	33,60
Kopenh.	27,545	27,685	27,306	26,75	28,75
Oslo	35,750	35,870	35,20	34,75	36,50
Stockh.**)	34,475	34,635	34,135	33,50	35,25
Mailand2) **)	1,642	1,652	1,602	1,58	1,68
Wien	14,167	14,207	14,175	14,09	14,31
Madrid**)	1,766	1,776	1,712	1,69	1,81
Lissabon**)	2,060	2,080	1,975	1,60	2,40
Tokio	1,2040	1,2070	–	1,16	1,22
Helsinki	47,350	47,550	46,35	46,25	48,00
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,698	2,782	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5685	2,5775	–	2,49	2,60
Johannesbg.*)	2,2270	2,2460	–	2,00	2,25

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Am Morgen des 25. 1. unterlag der Dollar nur geringfügigen Schwankungen und wurde zwischen 2,8215 und 2,8260 gehandelt. Liquiditätsanreicherungen der Federal Reserve Bank am Vortag blieben somit ohne Einfluß und wurden durch den hohen Tagesgeldsatz von 9⅝ Prozent für Federal Funds ausgeglichen. Nach der amtlichen Notiz von 2,8253 sorgte der Rückgang für langlebige Wirtschaftsgüter um 1,1 Prozent im Dezember für nachgebende Dollarkurse. Der Schlußkurs lag daraufhin um 2,8160. Der späte Rückgang des Dollarkurses konnte sich auf die Entwicklung der übrigen amtlich notierten Währungen nicht auswirken, so daß hier erneut nur kleinere Abweichungen gegenüber dem Vortag zu vermerken sind. US-Dollar in: Amsterdam 3,1775; Brüssel 57,6675; Paris 8,6410; Mailand 1716,00; Wien 1992,00; Zürich 2,2458; Ir. Pfund/DM 3,099; Pfund/Dollar 1,4002; Pfund/DM 3,956.

Ostmarkkurs am 25. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Terminmärkte lagen am 25. Januar ruhig. Es wurden nur unwesentliche Abweichungen von den Vortagskursen notiert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,74/2,64	5,17/4,97
Pfund/Dollar	0,05/0,06	0,15/0,18	0,28/0,32
Pfund/DM	1,80/0,40	3,90/2,50	6,90/5,50
FF/DM	28/10	67/49	124/108

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25. 1.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,9–6,0 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 25. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 25. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,21) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,99, 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

		25. 1.	24. 1.
F 8 Allg. Hypo. Pf 1		81G	81G
6½ dgl. Pf 5		86G	86G
7 dgl. Pf 2		98,5	98,5
F 7½ Bakola Pf 104		99,85G	99,85G
9 dgl. Pf 108		102,3G	102,3G
10 dgl. Pf 106		107T	107G
7 dgl. KS 132		94,6G	94,6G
8 dgl. KS 155		98,25G	98,25G
9 dgl. KS 169		102G	102G

Bundesbahn

		25. 1.	24. 1.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,25G	100,25G
8 Bdbahn 72	9/84	100,85	100,85
8¾ dgl. 78	9/84	100,8	100,8
6 dgl. 78 III	11/84	99,55	99,55

Renten im Abseits!

Mangels Anregungen war das Geschäft auf dem Rentenmarkt schleppend. Es wird auf ein Zurückweichen des Dollar gewartet, das am Mittwoch noch nicht eingetreten ist. Auch aus den USA kamen keine Orientierungshilfen. Unter diesen Umständen konnten pessimistische Zinsprognosen Wirkung auf die Stimmung am Rentenmarkt erzielen. Ihm kommt allerdings zugute, daß bei keiner Seite ein drängender Refinanzierungsbedarf besteht. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,10 Prozentpunkte. Die Hamburg-Anleihe wird unter Banken weiterhin mit minus ¾ zu minus ½ genannt. Pfandbriefe nahezu unverändert.

	25. 1.	24. 1.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	89,25	89,25
6 dgl. 47	78bG	78bG
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	93,25G	93,25G
8 dgl. Pf 73	100,6G	100,6G
4 dgl. KO 5	102,5bG	102,6G

	25. 1.	24. 1.
M 5 Vereinsbk. Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77G	77G
7 dgl. Pf 100	99,3bG	99,3G
D 8 WestLB Pf 350	100,65G	100,65G
6¾ dgl. Pf 403	96,55G	96,55G
9½ dgl. Pf 1007	105,3G	105,3G
8 dgl. Pf 1015	98,45G	98,45G
7 dgl. KO 556	99,65G	99,65G
6¾ dgl. KS 420	94,95G	94,95G
9¼ dgl. KO 1301	104,3G	104,3G
8½ dgl. KS 1278	101,4G	101,4G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Bruchteilig verbessern konnten sich am Mittwoch die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Relativ fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Zulegen in allen Sichten konnten Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	25. 1.	24. 1.
März	339,00	345,75
Mai	341,50	347,75
Juli	338,00	341,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)	25. 1.	24. 1.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	250,35	251,25
Amber Durum	238,35	239,15

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	142,50	144,70

Mais Chicago (c/bush)		
März	333,00	334,50
Mai	335,50	336,25
Juli	335,50	336,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	25. 1.	24. 1.
März	135,10	136,80
Mai	133,90	134,90
Juli	134,00	134,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	25. 1.	24. 1.
März	144,20	143,85
Mai	138,49	137,85
Juli	135,20	134,75

Kakao New York ($/t)	25. 1.	24. 1.
Terminkontr. März	2680	2590
Mai	2858	2580
Juli	2835	2560
Umsatz	4913	5956

Zucker New York (c/lb)	25. 1.	24. 1.
Kontrakt Nr. 11 März	7,49	7,27
Mai	7,79	7,80
Juli	8,12	7,88
Sept.	8,36	8,18
Okt.	8,52	8,33

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2002–2003	1987–1989
Mai	1999–2000	1985–1986
Juli	1975–1978	1971–1973
Umsatz	8 106	10 370

Zucker London (£/t)		
März	136,10	141,30
Mai	140,75	145,75
Umsatz	4145	3488

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	25. 1.	24. 1.
schw. Sarawak spez.	405,00	405,00
weißer Sarawak	647,50	547,50
weißer Muntok	655,00	655,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Talg New York (c/lb)		
top white	18,75	18,75
fancy	18,25	18,25
bleichfähig	18,00	18,00
yellow max. 10% fr. F.	16,75	16,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	52,20	52,30
Apr.	48,50	49,10
Juni	53,85	54,50

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	65,70	67,00
März	66,20	67,80
Mai	67,75	69,25

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	535,00	540,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	950,00	950,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	214,00	218,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1130,00	1130,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	320,00	321,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Sisal London ($/t)	25. 1.	24. 1.
cif eur. Haupthäfen East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	25. 1.	24. 1.
Jan.	13 930	13 904
Febr.	13 928	13 942

Kautschuk London (p/kg)	25. 1.	24. 1.
Nr. 1 RSS loco	88,00-90,25	88,00-90,00
Febr.	88,30-89,30	89,00-80,00
März	88,90-89,00	88,50-89,00
April/Juni	90,30-90,50	90,70-80,80

Tendenz: unsicher

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

	25. 1.	24. 1.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	387,59-389,57	385,50-387,48
Blei in Kabeln	117,25-118,25	116,25-117,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	430,50-452,00	430,50-452,00
Vorziehdraht	439,50-464,00	439,50-464,00

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

NE-Metalle

Messingnotierungen

	25. 1.	24. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	371-387	371-386
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	419-420	420
MS 63	415-425	418-423

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

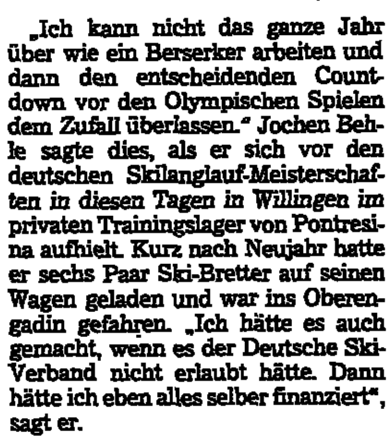
Internationale Edelmetalle

	25. 1.	24. 1.
London 10.30	368,375	365,20
15.00	366,50	365,10
Zürich mittags	366,40-366,90	365,60-366,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 750	101 750
Silber (p/Feinunze) London Kasse	576,85	569,80
3 Monate	590,10	582,80
6 Monate	604,15	597,75
12 Monate	633,65	626,50
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	285,85	264,40
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	110,90	110,95

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	25. 1.	24. 1.
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	965,50-966,00	959,50-960,00
3 Monate	990,00-990,50	984,00-984,50
abends Kasse	971,50-972,00	963,50-964,00
3 Monate	996,00-997,00	988,00-988,50
(Kupfer-Standard) Kasse	965,00-967,00	957,00-958,00
3 Monate	983,00-985,00	975,00-976,00
Zink (£/t) Kasse	688,00-689,00	687,50-688,50
3 Monate	684,50-685,00	684,00-684,50
Zinn (£/t) Kasse	8855-8665	8665-8670
3 Monate	8795-8797	8810-8811
Quecksilber $/Fl.)	305,00-315,00	305,00-315,00
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	72,00-75,00	72,00-76,00



Jockey Patrick Gilson

GALOPP

Gilson: In Irland nur auf Platz 13

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Fritz Drechsler, Brian Foy, Manfred Kosman, Heinz-Peter Ludewig, Helmut Nierfeld, Peter Remmert (zweimal), Dave Richardson und Johannes „Micky" Starosta: das ist (in alphabetischer Reihenfolge) die Liste der Namen mehr oder weniger bekannter Jockeys, die sich seit Anfang der siebziger Jahre auf den Pferden des Gestüts Röttgen in Köln-Rath versuchten. Nun hat das Unternehmen der 4711-Mitinhaberin Maria Mehl-Mülhens für die Saison 1984 einen neuen Mann verpflichtet: den 23 Jahre alten Iren Patrick Gilson (Die WELT berichtete).

Diese Entscheidung überraschte, Gilson kennt hierzulande kaum jemand. Einmal ist er bislang in Deutschland an den Start gegangen. Am 17. Juli letzten Jahres belegte er im Hessen-Pokal (Gr. III) in Frankfurt/Main mit Rivellino nur den vorletzten Platz. Allzuviel hat der junge Ire auch in seiner Heimat noch nicht erreicht: 1983 gewann er insgesamt 14 Rennen, landete damit in der Statistik lediglich auf dem 13. Platz. Sein größter Sieg bisher: Im Sattel der dreijährigen Stute Bay Empress siegte er in den Brownstown Stud Stakes (Gr. III) auf dem Curragh-Kurs bei Dublin. Engagiert war er zuletzt bei Trainer Eddy O'Grady in der Grafschaft Tipperary. Dieser Trainer ist aber Spezialist für Hindernisrennen, Gilson gewann für ihn 1983 nur ein Rennen.

Häufiger stieg der nur 51 kg schwere Reiter für John Oxx in den Sattel. Oxx trainiert die Pferde der irischen Filiale Röttgens, die sich in Baronrath bei Dublin befindet. Dort ist als bislang bestes Pferd der Arc-de-Triomphe-Sieger Star Appeal aufgewachsen. Über John Oxx und den Baronrather Gestütsleiter Dieter Graf Dönhoff kam der Kontakt mit Gilson zustande. Am 1. Februar wird der Reiter seinen Dienst im Gestütsrennstall in Köln-Rath antreten. Gilson, der bislang etwa 170 Rennen gewonnen hat (so genau weiß er es selbst nicht), hat seine Lehre bei Liam Brown in Irland absolviert. Er konnte sich immerhin daran erinnern, daß er während seiner Lehrzeit einmal drei Rennen hintereinander gewann.

Der Ire tritt ein schweres Erbe an: Sein Vorgänger hieß immerhin Peter Remmert. Von ihm hat sich Röttgen getrennt, nachdem er zum wiederholten Male mit den Paragraphen des Turfs in Konflikt geriet. Remmert hat noch keine neue Stelle gefunden. Da man im deutschen Galopprennsport besonders schnell die Vergangenheit verdrängt und gute Reiter Mangelware sind, dürfte Remmert um seine Zukunft aber keine große Sorge haben.

SKI NORDISCH / Deutsche Meisterschaften in Willingen

Wo ist Behle? – Eine Frage machte ihn populär und spornte ihn weiter an

KLAUS BLUME, Bonn

„Ich kann nicht das ganze Jahr über wie ein Berserker arbeiten und dann den entscheidenden Countdown vor den Olympischen Spielen dem Zufall überlassen." Jochen Behle sagte dies, als er sich vor den deutschen Skilanglauf-Meisterschaften in diesen Tagen in Willingen im privaten Trainingslager von Pontresina aufhielt. Kurz nach Neujahr hatte er sechs Paar Ski-Bretter auf seinen Wagen geladen und war ins Oberengadin gefahren. „Ich hätte es auch gemacht, wenn es der Deutsche Ski-Verband nicht erlaubt hätte. Dann hätte ich eben alles selber finanziert", sagt er.

Was nicht notwendig war, denn im Verband weiß man um die fachlichen Qualitäten des Weltmeisterschafts-Siebenten von 1982. Bundestrainer Detlef Nirschl: „Wenn ich mit Jochen Behle diskutiere, rede ich mit einem Fachmann. Es gibt andere in der Mannschaft, die mich jeden Morgen fragen, was sie machen sollen, und am Abend danach, ob es richtig war. Da kommt nie etwas dabei heraus." Als die Vorbereitungen auf den olympischen Winter im November vergangenen Jahres auch in Skandinavien wegen Schneemangels unterbrochen wurden, kümmerte sich Behle selber um schneesichere Übungsorte, um dann über die Verbandsfunktionäre zu schimpfen: „Ich weiß nicht, wozu manche Herren ihr Telefon im Büro haben."

Der Mann, der so vehement seine eigenen sportlichen Geschicke steuert, wurde vor vier Jahren einem Millionenpublikum durch eine Fernseh-Übertragung von den Olympischen Winterspielen in Lake Placid bekannt. „Wo ist Behle?" fragte damals ZDF-Reporter Bruno Morawetz, als der finnische Fernseh-Regisseur den Sauerländer trotz hervorragender Zwischenzeiten beim 15-Kilometer-Langlauf nicht im Bild festhielt. Jene Frage wurde in den Tagen nach Lake Placid fast zum geflügelten Wort; in München gehörte es bei den Faschingsumzügen sogar zum Motto. Als Jochen Behle aus Lake Placid heimkehrte, hatten sich daheim in Willingen Schulkinder am Straßenrand aufgestellt, um ihn mit dem Spruchband „Wo ist Behle?" zu begrüßen. Der auf diese Weise Geehrte sah es kopfschüttelnd, denn schließlich wußte er zu jenem Zeitpunkt noch nichts von der Fernseh-Übertragung in Deutschland. Seine Eltern erzählten ihm dann, was es denn mit der Frage „Wo ist Behle?" auf sich habe. „Ich hatte", stellt er im nachhinein fest, „auf einmal einen ähnlichen Bekanntheitsgrad wie ein Pop-Künstler. Und ich habe nie begriffen, wie so etwas zustande gekommen ist. Aber in unserer eher stillen Sportart freut man sich über jede Form der Popularität."

Er hat freilich begriffen, daß er mit Hilfe von Morawetz zu einem Markenzeichen, einem Synonym für den Ski-Langlauf hierzulande geworden war. Zielstrebiger denn je werkelte er künftig an diesem Markenzeichen – zum Beispiel mit eigenen, hervorragenden Trainingsplänen. Das brachte ihn, den Mitteleuropäer, in die Weltspitze der Skilangläufer, die hauptsächlich von Skandinaviern und Sowjetrussen gebildet wird.

Inzwischen hat er die Großen seiner Zunft alle schon einmal geschlagen: den Norweger Oddvar Braa, den Schweden Thomas Wassberg, den Finnen Juha Mieto, den Amerikaner Billy Koch, den Sowjetrussen Alexander Sawjalow. Als Behle vor zwei Jahren bei den Weltmeisterschften in Oslo über 15 Kilometer den siebenten Platz belegte, hatte er nur 34 Sekunden Rückstand hinter dem Sieger Oddvar Braa. Im Dezember, beim Weltcup-Auftakt in Reit im Winkl, wo Behle Dritter war, reduzierte sich dieser Abstand: Behle kam mit 32 Sekunden Rückstand hinter dem dreimaligen Olympiasieger Nikolai Simjatow aus der UdSSR ins Ziel und nur 14 Sekunden hinter dem Finnen Harri Kirvesniemi. Bei einem Proberennen zuvor war er gewissermaßen mit angezogener Handbremse gelaufen und hatte fünf Norwegern bewußt den Vortritt gelassen. Behle: „Ich hätte gewinnen können, doch dann wäre der Erwartungsdruck für Reit im Winkl zu groß gewesen."

Gestern, bei den deutschen Meisterschaften über 30 Kilometer in Willingen, konnte ihm nur noch Stefan Dotzler folgen. Als ein Verbandsfunktionär nach dem Rennen jedoch monierte, Behle habe am Montag den Einkleidungstermin für Sarajevo in München geschwänzt, antwortete der so Gemaßregelte nur: „Dann fahre ich eben in Jeans nach Jugoslawien."

In München war Behle deshalb nicht, weil er kurz zuvor aus Pontresina gekommen war und daheim in Willingen für Sarajevo trainieren mußte. Pontresina hatte er gewählt, weil es rund 1800 Meter hoch liegt. Da ließ sich die Höhenlage von Sarajevo (1400 m) simulieren. „Außerdem", so Behle „ging ich bei den konstanten klimatischen Bedingungen von Pontresina möglichen Erkrankungen weitgehend aus dem Wege." Allein war er im Oberengadin, um täglich morgens und nachmittags stundenlang in der Langlauf-Loipe zu üben.

In Sarajevo wird Jochen Behle viermal am Start sein, doch sein Hauptaugenmerk gilt der kürzesten Strecke, dem Lauf über 15 Kilometer. ZDF-Reporter Bruno Morawetz: „Diesmal gewinnt er eine Medaille."

SPORT-NACHRICHTEN

Borg siegt wieder

Düsseldorf (sid) – Der fünfmalige Wimbledon-Gewinner Björn Borg, der vor einem Jahr seinen Rücktritt vom Turniersport erklärt hatte, gewann im italienischen Trevis ein Show-Match mit 7:6, 6:4 gegen den Italiener Adriano Panatta.

Kuhweide führt

Hamburg (sid) – Willy Kuhweide, Deutschlands erfolgreichster Segler aller Zeiten, führt die Rangliste 1983 der deutschen Soling-Segler mit 146,000 Punkten an. Der ehemalige Olympiasieger, Welt- und Europameister, der 1983 die erste von drei Qualifikations-Regattaserien für die Olympischen Spiele in Los Angeles gewann, verwies den Hamburger Soling-Steuermann Thomas Junglut (144,375 Punkte) auf den zweiten Platz.

Rowdys vor Gericht

Dresden (dpa) – 18 Fußball-Fans wurden in Dresden wegen „Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" zu Haftstrafen bis zu dreieinhalb Jahren verurteilt. Sie sollen wiederholt bei Heim- und Auswärtsspielen von Dynamo Dresden randaliert, andere Besucher bedroht und Zerstörungen angerichtet haben. Außerdem hätten sie Ordnungskräfte und Volkspolizisten tätlich angegriffen.

Im Amt bestätigt

Berlin (sid) – Der Direktor des Landessportbundes Berlin, Manfred von Richthofen, wurde auf der 48. Sitzung der Vertreter der Landesausschüsse Leistungssport in Frankfurt in seiner Funktion als Sprecher des Gremiums bestätigt. Mit dieser Wahl wurde der 49 Jahre alte Berliner Sportfunktionär erneut in den Bundesausschuß Leistungssport (BAL) des Deutschen Sportbundes (DSB) berufen, dessen stellvertretender Vorsitzender er seit 1974 ist.

Könige in Sarajevo

Sarajevo (AP) – Die weltweite Fernsehübertragung von der Eröffnungsfeier der 14. Olympischen Winterspiele in Sarajevo am 8. Februar wird nach Schätzungen des Organisationskomitees von zweieinhalb Millionen Menschen am Bildschirm verfolgt werden. Zu den prominenten Gästen, die in Sarajevo erwartet werden, gehören König Olaf von Norwegen, König Carl Gustav von Schweden, Königin Beatrix der Niederlande und Prinz Claus sowie die ehemaligen amerikanischen Präsidenten Richard Nixon und Gerald Ford.

ZAHLEN

BASKETBALL

Europacup der Pokalsieger, Viertelfinale: BSC Köln – Cibona Zagreb 92:90 (45:43).

EISHOCKEY

Deutscher Pokal, Gruppe 3: Landshut – Rießersee 4:3.

RADSPORT

Sechstagerennen in Stuttgart, Endstand: 1. Braun/Frank (Deutschland/Dänemark) 148 Punkte, 2. Schütz/Kristen (Deutschland) 14, eine Rd. zur.: 3. Fritz/Hermann (Deutschland/Liechtenstein) 84, 4. Wiggins/Betz (Australien/Deutschland) 64, zwei Rd. zur.: 5. Rinklin/Clark (Deutschland/Australien) 96, sechs Rd. zur.: 6. Hindelang/Neumayer (Deutschland) 83.

MOTORSPORT

Rallye Monte Carlo, erster Lauf zur Weltmeisterschaft, Zwischenstand nach 15 von 30 Sonderprüfungen: 1. Blomqvist/Cederberg (Schweden), Audi Quattro, 4:03:55 Stunden, 2. Röhrl/Geistdörfer (Deutschland), Audi Quattro, 0:12 Minuten zurück, 3. Mikkola/Hertz (Finnland/Schweden), Audi Quattro, 4:42 zurück, 4. Therier/Vial (Frankreich), Renault 5 Turbo, 12:38 zurück, 5. Saby/Andrie (Frankreich), Renault 5 Turbo, 15:42 zurück, 6. Darniche/Mahe (Frankreich), Audi 80 Quattro, 19:01 zurück.

SKI NORDISCH

Deutsche Meisterschaften in Willingen: 10-km-Lauf, Damen: 1. Jäger (Hirschau) 31:56,93 Min., 2. Baumgarten (Altenau) 33:07,72, 3. Kademann (Winterberg) 33:26,83, 4. Rombach (Utzenfeld) 33:32,24, 5. Wilke (Willingen) 33:36,08, 6. Kohlrusch (Braunlage) 33:36,56. – 30 km, Herren: 1. Behle (Willingen) 1:21:00,3 Std., 2. Dotzler (München) 1:21:50,8, 3. Notz (Dettingen) 1:23:46,7, 4. Schöbel (Sindelsdorf) 1:24:05,4, 5. Zipfel (Kirchzarten) 1:26:14,2, 6. Lang (Trauchgau) 1:26:27,5.

STAND ● PUNKT

Der stille Abschied

Wenn er am Ende dieses Winters Bilanz zieht, wird er mindestens um eine halbe Million Mark reicher sein. Die Rede ist von dem Frankfurter Radprofi Dietrich Thurau, neben dem Schweizer Urs Freuler einer der Großverdiener im Sechstage-Geschäft. Zwölf Sechstagerennen absolviert der ehemalige Star der Tour de France, und somit bleibt keine Möglichkeit mehr, sich auf die Straßensaison in diesem Sommer vorzubereiten.

Aber das will Thurau auch gar nicht mehr. Er hat seinen Abschied vom großen Straßensport eingereicht, ohne darüber in aller Offenheit und in aller Öffentlichkeit zu reden. Als sich im letzten Herbst die Pläne zerschlugen, nochmals einen Sommer lang bei einem italienischen Arbeitgeber unterzukommen, unternahm Thurau nichts gegen die drohende Arbeitslosigkeit. Bundestrainer Udo Hempel, Veranstalter des Bremer Sechstagerennens, sagt über ihn: „Ich verpflichte Thurau immer sehr gerne, denn bei ihm weiß ich, daß Leistung und Gage in der richtigen Relation stehen. Bei anderen namhaften Fahrern ist das nicht immer so." Mit dieser Berufsauffassung hatte sich Thurau besonders im Ausland auch als Straßenfahrer einen Namen gemacht. Auch wenn Siege oder vordere Plazierungen ausblieben – Thurau gehörte stets zu den Aktivsten eines Rennens. Und als er sich im letzten Winter seriös auf die Straßensaison vorbereitete, belegte er beim Giro d'Italia immerhin den fünften Platz.

Er hätte auch in diesem Sommer als Straßenfahrer sein Aus- und Unterkommen gefunden. Denn Thurau war noch immer jene Galionsfigur des deutschen Radsports, an der man sich reiben konnte. Ohne ihn wird es nun in der Szene hausbackener zugehen.

K. Bl.

Vom Fremdkörper zu einem Teil der Gesellschaft? – Die Justiz heute

Aber der Muff hat sich verflüchtigt

Sind die „68er", wie man die altgewordenen APO-Jünger der späten sechziger Jahre nennt, bei dem angekündigten Marsch durch die Institutionen in den Gerichten angekommen? Joachim Wagner, Jurist und Journalist beim NDR, ist dieser Frage nachgegangen und präsentiert das Ergebnis in der Sendung „Keine Halbgötter in Schwarz mehr". Wagner meint, daß in der Tat der „monolithische Block Justiz" gesprengt worden ist. Eine konservative Bastion sei weitgehend geschleift und die Justiz von einem Fremdkörper zu einem Teil der Gesellschaft geworden. Wagner begrüßt dies. Und es ist ihm zuzugeben, daß der Muff der Roben sich verflüchtigt hat.

Es hieße aber, das Gewicht der APO zu überschätzen, würde man dies einzig als ihr Verdienst ansehen. Denn da sind keineswegs nur progressive Sprengmeister in eine Bastion eingebrochen. Die Richterschaft insgesamt hat sich verjüngt und damit haben sich auch ihre gesellschaftspolitischen Auffassungen gewandelt. Es mußte auch nicht erst ein Fritz Teufel mit der Erwiderung „Wenn es der Wahrheitsfindung dient" kommen (zur Aufforderung, sich zu erheben, um gewisse Rituale in die öffentliche Diskussion zu bringen.

Wagner hat recht, daß gerade zu Beginn der 70er Jahre die Richterplanstellen explosionsartig vermehrt wurden, also viele „68er" Aufnahme fanden. Es stimmt auch, daß etwa in dieser Zeit Rudolf Wassermann die Debatte über den „politischen Richter" eröffnete. Aber daß etwa die Hälfte des Richternachwuchses politisch der APO-Linie zuzuordnen wäre, scheint bei allem Respekt vor der Arbeit Wagners verzeichnet zu sein.

Seltsamerweise findet die Auffassung Wagners jedoch eine Entsprechung auf der konservativen Seite, wo von einigen Rechtspolitikern gegen die Vermehrung der Ein-Mann-Spruchkammern argumentiert wird,

Keine „Halbgötter in Schwarz" mehr – ARD, 20.18 Uhr

in der Kammer könne „ein Linker durch zwei Konservative" in Schach gehalten werden.

In der Praxis bei Gericht stellt sich die Situation anders dar. Auch in den von Wagner als besonders progressiv bezeichneten Zweigen wie Arbeit, Soziales und Familie gibt es – von Ausnahmen abgesehen – den prinzipiellen politischen Konflikt nicht. Da kämpfen nicht Gesellschaftsveränderer gegen Reaktionäre. Da gibt es durchweg den Trend zu lebensnahen, einzelfallgerechten Entscheidungen. Das Gespräch mit den Parteien ist heute in allen Gerichtssälen wichtiger als das Diktat des Urteils. Und das hat mit der politischen Einstellung der Richter wenig zu tun.

Wagner führt zur Unterstützung seiner These drei Fälle an. An Beispielen aus der Praxis der Untersuchungshaft, der Demonstrations- und Meinungsfreiheit und des Kündigungsschutzes erläutert er „neue und manchmal auch umstrittene Wege der Rechtsfindung". „68er Richter" begründen, warum sie in Resolutionen und Leserbriefen öffentlich Kollegen- und Urteilsschelte treiben und sich auch nicht scheuen, zu Fragen wie Startbahn-West und NATO-Nachrüstung ablehnend Stellung zu nehmen.

Wagner gibt auch dem Rechtsgelehrten Rupert Scholz die Möglichkeit zur Gegenrede, und dieser – Senator für Bundesangelegenheiten Berlins – zeigt auf, welche Urteile es gegen das Gesetz aus politischen Gründen gegeben hat.

Wagners Beitrag wird in Juristenkreisen für Unruhe sorgen, obwohl der NDR-Journalist, wie er der WELT sagte, jeden Zuschauer ansprechen und ihm einen Blick hinter die Gerichtsfassade erlauben wolle. Nicht alle, die Richter zumal, werden mit der Darstellung der Dritten Gewalt einverstanden sein.

Eine Vermutung drängt sich jedenfalls auf: daß Wagner, der vor allem auch historisch interessiert ist, der Faszination seiner „68er These" erlegen ist. Doch daß die APO-Generation allein die neue Gerichtsbarkeit zu verantworten habe, ist ganz gewiß eine einäugige Betrachtungsweise.

HANS-HERBERT HOLZAMER

KRITIK

Ein liebenswerter Fiesling

Jetzt kommt die Generation der Dreißigjährigen in die Fernseh-Studios, genauer gesagt, ihre Drehbücher drängen in die Produktion. Und ein Schuft, der die ersten Geh- und Drehversuche nur mit der Meßlatte alter Fahrensleute mißt. „**Unser Mann vom Südpol**" (ZDF) ist der erste große Fernsehfilm von Walter Kärger (29) und Michael Riedner (31). Die beiden Autoren haben auf eine zum Teil fröhliche Weise gewissermaßen aus dem Bauch heraus gearbeitet, stellenweise indes sind sie in tiefer Ratlosigkeit steckengeblieben.

Die Geschichte, die sie ersonnen haben, erzählt von zwei Freunden, die in ihrer kleinen Heimatstadt endlich etwas Großes unternehmen wollen. Es mißlingt ihnen, und man weiß eigentlich bis zum Schluß nicht so ganz, warum sie am Filmende genau so dastehen wie zuvor, nämlich mit leeren Händen. Zu simpel ist diese Geschichte, um eine abendfüllende Produktion zu rechtfertigen, und zu zerfahren ist ihr Ablauf, um Fröhlichkeit aufkommen zu lassen.

Apropos Fröhlichkeit: Die couragierten Filmmacher haben einen Bundesgenossen, der ihnen weite Strecken hindurch auf die Sprünge hilft, Thilo Prückner ist es, der einen liebenswerten Fiesling aus dem Ärmel zaubert, einen Hansdampf in allen Gassen (nur nicht auf der Gasse zum großen Geld, was das Schicksal der beiden Helden besiegelt).

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Die neuen Kommunikationstechnologien werden langfristig die **Rundfunklandschaft Großbritanniens** drastisch verändern und möglicherweise die bestehenden Systeme ihrer Existenzgrundlage berauben. Zu diesem Ergebnis kommt eine jetzt veröffentlichte 346 Seiten umfassende Studie des Londoner Instituts für Rundfunkforschung. Die Einführung von Kabel- und Satellitenfernsehen könnte, so die Studie, bedeuten, daß einerseits die BBC auf ihre Finanzierung durch Rundfunkgebühren verzichten muß und das kommerzielle ITV andererseits auf seine wesentliche Einnahmequelle durch Werbung. Die Studie appelliert daher an die Regierung, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die bestehenden Rundfunksysteme zu schützen.

(epd)

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Tausend Franc Belohnung
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Manege
Ausschnitte aus dem Programm des Moskauer Staatszirkus
16.55 Kernbeißer
Magazin für junge Leute
Ein Admiral mit 1000 Augen
Einer von den mehr als hunderttausend Arten Schmetterlingen der Erde ist der Admiral. Er gehört zu den Wanderfaltern. Jedes Jahr fliegen diese Schmetterlinge von Nordafrika über das Mittelmeer nach Norden, manchmal bis nach Skandinavien. Die großen halbkugelförmigen Sehorgane der Schmetterlinge sind aus Hunderten von einzelnen Augen zusammengesetzt. Solche Details sind nur in der Vergrößerung zu erkennen.
Der „Kernbeißer" zeigt außerdem, wie man in den Mikrokosmos vordringen kann.
Durch die Sendung führt Georg von Rönn
17.45 Tele-Lexikon
Vogelgesang
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn
20.18 Keine „Halbgötter in Schwarz" mehr
Im Dienst für den Bürger: Eine neue Richtergeneration
21.15 Wer dreimal lügt
Kein Quiz für Leichtgläubige
Mit Wolfgang Spier
21.45 Musikladen
Moderation: Manfred Sexauer
22.30 Tagesschau
23.00 Der Mädchenkrieg
Zweiter Teil des Fernsehfilms von Alf Brustellin und Bernhard Sinkel nach dem Roman von Manfred Bieler (Wh. v. 1980)
0.10 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Aus meiner Aktenmappe
5. Bürokraten unter sich
Von Peter von Zahn
16.35 Kuschelbären
Puppentrickserie nach dem Buch von Margarete Thiele
Das Gewitter
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Makiko Takeda, Klavier
17.50 Flohmarkt
Nagelprobe
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
Eine unbewältigte Hochzeitsnacht
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel und Spaß von und mit Hans Rosenthal
21.00 Kinder Kinder
Von allen guten Vorbildern verlassen
Von Klaus Werner und Uschi Madeisky
Moderation: Rainer Haake
Die Sendung wird an drei Beispielen zeigen, welche Rolle Idole und Vorbilder für Kinder spielen und welche Konflikte dabei mit den Vorstellungen der Eltern entstehen können. Oft sind Eltern von den Idolen ihrer Kinder schon deshalb nicht begeistert, weil sie fürchten, daß diese Idole einen schlechten Einfluß auf ihre Kinder haben könnten.
21.45 heute-Journal
22.05 5 nach 10
Noch weiter bergab?
Über die Krise des deutschen Fußballs.
Mit den Gesprächspartnern: Hermann Neuberger, Jupp Derwall, Dr. Wolfgang Klein, Paul Breitner, Willi Schulz, Hans Eiberle.
Anschl. heute



Adelheid Arndt und Katharina Hunter spielen die Schwestern Sophie und Katharina in dem TV-Film „Der Mädchenkrieg", dessen zweiten Teil die ARD um 23.00 Uhr sendet FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der ungebetene Gast
Mit Ray Milland, Ruth Hussey u. a.
21.50 Das Revier rüstet um
22.20 4. Osnabrücker Experimentalfilm-Workshop
Von Knut Fischer und Dieter Hens
23.20 Rockpalast
Live von der MIDEM in Cannes
2.30 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schach für jedermann
18.45 Film als Hobby (5)
19.15 Latino – Ein Dorf im Hinterland Neapels
20.00 Tagesschau
20.15 Der Prinz und der Bettelknabe
US-Spielfilm, 1962
Anschl.: Kurznachrichten
22.10 Kultur in der Provinz
22.55 Jazz Fest Berlin 1983
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Sie kamen aus dem All (1)
18.55 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
19.00 Die Wand
Franz. Fernsehfilm
20.25 Filmmagazin
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
22.30 Janosik
23.20 Rockpalast

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Ostende–Wien-Expreß
20.50 Bilderbogen
Bildbetrachtung: Die Bittschrift
21.00 Franz Weber
Ein (unbequemer) Schweizer
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Fragezeichen
Nur für das Saarland
21.45 Kirchplatz

BAYERN
18.15 ABC der Wirtschaft
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Tapetenwechsel
Fernsehspiel von Peter Blacjmore
20.30 Wenn verschneit sind Wald und Flur
20.45 Situationen des Glaubens
21.30 Rundschau
21.45 Die Pariserin
Franz. Spielfilm, 1958
Mit Brigitte Bardot u. a.
23.05 Rundschau
23.10 Actualités

MOTORSPORT / Walter Röhrl führt bei der Rallye Monte Carlo mit drei Sekunden

Blomqvist: „. . . und ich habe ihm Tricks verraten"

R. NIEBORG, Monte Carlo

Walter Röhrl fährt bei der 52. Rallye Monte Carlo weiter meisterlich. Bei ihrem ersten ernsthaften Einsatz mit dem 360 PS starken, allrad-getriebenen Audi haben der zweimalige Weltmeister aus Regensburg und sein Münchner Beifahrer Christian Geistdörfer nach 17 von 30 Sonderprüfungen (davon wurden nur 13 gewertet) den zweiten Platz. Mit nur drei Sekunden Vorsprung liegen sie vor ihren schwedischen Teamkollegen Stig Blomqvist/Björn Cederberg. Der finnische Weltmeister Hannu Mikkola und sein schwedischer Kopilot Arne Hertz unterstreichen auf Platz drei – allerdings mit bereits 4:42 Minuten Rückstand – die Überlegenheit des deutschen Werkes.

Die Audi-Quattros – Einzelpreis etwa 300 000 Mark – profitieren allerdings von den Schneemassen, die die Straßen in den südfranzösischen Seealpen buchstäblich ersticken. „Der Sieg fällt vom Himmel", kommentierte bereits die in Paris erscheinende Sport-Tageszeitung „L'Equipe". Nachdem am frühen Dienstagmorgen eine Sonderprüfung wegen des tödlichen Unfalls eines Zuschauers annulliert wurde, sagten die Veranstalter am Mittwoch drei weitere Teilstücke ab – einige Straßen waren nicht mehr befahrbar.

Den Ausschlag gab der Ausfall der italienischen Europameister Massimo Biasion/Tiziano Siviero auf Lancia Rally, die auf der 32 km langen elften Sonderprüfung von Les Savoyons nach Sigoyer kurz vor der sechsstündigen Pause in Gap im Schnee steckenblieben.

Daß unter diesen Umständen ein anderer Wagen als ein Quattro die noch bis zum Freitag (14.00 Uhr) dauernde Rallye gewinnen könnte, wagen nicht einmal mehr die größten Optimisten in den anderen Teams zu hoffen. Die Franzosen Jean-Luc Therier/Michel Vial liegen mit ihrem Renault 5 Turbo mit bereits 12:38 Minuten Rückstand auf Platz vier, im Rallyesport sind das Welten. Der beste Lancia Rally 037, aus einem Rennwagen entwickelt und mit seinen 340 PS nur auf Trockenem favorisiert, wurde von den Italienern Attilio Bettega/Maurizio Perissinot auf Platz sieben (19:03) zurückgefahren.

Blomqvist und Röhrl fechten ein fast einsames Duell um die Spitzenposition aus. Jeder von beiden gewann fünf Sonderprüfungen. Nach der achten ging Röhrl schon einmal vorübergehend in Führung, und Blomqvist wurde böse: „Ich habe ihm auch noch Tricks für den Umgang mit dem Quattro beigebracht."

Auf der insgesamt 1680,3 km langen „Etape Commune", die mit der ersten Monte-Carlo-Ankunft am späten Mittwochabend zu Ende ging, halten sich auch die übrigen deutschen Teilnehmer unter den gegebenen Umständen hervorragend. Kalle Grundel, Dritter der deutschen Meisterschaft, liegt mit seinem Solinger Beifahrer Peter Diekmann auf dem elften Rang, obwohl ihr nahezu serienmäßiger VW Golf mit 170 PS gerade nur halb soviel Leistung aufweist wie die Konkurrenz. Der frühere deutsche Meister Achim Warmbold, jetzt Mazda-Sportchef in Brüssel, erreichte zusammen mit dem Marburger Staatsanwalt Mathias Feltz auf einem „323 Turbo" Rang 13. Und der Kaiserslauterner Klaus Fritzinger, mehrmaliger Gewinner der Privatfahrer-Wertung, liegt mit Henning Wünsch aus Idar-Oberstein auf einem Toyota Corolla auf Platz 20.

Sündiges aus Mainz

- each – Daß junge Damen, die sich für leckere Geselligkeit anpreisen, in den Zeitungsanzeigen ihre besonderen Attraktivitäten hervorheben, ist wohl verständlich. Man liest da von Thai-Modellen, von Mädchen aus der Karibik, eine Polin preist sich als solche an, auch eine Mexikanerin, freilich nur in Untermiete, macht sich bemerkbar, kurz: Anzeigen über Anzeigen, eine Auswahl, mit der kein Reisebüro konkurrieren kann. Aus London ist eine junge Lady herbeigeeilt, eine schwarzhaarige stellungsuchende Pariserin ist ebenfalls darunter, es knistert schon vom Lesen der Angebote.

Nun aber: Unauffällig, aber nicht zu übersehen, hat sich eine junge Dame mitten in diese sündige Speisekarte hineingeschrieben, genau zwischen eine goldblonde Kollegin ohne geographische Bestimmung und einem griechischen Jungmann, sie ist 22 Jahre alt und bekennt sich im Fettdruck zu ihrer Herkunft. Sie ist aus Mainz.

Rekapitulieren wir: In einer Anzeigenspalte, die dem Angebot wohlfeiler Verruchtheit gewidmet ist, just dort, wo Geographie für Erotik steht, will sich eine Maid gegen die exotische Konkurrenz mit dem schlichten Hinweis behaupten, sie sei aus Mainz. Das läßt einen aufhorchen. Mainz also, nicht Bangkok ist es, was die Neckermänner unter uns ansteuern werden, künftig.

Hol' denn der Teufel die sanftäugigen Siamesinnen, die hüftrasselnden Haitianerinnen, die seelentiefen Polenmädchen und was es sonst an Paradigmata aus dem Lustleben des deutschen Mannes gibt: Theo, wir fahren nach Mainz!

Die Sprachschwierigkeiten dort sind gewiß nicht größer als längs der anderen Sexmeridiane. Wobei nicht unerwähnt bleiben sollte, daß Englisch dort auch so seine Probleme hat.

Von den Schwierigkeiten der Deutschen beim Errichten von Denkmälern

Kriegsschauplatz Gedenkstein

Die Berliner nehmen es gelassen hin, daß sie jetzt die Reliefs von der Siegessäule zurückerhalten sollen. Minister Hernu hatte das dieser Tage bekanntgegeben. So wird also demnächst wieder zu besichtigen sein, wie Preußen einst seinen Sieg über den welschen Erbfeind in Bronze verewigte. Die Franzosen, die diese Platten nach dem letzten Krieg als Beute oder als Souvenir mitnahmen (zur selben Zeit wanderten die Szenen des deutsch-dänischen Krieges nach Kopenhagen, und nur „Königgrätz" blieb in Berlin), brauchen jedoch nicht zu befürchten, daß daraus eine neue Feindschaft entstehen könnte. Die Siegessäule mit Drakes „Viktoria" wird nicht zur Erbauung, sondern gewöhnlich nur als Aussichtsturm besucht. Denn den Deutschen ist der Sinn für Denkwürdigkeiten und Denkmalswürdigkeiten längst abhanden gekommen. Darin unterscheidet sich das ausgehende 20. Jahrhundert grundlegend vom 19., dem denkmalfreudigen.

Wettbewerbe, die auf ein allgemeines Interesse stoßen, wie die für das Denkmal Friedrich des Großen oder das Niederwalddenkmal, Geldsammlungen, die so voluminöse Anlagen wie das Hermanns-, Kyffhäuser- und Völkerschlachtdenkmal ermöglichten, sind heute nicht mehr denkbar. Ganz zu schweigen von dem Denkmalboom der Gründerjahre, dem Bunderte von Kaiser-Wilhelm- und Bismarck-Denkmälern ihre Entstehung verdanken, und der auch Luther, Gutenberg, Dürer und anderen großen Deutschen zugute kam. Daran erinnert Helmut Scharf in dem Band „Zum Stolze der Nation" (Die bibliophilen Taschenbücher, Dortmund, 240 S. mit zahlr. Abb., 16,80 Mark). Zugleich macht dieser Band indirekt bewußt, welches verquälte Verhältnis sich im freien Teil Deutschlands seit 1945 herausgebildet hat.

In der Nachkriegszeit ist kein großes Denkmal entstanden. Zwar wurden allerorten Statuen und Gedenksteine für die Opfer des Nationalsozialismus und des Krieges aufgestellt, aber meist – sieht man z. B. von dem Friedensengel von Gerhard Marcks neben der Mannheimer Jesuitenkirche ab – handelt es sich da mehr um Pflichtübungen als um Kunstwerke. Der nackte gefesselte Jüngling von Richard Scheibe im Hof des ehemaligen Oberkommandos der Wehrmacht in Berlin als Erinnerung an die Männer des 20. Juli 1944 verkörpert die Standardform, die eher Tribut an falsche Denkmalskonventionen als Ausdruck würdigen Gedenkens ist.

Die regelmäßig bei jedem bedeutenden Staatsbesuch in Bonn aufflammende Diskussion, ob die Stadt nicht ein ansehnlicheres Mahnmal als den bescheidenen Gedenkstein im Hofgarten brauche, entspringt allerdings nicht der Einsicht in dieses Defizit. Es ist nur eine Frage des Protokolls, dem es an einem dem Arc de Triomphe vergleichbaren Platz für ein pompöses Zeremoniell mangelt. Nicht anders war es bei dem Streit um den Adenauerkopf von Hubertus von Pilgrim, der ursprünglich vor der Adenauergedenkstätte in Rhöndorf aufgestellt werden sollte. Doch da der Familie des ersten Bundeskanzlers wie den Rhöndorfern dieses Werk mißfiel, wurde es nun recht unmotiviert auf dem Bürgersteig vor dem neuen Bundeskanzleramt plaziert. Kein Denkmal, sondern bloß eine Verlegenheitslösung.

Nur ein Denkmal der Nachkriegszeit kann sich uneingeschränkter Popularität erfreuen. Das ist das Berliner Luftbrückendenkmal, denn es symbolisiert eine Hilfe, die der Stadt in Freiheit zu überleben half. Das ist den Berlinern bewußt. Und deshalb wird das Denkmal nicht – wie die zahllosen Plastiken auf Berliner Plätzen und Straßen – nur als ein den Künstler eher als die Kunst förderner, höchst unnützer Schmuck empfunden.

Das Gegenteil verkörpert – ebenfalls in Berlin – das Reinickendorfer Kurt-Schumacher-Denkmal, ein Betonblock, aus dem rote Stahlformen hervorquellen, in die fast unsichtbar auf der einen Seite eine Bildnisplakette und auf der anderen Seite der Name und die Lebensdaten des so unzulänglich Geehrten eingelassen wurden.

Die Gründe für die Unfähigkeit zu gedenken hängen zusammen mit dem Unwillen, die Geschichte zu akzeptieren. Das wird besonders bei den Auseinandersetzungen in Hamburg um das 76er Denkmal am Dammtor deutlich. Dem jahrhundertalten Brauch, Denkmäler entweder so hinzunehmen, wie sie sind, oder sie zu stürzen, ergänzt der „progressive" Senat durch eine neue Variante: die Denunziation. Der Abriß wird zwar als „geschichtsfeindlicher Rigorismus" abgelehnt, aber das, was bleibt, will man „entlarven". Und so wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, der nur kümmerliche Ergebnisse brachte. Also wurde an Alfred Hrdlicka der Auftrag vergeben, das „kriegsverherrlichende Denkmal" in ein „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus" umzugestalten. „Ich will versuchen", erläutert Hrdlicka seinen Entwurf, „einen Schauplatz zu gestalten, der begrenzt sein soll durch rudimentäre Assoziationselemente, die an Kriegsschauplatz und an zerstörte Nazisymbole erinnern. Innerhalb dieser Arena agieren oder sterben die Helden und Opfer."

In dieser Beschreibung klingen die Schwierigkeiten bei einem Denkmal an, das einerseits „modern", andererseits aber verständlich sein soll. An diesem Dilemma ist Hrdlicka schon mit seinem Wuppertaler Engels-Denkmal gescheitert. Und Düsseldorf hat das mit dem verkrampften Heine-Denkmal (und seiner Phobie gegen jeglichen – insbesondere den originalen – Breker-Traditionalismus) belegt, indem es Bert Gerresheim die überdimensionierte liegende Totenmaske des Dichters mit Kletterstangen überspannen ließ. Die Angst, Bewunderung zu zeigen oder gar Größe uneingeschränkt zu respektieren, führt, wie dieses Beispiel zeigt, zu Verdrängungsmalen, aber nicht zu Denkmälern.

Da haben es die Münchner mit ihren kleinen Freundlichkeiten für Valentin, Weiss Ferdl oder die Karlstadt, die als Statuen den Viktualienmarkt bevölkern, leichter. Sie scheuten nicht Popularität und Verständlichkeit. Deshalb ließen sie sich auch nicht auf das Experiment ein, die Denkmäler in einer Sprache reden zu lassen, die keiner versteht. Sie begnügten sich mit einem Realismus in leichter Stilisierung.

Das aber erscheint vielen Künstlern und besonders den entscheidenden Kunstkommissionen als nicht zeitgemäß. Sie erklären, heutige Denkmäler müßten auch die zeitgenössische Kunst spiegeln. Nur leider ist das ein hoffnungsloses Unterfangen. Bis auf ganz wenige Ausnahmen – „Die zerstörte Stadt" von Ossip Zadkine zur Erinnerung an die Bombardierung Rotterdams gehört dazu – ist das nirgends gelungen. Ein abstraktes Denkmal ist allenfalls ein Blickfang. Seinen Zweck muß dann eine Schrifttafel erläutern (was allerdings auch für viele Statuen à la Scheibe mit ihrer schönen Unbestimmtheit gilt). Aber das war auch in der Vergangenheit nicht viel anders.

Wer sich unter den Denkmälern umschaut, die überall stehen, wird dort zumeist Mittelmaß und nur selten Meisterliches finden. Neben dem Niederwald-, dem Hermanns-, Völkerschlacht- oder Kyffhäuserdenkmal gibt es jedoch auch noch das Brandenburger Tor, Rauchs „Friedrich den Großen" oder Schlüters „Großen Kurfürsten". Wer ein Denkmal schaffen will, muß darauf verzichten, „sich selbst zu verwirklichen", er muß einer Aufgabe dienen. Das ist nicht leicht. Aber unmöglich ist es auch nicht. PETER DITTMAR



Aus denkmalsfreudigen Zeiten: Die „Germania" des Niederwald-Denkmals in der Werkstatt. FOTO: HARENBERG

JOURNAL

Oldenburg lag einst in der Pfalz

E. N. Bonn

Wer weiß schon, daß ein Stück des Landes Rheinland-Pfalz einmal zu Oldenburg gehörte – der Kreis Birkenfeld, in dem sich der Herzog von Oldenburg nach 1815 eine verzwickte Straße bauen ließ, damit er bei Rundfahrten nicht umliegendes preußisches Gebiet berühren mußte? Auf Besonderheiten dieser und anderer Art konzentriert sich das „Rheinland-Pfalz-Programm 1984", das in der Bonner Landesvertretung präsentiert wurde. Mainz will in Bonn seine Künstler und seinen Wein vorzeigen, sein „Partnerland Ruanda", seine regionalen Unterschiede durch Luftbild und Karte. Als Bäderland macht es sich mit Programmen von Bad Bertrich, Bad Dürkheim, Bad Ems und Bad Bergzabern bemerkbar; mit ihren Schwerpunkten Technologie und Umwelt stellt sich die Universität Kaiserslautern vor.

Neue Oper von Menotti bei der MIDEM

AFP, Cannes

Im Rahmen des klassischen Teils der 18. internationalen Musikmesse (MIDEM) in Cannes hat der amerikanische Bühnenkomponist Gian Carlo Menotti seine neueste Oper in europäischer Erstaufführung vorgestellt. „Der Junge, der zu schnell gewachsen ist" ist ein lyrisches Drama für Kinder und Erwachsene. Nach der Uraufführung in der amerikanischen Kleinstadt Wilmington inszenierte Menotti sein Werk persönlich im Festivalpalast der südfranzösischen Stadt. An der Aufführung in Cannes waren das „Centre France Lyrique", die „Jeunesses Musicales de France" und Schüler des Konservatoriums von Nizza beteiligt.

Glaspyramide für den Louvre vorgeschlagen

dpa, Paris

Der amerikanische Architekt Ieoh Ming Pei hat in Paris seinen Plan für einen zusätzlichen Bau für den Louvre der obersten französischen Denkmalskommission vorgelegt. Eine 32 Meter hohe Glaspyramide in der Mitte des vor dem heutigen Haupteingang gelegenen Innenhofes des Kunstmuseums ist dabei das auffälligste Element. Die Pyramide soll einen unterirdischen Zentraleingang und einen Parkplatz für 1000 Personenwagen und 50 Autobusse mit natürlichem Licht versorgen. Der Auszug des Finanzministeriums aus einem Seitenflügel des Louvre wird dem Museum 60 000 Quadratmeter zusätzlicher Ausstellungsfläche bringen.

Artotheken werden immer beliebter

dpa, Berlin

Das Ausleihen von Kunst wird immer beliebter. Während 1970 in der Bundesrepublik nur drei Bildereien existierten (zwei in Berlin und eine in München) und in der „DDR" lediglich eine, gab es Ende 1983 in der Bundesrepublik bereits 53 und in der „DDR" sogar über 100 Bildereien. Dies teilte der Neue Berliner Kunstverein mit. Von den westdeutschen Ausleihstätten waren 49 gemeindlich oder öffentlich unterstützt und vier privat geführt. Die meisten Bildereien arbeiten in Nordrhein-Westfalen mit 21, gefolgt von Baden-Württemberg (9), Niedersachsen (8), Berlin und Rheinland-Pfalz (je 4), Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein (je 2) sowie Bremen und Hessen (je 1). Insgesamt verfügten alle westdeutschen Ausleihstätten Ende 1982 über ein Angebot von etwa 24 000 Kunstwerken und zählten fast 45 000 Ausleihen.

Blätter von Heckel, Rembrandt und Corinth

wm. Marburg

Das graphische Kabinett des Universitäts-Museums Marburg erhielt aus dem Vermächtnis des 1983 verstorbenen Architekten Ernst Otto Hofmann aus Alsfeld die 1642 und 1651 entstandenen Radierungen Rembrandts „Die kleine Auferstehung des Lazarus" und „Die badenden Männer" sowie das 1914 radierte „Selbstbildnis" von Lovis Corinth. Außerdem gehören dazu die farbige Kreidezeichnung „Samson und Dalila" von Corinth, die um 1900 entstandene Bleistiftzeichnung „Wiener Damenbildnis" von Gustav Klimt und das 1908 gemalte Aquarell „Frauen an der Tür" von Erich Heckel. Das Universitätsmuseum veranstaltet aus diesem Anlaß in einem seiner Malerei-Kabinette im ersten Stock bis Ende Januar eine kleine Hofmann-Sonderschau.

Preise für Eric Rohmer und Ingmar Bergman

AFP, Paris

Ingmar Bergmans Film „Fanny und Alexander" ist von der französischen Filmkritik in Paris als bester ausländischer Film des Jahres 1983 mit dem „Prix Moussinac" ausgezeichnet worden. Als beste französische Produktion erhielt „Pauline à la Plage" von Eric Rohmer den „Prix Melies".

Genf: Verdis „Maskenball" unter Riccardo Chailly

Madame Mort beim Fest

Der Schweizer Franken steht hoch im Kurs. Das wissen die Sänger, und die Schweizer Opernhäuser haben den Nutzen davon. Und wenn sich gar noch das Fernsehen einschaltet und man außerdem noch klug auf internationale Coproduktion (diesmal mit Lyon) setzt, dann kann man sich halt in Genf Verdis „Maskenball" mit Luciano Pavarotti, Anna Tomowa-Sintow und Piero Cappuccilli so wie Riccardo Chailly am Pult leisten.

Am Premierenabend im schneevermatschten Genf hatte man freilich den Eindruck, als hätte sich die naßkalte Witterung doch ein bißchen auf die Stimmbänder der Singstars geschlagen. Klang nicht Pavarottis Tenor eine Spur blasser und enger als sonst? Wirkte der herrliche Verdi-Sopran der Tomowa-Sintow zuweilen nicht etwas gepreßt und angestrengt? Cappuccillis Bariton nicht momentweise etwas mühevoll? Das war wohl alles so und darf auch vermerkt werden. Aber es kann gar nichts ändern daran, daß hier Oper im herrlichsten Singformat sich ausbreitete.

Denn auch das gilt ja: Wenn sich Sänger nicht in Höchstform fühlen, dann spielen sie, dann gestalten sie mit vollem Einsatz. Oper va banque. Sicherheitsreserven werden nicht mehr einkalkuliert. Singende Automaten werden wieder zu singenden Menschen. Das ist eine Art von Musiktheater, die kein neunmalkluger Regisseur herstellen kann.

Wann je in den letzten Jahren also hat Pavarotti, dessen unschlagbare Stärke nun einmal die hohen, lauten Töne sind, es gewagt, seine Stimme so bis an die Grenze des Flüsterns zurückzunehmen? Oder das Liebesduett mit Amelia so wenig protzend und dafür geradezu zärtlich zu turteln, den grauenvollen Ort unter den Galgen vor der Stadt vergessend, ganz einfach ein Liebhaber zur Nachtzeit?

Oder Anna Tomowa-Sintow: Sie verfügt über eine vorbildliche Technik, ist eine der ganz wenigen Sopranistinnen, die in der grausam schweren Amelia-Arie „Ecco l'orrido campo" die Phrase herauf bis zum hohen C und wieder herunter auf einen Atem singen können. Aber zugleich alles Entsetzen über den mitternächtlichen Gespensterspuk da hereinzulegen, haarscharf die Balance zu halten zwischen kultiviertem Gesang und qualvollem Aufschrei, das ist ihr so wohl auch noch nicht gelungen wie an diesem Abend. Und bei Verdi ist die pure Schönheit des Gesangs ja gar nicht mehr gefragt so wie bei seinen Vorgängern des Belcanto-Zeitalters.

Auch Cappuccilli hat an diesem Abend seine stärksten Momente da, wo er ausbricht aus der gepflegten Vokallinie. Aber er singt sich am weitesten frei im Laufe der Vorstellung. Sein „Eri tu" wird zum Showstopper, und gleich hintendrein legt er noch ein paar Spitzentöne drauf, daß man sich fragt, ob an ihm nicht doch ein Tenor verlorengegangen ist. Komplettiert wurde das Ensemble kompetent von Mignon Dunn als Ulrica und von Danielle Borst mit quicker Soubretten-Koloratur als Page Oscar.

Vielleicht die wichtigste Überraschung des Abends ist Riccardo Chailly, der Dirigent. Er hat sich völlig freigeschwommen aus dem Schatten von Riccardo Muti oder Claudio Abbado, die einen so oft lehren wollen, daß Oper doch eigentlich im Orchestergraben stattfindet. Chailly ist wieder der Operndirigent, der begleiten kann, der auf Sänger hört, ohne dabei seine eigenen Vorstellungen über das richtige Tempo aufzugeben oder dem Orchester schlampige Artikulation durchgehen zu lassen. Im Gegenteil: Er ziseliert Verdis Partitur auf das Feinste, aber er stellt dies nicht über Gebühr aus. Selbstverständlich klingt die Musik – und das heißt so viel wie richtig.

Der Regisseur Jean-Marie Simon, unterstützt vom Bühnenbildner André Collin, liefert ein unaufdringliches, aber in jedem Moment stimmiges Konzept. Ein bemerkenswerter Einfall: Nach Ulricas Mordweissagung streckt aus der Volksmenge ein altes, schwarzgekleidetes Mütterchen Riccardo die Hand entgegen – Madame Mort. Sie ist, nun in großer Garderobe, auch Gast beim Maskenball. In einer einzigen Charge wird das Memento mori, das Verdis Oper durchzieht, deutlich.

REINHARD BEUTH

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Die politische Meinung

Wer langweilt sich hier?

Die von Ludolf Herrmann und Werner Ross redigierte Zweimonatsschrift der CDU, „Die politische Meinung" (53 Bonn 2, Godesberger Allee 157), wird immer interessanter. Sie widerlegt den Spruch „Die Kultur steht links", an den faule Redaktoren immer noch glauben. Man muß halt suchen – dann findet man schon unkonventionelle Mitarbeiter, die durch die andere Brille Neues sehen (oder Altes neu sehen, was noch besser sein dürfte).

Ein gutes Beispiel dafür ist in Nr. 211 Edgar Piel, promovierter Philosoph des Jahrgangs 1946, der als „Sozialforscher" am Allensbacher Institut für Demoskopie tätig ist. Man versöhnt sich mit dieser scheußlichen Berufsbezeichnung, wenn man Piels Aufsatz „Langeweile – ein deutsches Schicksal?" liest. Nach Erhebungen seines Instituts hat sich in der Bundesrepublik „zusammen mit einer unübersehbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse zugleich auch die Erfahrung der Langeweile" epidemisch ausgebreitet.

Bei diesem Stichwort denkt man an das Jahr 1968 in Frankreich. Damals erschien in „Le Monde" von einem seiner Star-Analytiker ein Artikel „Frankreich langweilt sich". Man verzog das Gesicht, aber einige Wochen später wurden die Barrikaden im Quartier Latin errichtet und die heiligen Kühe der Franzosen, ihre Autos, verbrannt. Will Piel uns eine ähnliche Explosion voraussagen?

Nun, es gilt, seinen Aufsatz genau zu lesen. Die Demoskopen vom Bodensee haben sich die Leute genauer angesehen, die über Langeweile klagen. Piel zitiert Dahrendorfs Beobachtung, daß die Arbeit zum Privileg der sozial und bildungsmäßig Bessergestellten zu werden drohe. Dem entspricht nach Piel, „daß das Erlebnis der Langeweile schon jetzt bei leitenden Angestellten oder Beamten zu Hause ist". Neben den unteren Schichten sind aber vor allem auch ältere Menschen, die nicht mehr recht in ihre Umwelt integriert sind, für das Gift der Langeweile anfällig.

Bis hierher leuchtet einem alles ein. So hatte man sich das ungefähr vorgestellt. Verblüfft ist man jedoch, wenn Piel keineswegs bei den Gelangweilten auf ein Rütteln an den Gitterstäben stößt, sondern auf etwas, was er den „Totstelleffekt" nennt – „die Tendenz, die unguten Gefühle, die man gegenüber sich selbst und der ganzen Welt entwickelt, durch zunehmende Gleichgültigkeit zu bekämpfen ... mit noch mehr Langeweile, die schon da und dort bis zur Stupidität geht".

Für Piel ist das ein Beweis dafür, daß der Mensch dazu neige, die Lösung der Probleme „immer in einer gesteigerten Dosis dessen zu suchen, was uns die Probleme eingebrockt hat". Beispielsweise sei „das auffällige Plädoyer der Gelangweilten für Gleichheit und Gerechtigkeit ... ein Beleg dafür, daß Langeweile selbst dafür sorgt, daß am Ende nichts anderes gewünscht wird als das, was Monotonie erzeugt".

Wir können all die ungewohnten Überlegungen, die Piel an seine Analyse knüpft, leider hier nicht ausbreiten. (Etwa sein Bedauern über den „Wegfall von Feindtönung der Umwelt" oder seine sarkastische Feststellung, daß Tiefschlag ein „Symptom von Zivilisation" sei.) Wir haben jedoch das Gefühl, daß ein Teil unserer Leser sich bereits des von Herrn Piel angebotenen Schlüsselchens bemächtigt hat und damit einige teils komische, teils bedrückende Erscheinungen in unserer Umwelt zu enträtseln sucht. ANTON MADLER

Die Pläne der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Der teure Herr Hetep-ni

Die Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin steigerten im vergangenen Jahr ihre Gesamtbesucherzahl gegenüber 1982 um 12 Prozent auf 1,52 Millionen – nicht zuletzt dank Picasso, dessen plastisches Werk in der Neuen Nationalgalerie großen Zulauf hatte. Damit gelang es ihm sogar, die Nofretete und das Ägyptische Museum in Charlottenburg auf den zweiten Platz zu verweisen. Das wurde jetzt auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben.

Bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz überwiegt für das laufende Geschäftsjahr der Optimismus. Die finanzielle Lage hat sich stabilisiert. Die Steigerung des Etats von rund 148 Mio. Mark 1983 auf rund 155 Mio.Mark 1984 wirkt sich in erster Linie bei den Bauinvestitionen an der „neuen Museums-Insel" am Tiergarten aus. Der Realisierung der Gemäldegalerie steht zwar noch immer das „Parey-Haus" im Wege. Die Stiftung hat jedoch den ersten Prozeß gewonnen, und Präsident Prof. Werner Knopp, selbst Jurist, sieht der letzten Instanz „mit Gelassenheit entgegen".

Im November wird das Staatliche Institut für Musikforschung mit dem Musikinstrumentenmuseum eröffnet werden. Mitte 1985 wird dann das Kunstgewerbemuseum folgen.

Die Staatsbibliothek konnte ihren Erwerbungsetat erhöhen und braucht nicht, wie ursprünglich befürchtet, die Zahl ihrer Zeitschriften-Abonnements weiter zu verringern. Auch müssen 1984 bei den Stiftungseinrichtungen keine weiteren Stellen mehr eingespart werden. Für die neuen Museen am Tiergarten sind überdies neun unbedingt erforderliche neue Stellen bewilligt worden.

Der Verzicht auf andere Ankäufe und jahrelange Sparsamkeit haben es ermöglicht, daß jetzt für das Ägyptische Museum aus Schweizer Besitz ein bemerkenswertes Kunstwerk der Zeit um 2150 v. Chr. erworben werden konnte. Es handelt sich um das 65 cm hohe Sitzbild eines Beamten aus der Steuerverwaltung. Sein Name: Hetep-ni.

Die Plastik aus Kalkstein ist für die Kunsthistoriker besonders wegen einiger zur Entstehungszeit ungewöhnlicher Stil-Merkmale interessant. An der Statue ist außerdem in wesentlichen Teilen die originale Bemalung erhalten. So wollte der Künstler an dem Sitz-Kubus die Maserung von Holz vortäuschen. Alles deutet darauf hin, daß dieses Sitzbild von einem Künstler in der Provinz geschaffen wurde, der vielleicht eine Ausbildung in der Residenz hatte.

Herr Hetep-ni muß ein rechter Gernegroß gewesen sein. In den hieroglyphischen Texten am Sitz, einem wahren Kauderwelsch, wird nicht nur mitgeteilt, daß er vom Vater geliebt, von der Mutter gelobt worden sei: Da sind auch alle möglichen Titel blumig aufgezählt, die zum Teil einer früheren Zeit oder ganz einfach der Phantasie entsprangen.

Als besonders wichtig erachtet die Stiftung am kommenden Montag die Unterzeichnung eines „Welfenschatz-Ablösungs-Vertrages", der die „vergiftete" Atmosphäre zwischen dem Bundesland Niedersachsen und der Stiftung aus der Welt schaffen wird. Kontroversen hatten sich ergeben, weil die 55 Stücke des Schatzes, die sich in Berlin befinden, aus konservatorischen Gründen nicht verabredungsgemäß regelmäßig nach Niedersachsen reisen können. Das Bundesland erhält künftig stattdessen eine Reihe von Ausstellungen mit Spitzenwerken aus Stiftungsbesitz.

PETER HANS GÖPFERT

KULTURNOTIZEN

Werke von Günther Uecker zeigt das Bielefelder Kulturhistorische Museum bis 19. Februar.

Den Maler Willi Baumeister ehrt Bordeaux derzeit mit einer Ausstellung.

Noch zahlreiche Studienplätze bietet das Oberstufen-Kolleg der Universität Bielefeld an (Bewerbungsfrist: 29. Februar).

Den Deutschen Filmpreis will die Bundesregierung auch 1984 wieder vergeben.

Mittelalterliche Wandmalereien sind in der Sakristei der Kölner Pfarrkirche St. Nikolaus im Stadtteil Dünnwald entdeckt worden.

Kunst zwischen den Zügen des Bottroper Malers Peter Wehlte zeigt das Reisezentrum des Bielefelder Hauptbahnhofs bis zum 4. Februar.

Charles Correa, indischer Architekt, ist in London mit der Königlichen Goldmedaille für Architektur ausgezeichnet worden.



Waffen für alle: A. Mueller-Stahl in dem Film „Glut" FOTO: DIE WELT

Eine Saga von Reichtum und Verderbtheit: Thomas Körfers Film „Glut"

Nur der Großvater bleibt sauber

Durch einen herbstlichen Wald irgendwo in der Schweiz laufen zwei Kinder, ein dünnes Mädchen mit riesigen Augen und ein Junge, wohlgenährt und gut gekleidet. Sie kommen zur Hütte eines rußbedeckten Köhlers. Während das Mädchen kühn die Glut schürt, steht der Junge furchtsam daneben. Viel später erst überwindet er seine Furcht vor dem Feuer, und er verbrennt als Symbol für das Ende seiner Kindheit seinen Teddybären.

Jahre später treffen sich die beiden wieder. Sie, Anna (Krystyna Janda), ist inzwischen eine erfolgreiche Journalistin geworden. Er, Andres Korb, hat das Erbe seines Vaters angetreten und leitet dessen Waffenfabrik. Aus ihrem Jugendfreund Andres aber wurde nicht das, was Anna einst erhofft hatte. Depressiv und voll von Ängsten gleicht er dem kleinen Jungen von einst. Doch während sie damals für den Jungen Mitleid empfand, verspürt sie nun für den Mann vor allem Verachtung.

Der Schweizer Regisseur Thomas Körfer versucht in seinem Film „Glut" zwei Geschichten miteinander zu verbinden, zum einen die Beziehung zwischen Andres und Anna, dem Flüchtlingskind aus dem polnischen Getto, zum anderen die Saga von Reichtum und Verderbtheit einer Familie von Waffenfabrikanten. Es ist dem Fabrikanten Korb (Armin Müller-Stahl spielt den Vater und den erwachsenen Sohn) gleichgültig, ob er die Deutschen mit seinen Kanonen beliefert oder die Engländer. Ebenso schlecht wie um das ethische Gewissen steht es bei dieser Familie um die moralischen Tugenden. Vater Korb steigt mit dem netten italienischen Dienstmädchen (Barbara Freia) ins Bett. Mutter Korb (Katharina Thalbach) treibt es dagegen mit ihrem Schwager Albert (Matthias Habich). Nur der Großvater ist in diesem Sumpf der einzig integre Pol.

In der Schilderung der Beziehung zwischen dem jungen Andres und der kleinen Anna sind Körfer einige sehr ergreifende und schöne Szenen gelungen. Die Gesichter der Kinder bleiben im Gedächtnis, auch das von Barbara Freia als liebenswertes italienisches Dienstmädchen im Hause Korb. Alles andere an dieser „Glut" zerfällt sehr rasch zu Asche.

M. v. SCHWARZKOPF

Seeamt: Die „Kampen“ war nicht seetüchtig

Nach zweitägiger Verhandlung fällte Hamburger Behörde einen vernichtenden Spruch / Erhebliche Mängel als erwiesen angesehen

DIETER F. HERTEL, **Hamburg**

Der Hamburger Frachter „Kampen“, ein Schiff von 3982 Bruttoregistertonnen, geriet am 1. November 1983 vor der isländischen Südküste in Seenot. Das Schiff kenterte nach einem Orkan und versank. Sieben Seeleute, unter ihnen der Kapitän, verloren ihr Leben. Sie ertranken oder starben in den Armen ihrer Retter an Unterkühlung. Nur sechs Mann überlebten die Katastrophe. Sie verdanken ihr Leben isländischen Fischern, die ihnen trotz eigener Lebensgefahr zu Hilfe eilten.

Gestern zog das Hamburger Seeamt den offiziellen Schlußstrich. Das Schiff war erst im März 1983 von der Bauwerft in der Volksrepublik China bei der Reederei „Schulauer Schiffahrtskontor“ abgeliefert worden. Hauptzeuge in der Seeamtsverhandlung war Jan Garbers, der Erste Offizier der „Kampen“. Zu angeblichen Mängeln des Schiffes konnte er sich nicht äußern. Er war erst zwei Wochen vor dem Untergang an Bord gekommen.

Nach vielstündiger Verhandlung und der Anhörung mehrerer Sachverständiger fällte das Seeamt einen schwerwiegenden Spruch: „Das Schiff hätte seine letzte Reise gar nicht antreten dürfen. Es war infolge einer Kombination von Mängeln nicht seetüchtig.“

In den Laderaum drang Wasser ein

Als entscheidenden Mangel sah das Seeamt die Tatsache, daß die Lukendeckel der „Kampen“ nicht dicht schlossen. Bei einer Prüfung vor der Beladung hatte sich gezeigt, daß besonders an der Backbordseite der Luken Wasser in den Laderaum eindrang. Hinzu kam, daß die Ladung – Kohle für ein Zementwerk auf Island – mit einem Wassergehalt von 10,9 Prozent sehr feucht war. Es bestand die Gefahr, daß die Ladung allein durch die Schiffsbewegung zu Brei wurde. Diese Gefahr wurde durch Wassereinbrüche in den Laderaum dann tatsächlich akut.

Hinzu kam, daß die „Kampen“ den Hafen Amsterdam überladen verließ. Ihr Tiefgang lag um sechs Zentimeter über dem Höchstwert für den Winter im Nordatlantik. Daß dort, auf dem Wege zur isländischen Westküste, mit sehr schlechtem Wetter zu rechnen war, mußte der Kapitän wissen. Ihm war auch bekannt, daß bei einer früheren Reise Zwischendeckslukendeckel losgerissen waren. Sie hatten Löcher in die Wand zwischen Laderaum und Backbord-Ballasttank geschlagen. Diese Löcher waren nicht repariert worden. Durch den nachträglichen Einbau von zwei Kränen auf der Backbordseite bekam das Schiff eine Neigung, die offenbar nicht vollständig ausgeglichen wurde (durch Gegentrimmung der Ladung beispielsweise). Auch im Orkan vor dem Untergang des Schiffes hatten sich diese Deckel wieder losgerissen. Sie schlugen polternd gegen das Schott zum Maschinenraum.

Die „Kampen“ hatte auf ihrer letzten Reise statt der vorgeschriebenen 17 nur 13 Mann an Bord. Es fehlte vor allem der Funkoffizier. Er hätte in den letzten Stunden des Schiffes die Schiffsführung entlasten können. Er hätte wohl auch dafür gesorgt, daß der SOS-Ruf auf der Notrufwelle hinausging – und nicht auf der Küstenfunkwelle. Damit ging wertvolle Zeit für die Rettungsarbeiten verloren.

Es lasse sich nicht mehr aufklären, so formulierte es das Seeamt, ob die Reederei vom Zustand ihres Schiffes unterrichtet gewesen sei. Alles deute aber darauf hin, daß Kapitän Helmut Thomsen die Entscheidung zum Auslaufen „maßgeblich getragen“ habe. Er habe aber angesichts des Zustandes der „Kampen“ vom Auslaufen absehen müssen. Dem überlebenden Ersten Offizier sei kein Verschulden am Untergang des Schiffes anzulasten. Er sei noch zu neu an Bord gewesen, als daß man ihn für Mängel verantwortlich machen könne.

Gutachten wurde nicht berücksichtigt

Das Seeamt schloß sich damit nicht dem Hamburger Seerechtler Professor Jürgen Lebuhn an. Dieser hatte, gestützt auf ein abweichendes Sachverständigen-Gutachten, die Ansicht vertreten, die „Kampen“ sei seetüchtig gewesen, die Mängel nicht bewiesen. Er meinte: „Ursache für den Schiffsuntergang war allein das selbst für dieses Seegebiet ungewöhnlich schlechte Wetter.“



Treppenwitz In Paris fotografiert von J. J. ENGELS

LEUTE HEUTE

Heimkehr nach Budapest

Gegen den schwerreichen griechischen Olivenölfabrikanten **Efthymios Moschachlaides** (55) ist ein Verfahren wegen Anstiftung zum Diebstahl und Übernahme von sechs der sieben italienischen Meisterwerke eingeleitet worden. Die Bilder waren seit November vergangenen Jahres aus dem Budapester Museum verschwunden. Der Grieche, der von einem der geständigen Bilderdiebe schwer belastet wird, bestreitet die Vorwürfe. Inzwischen sind die Bilder in einer Sondermaschine nach Budapest zurückgebracht worden.

Hochherzige Spende

Andrew Greeley, ein amerikanischer Priester, stiftete der Universität Chicago 3,3 Millionen Mark. Damit soll ein Lehrstuhl für römisch-katholische Glaubensfragen errichtet werden. Greeley: „Ich war Student an dieser Universität, an der ich auch zehn Jahre lang unterrichtet habe, aber die Professur hat man mir verweigert. Ein anderer soll jetzt mehr Glück haben.“ Das Geld hat Greeley als Autor zweier Bestseller („The Cardinal Sins“ und „Thy Brother's Wife“) verdient.

Qualmender Beweis

Dicke Luft herrscht oft im englischen Oberhaus, wenn Lords und (wenige) Ladys über Politik diskutieren. So auch, als sich jetzt die Fraktionen über ein Antirauchergesetz einigen konnten. Ein erhellender Vorschlag kam schließlich von einem Lord, der am 18. Oktober dieses Jahres seinen 100. Geburtstag feiern wird: Lord **Emmanuel Shinwell**. Der Labour-Lord erklärte dem Oberhaus, es gebe nichts Gesünderes, als Pfeife zu rauchen. Der Beweis: „Ich habe es zum ersten Mal 1893 versucht.“

Professor während der Vorlesung tödlich verletzt

AP, **Köln**

Seinen schweren Schußverletzungen, die er bei einem Anschlag einer Studentin in der Kölner Universität am Dienstagnachmittag erlitten hat, ist der 49jährige Professor Hermann Greive gestern in der Kölner Universitätsklinik erlegen. Eine 32 Jahre alte Studentin hatte während der Vorlesung auf Greive und den Leiter des Martin-Buber-Instituts der Kölner Universität, Professor Johann Maier, geschossen. Der 51jährige Institutsleiter erlitt dabei leichtere Verletzungen.

Nach Angaben der Polizei hatte die festgenommene Frau kurz nach dem Betreten des Vorlesungsraums aus einer Vorderladerpistole das Feuer auf Greive eröffnet. Als der Institutsleiter seinem getroffenen Kollegen zu Hilfe eilen wollte, habe die Studentin mit einer zweiten Waffe auf Maier geschossen. Nach Augenzeugenberichten soll sie geschrien haben: „Jetzt bringe ich alle um.“ Erst als sie eine dritte Waffe gezogen habe, sei sie von Studenten überwältigt worden. Laut Polizei hatte sie zehn Pistolen bei sich.

Die offenbar geistig verwirrte Frau ließ sich nach Angaben von Beamten widerstandslos festnehmen. Über ihr Motiv bestand zunächst noch Unklarheit. Sie habe, so hieß es, vor einiger Zeit ihre Magisterprüfung abgelegt, sei jedoch im Judaistik-Examen zweimal durchgefallen.

Gift-Anschlag

AP, **Frankfurt**

Eine 30jährige Angestellte aus Frankfurt ist am 7. Dezember beinahe Opfer eines Giftanschlages geworden. Wie die Polizei erst gestern mitteilte, war die Frau auf der Straße zusammengebrochen, nachdem sie einen stechenden Schmerz im Gesäß gespürt hatte. Ein Gutachten ergab jetzt, daß ihr der gefährliche Wirkstoff Alkaloid injiziert wurde. Die Suche nach einem von der Frau vage beschriebenen Mann verlief bisher ergebnislos.

Indianer-Überfall

dpa, **Lima**

Rund 50 mit vergifteten Pfeilen bewaffnete Indianer haben einen Straßenbautrupp im ostperuanischen Amazonas-Dschungel angegriffen. Dabei wurden drei Arbeiter verletzt. Beim Auftauchen von Armeehubschraubern zogen sich die Indianer zurück.

Stau-Problem

AP, **Stuttgart**

Autofahrer, die durch Stuttgart fahren, können sich nicht mehr auf den Verkehrsfunk verlassen. Das baden-württembergische Innenministerium hat nach einem Versuch beschlossen, sogenannte typische Stauungen nicht mehr im Verkehrsfunk zu melden, weil ortskundige Autofahrer sonst auf Schleichwege durch Wohngebiete ausweichen würden.

Nervenzusammenbruch?

dpa, ***Hildesheim***

Die wegen Totschlags an dem mutmaßlichen Mörder ihrer Tochter Anna im März vergangenen Jahres zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilte Marianne Bachmeier ist seit dem 12. Januar in der psychiatrischen Abteilung des Hildesheimer Landeskrankenhauses. Ihre Anwälte und die Behörden verweigerten jede Auskunft. Nach Zeitungsberichten soll Marianne Bachmeier einen Nervenzusammenbruch erlitten haben und akut selbstmordgefährdet sein.

ZU GUTER LETZT

„Sekretärinnen, das ‚charmante Diktatwiedergabegerät'.“ Überschrift einer Presseinformation der Philips Kommunikations Industrie AG.

Rumäniens Jahrhundert-Werk soll bald unter Wasser stehen

Der Donau-Schwarzmeer-Kanal, 4,5 Milliarden Mark teuer, steht kurz vor der Fertigstellung

DW. **Bukarest**

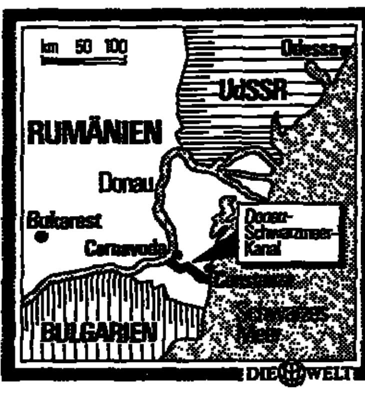
Seit mehr als einem Jahrhundert schon träumten Ingenieure, aber auch die Herrscher Europas von einem großen Kanal, der den Westen Europas mit dem Osten verbinden sollte. Heute, nach gut 35 Jahren harter Arbeit läßt Rumänien diesen alten Traum wahr werden. Der Donau-Schwarzmeer-Kanal, fast 61 Kilometer lang, steht kurz vor der Fertigstellung.

Mit 1,7 Milliarden Dollar (ca. 4,5 Milliarden Mark) ist der Kanal nicht nur das größte, sondern auch das teuerste Projekt, das Rumänien sich je geleistet hat, und die Regierung des Nicolae Ceausescu kann ihren Stolz kaum verhehlen. „Wir glaubten an die Menschen in diesem Land, als wir beschlossen, den Kanal zu bauen, und die Fertigstellung beweist, daß wir damit richtig lagen“, schwärmte Nicolae Hirjeu, Minister für Transport und Kommunikation, dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ vor.

Der Kanal ist ohne Zweifel für ganz Europa von außerdordentlicher Bedeutung. Er erspart dem Schiffsverkehr einen Umweg von fast 400 Kilometern über die Donau-Mündung, macht es auch größeren Schiffen möglich, in das weitverzweigte Fluß- und Kanalsystem Osteuropas einzufahren und schenkte Rumänien schließlich noch einen neuen, hochmodernen, gut ausgerüsteten Schwarzmeerhafen – Konstanza.

Die Rumänen hoffen nun, daß die Wasserstraße den Schiffsverkehr beleben wird und daß über die Gebühren auch gebührend harte Westwährung in die leere Staatskasse fließt. Die rumänische Presseagentur jubelte gar, daß sich der Kanal alleine durch die Umleitung der Fracht von der Straße auf den bequemeren Wasserweg in den nächsten 25 Jahren bezahlt mache.

Bei all seinen Vorzügen – die Geschichte der Entstehung ist ein eher finsteres Kapitel. Der Kanal wurde schon kurz nach dem Krieg in Angriff genommen – wie in den Bruderstaaten ein Mammutprojekt zum Ruhm und zur Ehre des real existierenden Sozialismus. Zunächst zog das Abenteuer Tausende von enthusiastischen Freiwilligen und „Jugendbrigaden“ an. Als aber die stalinistischen Greuel ihren Höhepunkt erreichten, blieb dies auch nicht ohne Auswirkung auf den Bau des Kanals. Mehr als 60 000



Dissidenten, Priester, Magyaren und Landbesitzer wurden zur Zwangsarbeit an der Riesenbaustelle verurteilt. Viele von ihnen überlebten die unmenschlichen Strapazen nicht.

Als Stalin starb, wendete sich das Interesse schnell von dem Renommier-Projekt ab, die Arbeiten wurden eingestellt. Es sollte rund 20 Jahre, bis zum Jahre 1973, dauern, bis sie wiederaufgenommen wurden. Diesmal rückten 30 000 gut ausgerüstete Soldaten und Facharbeiter an.

Bis zur Eröffnung, so heißt es in Regierungskreisen, seien nur noch ein paar Tests und die Feiern fällig. Vergessen sind inzwischen die enormen Schwierigkeiten, die während der langen Bauzeit immer wieder, vor allem im konstruktiven Bereich, auftraten. Die, so betont man heute, seien jedoch alle ohne fremde Hilfe bewältigt worden. Besonders stolz ist man auf die Idee, an einigen Stellen den Kanal durch die Einleitung von aufgeheiztem Wasser aus Kernkraftwerken auch in strengen Winterperioden eisfrei zu halten.

Kritiker deuten jedoch heute schon an, daß all dies kaum die Nachteile aufwiege, die dem ohnehin von einer Wirtschaftskrise geschüttelten Rumänien entstanden seien. Sie vergleichen es immer noch mit jenen großen Anstrengungen, die während der Stalin-Ära auf vielen Gebieten im Ostblock unternommen wurden, ohne daß sie letztlich einwandfrei arbeiteten oder den Menschen eine spürbare Verbesserung der Lebensqualität gebracht hätten. Das Land mußte sich mehr als 300 Millionen Dollar im Ausland borgen und gab darüber hinaus Millionen wertvoller Devisen für den Kauf von Ausrüstungen aus.

Dies alles zu einer Zeit, in der die Regierung ihren Bürgern schärfste Sparmaßnahmen auferlegt hat. Um mehr Öl und Gas an den Westen verkaufen zu können und so wertvolle Devisen hereinzubekommen, wurde mit zum Teil drastischen Mitteln die Halbierung der Energie erzwungen. Läden, Hotels und auch Wohnungen bleiben immer häufiger dunkel, auch über Tag. Das offizielle Rumänien aber läßt sich davon kaum beeindrucken. Ceauscescu sprach gar schon von der nächsten Herausforderung: ein zweiter Kanal, der die Hauptstadt Bukarest mit der Donau verbinden soll.

Herstatt-Prozeß auf unbestimmte Zeit unterbrochen

dpa, **Köln**

Der Kölner Herstatt-Prozeß ist gestern wie erwartet unterbrochen worden, ohne daß ein Zeitpunkt für die Wiederaufnahme bestimmt wurde. Die Verteidiger des 70jährigen Iwan D. Herstatt, des ehemaligen Chefs der 1974 zusammengebrochenen Kölner Herstatt-Bank, hatten fristgerecht Beschwerde gegen die Fortsetzung der Hauptverhandlung in Abwesenheit ihres Mandanten eingelegt.

Im Gegensatz zur 16. Großen Strafkammer des Kölner Landgerichts vertreten die Rechtsanwälte Günter Petri und Helge Millinger die Auffassung, Herstatt habe seinen schlechten Gesundheitszustand und damit seine Verhandlungsunfähigkeit nicht schuldhaft und vorsätzlich herbeigeführt. Somit sei eine Verhandlung in Abwesenheit unzulässig. Eine detaillierte Begründung ihres Einspruchs lehnten sie dpa gegenüber ab. Der 70jährige Angeklagte, dem Untreue und betrügerischer Bankrott angelastet werden, liegt seit dem 6. Dezember vergangenen Jahres in einer Kölner Klinik.

Die Beschwerde, die aufschiebende Wirkung hat, ist nicht direkt beim zuständigen Oberlandesgericht (OG) Köln, sondern im Landgericht per Brief abgegeben worden. Dadurch wird der Instanzenweg verlängert, was aber nach der Strafprozeßordnung zulässig ist. Obwohl mit Blick auf die im Juni drohende Verjährung der angeklagten Straftaten davon ausgegangen werden kann, daß alle beteiligten Juristen um eine schnelle Behandlung des brisanten Falles bemüht sein werden, kostet der „Instanzen-Weg“ vermutlich einige Tage Zeit. Es scheint daher fraglich, ob die OLG-Richter bis zum kommenden Dienstag ihre Entscheidung getroffen haben werden. An diesem Tag wollte das Landgericht die Hauptverhandlung fortsetzen.

Mit Laserstrahlen gegen ein windiges Problem

Deutsche gehen neue Wege bei Erforschung gefährlichen Phänomens

A. BÄRWOLF, **Hamburg**

Mit Laserstrahlen wollen deutsche Forscher eines der in der Verkehrsluftfahrt am meisten gefürchteten Naturphänomene erhellen. Das in den Luftraum vor den Start- und Landebahnen ausgestrahlte Laserlicht soll eine abrupte Änderung von Windgeschwindigkeit und Windrichtung entlang des Flugweges frühzeitig erkennen, damit die Piloten noch gewarnt werden können. Die gefürchtete „Windscherung“ ist die Ursache mehrerer Flugzeugkatastrophen mit insgesamt mehr als 500 Toten gewesen.

Eine besonders gefährliche Variante der „Windscherungen“ sind die sogenannten „Microbursts“, ganz intensive und plötzlich auftretende Abwinde. Die großen Jets mit ihrer ungeheuren Motorenkraft verlieren im Start plötzlich an Höhe. Es kommt zu einem Auftriebsverlust. Die Strömung an den dicken gepfeilten Tragflächen reißt ab. Ohne rechtzeitige Warnung sind die Piloten machtlos. Die Maschine schmiert ab.

Der Einsatz von Laserstrahlen zur Warnung vor der „räumlichen Änderung des Windvektors“, wie die Meteorologen das noch kaum erforschte Abwindphänomen nennen, würde so vor sich gehen: Die Lasergeräte befinden sich in containerähnlichen Behältern auf dem Flugplatz. Die Laser sind Kohlendioxid-Laser. Sie sind „augensicher“. Das Laserlicht wird durch Dunstpartikel reflektiert. Die Frequenzänderung des reflektierten Signals wird nach dem Doppler-Prinzip gemessen. Bei Windscherung gibt es Alarm.

Das System ist allerdings noch längst nicht einsatzreif. Es wird jedoch gegenwärtig schon zur Erforschung eines anderen Luftfahrtproblems eingesetzt. Auf dem Frankfurter Flughafen messen Kohlendioxid-Laser die sogenannte Wirbel-Schleppenturbulenz. Dies sind gefährliche Wirbel, die die Jumbos hinter sich herziehen. Die Luftwirbel können kleinere Flugzeuge, die nach einem Jumbo starten, zum Absturz bringen. Ziel der Versuche des Deutschen Wetterdienstes und der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luftfahrt ist es, die Startstaffelung der Maschinen zu überprüfen.

Das Problem der Windscherung ist in Amerika wegen der klimatologischen Unterschiede größer als in Europa. Die oft tödliche Windscherung (Windshear) tritt vor allem in der Nähe starker Gewitter auf. Die Amerikaner hatten schon 1982 auf mehr als 60 Jet-Flughäfen Warnsysteme installiert, die bei turbulenten Windverhältnissen mit starken Abwinden Alarm schlagen. Bei diesem System vergleichen Computer Windgeschwindigkeit und Windrichtung an der Flughafen-Peripherie mit den Winddaten in Flugplatzmitte.

Dennoch war es auf dem mit diesem Warnsystem ausgerüsteten Flughafen New Orleans im Juli 1982 zu der durch Windscherung verursachten zweitschwersten Katastrophe in der amerikanischen Luftfahrtgeschichte gekommen. Zweimal vor dem Start einer Boeing 727 der PanAm war die Windwarnung ausgestrahlt worden. Die Maschine hatte im Start plötzlich den gefürchteten Auftriebsverlust und stürzte ab. 153 Tote.

Die amerikanische Luftfahrtbehörde FAA rät den Piloten, bei Windscherung Geschwindigkeit in Höhengewinn einzutauschen. Bei Vollschub im Start können jedoch nur 30 oder 40 km/h Fahrt aufgegeben werden. Sonst schmiert die Maschine ohnehin ab.

WETTER: Niederschläge

Wetterlage: *Nach kurzer Wetterberuhigung greifen im Tagesverlauf von Westen her die Fronten eines atlantischen Sturmtiefs auf Deutschland über.*

Vorhersage für Donnerstag:

Gesamtes Bundesgebiet und Berlin: Anfangs gebietsweise aufgelockerte, im Tagesverlauf von Westen her rasch verdichtende Bewölkung und nachfolgend länger andauernder Schneefall, im Westen in tieferen Lagen zum Teil Regen. Höchste Temperaturen in Gefrierpunktnähe, in der Nacht zum Freitag nur geringe Abkühlung. Schwacher bis mäßiger, im Tagesverlauf böig auffrischender Wind um Süd.



Weitere Aussichten:

Wechselhaft mit weiteren Niederschlägen als Schnee oder Schneeregen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	19°
Bonn	2°	Kopenh.	1°
Dresden	0°	Las Palmas	16°
Essen	0°	London	3°
Frankfurt	2°	Madrid	5°
Hamburg	1°	Mailand	10°
List/Sylt	–1°	Mallorca	15°
München	–1°	Moskau	–8°
Stuttgart	0°	Nizza	12°
Algier	15°	Oslo	–13°
Amsterdam	–1°	Paris	3°
Athen	11°	Prag	1°
Barcelona	10°	Rom	9°
Brüssel	2°	Stockholm	–6°
Budapest	2°	Tel Aviv	16°
Bukarest	8°	Tunis	15°
Helsinki	–8°	Wien	3°
Istanbul	11°	Zürich	1°

*Sonnenaufgang am Freitag: 8.09 Uhr, Untergang: 17.01; Mondaufgang: 3.32 Uhr, Untergang: 12.19 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Kleine Beutel erinnern an den großen Sohn

S. HELM, **Ballyporeen**

Die 300 Einwohner des Dorfes Ballyporeen in der irischen Republik sind wie elektrisiert. Sie haben eine Botschaft des Weißen Hauses erhalten: Der größte Sohn ihrer Grafschaft Tipperary, US-Präsident Ronald Reagan, hat seinen Besuch angesagt. Er will in Ballyporeen auf den Spuren seiner Vorfahren wandeln. Genealogen orteten erst vor drei Jahren Ballyporeen als die Wiege der Reagans und klärten damit die Frage der europäischen Herkunft des US-Präsidenten.

Er hat nun zugesagt, am Rande des Wirtschaftsgipfels, der am 7. Juni in London beginnt, zu einem Abstecher auf die Grüne Insel zu kommen. Das hat die Bewohner von Ballyporeen in fieberhafte Aktivität versetzt. Seitdem geht es dort fast so zu wie vor dem Beginn der Pilgersaison. Denn der hohe Gast soll nicht nur beschenkt werden. Man hofft im Fahrwasser seines Besuches auch auf gute Geschäfte, ja, den Beginn eines regelrechten Fremdenverkehrs.

Den Leuten, die auf dem Heimatboden von Ronnie Reagans Ahnen wandeln wollen, soll etwas geboten werden. John und Mary O'Farrell haben sich mit gesundem Geschäftssinn auf den bevorstehenden Reagan-Boom eingestellt. Sie füllen Riechbeutel mit authentischem Torf vom Dorfanger ab, die noch für 1,20 Mark zu haben sind. Der Torf stammt nicht von einem beliebigen Anger, sondern von der Stelle, wo das Cottage stand, in dem Ronald Reagans Vorfahren vor nunmehr 140 Jahren das Leben wegen der großen Hungersnot gar zu schwer wurde, so daß sie alle Brükken hinter sich abbrachen und auswanderten.

Mary O'Farrell, die die Beutelchen mit „Reagan-Erde“ in ihrem Laden für Kunstgewerbe feilbietet, verriet: „Ich habe den Torf mit eigenen Händen gestochen.“ Ihr Mann John hat die Zeichen der neuen Zeit als erster erkannt und sein Pub zu Ehren des großen Sohnes umbenannt in „Ronald Reagan Lounge“. Wenige Wochen, nachdem die Stammbaumforscher fündig geworden waren, hatte Ballyporeen sein Reagan-Pub. John O'Farrell, der schon mehrere Male in den USA war und vom Präsidenten empfangen wurde, tat bereits das seine zur Legendenbildung. Sein Pub sei schon 200 Jahre alt. „Deshalb bin ich überzeugt, daß Präsident Reagans Vorfahren in meiner Bar getrunken haben.“

Gemeinderatsmitglied Con Donovan orderte gleich nach Bekanntwerden der Nachricht des Weißen Hauses einen neuen Vorrat von „Ronnie Reagan“-T-Shirts. Die ersten waren vor rund einem Jahr in Auftrag gegeben worden, als erstmals Gerüchte über einen bevorstehenden Besuch Reagans aufkamen.

Ein Sprecher der Regierung in Dublin versicherte, man werde „außerordentlich erfreut sein“, den Präsidenten bei sich begrüßen zu können. Die Sicherheitsvorkehrungen sollen erörtert werden, sobald der genaue Besuchstag im Juni feststeht.

Irland wäre nicht Irland, wenn in den Pubs und Bars nicht gleich sarkastisch über das große Ereignis hergezogen würde. Schon jetzt wollen Lästerzungen ganz genau wissen, daß Reagan nicht als Gefühlsmensch, sondern als Realpolitiker kommt, der auf die große irischstämmige Wählerschaft bei den im Herbst anstehenden amerikanischen Präsidentschaftswahlen schielt. Das freilich ist der irischen Fremdenverkehrszentrale einerlei. (SAD)

Das Ende eines Versuchs

H. WEISSENBERGER, **Paris**

Die „Operation Point Rubis“ in der französischen Stadt Saint-Etienne, die als „Musterversuch“ für ein neues System des rechnungs- und bargeldlosen Einkaufs gedacht war, wird jetzt vorzeitig abgebrochen. Nicht, weil das System nicht funktionierte, sondern weil es zum Streit um die Kosten kam.

Die Initiative ging von einer Bank aus

Auf Initiative einer regionalen Großbank hatten sich vor zehn Monaten die Banken am Ort und 220 Ladengeschäfte bereit erklärt, an der Testoperation teilzunehmen. Bei der Großbank wurde ein Zentralcomputer aufgestellt, der mit den Computersystemen der anderen Banken und Terminals in den 220 Geschäften verbunden war. In den Geschäften wurde der Rechnungsbetrag in den Terminal eingegeben und die Kunden tippten auf einem kleinen Handterminal, ähnlich einem Telefon, lediglich die Nummer ihrer Scheckkarte und einen persönlichen Geheimcode ein. Der Terminal im Laden gab automatisch Rechnungsbetrag und Scheckkartennummer an den Zentralcomputer weiter. Dieser stellte in Sekundenschnelle fest, ob das genannte Konto gedeckt war. Gleichzeitig belastete der Zentralcomputer die Konten bei den verschiedenen Banken mit den gebuchten Beträgen.

Allein im Monat Dezember benutzten 400 000 Kunden in Saint-Etienne das System. Der Ärger begann, als die Banken die anfangs vereinbarte Mietgebühr für die Ladenterminals von 50 Franc (16,50 Mark) pro Monat auf 200 Franc (65,50 Mark) erhöhten und von den Umsätzen einen „Unkostenbeitrag“ von 1,2 Prozent kassierten.

Doch an den Kosten entzündete sich Streit

Die angeschlossenen Geschäftsleute behaupteten, damit nicht mehr auf ihre Kosten zu kommen. Sie forderten, daß die Mietgebühr bei 50 Franc bleiben und der Unkostenbeitrag angesichts des Erfolgs des Systems auf 0,4 Prozent herabgesetzt werden solle. Die Banken lehnten ab, und nun beschlossen die Geschäftsleute, ihre Verträge für die „Operation Point Rubis“, die eigentlich ein Jahr lang laufen sollten, vorzeitig zu kündigen. (SAD)

Mahathir setzte Akzente, die sein Land zum Beispiel in Asien machten

Von M. WEIDENHILLER

Wer von Malaysia sprach, fand lobende Worte, kaum Tadel. Seit Jahren schon. Von Kontinuität in der Politik war die Rede, von beeindruckendem wirtschaftlichem Wachstum und geringer Inflation, von rasantem Aufbautempo. In der Tat bietet dieser südostasiatische Staat alle Voraussetzungen, um ein begehrenswertes Modell eines Entwicklungslandes abzugeben. Es verfügt über eine funktionierende Demokratie und eine gute Infrastruktur, über ein reiches Potential an Menschen und Material. Es ist der Welt größter Exporteur von Zinn, Kautschuk und Palmöl; seine Wälder sind reich an Holz, in seinem Boden lagern Öl und Gas.

Aber die weltweite Rezession ließ den Bedarf westlicher Länder an Malaysias Rohstoffen zurückgehen. Konnte Kuala Lumpur in den siebziger Jahren noch stolz auf ein Wachstum von acht Prozent hinweisen, rutschte es 1982 auf 4,8 Prozent ab, und es ist weiter rückläufig. Ein Boom klingt ab.

Kuala Lumpur, die Hauptstadt, symbolisierte den schnellen Fortschritt. Wolkenkratzer und Luxushotels schossen in die Höhe, ein aufwendiges Parlamentsgebäude, eine prächtige Moschee wurden gebaut. Auch andernorts griff die Bauwut um sich. Hafen- und Industrieanlagen entstanden, Kraftwerke und Straßen. Mittlerweise hat die Regierung Mahathir einige der ehrgeizigen Vorhaben verschieben oder gar streichen müssen, um sich der neuen wirtschaftlichen Realität anzupassen.

Neue Akzente setzte Mahathir schon 1981, als er das Amt des Premiers übernahm. „Look East" lautete seine Parole, und er nahm sich Japan und Südkorea als nachahmenswerte Beispiele der Entwicklung und des Fortschritts zum Vorbild. Was den Premier und seine Technokraten so fasziniert, sind fernöstliche Arbeitsdisziplin und Fleiß, Effizienz und Loyalität gegenüber dem Unternehmen, Unterordnung des persönlichen Interesses unter das der Gruppe, letztlich der Nation.

Die Regierung kündigte die Bildung des sogenannten „Malaysia-Incorporated"-Konzepts an – in Nachahmung der japanischen „Sogo Shoshas" (Handelshäuser). Dieses Konzept bedeutet, so heißt es in einem intern kursierenden Informationsblatt, daß „Malaysia sich als eine Gesellschaft fühlen soll, in der Regierung und Privatsektor Eigentümer und Arbeitnehmer in einem sind. Beide müssen sich um den Erfolg bemühen ... um so zur nationalen Entwicklung beizutragen." Das Rezept verschrieb, so scheint es, aber keine Wundermedizin. Ein führender Politiker wird mit seinem Urteil über die malaysischen Sogo Shoshas so zitiert: „Kaum waren sie geboren, verfielen sie in einen tiefen Schlaf."

Die fleißigen Japaner, die Mahathir so schätzt, haben seine Landsleute offenbar wenig beeindruckt. Die ohnehin tüchtigen Chinesen bedürfen eines anspornenden Vorbildes nicht; die Malayen sind eben Lebenskünstler: Ein langer Arbeitstag hat viele kurze Pausen. So bedurfte es der Stechuhr und eines Punkte-Leistungssystems, um den Angestellten im öffentlichen Dienst die neue Arbeitsmoral näherzubringen.

In einer Kritik an Europa findet die „Look East"-Politik ihr Gegenstück. Mahathir wertet den Wohlstand des Westens, den er letztlich auch für sein Land anstrebt, als hemmend für den Willen zur Leistung. Das früher traditionell prowestlich orientierte Land macht Front vor allem gegen die früheren Kolonialherren. „Buy british last", heißt seit drei Jahren die Devise. Und die eigene Sprache Bahasa Malaysia soll über die englische triumphieren.

Mahathir setzte auch außenpolitisch neue Akzente: Vorrang erhielt die Zusammenarbeit mit den Asean-Partnern, den islamischen (arabischen) Ländern und den Blockfeien. So gewann er an Prestige und Statur.

Innenpolitisch erhielt der Reform-Premier eher schlechte Noten. Sein Führungsstil wurde als autokratisch bewertet; seine Gangart ist vielen zu rasch und zu ungestüm, wie sich dies beim Zugriff auf die Rechte der Sultane zeigte. So jedenfalls dachten einige. Er steuerte damit auf eine Verfassungskrise zu. Sorge bereitete in letzter Zeit auch die zunehmende Aktivität islamischer Extremisten, offensichtlich Sendboten Khomeinis.

Im vergangenen Jahr wurden in Malaysia eine Islamische Bank eröffnet und eine Islamische Universität gegründet. Bei religiösen Gesetzen wird der Staat künftig darüber befinden, ob sie mit islamischen Grundsätzen in Einklang stehen. Mahathir ernannte einen der schärfsten Kritiker aus den Reihen der Moslems, den Führer der Jugendorganisation der malaysischen Moslems, Anwar Ibrahim, zum Minister für Kultur, Sport und Jugend.

Eine durchgreifende Islamisierung muß zwangsläufig das Fortschrittsstreben der Regierung Mahathir stören; eine religiöse Agitation trifft das Land auch dort, wo es am empfindlichsten ist, im Zusammenleben seiner Volksgruppen. Malaiische Sarongs, chinesische Cheongsams, leuchtende indische Saris, weiche Turbane und steife Hüte mögen im Straßenbild hübsch anzusehen sein und äußerlich einer friedlichen Einheit in der Vielfalt gleichen. Aber die Kluft zwischen Malaien, Chinesen und Indern decken sie nicht zu. Schon einmal, 1969, kam es zu blutigen Rassenunruhen. Zu schroff waren – und sind immer noch – die wirtschaftlichen und kulturellen, die sozialen und religiösen Gegensätze. Die Chinesen sind die Herren des Handels, der Finanzen. Die Bumiputras, die Söhne der Scholle, wie die Malaien heißen, dominieren in der Politik, der Verwaltung. Sie wohnen vor allem auf dem Land.

Malaysia steht mit einem Pro-Kopf-Einkommen von *1860 US-Dollar* im Jahr zwar an der Spitze der Entwicklungsländer, aber der Wohlstand ist ungleich verteilt. So ist es das erklärte Ziel der Regierung, die Reichtümer gerechter zu verteilen. Nutznießer sind die Malaien. Gehörten ihnen 1971 nur 4,3 Prozent des Volksvermögens, erreichten sie 18 Prozent im Jahr 1982; 1990 sollen es 30 Prozent sein, der Rest verbleibt in der Hand der Chinesen, Inder und Ausländer. Bei diesem Vorhaben will die Regierung aber gleichzeitig das Kunststück vollbringen, Chinesen und Inder nicht zu diskriminieren. Tatsächlich haben Malaien es leichter, unter gewissen Bedingungen beispielsweise einen Studienplatz zu erobern, einen Kredit zu bekommen. Und zweifelsohne nutzen sie die Chance, voranzukommen und haben dabei häufig kaum mehr als ihr Malaientum in die Waagschale zu werfen. Mahathir aber drohte: „Malaie zu sein, ist kein Freibillet."

Das ethnische Problem bleibt innenpolitisch vordringlich. Außenpolitisch ist es die andauernde Besetzung Kambodschas durch Vietnam. Die Regierung Mahathir vertritt die Ansicht, die Kambodschaner müßten ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Der kommunistische Sieg in Vietnam 1975, mehr noch die Besetzung Kambodschas durch Vietnam vier Jahre später haben Malaysias Verteidigungsstrategen umdenken lassen. Zwar rechnet niemand mit einer direkten Konfrontation, aber gewappnet wollte man für alle Fälle sein – und rüstete auf. Seit 1979 haben sich die Verteidigungsausgaben verdoppelt. Langfristig sieht Kuala Lumpur in einem möglichen Vordringen der Chinesen in Südostasien die drohendste Gefahr von außen.

MALAYSIA

Mit seiner „Neuen Wirtschaftspolitik" gilt Malaysia als eines der wenigen erfolgreichen Entwicklungsländer. Erfolgreich wurde versucht, die Erfolgsrezepte der Japaner und Koreaner auf die eigenen Bedingungen umzuschreiben. Was man in Kuala Lumpur vermißt, ist wirkliches Entgegenkommen der Industrieländer, das heißt: offene Märkte und Zugang zu westlicher Technologie. Dies, so meint man in Kuala Lumpur, soll nicht als Geschenk sondern im Wege intensiver Wirtschaftsbeziehungen geschehen.



Jugend und fernöstliche Anmut   FOTO: ROBERT LEBECK

Chancen für Anleger

Ausländischen Anleger eröffnen sich neue Perspektiven in Malaysia: Die Regierung in Kuala Lumpur will die Abkehr vom Staatskapitalismus beschleunigen und die Entwicklung des Landes durch das private Unternehmertum vorantreiben. Im Zuge dieser Wirtschaftspolitik ist die Privatisierung zahlreicher Staatsunternehmen vorgesehen.

Der Staat ist bisher noch der größte Arbeitgeber in Malaysia. Er kontrolliert mehr als 500 Gesellschaften. So fließen über 40 Prozent der Staatsausgaben in die staatlichen Unternehmen und die Verwaltung. Dennoch schulden zahlreiche Betriebe, die mit Verlust arbeiten, der Staatskasse hohe Beträge.

Als die globale Wirtschaftsrezssion voll durchschlug und Malaysia weniger Rohstoffe ausführen konnte, somit geringere Mittel für den Aufbau seiner Neuen Wirtschaftsordnung bereitstellen konnte, mußte die Regierung ihre Entwicklungsziele korrigieren und prüfen, wo Einsparungen möglich sind. Dabei stieß sie zuerst auf die defizitären Staatsunternehmen.

Die überragende Rolle des Staates in der Wirtschaft Malaysias ist historisch bedingt. Nach der Unabhängigkeit mußte die Regierung zwangsläufig als Unternehmer tätig werden, weil es an privaten Kapitalgebern und unternehmerischem Können mangelte. Durch ihr Engagement sollte auch das Ungleichgewicht im Wirtschaftsleben zwischen Malaien sowie Indern und Chinesen korrigiert werden.

So schreibt die Neue Wirtschaftsordnung vor, daß knapp ein Drittel der Unternehmensanteile in Hand der Bumiputras sein sollen, den Bumiputras werden auch feste Quoten bei den Arbeitsplätzen in den Staatsunternehmen zugesichert. Wo aber malaiisches Kapital fehlte, sprang der Staat als Eigner ein und kam so zu einer Vielzahl von Beteiligungen.

Unter staatlicher Regie stehen nicht nur die Eisenbahn, die Häfen, die Schiffahrts- und die Fluggesellschaft, sondern auch die Energiewirtschaft, das Kommunikationswesen sowie wichtige Industriezweige. Der Staat mischt auch bei den Banken, in der Landwirtschaft, im Einzelhandel und bei der Forschung mit. In die Überlegungen für eine Privatisierung werden jetzt auch Krankenhäuser einbezogen.

Ministerpräsident Dato Seri Mahathir Mohamad weiß um die Schwierigkeiten bei diesem Vorhaben. Interessenten für die staatlichen Unternehmen müssen nicht nur finanzielle Verpflichtungen übernehmen; in einigen Fällen ist die Unternehmenspolitik durch die entwicklungspolitischen Ziele der Regierung schon auf Jahre im voraus festgelegt. Da werden also Kompromisse erforderlich.

Für die Reprivatisierung im großen Stile dürfte es schwerfallen, das notwendige Kapital im eigenen Lande aufzubringen. Deshalb hofft die Regierung darauf, daß einheimische Interessenten gemeinsam mit ausländischen Geldgebern auftreten. Die Regierung ist flexibel genug, deshalb die Vorschrift zu lockern, wonach Fremdkapital nur mit einem bestimmten Anteil an Unternehmen in Malaysia zulässig ist.

Aller Voraussicht nach werden die Staatsbetriebe nicht reihenweise unter den Hammer kommen und zu hundert Prozent den Eigentümer wechseln. Vielmehr rechnet man damit, daß es zunächst partielle Beteiligungen von privater Hand geben wird, wobei allerdings im Interesse einer höheren Produktivität der Einfluß des Privatkapitals auf die Unternehmensführung überproportional sein müßte.

Die gesamtwirtschaftlichen Daten Malaysias sahen Ende 1983 wieder erfreulicher als im Vorjahr aus. Das Bruttosozialprodukt dürfte um 5,6 Prozent (1982 = 5,2) gestiegen sein. Der Außenhandel warf einen Überschuß von 470 Millionen US-Dollar ab, während es im Jahr davor ein Defizit von 365 Millionen gegeben hatte. Auch die Leistungsbilanz ergab eine Umkehrung von 261 Millionen im Minus zu 35 Millionen im Plus.

E. T.

PORT KELANG

Überragende Rolle für Kuala Lumpur

Bei einem Land, das schon seinen Binnenhandel zu einem Großteil auf dem Wasser abwickeln muß, spielen Häfen eine überragende Rolle. Hafen Nummer eins ist Port Kelang, vierzig Kilometer von der Hauptstadt Kuala Lumpur entfernt. Zum Hinterland des Hafens gehört das hochindustrialisierte Kelang-Tal und ein Gebiet vom südlichen Teil Peraks im Norden bis nach Gemas im Süden der Hauptstadt-Region.

Port Kelang besteht eigentlich aus zwei Anlagen: dem South Port an der Mündung des Kelang River und der North Port, 6,4 Kilometer entfernt. Beide sind durch eine Vielzahl von Inseln vor den Unbilden des Wetters geschützt.

Der North Port umfaßt 248 Hektar und 18 Kais. Der South Port umfaßt 48 Hektar. Haben Stückgut- und Containerverkehr im Nordhafen ihren Schwerpunkt, sind Flüssigkeiten aller Art, vom Kokosöl bis zu Petroleum im südlichen Hafen Port Kelangs beheimatet.

Pläne bis zum Jahr 2000

Beide Hafenteile sind einer ständig wachsenden Nachfrage ausgesetzt, so daß die Hafenbehörde (Port Authority), die sich seit dem 1. Juli 1963 mit den Belangen von Port Kelang befaßt, ein Ausbauprogramm ins Auge gefaßt hat. Südlich des South Port in Pulau Lumut will man bis 1986 400 Meter Kaimauern für den Cargoverkehr fertiggestellt haben. 200 weitere Meter sollen dann 1987 folgen und 1989 soll die erste Ausbauphase mit 1000 Meter Kaimauerlänge abgeschlossen sein. Hinzu kommen Sonderanlagen für petrochemische Produkte und gefährliche Frachten. Nach 1990 wird in einer zweiten Aufbauphase die Anlage um 800 Meter Kaimauer verlängert. 1998 schließlich soll Pulau Lumut mit weiteren 400 Metern vervollständigt werden. Dann hofft man, für den Verkehr im Jahre 2000 gerüstet zu sein.

Die heute arbeitenden Anlagen werden 24 Stunden täglich in drei Schichten offengehalten. Geschlossen ist der Hafen nur an den fünf Feiertagen des Landes.

Informationen: Port Information Office, Sevent Floor Wisma, MISC, Jalan Conlay, Kuala Lumpur. rt.

AUF EINEN BLICK

FLÄCHE
329 744 qkm

GEBIET
Malaysia besteht aus der malaysischen Halbinsel (West-Malaysia) und den Gebieten in Nordborneo (Sabah und Sarawak = Ost-Malaysia). Es liegt knapp über dem Äquator und ist in Flora und Fauna ein tropisches Land. Flächenmäßig ist Malaysia ein Fünftel größer als die Bundesrepublik. West-Malaysia grenzt im Norden an Thailand; Ost-Malaysia teilt sich mit Indonesien auf Borneo eine Dschungelgrenze von rund 1440 km Länge. Geographisch ist Malaysia das Kernstück Südostasiens.

EINWOHNER
14,7 Millionen

BEVÖLKERUNG
Nach einer Studie des Premierministers aus dem Jahre 1978 55,8 Prozent Malaien, 34,9 Prozent Chinesen und 10,5 Prozent Inder.

RELIGION
Üer 55 Prozent der Bevölkerung, vor allem die Malaien, sind Muslimen. Buddhisten, Konfuzianer und Taoisten machen 35 Prozent aus. Daneben gibt es Christen, Hindus und Anhänger von Naturreligionen.

WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Die Wirtschaft Malaysias hat sich nach der weltweiten Rezession zuletzt kräftig bei Wachstumsraten von knapp sieben Prozent gut erholt. Ausgerichtet auf die freie Marktwirtschaft wird die infrastrukturelle Modernisierung vorangetrieben. Malaysias Wirtschaft basiert nach wie vor auf dem Agrarbereich, noch sind etwa 50 Prozent der Bevölkerung von der Agrarwirtschaft abhängig.

WICHTIGE ADRESSEN

IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Botschaft von Malaysia, Rheinallee 23, 5300 Bonn 2, Tel: 0228/35 10 56.

Honorarkonsulat von Malaysia, Genthiner Straße 41, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/2 61 42 71.

Honorarkonsulat von Malaysia, Hymphenburgerstraße 134, 8000 München 19, Tel.: 089/1 90 21 78.

Malaysia Tourist Development Corporation, Am Salzhaus 6 (Roßmarkt 17), 6000 Frankfurt/M., Tel.: 0611/28 37 82.

Malaysian Investment Centre Europe, Königsallee 30, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/32 40 05.

Malaysian Airlines System (MAS), An der Hauptwache 7, 6000 Frankfurt/M., Tel.: 0611/29 53 43.

IN MALAYSIA

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, No. 3 Jalan U Thant, Kuala Lumpur 16-05, Tel. 42 96 66

Honorarkonsulat in Penang, Joint Asian Surgical Industries Sdn. Bhd., Free Trade Zone, Bayan Lepas, Penang, Tel.: 83 13 40.

Tourist Development Corporation, P. O. Box 328, Kuala Lumpur 01-02.

Lufthansa, Hotel Marlyn, Ground Floor, Jalan Sultan Ismail, Kuala Lumpur, Tel.: 4 25 55.

TIPS FÜR REISENDE

KLIMA
Tropisches niederschlagsreiches Klima mit kaum nennenswerten jahreszeitlichen Temperaturschwankungen. Die Tagestemperaturen bewegen sich um 25 bis 32 Grad Celsius. Heftige Regengüsse sind an der Westküste Malaysias in den Monaten März bis Mai sowie September bis Dezember und an der Ostküste sowie in Sabah und Sawarak von November bis März besonders häufig. Die Luftfeuchtigkeit steigt dabei nicht selten bis zu einhundert Prozent an.

ZEITVERSCHIEBUNG
MEZ plus sechseinhalb Stunden für West-Malaysia, MEZ plus sieben Stunden für Ost-Malaysia.

EINREISE
Gültiger Reisepaß für einen Aufenthalt bis zu drei Monaten.

ZOLL
Zollfreie Einfuhr von Gegenständen des persönlichen Bedarfs.

SPRACHE
Staatssprache ist Malaiisch (Bahasa Malaysia), Landessprachen sind Chinesisch, Tamil und Englisch.

SÜDOSTASIEN / Eine der wenigen Wachstumsregionen der Welt – Stärkeres deutsches Engagement erwünscht

Entscheidend ist die Präsenz vor Ort

Von HANS ECKERT

Die Asean-Staatengemeinschaft ist seit jeher das wirtschaftliche Hinterland Japans. Die kulturelle Hemmschwelle ist für japanische Unternehmen kleiner als für deutsche Firmen aus dem fernen Europa.

Das sind Argumente, die immer wieder angeführt werden, wenn über geschäftliche Erfolge Japans im Wirtschaftsraum Südost-Asien berichtet wird, einem Wirtschaftsraum, der oft als die zur Zeit einzige dynamische Wachstumsregion der Welt bezeichnet wird. Eine Feststellung, die viel richtiges an sich hat.

Im Rahmen eines vom Ifo-Institut durchgeführten Seminars im Oktober 1983, das umfassend über Südostasien informierte, wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß, insbesondere im Gegensatz zu Japan und den USA, deutsche Firmen den Anschluß verpassen und die vorhandenen Möglichkeiten nicht nützen. Eine Angabe lautete: „An den gesamten Auslandsinvestitionen in Malaysia ist die Bundesrepublik Deutschland nur mit 0,1 Prozent beteiligt!" Andere Länder der Europäischen Gemeinschaft schneiden besser ab.

Kenntnisse wichtig

Statistische Angaben helfen oft wenig, Gründe und bedingende Rahmengegebenheiten aufzuhellen. Die Frage, ob eine bessere Wahrnehmung der Chancen für die deutsche Industrie in Südostasien und damit auch in Malaysia möglich wäre, mag jedoch gestellt werden, zumal Expansion lebenswichtig ist.

Die deutschen direkten Investitionen in Malaysia stiegen seit 1978 von 53,1 Mill. auf 128,5 Mill. Mark per 30. 9. 1983. Gemäß malaysischen Quellen ist die Bundesrepublik an den ausländischen Investitionen in produzierenden Industriebetrieben mit ca. 100 Mill. M$ beteiligt, was 3,6 Prozent der entsprechenden Gesamtheit ausmacht (Angaben per 30. 12. 80). Sie rangiert damit hinter Singapur (650 Mill. M$), Japan (540 Mill. M$), Großbritannien (500 Mill. M$), USA (293 Mill. M$) und Hongkong (250 Mill. M$) an 6. Stelle, gefolgt von Australien, den Niederlanden und Indien.

Voraussetzung für das erfolgreiche Ausnützen von Chancen, das Gewinnen und den Ausbau von Marktanteilen und das revolvierende Eingebundensein in wachsende und expandierende Wirtschaftsprozesse sind Kenntnisse über lokale Gegebenheiten. Hinzu muß die Bereitschaft kommen, sich in einem Wirtschaftsraum durchzusetzen, der sich aufgrund seiner soziokulturellen Rahmenbedingungen deutlich von Europa unterscheidet, in einem „asiatischen" Wirtschaftsraum, der jedoch trotz aller Differenzen sich um stärkeren Zusammenschluß und stärkeres Wachstum bemüht.

Ein erfolgversprechendes Bestehen in Südostasien ist kaum von Deutschland aus allein steuerbar. Die Präsenz vor Ort und das Etablieren von Verbindungen sind von ausschlaggebender Bedeutung. Deutsche Unternehmen haben dies erkannt und sich in den letzten Jahren vermehrt in Malaysia niedergelassen, mit unter dem Strich positiver Bilanz.

Gegenwärtig betreiben knapp 40 deutsche Unternehmen eine Produktionsstätte, teilweise schon seit Jahren und mit beachtlichem Erfolg. Aus oft kleinen Anfängen sind z. B. in Kuala Lumpur, Penang, Malacca, Seremban und Johore Bahru deutsche Industriebetriebe entstanden.

Die Industriesektoren, in denen investiert wurde, reichen von der Elektrotechnik/Elektronik über Holz- und Kautschukverarbeitung bis zur Bekleidungs- und Textilindustrie. Wobei letztere allerdings vom europäischen Qualitätsstandard noch entfernt ist.

Neben dem Ausnützen kooperativer Produktionskostenvorteile sind die Rohstoffsicherung und vor allem die Präsenz im asiatischen Markt ausschlaggebende Gründe. Das zahlt sich nicht nur in kürzeren Verkehrswegen aus sondern auch in einem besseren Verständnis der Menschen und ihrer sozio-ökonomischen Bedingungen.

Die Regierung von Malaysia unternimmt Anstrengungen, darauf hinzuweisen, daß deutsches Engagement und deutsche wirtschaftliche Betätigung willkommen sind zu beiderseitigem Nutzen und Vorteil sein kann.

Den Zugang zum südostasiatischen Wirtschaftsraum erleichtert vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen ein Vorhaben zur Förderung der betrieblichen Zusammenarbeit zwischen Malaysia und der Bundesrepublik Deutschland, das durch einen bilateralen Vertrag im Jahre 1980 geschaffen wurde.

Dieses Vorhaben wird von der DEG – Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH – durchgeführt. Der Kooperationspartner auf malaysischer Seite ist die Investitionsbehörde Malaysian Industrial Development Authority (Mida) in *Kuala Lumpur*.

Im Rahmen des Vorhabens hat die DEG einen Mitarbeiter als Industrieberater bei der Mida stationiert. Unternehmen, die sich in Malaysia wirtschaftlich – insbesonders in Form von Investitionen – betätigen wollen, können den Berater als Anlaufstelle nutzen. Aufgrund seiner umfassenden Kenntnisse der Investitionsbedingungen kann er den Unternehmen praxisnahe Eindrücke vermitteln und Türen öffnen. Der Berater stellt Verbindungen zu Regierungsstellen, Industrieverbänden und vor allem auch zu interessierten und ausgewählten Kooperationspartnern auf betrieblicher Ebene her. Die Anschrift des DEG-Beraters in Malaysia lautet:

O. Köhler, *c/o Malaysian Industrial* Development Authority
P.O. Box 10618
Kuala Lumpur 23–03

Das Bruttoinlandsprodukt Malaysias zu Marktpreisen erhöhte sich 1982 um 4 Prozent gegenüber 7,5 Prozent im Vorjahr. Wenn auch Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben vorgenommen werden mußten, so verzeichnet Malaysia doch weiterhin relativ ungebremste Zuwachsraten in den meisten Bereichen.

Kostenlose Informationen

Für deutsche Unternehmen ergeben sich viele Möglichkeiten in den verschiedensten Industriesektoren. Dies gilt für den Rohstoffbereich wie *holzverarbeitende Industrien, kau*tschukverarbeitende Industrien, Verarbeitung mineralischer und organischer Rohstoffe ebenso wie für den weiten Bereich der metallverarbeitenden Industrie, mit Schwerpunkt im Maschinenbau.

Verschiedene Großprojekte, die als Katalysator dienen sollen, werden von der staatlichen Heavy Industries Corporation of Malaysia (HICOM) geplant und in der Regel in Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern durchgeführt.

Um deutschen Unternehmen den Einstieg in dafür besonders geeignete Industriesektoren zu erleichtern, hat die DEG Informationsmaterialien in Form von Studien erstellen lassen. Es handelt sich um eine Studie über die Präzisionsgeräteindustrie Malaysias, die den gegenwärtigen Stand des Industriesektors darstellt und zukünftige Entwicklungen aufzeigt. Des weiteren ist ein Handbuch über die Zulieferindustrien Malaysias erarbeitet *worden, das einen Überblick über die* bereits im Lande verfügbaren Zulieferleistungen geben soll.

Die Informationsunterlagen stehen deutschen Unternehmen kostenlos zur Verfügung. Das gleiche gilt für einen deutschsprachigen Investitionsführer, der alle relevanten Tatbestände für eine wirtschaftliche Betätigung in Malaysia zusammenfaßt.
DEG, Belvederestr. 40, 5000 Köln 41,
Promotionsabteilung
Tel. (0221) 4986-407/408

„Mitspielen und gewinnen"

Die DEG ist in ihrer Eigenschaft als Finanzierungsinstitut der Bundesrepublik Deutschland zur Förderung von Investitionen in Entwicklungsländern in Malaysia an vier Projektgesellschaften beteiligt mit einem insgesamten Finanzierungsbetrag von ca. 11 Mill. Mark.

Es zeigt sich, daß für deutsche Unternehmen durchaus vielversprechende Möglichkeiten bestehen, sich wirtschaftlich erfolgreich in Asien und in Malaysia zu betätigen und sich einen Platz in dem expandierenden Markt zu erkämpfen. Eine Reihe von Unternehmen hat das bereits geschafft, andere sind dabei, ein entsprechendes Engagement vorzubereiten.

Nicht nur aufgrund statistischer Größen sondern unter Beurteilung der vielfältigen Chancen in den wachsenden Wirtschaftsräumen in *Südost-Asien, die neue Nachfrage*strukturen ewröffnen und zu neuen industriellen Entwicklungen führen, sollten deutsche Unternehmen diesen Wirtschaftsraum nicht vernachlässigen, sondern der japanischen und amerikanischen Konkurrenz entgegentreten.

Eine der Möglichkeiten, die sich dabei zur Unterstützung und Hilfestellung anbieten, sind die DEG und die Leistungen ihres Industrieberaters in Malaysia.

Ein asiatischer Spruch lautet: „Die Voraussetzung für das Gewinnen ist das Mitspielen; die Voraussetzung für das Mitspielen sind Kenntnisse über Regeln und Mitspieler."

Hilfe aus Bonn für ehrgeizige Entwicklungen

VON A. S. TALALLA

Malaysia und die Bundesrepublik Deutschland pflegen seit einem Vierteljahrhundert eine ausgezeichnete und stetig sich vertiefende Beziehung. Sie wird bestärkt durch unser gmeinsames Engagement für ein demokratisches Regierungs- und ein freies Wirtschaftssystem. Dieses gemeinsame Bekenntnis zur Demokratie und freiem Unternehmertum war zu unser beider Nutzen und machte unsere bilateralen Beziehungen bedeutungsvoll und gegenseitig erfolgreich.

Seit 1971 verfolgt Malaysia ein ehrgeiziges Programm sozialer Rekonstruktion, um gewisse Unausgewogenheiten in unserer Gesellschaft zu korrigieren. Das Programm, das wir die neue Wirtschaftspolitik nennen, hat eine Zwillingsaufgabe: die Armut zu beseitigen und für eine ausgeglichenere Verteilung des Nationalvermögens zu sorgen. Um nicht „Peter zu berauben, um Paul zu bezahlen", ist die neue Wirtschaftspolitik eingebettet in eine allgemeine wirtschaftliche Wachstumspolitik.

Um die Ziele zu erreichen, brauchen wir freien Zugang zu den Märkten für unsere Exporte, Zugang zur Technologie für unser Volk und auch wirtschaftliche und technische Hilfe.

Ich bin froh, öffentlich feststellen zu können, daß wir auf allen diesen Gebieten die Unterstützung der Bundesrepublik erhalten haben. Die Bundesrepublik Deutschland ist Malaysias zweitgrößter Handelspartner innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Sie ist unsere sechstgrößte Quelle für Investitionen, von denen wir uns einen Zugang zur Technologie versprechen. Die Bundesregierung hat großzügig wirtschaftliche und technische Hilfe zur Verfügung gestellt. Da sich der Konjunkturaufschwung verstärkt, sind wir überzeugt, bald zu traditionell dynamischen Wirtschaftsbeziehungen zurückkehren zu können.

Der Austausch zwischen der Bundesrepublik und Malaysia beschränkt sich nicht auf den zwischen den Regierungen. Deutsche Touristen, die die größte Einzelgruppe europäischer Touristen darstellen, die Kenntnis von der Schönheit unserer Sehenswürdigkeiten zu vielen in Deutschland gebracht.

A.S.Talalla vertritt Malaysia in Bonn

INTERVIEW MIT BOTSCHAFTER A.S.TALALLA

Feste Zuversicht in weiteren Wirtschaftsaufschwung

WELT: Was sind Ihre Erwartungen im Hinblick auf die Zukunft Malaysias und der Region?

A. S. Talalla: Malaysia hat seit dem Anfang der siebziger Jahre wesentliche Fortschritte in seinen Bemühungen erzielt, das Problem der Armut und der gerechteren Verteilung seines gesellschaftlichen Vermögens über eine Vergrößerung des „wirtschaftlichen Kuchens" anzugreifen. Ich glaube, daß es weiterhin bedeutende Fortschritte bei der Verfolgung dieser Ziele geben wird. Wir sind auch dabei, auf eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit hinzuarbeiten, dadurch, daß wir unsere wirtschaftlichen Tätigkeiten auf eine breitere und technologisch fortgeschrittenere Grundlage stellen.

Die Asean hat sich durch die wirtschaftliche Leistung ihrer Mitglieder zu einer der führenden wirtschaftlichen Wachstumszonen der Welt entwickelt und auch zu einer stabilen und dynamischen Gruppierung. Ich habe die feste Zuversicht, daß wir unseren Leistungsstand nicht nur halten, sondern auch noch weiter verbessern werden.

WELT: Hat sich die politische und wirtschaftliche Orientierung nach Singapur und Japan hin bezahlt gemacht?

A. S. Talalla: Die Frage bezieht sich, glaube ich, auf die „Look East"-Politik meiner Regierung. Wenn Sie erlauben, würde ich Ihnen das gern erläutern. Wenn wir „Look East" sagen, dann sehen wir nur auf jene Aspekte der Länder im Osten, die uns wichtig erscheinen. Das bedeutet also nicht, daß wir einfach ein „Abklatsch" der Gesellschaften, so wie wir sie sehen, sein wollen. Wir interessieren uns vielmehr für ihre Arbeitsmoral, ihren Management-Stil – wie z. B. in dem Zusammenspiel der japanischen Gesellschaften –, ihre Handelsmethoden und all die anderen Faktoren, die zu ihrem wirtschaftlichen Erfolg beigetragen haben.

„Look East" heißt auch nicht, daß wir alle unsere Produkte an den Osten verkaufen werden, es heißt auch nicht, daß wir alle unsere Entwicklungsprojekte an Firmen im Osten vergeben werden. Im Gegenteil, wir werden weiterhin Handel treiben und wirtschaftliche Beziehungen unterhalten mit der ganzen Welt.

Es ist jedoch so, daß wir auf der Suche nach Modellen für unsere eigene Entwicklung und unser Wachstum besonders beeindruckt waren von Japan und der Republik Korea, und der Grund dafür ist einfach, daß sie am dynamischsten sind.

Wir sind uns aber durchaus bewußt, daß es Gebiete gibt, auf denen Europa in der Welt führend ist. Sie



Grundvorstellungen verbinden: Botschafter A. S. Talalla
FOTO: DIE WELT

sollten daher, wenn wir „Look East" sagen, das nicht so auffassen, als ob damit irgendeine Ausschließlichkeit impliziert sei. Es bedeutet ganz sicher nicht, daß wir dem Westen den Rükken zugekehrt hätten.

WELT: Der deutsche Anteil an ausländischen Investitionen in Malaysia ist verhältnismäßig gering. Sollte er vergrößert werden, wie könnte das geschehen?

A. S. Talalla: Ich stimme mit Ihnen überein, daß der gegenwärtige Umfang deutscher Investitionen in Malaysia tatsächlich klein ist, wenn man ihn im Zusammenhang mit dem internationalen wirtschaftlichen Gewicht Ihres Landes sieht.

Malaysia ist von Deutschland weit entfernt, und vielleicht ist es dieser Faktor wie auch ein gewisser Mangel an detaillierten und zutreffenden Informationen über uns, der dazu geführt hat, daß das Ausmaß des Interesses an der Industrialisierung unseres Landes nicht im Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Gewicht Ihres Landes steht. Zum Beispiel sind sich viele Deutsche nicht bewußt, daß wir reich an Rohstoffen sind.

Die Fragen stellte H.-H. Holzamer

KAKAO / Mit Schwung zur Nummer 1 in der Welt

Verbesserter Standort

Eine schnelle Expansion kann die malaysische Kakaoindustrie in den letzten beiden Jahrzehnten verzeichnen, sowohl was Produktion als auch was den Export angeht. Die Anbaufläche wurde von 577 ha im Jahre 1960 auf über 165 000 Hektar vervielfacht. Und der Export wurde von 2 Millionen Tonnen im Jahre 1970 auf 43,5 Millionen Tonnen trockener Kakaobohnen 1981 gesteigert, weltweit ein Spitzenergebnis.

Da neue Pflanzungen ihre Produktion aufnehmen, und wenn ansonsten die Produktionsentwicklung der 70er Jahre aufrechterhalten werden kann, ist es wahrscheinlich, daß Malaysia im Jahre 1990 der erste Kakaoproduzent der Welt werden wird. Eine weltweit wachsende Nachfrage könnte diesen Prozeß noch beschleunigen.

Vor diesem Hintergrund wurde die Notwendigkeit gesehen, die Bedingungen des Marktes und die Kontrolle der Qualität in den Export gehender Lieferungen in den Griff zu bekommen. Mit dieser Aufgabe wurde die „Federal Agricultural Marketing Authority" (FAMA) betraut. 1980 wurde ihr das Recht verliehen, von allen Kakaoaufkäufern innerhalb Malaysias eine Lizenz zu verlangen. Für den Export werden seit dieser Zeit bestimmte Anforderungen an Verpackung und Qualität gestellt. Und die Erfahrung hat gezeigt, daß sich diese Auflagen auszahlen.

Die Qualität wird von dem „Standards and Industrial Research Institute of Malaysia" (SIRIM) überwacht. Zu dem generellen Standard gehört es, daß die Feuchtigkeit der Bohnen nicht mehr als 7,5 Prozent ihres Volumens betragen darf, daß die verpackte Ware frei von Fremdstoffen und zerbrochenen Bohnen ist. Eine Klassifizierung unterscheidet zwei Güteklassen „SMC I" und „SMC II", die wiederum jeweils in Güteklasen A, B und C unterteilt sind. Die Unterteilung richtet sich vor allem nach der Anzahl der Bohnen, die für 100 Gramm benötigt werden und nach ihrer Qualität.

Mit diesen Qualitätsstandard richtet sich die FAMA gerade auch an ausländische Importeure, um ihnen die Auswahl auf dem malaysischen Markt zu erleichtern. E. S.

PFEFFER / Verarbeitung angestrebt

Zum Weltmarktstandard

Einige mögen es scharf, vor allem die Japaner, an zweiter Stelle schon die Deutschen, dann Briten, Jugoslawen und die Chinesen in Hongkong und Taiwan. Daher sind diese Länder auch Hauptabnehmer malaysischen Pfeffers, des „Piper nigrum L". Größter Abnehmer allerdings mit nahezu 70 Prozent des gesamten Exportvolumens ist Singapur, aber die Einwohner des Stadtstaats verbrauchen das nicht selbst, sondern verfeinern ihn, packen ihn um und exportieren ihn ihrerseits.

Malaysia exportierte im Jahre 1982 25 000 Tonnen. 1978 waren es noch 36 000, 1979 gar 40 000. Danach fiel die Zahl ständig und löste erhebliche Anstrengungen der Malayen aus, die Situation langfristig zu verbessern.

Hierfür sind die Ausgangsbedingungen nicht schlecht, denn 95 Prozent des malaysischen Pfeffers werden in Sarawak gewonnen auf einer Fläche von etwa 12 000 ha. Das bringt es mit sich, daß malaysischer Pfeffer, zu 75 Prozent schwarz und zu 25 Prozent weiß, generell eine hervorragende Geschmacksgleichheit aufweist. Die Bemühungen im Anbau, Obliegenheit des „Department of Agriculture", gehen dahin, die Farmer mit besseren Anbaumethoden vertraut zu machen und Pflanzen einzuführen, die gegen Krankheitsbefall resistent sind und höhere Erträge liefern.

In die Zuständigkeit des „Pepper Marketing Board" fällt es, die Absatzmöglichkeit des Pfeffers zu verbessern. Dem Board ist es inzwischen gelungen, drei Anlagen zur Pfefferverarbeitung einzurichten – in Kuching und Sarikei im Staat Sarawak und einen in Johore Bahru im Staat Johor. Damit wird sichergestellt, daß der Pfeffer den Qualitätsanforderungen des Weltmarktes genügt. Zugleich soll versucht werden, den Umweg über Singapur zu sparen, um selbst die Devisen zu erwirtschaften

Der Board bietet seine Dienste und Kontakte auch ausländischen Händlern an, zu erreichen ist er: The General Manager, Pepper Marketing Board Tanahputih, P. O. Box 1653, Kuching, Sarawak, Malaysia. rt.

MALACCA / Die Macht von einst ist längst verloren

Geblieben ist der Charme

Malacca war einst mächtig und reich, der wichtigste Handelshafen Südostasiens. Händler und Seefahrer kamen von nah und fern in den betriebsamen Ort. Sie trugen Lob und Ruhm dieser Stadt über die Meere. Die Macht ist längst abgewandert, geblieben der Charme der Jahrhunderte, eine Mischung aus Orient und Okzident. Etwa 100 000 Menschen zählt die Stadt heute. Sie gibt sich quirlig und provinziell zugleich. Chinesisches Ambiente herrscht vor.

Portugiesen, Holländer, Briten warfen sich nacheinander zu den Herrschern über Malacca auf. Die Ruine der portugiesischen St. Paul's Kirche, das Stadthuys der Holländer, der zu Ehren von Queen Victoria angelegte Springbrunnen der Briten sind Spuren der Vergangenheit. Der Union Jack wehte bis zur Unabhängigkeit Malaysias 1957 über der Stadt – ausgenommen während der vierjährigen japanischen Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg.

Den Namen, so heißt es, haben arabische Kaufleute geprägt. Sie sprachen von „Malakat", der Wasserinsel. Die Legende will es anders: Parameswara, Prinz aus Palembang und Abenteurer, floh einst in das Fischerdorf. Er beschloß zu bleiben und gab ihm den Namen eines Baumes: Malaka. Ein beispielloser Aufstieg nahm seinen Anfang. Die Bürger umgab bald Wohlstand und Reichtum.

Ein lachendes Babylon

Die Chinesen erkannten als erste die Vorteile Malaccas. Es wurde ihr Versorgungs- und Handelsplatz. Als ferner, aber wohlwollender „Overlord" boten sie (politischen) Schutz vor Übergriffen der Nachbarn.

Der Islam, andernorts mit der brachialen Gewalt des Schwertes oktroyiert, überzog Malacca auf friedliche Weise. Kaufleute und Prediger verkündeten die neue Glaubenslehre, dynastische Allianzen festigten sie.

Bis Ende des 15. Jahrhunderts hatte sich Malacca zum „Sammelpunkt" der malaiischen Halbinsel entwickelt, zum Treffpunkt der Kaufleute aus Indien, dem Nahen und dem Fernen Osten. 50 000 Einwohner zählte die Stadt mittlerweile. Die Seefahrt lockte die Fremden aus aller Welt. Die Stadt war ein Babylon, ein lachendes.

Malaccas Wirtschaft beruhte ausschließlich auf dem Handel. Es produzierte nichts, ein wenig Zinn ausgenommen. Seine Landwirtschaft warf keine ausreichenden Erträge ab. Reis und andere Nahrungsmittel mußten eingeführt werden. Stoffe von Gujarat und Coromandel, Gewürze von den Molukken, Seide und Porzellan, Gold und Pfeffer von Sumatra und Sandelholz aus Timor – alles fand Käufer und Verkäufer, ein lukratives, ein faszinierendes Geschäft. Malacca war in diesen Jahren das Handelszentrum des fernen Ostens.

Nur Handel zählte

Die Fremden zog es nach Malacca, weil sie hier eine brauchbare administrative Infrastruktur, Lagerhäuser und präzise Vorschriften fanden. Die malaiischen Herrscher schufen nichts, was über das bürokratische Skelett hinausging, etwa Handelshäuser oder einen Regierungsapparat.

Moslemische Gelehrte und Prediger hielten sich zwar in Malacca auf, ein geistiges Zentrum entstand aber nicht. Glitzerndes, Glänzendes war gefragt, nicht die intellektuelle Durchdringung. Eine eingängige Literatur, leichte Musik zogen die Aufmerksamkeit auf sich. Schon kündigte sich der innere Verfall an, mächtigere Städte traten auf den Plan.

Zunächst friedlich, dann mit Soldaten und Schiffen, kamen die Portugiesen. Alfonso de Albuquerque fand 1511 ein von inneren Querelen und Korruption völlig geschwächtes Malacca vor.

Die neuen Herren pflegten mit den Einheimischen kaum Kontakt, ließen aber deren Verwaltungsstruktur intakt. Sie bauten Kirchen, missionierten aber nicht. Sie frönten dem Luxus und der Eleganz. Vom „Babylon des Orients" sprach man damals. Die Handelsgeschäfte lagen inzwischen in der Hand der Chinesen, die zur wichtigsten Ausländerkolonie in Malacca avancierten.

Nach 130 Jahren mußten die Portugiesen den Holländern weichen. Hatten die Portugiesen noch versucht, Malaccas traditionelle Rolle als Drehscheibe des Handelns zu sichern, so lag den Holländern nur am Gewürzhandel. Ihr „Zentrum" verlegten sie nach Batavia.

Schließlich verzichteten die Holländer auf Malacca und erhielten Bengkulen im Gegenzug von den Engländern. Singapur, 1819 von Raffles gegründet, stieg zum neuen Handelszentrum auf. Für Malacca blieb nur noch eine Nebenrolle. E.B.



Ein Urlaubstraum – das Tanjung Jara Beach Hotel an der Ostküste FOTO: DIE WELT

ANWAR IBRAHIM / Mahathirs Coup

Moslems im Blickpunkt

Ministerpräsident Dr. Mahathir Mohamad glückte im Frühjahr 1982, kurz vor den vorgezogenen Parlamentswahlen, ein respektabler politischer Coup. Es gelang ihm, den charismatischen moslemischen Intellektuellen Anwar Ibrahim zum Beitritt zur Regierungspartei UNMO (United Malays National Organisation) zu bewegen.

Die UNMO ist das tragende malaysische Element in der regierenden National Front Koalition. Mit seinem Beitritt zur UNMO wurde ein bedeutender Teil der moslemischen Wähler für die Koalition gewonnen, der ansonsten für die radikal moslemische Islam-Partei (PI) gestimmt hätte.

Encik Anwar Ibrahim (36) war bei den Mai-Unruhen 1969 das erstemal in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gelangt. Damals entlud sich die rassische Polarisierung in Malaysia in schweren Unruhen, die Hunderte von Menschenleben forderten. Als Regimekritiker und populärer Studentenführer an der Universität in Kuala Lumpur erregte Anwar bald das Interesse der Sicherheitsbehörden. Mit der Begründung, fortgesetzt zum Nachteil der Sicherheit Malaysias gehandelt zu haben, wurde er zu achtzehn Monaten Internierung verurteilt.

Es spricht für die Integrität und Fairneß der Regierung unter Mahathir, daß Anwar trotz seiner langjährigen und heftigen Regimekritik Karriere machen konnte. In einem Jahr wurde er Parlamentsabgeordneter – er konnte den Gegenkandidaten der PI überlegen schlagen – und stellvertretender Minister beim Regierungschef.

Zu seinem Aufgabenbereich gehörte die besondere Verantwortung für die Entwicklung und Einführung islamischer Vorstellungen in die Gesellschaft Malaysias. Bei der im Juni 1983 erfolgten Kabinettsumbildung, die eine stärkere Berücksichtigung der ethnischen Gruppen beabsichtigte, gelang ein Schritt nach vorne: Ihm wurde das Ministeramt für Kultur, Jugend und Sport übertragen. E.Sch.

BODENSCHÄTZE

Reich an Öl, Gas und Metall

Malaysia ist äußerst reich an Bodenschätzen: Eisen, Titan, Kupfer, Gold, Silber, Antimon, Blei, Öl und Gas. Das Land ist weltgrößter Zinnproduzent.

Erdöl steht seit etwa fünf Jahren an erster Stelle im Export mit jährlichen Erträgen von rund sieben Milliarden Mark. Es ist hochwertiges, leichtes Öl, dessen Hauptabnehmer die USA und Japan sind. Die Ölreserven werden auf etwa 2,6 Milliarden Barrel geschätzt. Die tägliche Förderung liegt bei 300 000 Barrel. Für 1984 soll sie auf 365 000 Barrel pro Tag geschraubt werden.

Obwohl Malaysia der Opec nicht angehört, folgt es der Preisgestaltung durch das Kartell. Malaysia ist Nettoexporteur von Erdöl. Es importiert schweres Öl aus dem Mittleren Osten für seine Kraftwerke und exportiert sein leichtes Heizöl. Gegenwärtig wird Öl aus 14 Feldern gefördert, die Anzahl der Bohrstellen liegt bei 104. Die gesamten Öl- und Gasvorkommen werden unter staatlicher Regie ausgebeutet. Bei der Rohölgewinnung arbeitet die Petronas mit ausländischen Gesellschaften auf der Basis des „production sharing" zusammen. Dieser bis 1996 laufende Vertrag gibt den ausländischen Gesellschaften die Verfügungsmöglichkeit über 20 Prozent der jährlichen Bruttoerdölproduktion für Explorations-, Entwicklungs-, Produktionskosten.

Die Erdöl- und Erdgasfelder in den Offshore-Gewässern (insgesamt 61 000 Quadratkilometer) von Trangganu und Kelantan werden von der Esso ausgebeutet. Ebenso bedeutend wie Öl sind die Gasvorkommen für die Entwicklung des Landes und den ehrgeizigen Industrialisierungsplan der Regierung. U.S.

Internationale Sonderbeilage MALAYSIA
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Redaktion und Gestaltung: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg
Internationale Sonderbeilagen
Skala Gesellschaft mbH & Co. KG.
Leo C. F. Bursky
W 180 I 84